

Bastian Lange, Martina Hülz,
Benedikt Schmid, Christian Schulz (Hg.)

WOHLSTANDS- ALTERNATIVEN

Regionale Positionen und räumliche Praktiken



[transcript]

Sozial- und Kulturgeographie

Bastian Lange, Martina Hülz, Benedikt Schmid, Christian Schulz (Hg.)
Wohlstandsalternativen

Sozial- und Kulturgeographie | Band 61

Diese Reihe wird herausgegeben von Maisha M. Auma, Denise Bergold-Caldwell, Fatima El-Tayeb, Katja Kinder und Peggy Piesche.

Bastian Lange (PD Dr.), geb. 1970, ist Privatdozent an der Universität Leipzig und leitet das freie und unabhängige Forschungs- und Beratungsbüro »Multiplicities« in Berlin. Er lehrt und forscht in den Bereichen Postwachstumsgeographien, Regional Governance und Transformationsprozesse.

Martina Hülz (Dr.) leitet das Referat »Wirtschaft und Mobilität« der ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft in Hannover. Sie forschte und lehrte an den Universitäten Dortmund, Duisburg-Essen und Luxemburg u.a. zu räumlichen Lernprozessen, Wissensökonomie sowie Wissens- und Technologietransfer. Sie studierte Geographie, Soziologie und Städtebau in Berlin, Bonn und Southampton und promovierte an der Universität Luxemburg.

Benedikt Schmid (Dr.), geb. 1988, ist Akademischer Mitarbeiter am Lehrstuhl Geographie des Globalen Wandels an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. In seiner Forschung untersucht er die Institutionalisierung von Praktiken und Organisationsformen mit sozial-ökologischen Zielsetzungen mit besonderem Fokus auf Transformationsprozessen hin zu nachhaltigen und wachstumsunabhängigen Wirtschaftsformen.

Christian Schulz (Prof. Dr.), geb. 1967, forscht und lehrt am Fachbereich Geographie und Raumplanung der Université du Luxembourg und leitet den ARL-Arbeitskreis Wohlstandsalternativen und Regionalentwicklung.

Bastian Lange, Martina Hülz, Benedikt Schmid, Christian Schulz (Hg.)

Wohlstandsalternativen

Regionale Positionen und räumliche Praktiken

[transcript]

Gefördert durch den Publikationsfonds für Monografien der Leibniz-Gemeinschaft.



ARL AKADEMIE FÜR
RAUMENTWICKLUNG IN DER
LEIBNIZ-GEMEINSCHAFT

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de/> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution 4.0 Lizenz (BY). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2024 im transcript Verlag, Bielefeld

© **Bastian Lange, Martina Hülz, Benedikt Schmid, Christian Schulz (Hg.)**

Umschlaggestaltung: Maria Arndt, Bielefeld

Umschlagabbildung: Daniel Schrödl, www.stadtauge.wordpress.com

Lektorat: Christl Burkhart, <http://www.christl-burkhart.de/>

Korrektorat: Sarah Trockel, ARL

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

<https://doi.org/10.14361/9783839470473>

Print-ISBN: 978-3-8376-7047-9

PDF-ISBN: 978-3-8394-7047-3

Buchreihen-ISSN: 2703-1640

Buchreihen-eISSN: 2703-1659

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Inhalt

| | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| 1. Wohstandsalternativen – Einführung in die Anthologie | |
| <i>Bastian Lange, Martina Hülz, Benedikt Schmid, Christian Schulz</i> | 7 |
| 2. »Wohlstand« – Kontingente Betrachtungen und ambivalente Verständnisse eines Begriffs | |
| <i>Bastian Lange, Sören Becker, Martina Hülz, Benedikt Schmid, Christian Schulz, Hans-Martin Zademach</i> | 13 |
| 3. Bereitstellen und Teilhaben | |
| Fundamente des Wohlstands | |
| <i>Sören Becker, Benedikt Schmid, Hans-Martin Zademach</i> | 31 |
| 4. Herstellen und Organisieren | |
| Ökonomien von Wohstandsalternativen | |
| <i>Hubert Eichmann, Christian Schulz, Hans-Martin Zademach</i> | 67 |
| 5. Sorgen und Caring | |
| Prozesse der Sorgearbeit und Praktiken der Fürsorge | |
| <i>Julia Affolderbach, Martina Hülz, Bastian Lange</i> | 107 |
| 6. Steuern und Gestalten | |
| Neue Leitbilder und Wohlstandsindikatoriken als Gegenstand regionaler Governance-Arrangements | |
| <i>Bastian Lange, Christian Schulz, Sabine Weck</i> | 137 |

| | |
|-----------------------------------------------------------------------------|-----|
| 7. »Wohlstand« durch Wandel | |
| Erkenntnisse, Positionierungen und Denkanstöße | |
| <i>Bastian Lange, Martina Hülz, Benedikt Schmid, Christian Schulz</i> | 167 |
| 8. Literatur | 179 |
| Abkürzungen | 201 |
| Autorinnen und Autoren | 203 |
| Index | 205 |

1. Wohlstandsalternativen – Einführung in die Anthologie

Bastian Lange, Martina Hülz, Benedikt Schmid, Christian Schulz

Abstract *Die aktuellen sozialen und ökologischen Herausforderungen – von den Folgen der sich weiter intensivierenden Klimakrise bis zum völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in der Ukraine und seinen internationalen (energie-)wirtschaftlichen Auswirkungen – fordern unser Wohlstandsverständnis in mehrfacher Hinsicht heraus. Zum einen hat sich die Erkenntnis verstärkt, dass eine vorherrschend materielle und auf stetiges Wachstum ausgerichtete Wohlstandsorientierung vor dem Hintergrund von Ressourcenverknappung und ökologischer Zerstörung nicht zukunftsfähig sein kann (Rockström/Steffen/Noon et al. 2009; Steffen/Richardson/Rockström et al. 2015). Zum anderen wird immer deutlicher, dass westliche Lebensstile und Konsummuster zulasten anderer Weltregionen gehen und sich (neo-)imperialistische Abhängigkeitsverhältnisse verfestigen (Brand/Wissen 2022). Außerdem lassen wachsende soziale Ungleichheiten auch innerhalb vermeintlich prosperierender Staaten erkennen, dass das Narrativ vom Durchsickern (trickle down) von Einkommenszuwächsen in alle Bevölkerungsteile weder auf globaler noch regionaler Ebene empirisch haltbar ist (Hickel 2022; Chancel/Piketty/Saez 2022).*

Infolgedessen mischen sich (nachvollziehbare) Ängste und Sorgen um sowohl kurz- als auch langfristige Wohlstandsverluste mit den nicht neuen, aber zuletzt an Dynamik gewinnenden Rufen nach alternativen Wirtschafts- und Wohlstandsmodellen. Dabei geht es vor allem um die Frage, wie auf die zunehmende Divergenz zwischen sozialen und ökologischen Zielen einerseits und den auf die Maximierung der Wirtschaftsleistung ausgerichteten Vorstellungen, Praktiken und institutionellen Rahmenbedingungen andererseits reagiert werden kann. Verständnisse, Definitionen und Messungen von Wohlstand sowie den Prozessen ihrer Aufrechterhaltung nehmen hier eine zentrale Rolle ein – im Kontext politischer Zielsetzungen ebenso wie in medialen Repräsentationen und gesellschaftlichen Aushandlungen um z. B. Fragen der Wohlstandsverteilung.

1.1 Warum eine Anthologie zu »Wohlstandsalternativen«?

Die Auseinandersetzung mit dem Wohlstandsbegriff bringt einige gesellschaftliche Grundfragen zum Vorschein: Zum einen ist dies die handfeste materielle Frage nach der **Sicherung des gesellschaftlichen Wohlstands** mit einem gerecht verteilten Zugang und im Einklang mit der langfristigen Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Zum anderen ist dies die Frage, mit welchen Prämissen, Werten, Grundhaltungen und kommunikativen Regeln derartige Verständnisse von Wohlstand verhandelt werden. Im Kontext der gegenwärtigen mehrfachen Krisen lassen sich vielfältige Dynamiken beobachten, die sich an alternativen Werten, Idealen und Utopien orientieren und neue sowie (in Teilen) verdrängte und vergessene Praxisformen erproben. Das Verständnis von Wohlstandsalternativen und den damit verbundenen Praktiken ist notwendigerweise plural und divers.

Der Begriff »Wohlstandsalternativen« hat keinerlei direkte Bezugnahme zu politisch rechtsgerichteten Diskursen um Alternativen zur bestehenden »politischen Klasse«. Gleichwohl gilt es, auch auf diese Positionen zu verweisen, insbesondere da die reaktionäre Formulierung hochgradig exklusiver Wohlstandsvorstellungen zu einem ausgeprägten Festhalten am ressourcenverbrauchenden Status quo eines nicht mehr zukunftsträchtigen Wirtschaftsmodells führen. Dies drückt sich insbesondere in den Versuchen aus, jegliche Veränderungen hin zu zukunftsfähigen und integrativen Produktions-, Lebens- und Wirtschaftsalternativen zu behindern oder sie antisolidarisch, rassistisch, nationalistisch sowie hegemonial umzudeuten und dann für sich zu vereinnahmen (Röpke/Speit 2019; Best/von Jorck 2023).

Neben der Abgrenzung zu reaktionären Positionen stehen wir auch Ansätzen eines vereinfachenden **»Weniger ist mehr«**, die in Lifestyle-Bewegungen ohne Verweise auf gesellschaftsstrukturelle Missstände Ausdruck finden, kritisch gegenüber. Während Impulse hin zu einer Vereinfachung (*simplification*) und Entrümpelung (*decluttering*) von Lebensweisen durchaus Nähe zu Kritiken eines anhand marktwirtschaftlicher Indikatoren definierten Wohlstandsverständnisses aufweisen, werden die entsprechenden Debatten weitgehend in saturierten Mittelschichten entlang individualistischer Lebensstile und Selbstverwirklichungsnarrative geführt. Aus einer Position identifikatorischer (z.B. durch entsprechenden Berufsstatus) und materieller (z.B. durch finanzielle Absicherung) Sorglosigkeit artikuliert, muten Verzichtsforderungen schnell als befremdlich und bevormundend an. Entgegen privilegierter Kritiken an einem materiellen Wohlstandsbegriff betrachten wir im Folgen-

den Fragen nach Grundversorgung und Gerechtigkeit als ebenso wichtig und im engen Zusammenhang mit Perspektiven auf kollektiv bestimmte Selbstbeschränkung (Brand/Muraca/Pineault et al. 2021).

Wie die Debatten über Wohlstand lassen sich Wohlstandsalternativen auf verschiedenen räumlichen Ebenen betrachten. Unser Ansatz versucht mithilfe eines relationalen Raumverständnisses die engen Wechselwirkungen zwischen ortsbasierten Praktiken und Phänomenen und größeren (sozial-)räumlichen Zusammenhängen zu erfassen. Aus dieser Perspektive heraus untersuchen wir Einzelinitiativen und ebenso auch großräumige sowie auch plattformbasierte (Online-) Formate (z. B. Zeitbanken und Tauschringe) mit je spezifischen lokalisierbaren materiellen Auswirkungen. Zugleich schließt die relationale Betrachtung mikroskalige Aktivität und Phänomene (z. B. Pilotprojekte zu neuen Wohn- und Arbeitsformen) mit ein.

Aus diesem Blickwinkel heraus untersuchen wir raumrelevante Auswirkungen verschiedener, zum Teil gegensätzlicher Positionen, Praktiken und Prozesse von Wohlstandsalternativen. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Frage, wie sich veränderte Wohlstandsverständnisse in neue Leitbilder und **Leitmotive der Regionalentwicklung** übersetzen lassen und welche Instrumente und Indikatoren dazu beitragen könnten, diese Ziele zu erreichen und zu bewerten. Angesichts des gegenwärtigen multiplen Krisenkontexts geht es nicht zuletzt darum, überkommenen Entwicklungsansätzen (etwa neofossile Energiepolitik) nachhaltige Alternativen entgegenzusetzen und aufzuzeigen, wie die räumliche Entwicklungspolitik und -planung hier einen substanziellen Beitrag leisten kann.

Den Ausdruck »Wohlstandsalternativen« verstehen wir somit als Sammel- und Suchbegriff für Verständnisse und Praktiken, denen alternative, unkonventionelle sowie kritische Wohlstandsverständnisse zugrunde liegen und die darauf hinwirken, dass sich zukunftsfähige Wohlstandsmodelle und -indikatoren sowie die dafür nötigen Prozesse, Praktiken und Perspektiven etablieren können.

1.2 Ausrichtung und Struktur: Praktiken und Prozesse (der Ansprache) von Wohlstandsalternativen

Der Begriff »Wohlstandsalternativen« dient in diesem Buch als Sammelbegriff, um zum einen Wege für praktizierte Veränderungen gegenüber kapitalistischen Ressourcenverbrauchsmodellen vorzustellen. Zum anderen

richten wir den Blick auf Praktiken und Prozesse, wie Wohlstandsalternativen verstanden und kollektiv getragen werden und wie sie sich als Gegenentwürfe zu nachteilig bewerteten Raumentwicklungsmodellen zu erkennen geben.

Unser Interesse ist es, Motive für Wohlstandsalternativen aus der Akteure- und Nutzer:innensicht zu beschreiben. Vignetten, Impressionen und gedankliche Exkurse helfen uns dabei, diese in komplexen Umbruchsituationen regionspezifisch nachzuzeichnen.

Im engeren Sinne kann man alternative und gemeinwohlorientierte Produktions-, Wirtschafts- und Lebensformen zunächst als Gegenpol zu den oligopolistischen, monopolistischen sowie zentralistischen Akkumulationen von Wohlstand benennen. Der strukturelle Kern der Alternativen ist das Teilen und Offenlegen von Basisressourcen innerhalb von lokal-regional erkennbaren, aber auch global verfassten Gemeinschaften. Einfach gesprochen haben Menschen und Kleingruppen in kollektiven Widerstandsformen den für sie relevanten Anteil an essenziellen Ressourcen erstritten und vergemeinschaftet ihn.

Anders als zentralistische, dominante Hyperwohlstandsformen vollführen und begründen sich alternative Wohlstandsformationen in ähnlicher Weise auf dem Schlüsselmomentum westlicher Demokratien – dem Teilen von Macht und sodann dem Teilen von relevanten Lebensressourcen. Alternative Wohlstandsformen zeigen auch Prinzipien des Teilens von verschiedensten Gütern und Territorien. Nicht teilen und herrschen, sondern teilen und nivellieren stellt dabei ein Grundprinzip alternativer Wohlstandsformationen dar.

Die Beiträge des Buches sind entlang der folgenden Praktiken und Prozesse gegliedert:

Bereitstellen und Teilhabe als Praxiskern von Wohlstandsalternativen

Hier geht es um Angebote, die für eine breite Zielgruppe offen sind und die Möglichkeit zum Mitmachen und Mitgestalten bieten. Dazu werden die (gemeinschaftliche) Herstellung von Rahmenbedingungen und Infrastrukturen für die Erfüllung von gesellschaftlichen und individuellen (Grund-)Bedürfnissen betrachtet und diskutiert. Im Zentrum stehen drei Ansätze, die unseren Blick auf die Fundamente von Wohlstand schärfen können: das Konzept der Daseinsvorsorge, den noch jungen Ansatz der Fundamentalökonomie und prozessuale Konzeptionen von Infrastrukturen. Es wird das Spannungsfeld zwischen Bereitstellung und Teilhabe aufgetan und das Verhältnis zwischen

Bürger:innen, Privatwirtschaft und der öffentlichen Hand bei der Bereitstellung und Sicherung von Wohlstand im klassischen und alternativen Sinn reflektiert.

Herstellen und Organisieren als Praxiskern von Wohlstandsalternativen

Alternative Ziel- und Wertvorstellungen von Wirtschaftspraktiken müssen sich auch auf der Ebene einzelner Unternehmen widerspiegeln. Um dies herauszufinden, werden sowohl die Herstellung von Gütern als auch die Erbringung von Dienstleistungen von Unternehmen betrachtet. Auch verschiedene Organisationsformen und damit verbundene Fragen von Eigentum und Ertragsverteilung spielen in dem Zusammenhang eine Rolle. Zudem wollen wir Aspekte der Entscheidungsfindung und Spielarten partizipativer Unternehmensdemokratie beleuchten und zugrunde liegende Finanzierungsmodelle und das sich differenzierende Angebot gemeinwohlorientierter Finanzprodukte ins Auge fassen.

Sorgen und Verbinden als Praxiskern von Wohlstandsalternativen

In diesem Abschnitt steht die sorgende Grundhaltung von Wohlstandsorientierungen im Fokus. Wir beschäftigen uns in erster Linie mit den immateriellen, schwer messbaren Werten zwischenmenschlicher Beziehungen: Fürsorge, Sich-Kümmern und Pflegearbeit stehen synonym für eine Investition in Gemeinschaft, Verbindung, Wohlbefinden, Glück und Zufriedenheit als sozial bedeutende menschliche Attribute eines kollegialen, würdevollen Miteinanders zum Gegenentwurf von Materialität im kapitalistischen Gegeneinander. In den Mittelpunkt rücken also auch gleichzeitig Fragen der Anerkennung und Wertschätzung von Sorgearbeit. Dementsprechend konzentrieren wir uns auf verschiedene Räume und Kontexte, die diese Formen des Sorgens und Kümmerns sowie deren Wertschätzung und Anerkennung ermöglichen und stärken.

Steuern und Gestalten als Praxiskern von Wohlstandsalternativen

Damit alternative Wohlstandsverständnisse sich auch in regionalpolitischen Entwicklungsstrategien sowie in der räumlichen Planung niederschlagen, bedarf es einer Verständigung auf veränderte, geeignete Methoden der Wohlstandsbewertung. Dazu sind starke Allianzen, bestehend aus politischen, ad-

ministrativen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren notwendig. Wir diskutieren im Beitrag Steuern und Gestalten, wie in diesen Governance-Arrangements neue Narrative entwickelt und in transformative Leitbilder überführt werden können und mit welchen Indikatoren deren Erreichung bewertet werden kann.

1.3 Anliegen des Buches

Unser Hauptanliegen ist es, die aktuellen Debatten um Wohlstand und alternative Wohlstandsverständnisse aufzubereiten und auf Fragen der räumlichen Entwicklung und Planung zu übertragen. Die im vorherigen Abschnitt skizzierten thematischen Schwerpunkte sowie die illustrativen Fallbeispiele in den folgenden Beiträgen sollen einen differenzierenden Eindruck von transformativen Praktiken und deren Herausforderungen vermitteln und einem möglichst breiten Kreis von Lesenden zugänglich machen. Dabei adressieren wir mit dem Buch sowohl Praktikerinnen und Praktiker in Planung, Regionalentwicklung und Politik als auch zivilgesellschaftlich engagierte Menschen, die sich mit Fragen wachstumskritischer und nachhaltigkeitsorientierter Entwicklung beschäftigen. Selbstredend sprechen wir auch Studierende und Lehrende in einschlägigen Studiengängen und Weiterbildungsprogrammen an.

Die vorliegende Anthologie ist ein zentrales Ergebnis der insgesamt dreijährigen Kooperation innerhalb des Arbeitskreises »Wohlstandsalternativen und Regionalentwicklung« der Akademie für Raumentwicklung der Leibniz-Gemeinschaft (ARL). Um die unterschiedlichen Verständnisse und Praktiken rund um Wohlstand zu erfassen, haben sich zehn Wissenschaftler:innen und Praktiker:innen 2021 zusammengefunden. Wir wollen solche Dynamiken sichtbar machen, die sich von den vorherrschenden exkludierenden und sozialökologisch destabilisierenden Ansätzen abheben oder gar explizit abgrenzen. Im Verlauf des Arbeitskreises wurden Gespräche mit Praktiker:innen an unterschiedlichen Orten in Deutschland, Österreich und der Schweiz geführt. Die Ergebnisse sind in Teilen in die Texte integriert, um deren Sichtweisen bezüglich Wohlstand und Wohlstandsalternativen abzubilden und den Dialog unterschiedlicher Akteure zu fördern.

Die Beiträge fußen demnach auf empirischen Beobachtungen bei Ortsterminen und darüber hinaus auf dem fokussierten Austausch mit Akteuren lokaler und regionaler Initiativen.

2. »Wohlstand« – Kontingente Betrachtungen und ambivalente Verständnisse eines Begriffs

Bastian Lange, Sören Becker, Martina Hülz, Benedikt Schmid, Christian Schulz, Hans-Martin Zademach

Abstract *Der bestimmende Teil »Wohl« des Kompositums »Wohlstand« teilt sich eine sprachhistorische Wurzel mit modernen Begriffen wie »wollen« und »wählen« und drückt somit, etymologisch gesprochen, einen gewollten oder gewünschten Zustand aus (Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften 2024). Damit wird bereits ein Grundproblem der Bestimmung von und Auseinandersetzung mit Wohlstand deutlich – ein gesellschaftlicher Wohlstand muss zwangsläufig unterschiedliche Wünsche und Vorstellungen vereinigen. Gleichberechtigt zur Frage, was Wohlstand beinhaltet, gilt es zu betrachten, wie Wohlstandskonzepte im Verhältnis zu den Wünschen anderer stehen.*

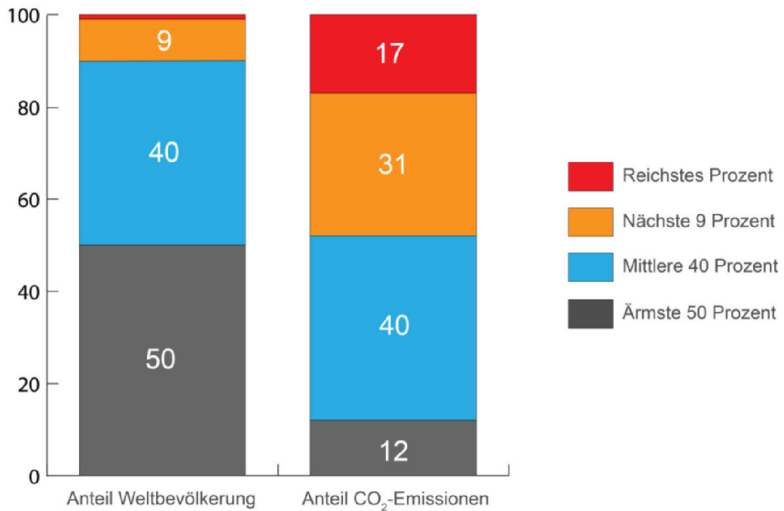
2.1 Wohlstandsverständnisse in der Diskussion

Befreit man sich vom engen Verständnis von Wohlstand als ausschließlich materiellem Wohlstand des Einzelnen und ebenso von den sozioökonomischen Bemessungen nationalen Wohlstands sowie den dabei meistens herangezogenen raumzeitlichen Bemessungsparametern wie dem Bruttoinlandsprodukt (BIP), dann kann man Wohlstand wie folgt definieren: Wohlstand ist Ausdruck einer fortwährenden konsensualen Aushandlung gesellschaftlicher Selbstverständnisse und »guter Lebensqualitäten« (O'Neill/Fanning/Lamb et al. 2018) im Bereich der Verteilung von Ressourcen, Gütern, Rechten, Kulturtechniken und Territorien.

Rein quantitative Definitionen von Wohlstand, die sich am Wachstum des BIP festmachen, werden seit Langem im Fachkontext kritisiert, weil sie die Auswirkungen auf die Lebensrealitäten anderer, wie beispielsweise durch Umweltverschmutzung, Lärm und Treibhausgasemissionen, als »negative Exter-

nalitäten« unberücksichtigt lassen. Dass der »Earth Overshoot Day« (Erdüberlastungstag) immer weiter im Jahr nach vorne rückt, indiziert, dass wohlhabende Teile der Menschheit – also diejenigen, die über die Ressourcen verfügen, um ihre Vorstellungen und Wünsche von guten Lebensqualitäten in der Praxis um- und durchzusetzen – dies auf Kosten ihrer Mitwelt tun. Das bedeutet, dass die entsprechenden Lebensstile, Verhaltensmuster und Wertesysteme dezidiert nicht im Einklang mit der Möglichkeit eines gesamtgesellschaftlichen (globalen) Wohlstands stehen (Wiedmann/Lenzen/Keyßer et al. 2020) (siehe Abbildung 2.1)

Abbildung 2.1: Globale CO₂-Emissionen nach Einkommensgruppen.



Quelle: Eigene Darstellung auf der Grundlage von (Chancel 2021: 10); CO₂-Emissionen = alle Treibhausgasemissionen in CO₂-Äquivalenten.

2.2 Wohlstand und Wachstum

Bis heute zeigt sich ein dominantes Verständnis von materiellem Wohlstand in Deutschland, der primär durch die industrielle Exportwirtschaft geschaffen wurde. Wohlstand als Basisversprechen fußte in der jüngeren Vergangenheit

auf einem konsensualen nationalen Fundament und ordnete Erwartungen des Einzelnen gegenüber dem Staat. Dieses im Wohlfahrtsstaat formalisierte, aber noch mehr informell-mundan verfasste Wohlstandsverständnis ist seit ein bis zwei Dekaden in westdemokratischen Gesellschaften nicht mehr konsensstabil: Wachsende sozialräumliche Spaltungen, immer größere Wohlstandsasymmetrien zwischen Gewinnern und Verlierern von Globalisierung und Modernisierung und eine ungleiche Gewinn- und Lastenverteilung zwischen den Generationen fordern bestehende Leitbilder heraus: von nationalstaatlicher Sozialpolitik bis zu regionaler Entwicklung. Dabei zeichnet sich immer klarer ab, dass nicht nur Wohlstandsungleichheiten gewachsen sind, sondern eben diese Ungleichheiten auf ressourcenzerstörenden Prozessen von Luft, Boden, Wasser und den Ressourcen fußen (Richardson/Will/Wolfgang 2023).

Die zunehmende sozioökonomische Spaltung der Gesellschaft ist begleitet von konstanter politischer Auseinandersetzung und Kämpfen um die Sicherstellung jeweiliger gesellschaftlicher Statuspositionen: Autofahrer wollen an Freiheitsverständnissen festhalten, Parteipositionen im rechten politischen Spektrum an der vermeintlichen Homogenität eines nationalen Volkskörpers usw. Andere, liberale sowie rechtsstaatliche Positionen ringen darum, Bleibe- und Aufenthaltsrechte im Zuge der Anpassung des Asylgesetzes an neue Rahmenbedingungen zu sichern. Bildungsinstitutionen sowie Eltern ringen um Verbesserungen in sozioökonomische Bildungs- und sodann Wohlstand versprechende Strukturen, sei es durch neue pädagogische Erfahrungs- und Lernverständnisse oder strukturelle Anpassungen im Zuge der zahlenmäßigen Erhöhung des Lehrpersonals sowie einer besseren Ausstattung der Bildungsimmobilien in Stadt und Land.

Generell zeigt die jüngere Wirtschaftsgeschichte jedoch, dass westeuropäische Demokratien lange Zeit in der Lage waren, wirtschaftliche, sozialpolitische und kulturelle Errungenschaften mit dem Versprechen individuellen Aufstiegs und der Sicherheit des Erarbeiteten zu verkoppeln (Keating 2021). Die regulativen Mechanismen der Verteilung materieller Ressourcen und struktureller Macht sollten Wohlstandsoptionen wirksam und relativ effektiv allozieren. Gesellschaftliche Statuspositionen definierten für viele das Selbstverständnis von errungenem Wohlstand und vermittelten für andere die reelle Chance, dies im Hier und Jetzt ebenso erreichen zu können. Dadurch sind die erfolgten Wohlstandsgewinne für partikulare Gruppen – trotz der sichtbaren Misserfolge, dieses Versprechen für alle Gruppen der Bevölkerung einzulösen beziehungsweise einlösen zu können – neben der materiellen Dimension zu

einem symbolischen Schlüssel-narrativ avanciert, an dem maßgebliche Politiken nebst ihren kollektiven Sicherungsmechanismen durch Milieus, Parteien und Machtregime festhalten.

2.3 Die Ambivalenz von Wohlstand

Wohlstand, insbesondere im Kontext kapitalistischer Akkumulation und der entsprechenden gesellschaftlichen Verhältnisse, erweist sich folglich als ein hochambivalenter Begriff: Die materielle Entwicklung hat im westeuropäischen Nachkriegskontext zu einem bis dahin nicht bekannten Zugang zu ökonomischen, sozialen und räumlichen Ressourcen in weiten Teilen der Gesellschaft geführt. Dies löst andererseits starke Beharrungskräfte bei denjenigen aus, die entweder von den Wohlstandsverteilungen besonders profitiert haben beziehungsweise die durch Hyperakkumulationen enorme Gewinne gegenüber den Verlierern erlangten. Als Folge dessen sind Verteilungsprozesse in Gestalt eines »sozialen Friedens« in eine eindeutige Schiefelage gerutscht (Davis/Moulton/Sant et al. 2019). Das rückt Gerechtigkeitsfragen sowie die Möglichkeit der Entkopplung von Wohlstand und (Wirtschafts-)Wachstum in den Mittelpunkt der Diskussion (Lee/Koch/Alkan-Olsson 2023).

Wohlstand ist ein historisches Produkt. Folgt man der historischen Verteilung von und der Organisation des Zugangs zu Wohlstand, wird ein absoluter und statischer Wohlstandsbegriff – mit einem vermeintlich unverrückbaren »Stand« – unhaltbar. Stattdessen rücken zeitliche Dynamiken und die Einbettung in differenten sozialen und räumlichen Kontexten sowie die ungleichen und abhängigen Beziehungen zwischen diesen in den Fokus des analytischen Verständnisses von Wohlstand. Damit kommen auch jüngere Debatten um Begriffe wie »well-being«, das »Gute Leben« (Buen Vivir) oder auch Konvivialismus zum Tragen (Adloff/Caillé 2022; Adloff/Leggewie 2014; Gudyas 2011; Illich 1973), die wir als eng verbunden mit unserem Anliegen eines breit(er)en Wohlstandsverständnisses sehen. Insbesondere das Konzept des »guten Lebens« wird zunehmend in Transformationsdebatten und im Kontext von »Post-development«-Ansätzen mobilisiert, um auf die extraktive Basis gegenwärtiger Wohlstandsverteilung hinzuweisen und stattdessen für ein kollektiv bestimmtes und solidarisches Miteinander einzustehen.

In der Vergangenheit – und ebenso aktuell – waren es verschiedene soziale und politische Bewegungen, die darum gerungen haben, den jeweiligen Statusgruppen den aus ihrer Sicht zustehenden Anteil am – ungleich verteilten –

Wohlstand zu reklamieren. Ihr Anliegen war und ist es jedoch, nicht nur andere Wohlstandsverteilungen einzuleiten sowie den Zugang zu eben diesen zu sichern, sondern auch auf die Heterogenität der Vorstellungen und Wünsche von guten Lebensqualitäten zu verweisen. Nebst sich dynamisch entfaltenden konzeptionellen Debatten um die Möglichkeiten eines »Guten Lebens für Alle« (I.L.A. Kollektiv 2019) drücken auch alltagsweltliche Begriffe wie Wohlbefinden und Wohlergehen – stärker als der Begriff Wohlstand – die Bedeutung nichtmaterieller Momente für ein gelingendes Leben aus: intakte soziale Beziehungen, Verbundenheit mit der Mitwelt sowie die Gesundheit organischer und ökologischer Komplexe, vom individuellen Körper bis zu den planetaren Lebenserhaltungssystemen (siehe ausführlicher Kapitel 5).

Praktiken der Wohlstandsvermehrung

Wohlstandssicherung und Wohlstandsvermehrung sind, unabhängig vom politischen System, ein Leitmotiv politischen Handelns und bisweilen auch eine Ressource zur Sicherung autokratischer Herrschaft. Dies geht oft mit der Praxis einher, systematisch Zugänge zu Grundbedürfnissen wie Wasser, Boden, Bildung und Migration einzuschränken oder zu verwehren. Umgekehrt ist die Betrachtung von Wohlstandsformationen und Wohlstandsungleichheiten ein historisch wiederkehrender Gegenstand machtkritischer sowie emanzipatorischer Debatten (Robin/Broto 2020): In Gestalt von sozialen Bewegungen, Aufständen, Protesten und Klassenkämpfen haben sich soziale Kollektive, Netzwerke und Interessenverbände gegen extreme Formen der ungleichen Wohlstandsverteilung und deren Machtregime erwehrt (Eskelinen/Hirvilampi/Venäläinen 2020).

Dagegen zeit sich der Widerstand gegen Ausbeutung und strukturellen Machtmissbrauch in einem weiten Spektrum von Protesten, unter anderem in Gestalt von regionalen Kämpfen um Boden (Harvey 1999), städtischen Bewegungen (Mayer 2012) um das Recht auf Wohnen (LaFond/Id22: Institut für Kreative Nachhaltigkeit 2012; Krasny 2023b; Khmara/Kronenberg 2022) sowie ebenso das Recht auf freie Meinungsäußerung und die souveräne Zugriffshoheit auf die eigenen Daten (Glasze/Odzuck/Staples 2022).

Zum anderen legen diese Bewegungen auch Zeugnis ab über implizite, in alltäglichen Kulturpraktiken verpackte Kapitalismuskonzeptionen westlicher Prägung, an deren Ende ursächlich der Überkonsum, der Überfluss sowie die Frage nach dem Nutzen und dem Zweck der konstant laufenden Konsumpraktiken steht. Als Reaktion auf letzteres eröffnen sich die teils stillen, alltäglichen

und individuellen, teils interventionistischen Formen der Umgehung derartiger Überkonsumptionen, z.B. in Gestalt von Tauschsystemen, aber auch der Umkodierungen von Werbekampagnen im öffentlichen Raum.

Das den Wohlstandsregimen in westlichen Demokratien zur Seite stehende Modell des wachstumsbasierten Kapitalismus erweist sich jedoch als ebenso beharrlich wie anpassungsfähig. Gegen- und subkulturelle Bewegungen, abweichende Praktiken der Produktion und Versorgung sowie deviante gesellschaftliche Positionen werden in die kapitalistische Logik einverleibt: Punk war einmal antikapitalistisch und subversiv, bevor er als Pose Teil des Mainstreams wurde. Ebenso verlief die Karriere des »Urban Gardening«; es war in Teilen des globalen Südens eine Rückbesinnung auf die lebenserhaltende Verwendung von Brachen und Anbauflächen und erzählte von kollektiven Rückeroberungen ungenutzter Räume sowie selbstbestimmten Anbauprozessen (Morales-Bernardos 2019). Urban Gardening fand im Laufe der Zeit im globalen Norden als medialer Hype seinen Weg, als (lebens-)stilvolle Praxis um das »Schöner Wohnen«. Daran lagerten sich im Zuge dieser Metamorphose weitere, als relevant erachtete Lifestyle-Accessoires in Gestalt von als notwendig bewerteten und vermittelten Materialien und Gütern (wie E-Lastenräder oder Arbeitsmittel aus dem Manufaktur-Katalog) für Distinktionsgewinner an das urbane Gärtnern an (Rosol 2018).

Wie also, so könnte man rasonieren, sind Alternativen zu den bekannten ausbeuterischen und zerstörerischen Praktiken der globalen Wohlstandsnarrative denk- und positionierbar? Wie ist ein Bruch mit den mächtigen Routinen kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse möglich und denkbar, um über den Tellerrand der materiellen und gewöhnlichen Wohlstandspraktiken zu blicken? Zugespitzt gefragt: Wie können wir alternative Wohlstandspraktiken als ›Befreiung‹ von vergangenen Mustern kapitalistischer Praktiken im eigentlichen Sinne denken, erkennen und realisieren?

Auch wenn sich weltweit unterschiedliche Kapitalismusformationen zu erkennen geben (Chatterton/Pusey 2020; Schmid 2019; Massumi 2018; White/Williams 2016), so ähneln sich die Muster transnationaler Ausbeutung im globalen Kontext in der Zerstörung der Umweltressourcen oder der Missachtung von Arbeitsschutz- und Sozialstandards. Reaktionen auf die lokale und globale Umweltzerstörung, darunter sektorale Anpassungs- sowie Innovationsprozesse im Zuge der Dekarbonisierung (Elektromobilität, postfossile Energieversorgung), erschöpfen sich oft in technologiebezogenen, systemimmanenten Adaptationen, ohne wesentlich über den Status quo hinauszugehen. Versprechen der »Green Economy« verharren im Wesentlichen im bestehenden

Rahmen und festigen daher existierende Wohlstandsformationen (siehe hierzu auch die Kritik am Versprechen der »Green Economy« (z. B. Kenis/Lievens 2015)).

Im Kern, so offenbaren diese Erkundungen des Begriffs Wohlstand, sind Artikulationen von wohlstandsbezogenen Politiken, Praktiken und Prozessen immer Ausdruck der Sicherung, Versicherung oder Anpassung an neue nationale oder internationale Rahmenbedingungen, also auch anthropogene Umweltveränderungen. Die Herstellung von Wohlstand ist demzufolge konstanten regulativen Veränderungen unterworfen, nicht statisch, einheitlich und fixiert, sondern hochgradig kontextorientiert. Dies eröffnet enorme Chancen, Alternativen in den Fokus zu nehmen. Welche Bedeutung die stabile Aufrechterhaltung des Basisnarrativs »Wohlstand« sowie »Sicherung des Wohlstands« zumindest in Deutschland hat, zeigte sich bei der früheren Bundeskanzlerin Angela Merkel, die ihre Krisenpolitiken gegenüber extern einwirkenden Migrationsdynamiken, Pandemiebedingungen oder Austeritätsauflagen in der EU regelmäßig als »alternativlos« auswies.

Im Fahrwasser dieses strukturkonservativen Kammertons zeigen sich starke Beharrungskräfte, die mit formellen Prozessen und stabilen Praktiken an der aus ihrer Sicht nötigen Wohlstandswahrung festhalten, ungeachtet dadurch exkludierter Personen und Positionen, äußerer bedrohlicher Umweltzerstörungen, wachsender sozialer Ungleichgewichte und offenkundiger Klima-, Umwelt- und Biodiversitätskrisen. Besitz- und wohlstandsbeharrende Milieus sind somit im Zuge der Suche nach Alternativen immer mit zu berücksichtigen. Alternative Verständnisse von Wohlstand entwickeln sich im Widerspruch zu beziehungsweise bestehenden Wohlstandsformationen (Lange/Bürkner 2021). Wenn man verstehen will, aus welchen Motivlagen, Bedürfnissen und Selbstverständnissen sich Menschen zu denen aus ihrer Sicht neuen Wohlstandsalternativen aufmachen, ist der Status quo entsprechend mitzudenken (White/Williams 2016; Schiller-Merkens 2022; Aulenbacher/Lutz/Schwiter 2021; Schwiter/Steiner 2020; Acosta/Brand 2018).

Nun den Begriff der »Alternativen« an den vielschichtigen Begriff Wohlstand anzulehnen, erleichtert die präzise Bestimmung von Wohlstandsalternativen aber nur auf den ersten Blick. Es ist vorschnell eine Assoziation erkennbar, dass wie auch immer geartete Alternativen nur als Antipode zu dem im Wesentlichen höchst problematischen Begriff des etablierten »Wohlstands« gedacht werden, also auch nur innerhalb eng gefasster Wohlstandsverständnisse von kapitalistischen Ausbeutungsmustern mehrheitlich

westlicher Prägung, die es gilt, auf neue, zukunftstaugliche Modelle hin zu überarbeiten oder gänzlich neu zu denken.

Auf dieser Spur zeigt sich die stille Ambivalenz des oft unhinterfragten, jedoch alltäglichen Begriffs Wohlstand, dessen Praktiken der gesellschaftlichen Aufrechterhaltung und der Sicherung von Normalitätsverständnissen selten Gegenstand fachlicher Debatten sind. Aus einem anderen Blickwinkel gibt es intensive fachliche und gesellschaftliche Debatten um die Wahrung, Sicherung und Aufrechterhaltung des errungenen sozialen und ökonomischen Niveaus, ebenso um deren tarifbasierte Verteilung in Gestalt von gerechteren Löhnen, Lieferkettengesetzen, besseren Bildungssystemen, Sicherung von natürlichen Ressourcen und Umwelt durch höhere Standards und Auflagen sowie Bemühungen um die Anpassung der Städte an die Effekte des Klimawandels usw.

2.4 Durch Realutopien zu Wohlstandsalternativen?

Historisch und kontemporär existier(t)en alternative Lebens- und Wirtschaftsmodelle parallel zu, innerhalb von und oft in wechselseitiger Abhängigkeit mit kapitalistischen Strukturen. Im Ernährungs- und Landwirtschaftsbereich reicht das von kollektiven Landwirtschaftsweisen, die ihren Ursprung in der Regelung des Zugangs zum Boden als Allmende haben, über die frühen anthroposophischen Produktionsformen bis hin zu suffizienten kleinteiligen Eigenanbauweisen. Eine ähnliche Vielfalt an von marktwirtschaftlichen Produktions- und Distributionslogiken abweichenden Arrangements lässt sich in anderen Lebensbereichen beobachten, wie beispielsweise bei Wohnungskooperativen und Energiegenossenschaften. Ihnen zugrunde liegen Freiheitsrechte, um sich die dafür nötigen Ressourcen und Infrastrukturen kollektiv oder individuell aneignen zu können.

Wer die entsprechenden Wirtschafts- und Lebensformen primär als Gegenentwürfe zu vorherrschenden kapitalistischen Verhältnissen betrachtet, erkennt, dass diese sowohl historisch als auch in der Gegenwart eine hohe gesellschaftliche Relevanz besitzen (White/Williams 2016). Von der Haushaltsarbeit über kleinbäuerliche Subsistenzwirtschaft hin zu sozialen Beziehungen des Vertrauens und der alltäglichen Hilfe stellen nichtkapitalistische Formationen keineswegs nachrangige oder randständige Phänomene einer durchkapitalisierten Weltgesellschaft dar (Gibson-Graham 2006). Gleichzeitig gilt es jedoch, den ausgeprägten Adaptions- und Vereinnahmungsdynamiken

kapitalistischer Logiken Rechnung zu tragen, um nicht in ein naives »Wegdenken« sozialökologischer Ausbeutungsverhältnisse zu verfallen (Schmid/Smith 2020). Transformation ist daher immer als Wechselspiel vielfältiger Vorstellungen einerseits und Momenten der Opposition und Konfrontation andererseits zu verstehen.

Diese Spannung verbalisiert sich besonders in Diskussionen um den utopischen Gehalt von alternativen Lebens- und Wirtschaftsformen aus: Utopien können einerseits die Funktion erfüllen, Grenzen des Vorstellbaren zu sprengen und durch (Selbst-)Ermächtigung erweiterte Möglichkeitsräume zu schaffen. Andererseits stehen utopistische Perspektiven schnell im Verdacht, reale Einschränkungen zu verkennen – ein Vorwurf, der mit Vorsicht zu betrachten ist. Im Grunde hat jede soziale Bewegung, seien es antirassistische, wohnungs-, umwelt- oder lebenspolitische und feministische Emanzipationsbewegungen (Krasny 2022; Daniel/Klapeer 2019) bis hin zu anarchistischen und antikapitalistischen Experimenten in den letzten Dekaden ein utopisches Narrativ als Wesensmerkmal in sich getragen (Stavrides 2019). Dieser utopische Zukunftsanker formuliert wünschenswerte Prozesse und Praktiken, und zeigt Wegrichtungen aus einer als misslich empfundenen Vergangenheit und Gegenwart.

Die doppelte Utopie von Wandel und Weiter-So

Dagegen grenzen sich andere politische Kräfte aktiv von Utopien ab, jedoch nicht ohne ihrerseits konträr gelagerte Transformationsvorstellungen und -ziele durchzusetzen. Am eindrücklichsten ist dies wohl im vielzitierten Ausruf vom »Ende der Geschichte« formuliert (Fukuyama 1992), mit dem ebenso das vermeintliche Ende der Utopien konstatiert wurde (Arnswald 2010). Anstelle kollektiv gedachter Sozialutopien rücken neoliberale Werte und Normen und die Anrufung zur individuellen Selbstoptimierung ins Zentrum. Dies hat Auswirkungen auf die Imagination und Formierung von Utopien: Das »Wir« wird durch die individualitätsbasierte Effektivitäts- und Effizienzlogik des »Ich« ersetzt. Zukunftsvorstellungen richten den Blick auf die Optimierung des Selbst als eine Art Ich-Utopie (Bröckling 2007), anstatt dass kollektive Interessen und Bezüge auf das Gemeinwohl eingefordert werden.

Ein weiterer Utopie-Strang verweist auf technologiebestimmte Zukunftsbilder in Form von Technik-Utopien, bei denen z.B. Methoden des Geoengineering gegen Erderwärmung eingesetzt werden, um abkühlende Wirkungen zu erzielen. Weitere Beispiele sind Smart-City-Lösungen, die lebenswerte Al-

ternativen in Aussicht stellen. Entsprechend wird auf das bereits erfolgte oder absehbare Überschreiten planetarer Grenzen – Klimaerwärmung, Biodiversität, Bodendegradation – mit schnellen, technischen Reparaturen reagiert: Soziale Utopien werden dabei als wenig realitätserprobt und als antiquarisches Element der Ideengeschichte betrachtet. Sie erscheinen als normativ aufgeladen und fiktional inspiriert, sodass sie sich aktuell nicht in den Mainstream des technisch geprägten Welt-Mensch-Reparaturmodus einfügen wollen.

Ebenso erscheinen gute Praxisalternativen in Gestalt von Lösungsmodellen in akademischen Debatten meistens als Anhängsel empirischer oder konzeptioneller Arbeiten, mitunter im Anwendungsbereich als sogenannte »Best Practice«-Lösungen (kritisch hierzu: Nagorny-Koring 2018). Diese ordnen sich dabei aber in die bestehenden Realpolitiken ein, sodass Fragen nach dem (politisch) Möglichen oder Wünschenswerten wenig Raum bekommen. Ähnliches gilt für die Zukunftsforschung, welche mittels Prognosen »realistische« Szenarien einer Zukunft zu entwerfen versucht und damit gleichermaßen im Spannungsfeld einer »doppelten Utopie« (Schmid 2019: 3) gefangen scheint: Während ein radikaler Wandel über kapitalistische Verhältnisse hinaus als wenig plausibel erscheint, muss die Zukunftsfähigkeit eines »Weiter-So« als gleichermaßen illusorisch gelten.

Realutopien

Autor:innen wie von Redecker (2023) erkennen in jüngerer Zeit an ganz verschiedenen Stellen utopische Momente in den gegenwärtigen politischen und sozialen Bewegungen. Diese orientieren sich nicht nur an entfernten Zukünften, sondern holen die Zukunft als »reale Utopien« (Habermann 2009; Wright 2015) ins Hier und Jetzt. Protestformen, wie von *Occupy*, *Fridays for Future* und *Buen vivir* praktiziert, sind nicht radikal utopistisch; vielmehr sprechen sie sich für ein anderes kollektives Verhalten im Sinne der (Wieder-)Herstellung einer sorgenden Grundhaltung der Menschen gegenüber der Erde und ihren endlichen Ressourcen aus. Sie grenzen sich suchend und experimentell von den routinisierten kapitalistischen Praktiken bestehender Verwertungs- und Ausbeutungsmuster ab und stellen dadurch neue Umsetzungs- und Handlungswege für *Wohlstandsalternativen* her.

So zeigt von Redecker (2023), dass jüngere soziale Bewegungen ihre Positionen auf der Basis einer anderen Beziehung zwischen Gesellschaftskritik und Zukunftsentwurf begründen. Sie orientieren sich vor allem an der Verwirklichung, Praktizierung oder Sichtbarmachung des Neuen und Utopischen

in der Gegenwart, ohne dass sie dafür die Überwindung des Gegenwärtigen voraussetzen (von Redecker 2012: 31). Dies findet seinen Ausdruck im Konzept der Präfiguration: in der experimentellen Vorwegnahme von Elementen, »die auch für eine befreite Gesamtgesellschaft kennzeichnend sein werden« (Loick 2017: 38). Damit werden so unterschiedliche Praxisformen wie die autonomen Wirtschaftsformen der Zapatista in Mexiko bis hin zu solidarischen Landwirtschaftsinitiativen im Globalen Norden gefasst (Demaria/Kallis/Bakker 2019; Daniel/Exner 2020; Daniel/Klapeer 2019; Kraftl 2007).

Besonders deutlich wird das Konzept der Präfiguration im Begriff der »Nowtopias« verständlich (Demaria/Kallis/Bakker 2019; Carlsson/Manning 2010). Utopien werden mittels alternativer Wirtschafts- und Lebensformen ins Hier und Jetzt geholt und kommen ohne den großen Entwurf geschlossener Gegenmodelle (Utopias) aus. In dieser Verbindung utopischer und praktischer Elemente drückt sich die Verschränkung unterschiedlicher Transformationsstrategien aus, die sich nicht in die klassischen Kategorien von (marxistisch) revolutionär, (sozialdemokratisch) reformistisch oder (anarchistisch) interstitiell einordnen lassen (Wright 2015). Wohlgemeinten, jedoch realitätsfernen Alternativentwürfen steht somit eine wachsende Zahl von »Realutopien« entgegen, die an bestehende Rahmenbedingungen (politisch, rechtlich, kulturell, wirtschaftlich) anknüpfen, jedoch auf deren grundsätzliche Umstrukturierung hinwirken sollen.

2.5 Praktiken und Räume von Wohlstandsalternativen

Wohlstand soll entsprechend auf der Grundlage alternativer, und gleichzeitig praxistauglicher Modelle hergestellt werden. Aktuell debattierte Konzepte wie z.B. das der Gemeinwohlökonomie (Helfrich/Euler 2021; Chatterton/Pusey 2020), der »Foundational Economy« (Landau/Pohl/Roskamm 2021), der »Sharing Economy« (Jarvis, 2017) oder des Postwachstums (Kallis/Demaria/D'Alisa 2015) sind Klammerbegriffe für ein Bündel von einerseits klimaanangepassten und gerechteren Lebensformen sowie andererseits ganz generell alternativen Suchbewegungen nach dem »guten Leben« (Adloff/Caillé 2022).

Tabelle 2.1: Übersicht von Zugängen zu und Verständnissen von Wohlstand (Quelle: eigene Darstellung).

| Kernbegriff | Marktwirtschaft | Ökologische Modernisierung | Gleichwertige Lebensverhältnisse | Öffentliche Daseinsvorsorge | Lebensqualität | Gemeinwohlökonomie | Postwachstum und Degrowth |
|--------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Fokus | Wohlstand durch wirtschaftliches Wachstum, Gewinnmaximierung | Entkopplung von Wirtschaftsleistung und Ressourcenverbrauch bzw. Emissionen | Ausgleich räumlicher Unterschiede und territoriale Kohäsion | Öffentliche Organisation grundlegender Dienstleistungen | Orientierung auf individuelles Wohlergehen | Betriebliche Organisation entsprechend sozialer und ökologischer Ziele | Grundsätzliche Überwindung von materiellem Wachstum |
| Planerische Leitbilder | Trad. Standortpolitik, Instrumente der Raumplanung | CO ₂ -Steuern, Anreizsysteme, »Grüne« Technologiecluster | Regionalpolitik, Finanzausgleich, Rechtlicher Grundsatz (BRD) | Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur | Menschenzentrierte Planung, Lebenswerte Stadt, qualitative Stadtentwicklung | Schaffung regionaler Netzwerke und Kreisläufe | Sozialökologische Transformation, lokale Ökonomien |
| Indikatoren und Monitoring | BIP, Wettbewerbsindikatoren | Ressourceneffizienz, CO ₂ -Bilanzierung, Materialflussberechnungen, Input-Output-Berechnungen | BBSR-Monitoring, Nationaler Wohlfahrtsindex | Fördermittel, Zugang zu Infrastrukturenleistungen | Grass National Happiness-Index, Human Development Index | Gemeinwohllanzierung | Good practices, Zeitbanken, 2000-Watt-Gesellschaft, Index of Sustainable Economic Welfare, Genuine Progress Indicator |
| Kritik und mögliche Umsetzungshindernisse | Partikularinteressen, Machtasymmetrien, Lobbyismus Geringe Regulation Private Profitmaximierung Zulasten gesamtgesellschaftlicher Kosten | Effizienzgewinne unzureichend, Kosten, breite Kritik (z.B. Green washing) | Gleichwertigkeit als unbestimmtes, Gleichheit als unerreichtes Ziel, Bürokratisierung | Kosten, paternalistisches, ggf. traditionelles Verständnis von Gemeinwohl | Keine Berücksichtigung sozialer und ökonomischer Ungleichheit | Red tapping, Bürokratie, fehlendes Marketingkonzept | Verharren in der Nische, fehlende (politische) Legitimation der führenden Akteure |

Der motivationale Kern dieser lokal-regional verstreut operierenden globalen Suchbewegungen (s.a. Tabelle 2.1) begründet sich aus der mangelnden Zukunftstauglichkeit des gegenwärtigen Sozial- und Wirtschaftssystems. Daher scheint eine Auseinandersetzung um geeignete Utopien notwendig und sinnvoll, um zu erfahren und zu ergründen, was alternativ auf dem Weg in neue Zukünfte eigentlich erstritten, errungen und erkannt werden will.

Diese Frage ist von großer Bedeutung, da derzeit intensiv um zukunftstaugliche Gesellschaftsmodelle gestritten wird. Vordergründig dominiert die Hoffnung, die in noch nicht definierte, »offene« Technologieentwicklungen sowie sektorbezogene Transformationsprozesse innerhalb des marktwirtschaftlichen Rahmens gesetzt wird. Nachgeordnet zeigt sich eine Debatte um soziale Utopien, verstanden als emanzipatorische Produktions- und Lebensformationen, die sich den kapitalistischen Vereinnahmungen zu entziehen versuchen und gerechtere Daseinsbedingungen vorschlagen. Wir sprechen diese nicht als eine Selbstoptimierungspraxis einer an sich selbst ermüdeten wohlstuierten Mittelschicht an. Vielmehr lesen wir sie als essenzielle Suchbewegungen auf der Basis der Frage nach dem »guten Leben«, in der Bandbreite der Grundrechte von individueller Freiheit und kollektiver Selbstbestimmung, sowie den damit einhergehenden Praktiken, Prozessen und Politiken.

Die Spanne von Wohlstandsalternativen reicht von gemeinschaftlichen Wohnprojekten in Genossenschaftsformen bis hin zu experimentellen Lebensformen, von selbstbestimmten Arbeitszeitmodellen über kollektiv geführte Gewerberäume bis zu solidarischen (landwirtschaftlichen) Produktionsweisen. Die Rückgewinnung kommunaler und städtischer Infrastrukturen sowie gemeinwohlbasierte öffentliche Beschaffungspraktiken (*Community Wealth Building*) unterstreichen die Notwendigkeit, vormals gemeinschaftlich gehaltene Güter als »commons« wiederum in die Hände der kommunalen Selbstverwaltung zurückzuführen. Dadurch erhalten an den Rand gedrängte Produktions- und Versorgungssysteme wiederum aus der Sicht der eigentlichen Nutzer und Eigentümer Mit- und Selbstbestimmung über die Ausrichtung essenzieller alltäglicher Gemeingüter (Thompson 2021). Mit der Spannweite derartiger Wohlstandsalternativen gehen vielfältige Trägergruppen einher, die von aktivistischen Kollektiven bis hin zu strategisch operierenden Politikinnovatoren reichen (Smith/Fressoli/Abrol 2017).

Zahlreiche emanzipatorische und munizipalistische Bestrebungen bündeln sich unter dem Konzept der Gemeinwohlökonomie (Helfrich/Euler 2021). Im Kern geht es hier um kreislaufbasierte Unternehmungen, die Wissen, Ressourcen und Kapitalerträge zum Wohle ihrer Mitglieder zu sichern suchen

und dabei tendenziell weniger expansiv als regional operieren. Sie sichern und verteilen verschiedene Kapitalien innerhalb einer oftmals in regionalen Beziehungen verfassten Gemeinschaft. Ähnliches Ansätze nehmen die sogenannte Donut-Ökonomie (soziale Entwicklung innerhalb planetarer Grenzen) sowie der Ansatz der Foundational Economy oder Ökonomie des Alltäglichen in den Blick, der vor allem Fragen der Grundversorgung wieder zentral setzt (Goodwin/Gross 2022). Auch der Neue Munizipalismus ist hier anzuführen, der auf eine (Wieder-)Aneignung von lokalen Räumen für Menschen ausgerichtet ist (Schmid 2023).

Wohlstandsalternativen und ihre verschiedenen Ausdruckformen lassen sich einerseits als Praktiken und Prozesse identifizieren, denn sie erschließen sich durch eine diskurs-, konflikt- und transformationstheoretische Betrachtung, indem – rückwärtig betrachtet – Motive und Anlässe einer als nachteilig bewerteten Situation als Ausgangsmotivation für Veränderungen beschreibbar sind. Andererseits benötigt die Beschreibung von neuen Praktiken und Prozessen bis hin zu zukunftstauglichen Wohlstandsalternativen ebenso konkrete und reale Utopie-Horizonte. Damit werden zwei Referenzpunkte notwendig: Das *Woher* und *Warum* manifestiert sich entlang von Krisensituationen sowie Wahrnehmungen von Ohnmacht, Entfremdung, Entbehrung sowie alltäglich erlebter Mängel und begründet sodann eine Abkehr von diesen erlebten und empfundenen Nachteilen. Das *Wohin* verweist in den Bereich von Transitions- und Transformationswegen: Transformative Richtungen benötigen Handlungs- sowie Utopie-Motive, denn nur mit einer Vorstellung von dem *Wohin* kann es gelingen, die erlebten Nachteile nicht nur zu artikulieren, sondern in neue Wirtschafts-, Sozial-, Raum- und Lebensformen zu überführen.

Wohlstandsalternativen als Heterotopien

Der Übergang zwischen Mangel und Deprivation (Enteignung, Entfremdung, Bedrohung etc.) sowie die Kritik an den ›Zuständen‹ und die Hinwendung zu Utopien – verstanden als vollumfängliche Emanzipation und Befreiung von strukturellen Nachteilen – muss zeitlich sowie räumlich gedacht werden. Zeitlich, weil der dynamisch verlaufende Klimawandel im Kern im Hier und Jetzt signifikante Zäsuren erfordert, und räumlich, weil wie auch immer geartete Umsetzungspraktiken in räumlichen und gangbaren Maßstabsebenen zu denken sind.

Damit richtet sich der Blick auf die Frage, wie – anders als in früheren utopischen Entwürfen in der Jetztzeit – entsprechende gesellschaftliche Konstellationen als einerseits utopische wie andererseits ebenso mögliche und wirkliche [gesellschaftliche Konstellationen] real werden können. Daniel und Klapeer (2019) weisen darauf hin, dass »Utopien [...] damit nicht nach dem Unmöglichen (streben), vielmehr sind es Visionen einer Wirklichkeit, deren Möglichkeiten in der Gegenwart vorhanden sind und deren Zukünftigkeit durch das Streben nach ihnen kenntlich wird« (Daniel/Klapeer 2019: 17).

Damit rücken Utopien aus der fernen Zeit als real zu erstreitende Alternativen zur Gegenwart in den Bereich des Möglichen. Die argumentative Kraft derartiger alternativer Gegenentwürfe begründet sich – anders als vormalig der Fall z. B. bei der Utopie der Grünen in Westdeutschland bezüglich des Atomausstiegs – durch eine hohe Zahl an parallel wirkenden Zukunftsvisionen. Sie sind an den Bedürfnissen von vielen, oft kleinen Kollektiven orientiert und lassen eine einzige bildhafte sowie thematische Ausgestaltung einer bestimmten Zukunft bewusst offen. Diese Vielfalt (Multitude) demonstriert eine hohe Anzahl an situativen Adaptionen auf planetare Bedrohungen. Ihre Pluralität und Dezentralität ist mehr ein Gebot räumlicher Anpassungsbedarfe und Ausdruck der ungleich verteilten Herausforderungen, als dass sie als verfehlt Passgenauigkeit für etablierte Politikbetriebe zu bewerten sind. Denn in rhizomatischen, multiskalaren Netzwerkformationen lösen sich derartige Utopie-Entwürfe von sozialen Kategorien der frühen Bewegungsforschung (Arbeiterklasse) und geben Anlass, nach neuen Raumzeitformationen zu fragen.

Zahlreiche Imaginationen für Alternativen, alternative Lebens-, Daseins- und Produktionsformen verweisen in ihren Utopie-Verständnissen auf Räume und Orte mit je eigenständigen Figurationen sowie Atmosphären bis hin zu infrastrukturellen Ausstattungen. Als Heterotopien hat Foucault diese Orte angesprochen, als »Orte des Andersseins, der Abweichung, der ›Gegenplatzierung‹ jenseits gesellschaftlicher Normen und Normierungen« (Foucault 2006 [1966]: 12–13). Lange Zeit waren das Orte, welche die »Gesellschaft an ihren Rändern unterhält, an den leeren Stränden, die sie umgeben, sind eher für Menschen gedacht, die sich im Hinblick auf den Durchschnitt oder die geforderte Norm abweichend verhalten. [...] In aller Regel bringen Heterotopien an ein und demselben Ort mehrere Räume zusammen, die eigentlich unvereinbar sind« (Foucault 2006 [1966]: 12–13).

In ähnlicher Weise wie feministische Positionen Utopie als erreichbare Dimension in die Jetztzeit hineindefinieren und diese anderen machtvollen Beharrungskräften entziehen, zeigt sich an Foucaults zeitlicher Betrachtung von

entkoppelten Raumdimensionen, dass sich die von ihm propagierten Heterotopien durch überlagernde Raumformationen auszeichnen, statt durch funktional getrennte und partikularisierte Raumeinheiten.

Derartig deviante und in sich hybridisierte heterotope Orte zeigen sich noch eher still und nebenbei in vielen in jüngster Zeit vorgelegten sozialen, philosophischen und politischen Arbeiten zur Bewegungsforschung. In ihren Ausführungen erläutert von Redecker (2023), wie alternative Emanzipationsversuche an temporären Orten aufscheinen und wie sich dabei situative Raumkontexte und Raumverständnisse zeitlich artikulieren und ebenso überlagern. Offene Prozesse und Praktiken des suchenden Aushandelns von Wohlstandsalternativen sind daher immer auch Optionen präfigurativer Raumpolitiken (Sörensen 2019; Ehrnström-Fuentes/Biese 2022; Kinna 2016). Präfigurative Politiken werden häufig in Zusammenhang mit sozialen Bewegungen diskutiert, welche nicht allein eine andere Zukunft anstreben, sondern sich in ihrer Ansprache immer im Verbund mit alternativen Praktiken zeigen.

Alternative Praktiken kommen beispielsweise bei neuen basisdemokratischen und partizipativen Entscheidungsmechanismen vor. Durch sie geben sich auch utopische Momente in statu nascendi an bisher wenig bekannten Orten zu erkennen. In Bezug auf Foucaults Heterotopien verweisen präfigurative Politiken daher immer auch auf räumliche Kontexte, anhand derer utopische Bedeutungen, Normen, Werte oder andere Aspekte des Zukünftigen schon in der Gegenwart verhandelt werden.

Die Spannweite präfigurativer Raumpraktiken reicht von spontan-situativen Protest-, Klima- oder Flüchtlingscamps, welche einen limitierten sozialen Ort des Andersseins bieten, bis hin zu etablierteren Alternativen im Bereich gemeinschaftlichen Wohnens, Wirtschaftens und der gemeinwohlbasierten Rückgewinnung von Basisinfrastrukturen.

In ähnlicher Weise, wie Protestcamps in der Beschränkung ihres sozialen Raumes nicht nur an die Insel-Vorstellung der frühen Sozial- und Raumutopien erinnern, konstituieren sich punktuelle und kleinräumliche Wohlstandsalternativen, wie wir sie in diesem Buch vorstellen, als Experimentierfeld und Möglichkeitsraum für alternative Praktiken des ressourcenschonenden Lebens – oft und gerade aufgrund ihres limitierten Raumes. In ähnlicher Weise, wie sich Protestcamps als »gallisches Dorf« hegemonialen Machtinteressen erwehren, sind Wohlstandsalternativen neben ihrer sozialen oder wirtschaftlichen Praxis immer auch Rückbesinnung auf die Basiswerte des »Guten Leben«. So schreiben Feigenbaum, Frenze und McCurdy: »Protest camps enable all their participants to experience political processes and they

recreate life by developing alternative ways of housing, feeding, actions as intervention and democratic processes. [...] They are laboratories of radical, tangible democracy that can help to imagine and build blueprints for alternative worlds« (Feigenbaum/Frenzel/McCurdy 2013: 220).

Weitere alternative Praktiken sind auch verstärkt aus queer*feministischen Positionen vorgelegt worden. Sie zeigen, dass sich eine Vielzahl utopischer Momente im Gegenwärtigen als »Enklaven des Utopischen bilden, welche das Zukünftige in der Gegenwart festigen und verbreiten« (von Redecker 2012: 32). Diese Versatzstücke des Utopischen im Hier und Jetzt führen nicht zu einem radikalen Wandel, vielmehr leitet die Summe der utopischen Praxis eine Transformation ein (von Redecker 2012: 34). Dabei geht es jedoch explizit nicht um wohlstandssaturierte Diskurse (siehe oben), sondern um die Verschränkung von (alternativen) Vorstellungen mit der Frage nach einer gerechten Verteilung von materiellen Ressourcen; diese Pole nicht gegeneinander auszuspielen, sondern sie positiv aufeinander zu beziehen, ist ein Kernanliegen queer*feministischer Perspektiven. .

Diese Feststellung ist für die raumsensitive Forschung und Praxis von Bedeutung, denn es stellt sich die Frage, in welchen territorialen, aber auch sozialräumlichen sowie imaginativen Maßstabebenen und Kontexten Wohlstandsalternativen ihre Wirkungen entfalten.

Aktuell erfolgt ein Denken um Wohlstandsalternativen vorrangig als ein mehrheitlich harmonischer Austauschprozess mittels Technologie durch Innovation. Es ist müßig, in diesem Zusammenhang auf die nach wie vor stetig steigenden und noch nicht im Ansatz global einzufangenden klimatreibenden Emissionen zu verweisen. Somit ergibt sich eine weitaus umfanglichere Erwartung an multiple Varianten von notwendigen, global wirksamen Wohlstandsalternativen, bei der – unter dem Strich – Zukunftssicherung am Standort, nennen wir sie Heimat, *Genius Loci*, Lebensmitte oder Bezugsraum, aus zwei Parametern zu denken ist. Alternative Wohlstandsformen können gelingen, wenn Prinzipien wie die Teilung von Macht sowie das Teilen von verschiedensten Gütern und Territorien allen Menschen die »Freiheit zum Bleiben« (von Redecker 2023) eröffnet.

3. Bereitstellen und Teilhaben

Fundamente des Wohlstands

Sören Becker, Benedikt Schmid, Hans-Martin Zademach

Abstract *Der Schwerpunkt dieses Kapitels liegt auf den Fundamenten von Wohlstand und deren (Mit-)Gestaltung. Dazu diskutieren wir die (gemeinschaftliche) Herstellung von Rahmenbedingungen und Infrastrukturen für die Erfüllung von gesellschaftlichen und individuellen (Grund-)Bedürfnissen. Im Zentrum stehen dabei drei Ansätze, die unseren Blick auf die Fundamente von Wohlstand schärfen können: das Konzept der Daseinsvorsorge, der noch junge Ansatz der Fundamentalökonomie und prozessuale Konzeptionen von Infrastrukturen. Städtische Experimente mit dem Konzept der Donut-Ökonomie wie das Energiegemeinschaftsprojekt der sonnen GmbH und das selbstorganisierte Medienprojekt Radio F.R.E.I. dienen als Beispiele, um aufzuzeigen, wie (Grund-)Bedürfnisse und -versorgung durch die Koproduktion unterschiedlicher Akteursgruppen adressiert werden. Der Beitrag geht dabei insbesondere auf das Spannungsfeld zwischen Bereitstellung und Teilhabe ein und reflektiert das Verhältnis zwischen Bürger:innen, Privatwirtschaft und der öffentlichen Hand bei der Bereitstellung und Sicherung von Wohlstand im klassischen und alternativen Sinn.*

3.1 Wohlstand und Wohlfahrtsstaat

Was als Wohlstand verstanden wird, ist kontextabhängig und Gegenstand gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse. Ebenso die Frage, was eine notwendige Grundversorgung ausmacht und wo Luxus und Überfluss beginnen. So liegen dem Bereitstellen von Versorgungsleistungen immer auch Aushandlungen darüber zugrunde, was bereitgestellt wird, durch wen und für wen. Die Suche nach Wohlstandsalternativen – Verständnissen und Praktiken, die einem erweiterten Verständnis von Wohlstand folgen und die auf zukunftsfähige Wohlstandsmodelle und -indikatoren hinwirken – ist zudem untrenn-

bar damit verknüpft, dass Menschen an gesellschaftlichen Prozessen und einer ausreichenden Versorgung mit Dienstleistungen teilhaben. Bereitstellung und Teilhabe stehen in einem doppelten Spannungsfeld: Erstens wird häufig diskutiert, welche Rolle die beiden Pole staatlicher oder privatwirtschaftlicher Akteure in der Bereitstellung von (öffentlichen) Dienstleistungen einnehmen sollten. Nehmen wir die Frage nach der Rolle der Bürger:innen hinzu, entsteht, zweitens, ein Spannungsfeld zwischen einer top-down organisierten Grundversorgung einerseits und Fragen von demokratischer Partizipation, zivilgesellschaftlicher Koproduktion und Aneignung andererseits.

Gerade in (West-)Deutschland hat sich in den Nachkriegsjahrzehnten ein Wohlstandsmodell etabliert, das wirtschaftliches Wachstum mit staatlichen Ausgleichsmechanismen kombinierte (siehe Kapitel 2). Sowohl der Ausbau sozialer und technischer Infrastrukturen als auch kontinuierlich wachsende Reallöhne und soziale Sicherungssysteme sind bezeichnend für eine aktive staatliche Steuerung. Zwei Kehrseiten des keynesianischen Klassenkompromisses sind jedoch hervorzuheben: erstens die Ausbeutung natürlicher Ressourcen und die Externalisierung ökologischer Kosten in die »Mehrheitswelt«, das heißt in Länder mit niedrigem oder mittlerem materiellem Wohlstand (Brand/Wissen 2017). Zweitens sind starke normative Vorstellungen zu den »richtigen« Lebensentwürfen, Arbeitsverhältnissen, Geschlechterrollen und Nationalität zu nennen, mit denen etablierte Zugänge zu Wohlstand verknüpft waren und es auch heute noch sind. Entsprechend müssen auf diese ausgerichtete Muster staatlicher Steuerung und Bereitstellung mit einem kritischen Blick auf Diskriminierungen sowie (eingeschränkte) Möglichkeiten der Mitbestimmung und Gestaltung hinterfragt werden.

Dass es im Umkehrschluss nicht ausreicht, auf Märkte als Allokationsmechanismen zu setzen, zeigt nicht zuletzt die allgegenwärtige Verengung von Partizipation und Freiheit auf Konsumententscheidungen (Brown 2015). Aktuelle Diskussionen um die Einrichtung einer öffentlichen, gemeinwohlorientierten Netzgesellschaft für den Schienenverkehr in Deutschland werfen zudem die Frage auf, ob grundlegende Infrastrukturen und natürliche Monopole öffentlich organisiert werden sollten. Zusätzlich haben der Abbau staatlicher Leistungen und die Privatisierung sozialer Infrastrukturen die Versorgungslage insbesondere in peripheren Regionen nicht nachweislich verbessert. Vielmehr stehen rein privatwirtschaftliche Lösungen in der Kritik, ländliche Regionen und Nutzergruppen mit geringem Einkommen auszuschließen und damit bestehende Diskriminierungen zu verstärken. Nach Jahrzehnten der Zurückdrängung öffentlicher Versorgungsstrukturen durch

neoliberale Politiken wird seit der Finanzkrise 2007/08 (Heinze 2009) und nach den Erfahrungen der Corona-Pandemie (Davies/Gane 2021) nun eine Rückkehr staatlicher Steuerung auf unterschiedlichen Ebenen beobachtet und diskutiert (Paul/Cumbers 2023). Die Neugründung beziehungsweise Wiedereinführung von Stadtwerken in den 2010er Jahren, zeigt, wie diese Rückkehr zu kommunalem Eigentum nicht nur mit Vorstellungen einer lokalen Handlungsfähigkeit, sondern oft auch mit einer Neuorientierung hin zu neuen sozialen und ökologischen Zielen, insbesondere dem Klimaschutz, verbunden ist (Becker/Naumann/Moss 2017).

In den nachfolgenden Ausführungen möchten wir die grundsätzlichen sozialen und materiellen Fundamente von Wohlstand in einem weiteren Verständnis ausleuchten und dabei die Zusammenhänge zwischen Wohlstand und den dafür notwendigen Rahmenbedingungen sowie Infrastrukturen offenlegen. Die Beschäftigung mit Wohlstandsalternativen muss dabei zwingend Fragen nach Ein- und Ausschlüssen unterschiedlicher Akteursgruppen und Regionen einbeziehen. Auf dieser Basis zeigen wir Vorstellungen und Praktiken auf, um Wohlstand in unterschiedlichen Ausprägungen – Wohlstand an Teilhabemöglichkeiten, an Kultur, an Kommunikation, an Zeit, an Energie, an Möglichkeiten, unsere Gesellschaft (mit-)gestalten zu können und vielem mehr – zu generieren und zu verbreitern.

Dafür schließen wir an drei Zugänge an, die einen geschärften Blick auf die Fundamente von Wohlstand ermöglichen: erstens das Konzept der Daseinsvorsorge als politisches Leitbild (Kapitel 3.1), zweitens den Ansatz der Fundamentalökonomie beziehungsweise »Ökonomie des Alltagslebens« (Arcidiacono/Barbera/Bowman et al. 2018; Foundational Economy Collective 2019) als neue ökonomische Perspektive und drittens prozessuale Konzeptionen von Infrastrukturen (Kapitel 3.3), um den materiellen Unterbau von Wirtschaft und Gesellschaft zu betrachten. Ausgehend vom Konzept der Daseinsvorsorge erkunden wir wohlfahrtsstaatliche Verständnisse und die Notwendigkeit, diese angesichts sozialer Ausschlüsse und der ökologischen Krise zu aktualisieren. Mit dem Ansatz der Fundamentalkökonomie diskutieren wir eine neue Perspektive auf die ökonomischen Grundlagen des Alltagslebens. Im dritten Teil vertiefen wir überdies das Verständnis von Infrastrukturen als materiellem Unterbau und schlagen vier Praxisformen vor: Aufbauen, Öffnen, Rückbauen, Stören. Diese schreiben zivilgesellschaftlichen Gruppen eine aktive Rolle bei der Schaffung von Wohlstandsalternativen zu, ohne dabei staatliche Verantwortlichkeiten auszuklammern.

Mit den hier angebotenen Positionen ist die Aufforderung an Entscheidungsträger verbunden, die Bereitstellung von Dienstleistungen und die Teilhabe von Bürger:innen mitzudenken und entsprechend zu gestalten. Darüber hinaus skizzieren wir Beobachtungen zu Möglichkeiten der (Selbst-)Ermächtigung zivilgesellschaftlicher Akteure. Im Rückgriff auf die Ausgangsproblematik schließt das Kapitel damit, das Verhältnis zwischen Bürger:innen und Staat, also der öffentlichen Hand, bei der Bereitstellung von Wohlstand – dann ebenso in einem engeren, klassischen wie in einem erweiterten, alternativen Verständnis gedacht – nochmals grundsätzlicher zu reflektieren.

3.2 Grundversorgung sicherstellen

Daseinsvorsorge zwischen Staat, Markt und Gesellschaft

Die Forderung, eine Versorgung der menschlichen Grundbedürfnisse sicherzustellen, ist in Deutschland eng mit der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates und der Sicherung der Daseinsvorsorge verknüpft. Diese beiden Konzepte werden nicht immer trennscharf diskutiert. »Der Wohlfahrtsstaat wird im Allgemeinen verstanden als staatlicher Eingriff in die Marktkräfte, um soziale Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter durch Umverteilung abzusichern« (Schubert/Hegelich/Bazant 2008: 24) und gilt als historische Errungenschaft im Interessenausgleich zwischen Arbeit und Kapital. Eine allein auf (National-)Staaten zentrierte Perspektive erscheint jedoch aus mehreren Gründen überholt, darunter die internationale Vielfalt von wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen und Traditionen, die gegenwärtige Einschränkung staatlicher Handlungsspielräume durch Austeritätsprogramme oder supranationale Organisationen sowie die Rolle von nichtstaatlichen Akteuren in Feldern der Vorsorge. Erweiterte Ansätze sprechen daher von Wohlfahrtssystemen, »die alle Arten von Wohlfahrtsarrangements umfassen, die angewandt werden, um soziale Risiken abzufangen und um neue Chancen zu eröffnen« (Schubert/Hegelich/Bazant 2008: 34). Das schließt auch nichtstaatliche Akteure ein: neben privaten Unternehmen sind dies Haushalte und zivilgesellschaftliche Organisationen. Der Fokus in Diskussionen über die Bereitstellung einer Grundversorgung von öffentlichen Gütern liegt dennoch meist auf staatlichen und marktwirtschaftlichen Akteuren (Helfrich und Heinrich Böll Stiftung 2012) – ein Problem, auf das wir im Folgenden weiter eingehen werden.

Der Begriff der Daseinsvorsorge überträgt das Konzept des Wohlfahrtsstaates in das Feld der regionalen Entwicklung. Er ist daher von besonderer Relevanz für Praktiker:innen in der Raumplanung. Steinführer (2020) unterscheidet dabei einen weiteren und engeren Ansatz von Daseinsvorsorge. Der engere bezieht sich auf die physische Präsenz staatlicher Leistungen im Alltag, während der weitere Begriff der Daseinsvorsorge auch Maßnahmen der sozialpolitischen Umverteilung sowie öffentliche Wirtschaftsaktivität einschließt – und damit eine große Nähe zum skizzierten Verständnis des Wohlfahrtsstaates aufweist. In der Praxis werden hauptsächlich infrastrukturbezogene Leistungen mit einem Schwerpunkt auf soziale Dienstleistungen wie die öffentliche Gesundheitsversorgung, Schulen oder die Straßenreinigung als Daseinsvorsorge aufgefasst.

In Deutschland ist die Vorstellung der Daseinsvorsorge mit dem Leitbild gleichwertiger Lebensverhältnisse verbunden. Diese Formel wurde in der Geschichte der Bundesrepublik als Antwort auf strukturelle Ungleichheiten zwischen Regionen und Raumtypen immer wieder diskutiert und gewann nach der deutschen Wiedervereinigung noch stärker an Bedeutung (Troeger-Weiß 2022; Danielzyk/Priebs 2021). Auf europäischer Ebene sind die Ziele der regionalen Kohäsionspolitik verwandt (Böhme/Zillmer 2015). 1994 wurde die Formulierung der gleichwertigen Lebensverhältnisse in das deutsche Grundgesetz aufgenommen. Allerdings wurde letztere nicht als übergreifendes Ziel der Raumordnungspolitik festgeschrieben, sondern als rechtliche Grundlage, auf deren Basis Bundesinstitutionen in Landespolitik eingreifen dürfen. In der Folge findet sich Daseinsvorsorge in unterschiedlichen Gesetzestexten wieder, unter anderem zur Öffentlichen Fürsorge (GG Art. 74 Abs. 1), zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet (GG 72 Abs. 2) oder zur Daseinsvorsorge als zentraler Aufgabe der Raumordnung (ROG §2 Abs. 2). Trotz der häufigen Verwendung als Zielgrößen der Raumentwicklung sind weder Daseinsvorsorge noch gleichwertige Lebensverhältnisse rechtlich eindeutig definiert.

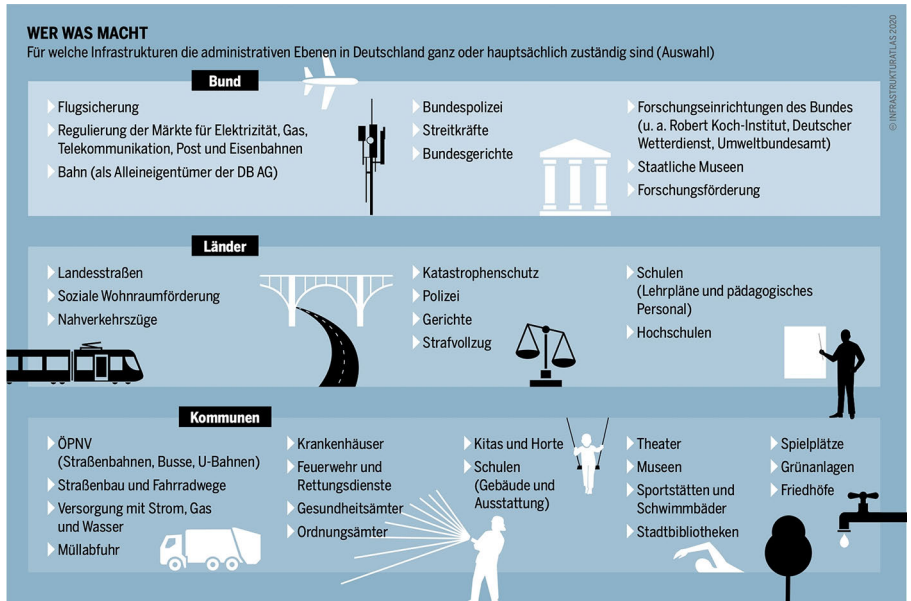
Die offene Formulierung gleichwertiger Lebensverhältnisse lässt sich in der empirischen Regionalforschung und der planerischen Praxis nur schwer bestimmen (Dahlbeck/Flögel/Milbert et al. 2022). Mießner (2017) hat herausgearbeitet, wie Vorstellungen regionaler Angleichung oder Gleichwertigkeit in der Geschichte der (west-)deutschen Raumordnungspolitik als »leerer Signifikant« und damit als politisch konfliktives Terrain verstanden werden können. Kallert, Belina, Mießner et al. (2020) verweisen hier auf ein Spektrum von Positionen zwischen liberalen Vorstellungen, die nur ein Minimum staat-

licher Eingriffe vorsehen, und »umfassenden« Konzepten, die eine gewichtige Rolle der öffentlichen Hand in der Absicherung von Grundbedürfnissen fordern. Die Diskussion um die Rolle des Staates in der Daseinsvorsorge spiegelt damit die Diskussion um die Neoliberalisierung des Wohlfahrtsstaates; gleichzeitig verweist sie auf die fortdauernde, oft konfliktive Aushandlung der Rollenverteilung zwischen staatlichen, privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Konflikte um die Daseinsvorsorge entstehen jedoch nicht nur infolge unterschiedlicher politischer Orientierungen im Spannungsfeld zwischen staatlicher und marktbasierter Versorgung. Als Folge eines massiven Investitionsrückstandes und restriktiver Haushaltspolitik sorgen Fragen zur Zuständigkeit und Finanzierung für Spannungen. Insbesondere Kommunen übernehmen zahlreiche Aufgaben im Bereich der Bereitstellung und Sicherung der Daseinsvorsorge (siehe Abbildung 3.1), oft jedoch ohne eine ausreichende finanzielle Ausstattung. Während Kommunen eine Schlüsselrolle in der alltäglichen Versorgung einnehmen, sind sie »gemessen an ihrer Finanzautonomie und hinsichtlich der administrativen Kompetenz, die am schlechtesten ausgestattete Politikebene« (Bogumil/Holtkamp 2023). Trotzdem erscheint die kommunale Planungsebene besonders geeignet, um experimentelle und kooperative Projekte umzusetzen (siehe 3.7 Interview mit Rainer Danielzyk).

Als Alternative zur starken öffentlichen Hand wird oft die unsichtbare Hand des »freien« Marktes gesetzt: Weniger Staat heißt dann mehr Markt und umgekehrt. Die bereits thematisierten Probleme, die mit der Verschiebung von staatlichen auf marktwirtschaftliche Steuerungsmechanismen einhergehen, deuten jedoch an, das dualistische Verständnis von Staat und Markt an sich zu kurz greift. Während eine staatlich gesteuerte Versorgung sich vor allem an der Normgesellschaft orientiert und mittels Wahlen einer gewissen demokratischen Kontrolle unterliegt, wird letztere durch die Vermarktlichung von technischen und sozialen Infrastrukturen zunehmend ausgehöhlt. Zudem ist auffällig, dass zivilgesellschaftlichen Akteuren in beiden Ansätzen eine weitgehend passive Rolle in der alltäglichen Grundversorgung zugeschrieben wird – als Empfänger:innen von staatlichen Leistungen oder Konsument:innen.

Abbildung 3.1: Zuständigkeiten von Bund, Ländern und Kommunen für die Bereitstellung von Infrastrukturen für die Daseinsvorsorge.



Quelle: Heinrich Böll Stiftung (2020: 15).

Damit übersieht eine auf Markt und Staat zentrierte Perspektive die vielfältigen Versorgungsleistungen in Nachbarschaften, Vereinen, Familien, Genossenschaften und vielen mehr, obwohl diese sowohl qualitativ als auch quantitativ einen bedeutenden Teil der gesamtgesellschaftlichen Herstellung und Sicherung von Wohlstand ausmachen (Gibson-Graham 1996). Mit dieser begrenzten Sichtweise wird auch die enorme Ungleichverteilung von Leistung und der dafür erhaltenen Entlohnung und Anerkennung ausgeklammert – vor allem in Bezug auf die disproportional weiblich geleistete Sorge-Arbeit (Huang 2016). Gleichzeitig werden Ansätze der Koproduktion, in denen auch zivilgesellschaftliche Organisationen bei der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen aktiv werden (von der Straßenreinigung über Schulfördervereine bis hin zur zivilgesellschaftlichen Energieversorgung, (Moretto/Ranzato 2018; Pestoff 2018); (siehe auch unten) kontrovers diskutiert: bringen sie eine (Selbst-)Ermächtigung der Bürger:innen oder sind sie als Baustein der Aushöhlung staat-

licher Versorgung zu sehen, die soziale und räumliche Ungleichheiten perpetuiert?

Doch auch das Modell des Wohlfahrtsstaates gerät zunehmend in die Kritik. Neben Ausschlüssen »nach innen« entlang von Geschlecht, Nationalität und von der Norm abweichenden Lebensentwürfen werden zunehmend Ausschlüsse »nach außen« thematisiert. Der Wohlfahrtsstaat westlicher Prägung wurde demnach maßgeblich auch »auf Kosten Anderer« (I.L.A. Kollektiv 2017) errichtet. Anstelle einer politisch unattraktiven Umverteilung basieren Wohlstand und Wohlfahrtsstaat auf einer Steigerungslogik (Rosa/Dörre/Lessenich 2017), in der zwar »die Ungleichheit gesamtgesellschaftlich nicht unbedingt ab[nahm], aber mit steigendem Wirtschaftswachstum es Menschen aller Gesellschaftsschichten materiell zunehmend besser [ging] – die Gesellschaft fuhr quasi insgesamt ein Stockwerk höher« (I.L.A. Kollektiv 2017). Die dafür notwendigen Ressourcen und Arbeitskräfte wurden und werden vor allem von »außerhalb« mobilisiert – insbesondere im Globalen Süden –, wodurch immer größere Bevölkerungsteile Zugang zu Konsummöglichkeiten »über das Notwendige hinaus« erhielten.

Neben der Fortschreibung seit der Kolonialzeit bestehender Abhängigkeitsverhältnisse durch asymmetrische Wirtschaftsbeziehungen (Hickel 2018) gerät der auf Wachstum basierende Wohlfahrtsstaat zunehmend mit ökologischen Belastungsgrenzen in Konflikt (Meadows/Meadows/Randers et al. 1972; Rockström/Steffen/Noon et al. 2009). Auf nationalstaatlicher Ebene betrachtet gehen globale ökologische Herausforderungen wie die Klima- und Biodiversitätskrisen zu großen Teilen auf das Konto der reichen Länder des Globalen Nordens (Vogel/Steinberger/O'Neill et al. 2021), wobei zu beachten ist, dass Ressourcen und Ressourcenverbrauch auch innerhalb dieser Länder höchst ungleich verteilt sind (Wiedmann/Lenzen/Keyßer et al. 2020). Das vorherrschende Wachstumsmodell kritisch beleuchtend lässt sich jedoch zusammengefasst feststellen, dass es derzeit kein Land vermag, eine zufriedenstellende Grundversorgung innerhalb der globalen Belastungsgrenzen bereitzustellen (O'Neill/Fanning/Lamb et al. 2018).

Angesichts der doppelten Herausforderung aus der Überschreitung planetarer Grenzen und steigender sozialer Ungleichheiten fordern einige Autor:innen eine Neuaushandlung der bestehenden Prinzipien der staatlichen Umverteilung hin zu einer kollektiven Selbstbeschränkung (Brand/Muraca/Pineault et al. 2021). Zentral für die entsprechende Diskussion ist die Zusammenführung sozialer Bedürfnisse und ökologischer Auswirkungen – plastisch ausgedrückt in der Forderung nach einem »Guten Leben für Alle innerhalb der pla-

netaren Grenzen« (O'Neill/Fanning/Lamb et al. 2018). Dabei geht es vor allem darum, die Debatte jenseits des Duopols aus traditionellem Wohlfahrtsstaat und Markttradikalismus neu auszurichten. Dies heißt, insbesondere etablierte Vorstellungen von Wohlstand und Daseinsvorsorge zu (re)politisieren und Fragen wie die folgenden kollektiv auszuhandeln: Wie können und sollen planetarische Grenzen in Überlegungen zur Grundversorgung aufgenommen werden? Welches ist das gerechte Maß zur Abgrenzung von zu erfüllenden (Mindest-)Bedürfnissen und von gesellschaftlichem Überfluss? Wer bestimmt auf welche Weise, welches Maß als ausreichend gedacht werden kann? Wie soll mit Zielkonflikten um die Nutzung einer Ressource umgegangen werden?

Umsetzung der Donut-Ökonomie

Ein Konzept, das die skizzierten Grundgedanken aufnimmt und versucht, sie für die praktische Umsetzung fruchtbar zu machen, ist der Ansatz der Donut-Ökonomie (Raworth 2017). Das ikonische und namensgebende Bild des Ansatzes, der Donut, basiert auf der Visualisierung der bereits angesprochenen Dimensionen: zum einen ein soziales Fundament, das heißt eine Grundversorgung, die für alle Menschen (unabhängig von Nationalität, Geschlecht, ökonomischem Status etc.) bereitgestellt werden muss. Hier bieten die Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen eine entsprechende Orientierung. Das soziale Fundament bildet den inneren Kreis: Niemand sollte unter diese Grenze – oder in der bildlichen Sprache der Donut-Ökonomie: durch das Loch des Donuts – fallen.

Zum anderen basiert der Ansatz auf den planetaren Belastungsgrenzen, deren Überschreitung sich in verschiedenen ökologischen Krisen, unter anderem Klimawandel, Biodiversitätsverlust, Luftverschmutzung und Versauerung der Ozeane äußert. Zwischen diesen beiden sozialen beziehungsweise ökologischen Leitplanken liegt der »sichere Handlungsraum für die Menschheit« »safe and just space for humanity«, innerhalb dessen eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung möglich ist. Es geht folglich darum, die Grund- und Menschenrechte aller Individuen innerhalb der Möglichkeiten planetarer Ökosysteme zu erfüllen – ein Ziel, das laut der Urheberin des Donut-Ansatzes Kate Raworth anstelle der abstrakten Orientierung an marktwirtschaftlichem Wachstum treten soll (siehe nachfolgende Box zur Donut-Ökonomie).

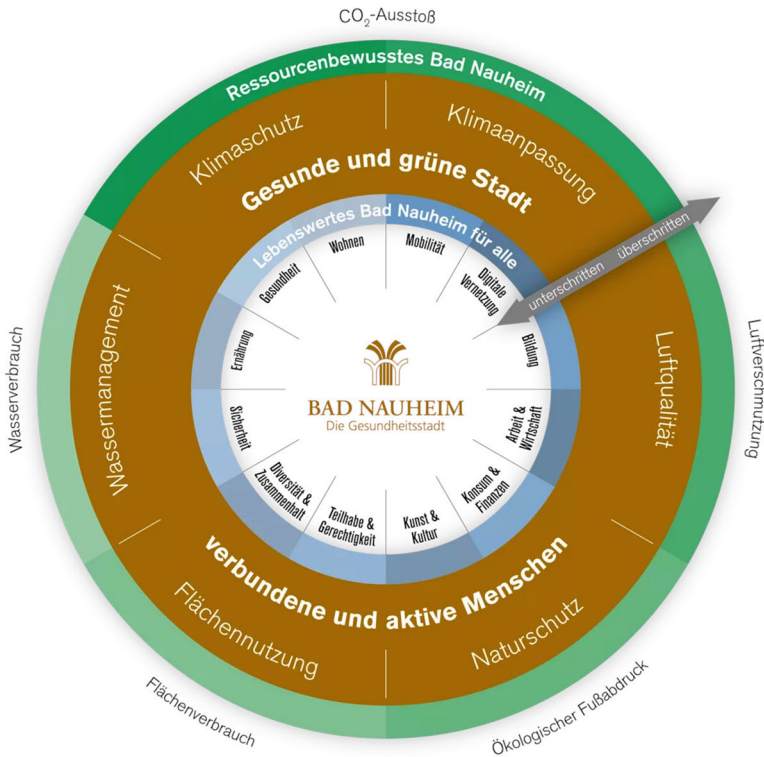
Während der Ansatz entsprechend als Alternative zum vorherrschenden Wachstumsdenken zu verstehen ist, greift er die oben skizzierten Spannungsfelder zwischen sozialen und ökologischen Grenzen einerseits und

unterschiedlichen Akteursgruppen andererseits auf. Neben Markt und Staat schenkt die Donut-Ökonomie auch denjenigen Tätigkeiten und Werten Beachtung, die in Haushalten und Gemeinschaften geschaffen werden – Dimensionen, die in rein marktbasierenden Kalkulationen außen vor bleiben. Dass dies nicht nur theoretische Überlegungen sind, sondern sich auch in der Praxis beobachten lässt, zeigen jüngere Beispiele, die sich vor allem auf kommunaler und regionaler Ebene entfalten.

So hat Amsterdam im Jahr 2020 für Schlagzeilen gesorgt, als die Stadt verkündete, den Ansatz der Donut-Ökonomie als Leitbild für ihre Verwaltung und ihre strategische Ausrichtung aufgreifen zu wollen (Maldini 2021). Während die Entwicklungen in Amsterdam viel Aufmerksamkeit und auch Kritik erfahren haben (Khmara/Kronenberg 2023), haben sich auch kleinere und weniger beachtete Kommunen dem Ansatz zugewandt. Das hessische Bad Nauheim hat 2022 auf dieser Basis einen umfangreichen Beteiligungsprozess gestartet. Auf dem Modell der Donut-Ökonomie aufbauend soll die kommunale Verwaltung in enger Kooperation mit der lokalen Zivilgesellschaft Maßnahmen für ein nachhaltiges und gutes Leben in Bad Nauheim erarbeiten (Bad Nauheim o.J.). Illustriert wird dies durch den Bad-Nauheim-Donut (siehe Abbildung 3.2).

Den Auftakt des Beteiligungsverfahrens bildete eine Zukunftswerkstatt, in der zufällig ausgewählte Bürger:innen Ideen für konkrete Maßnahmen für ein nachhaltiges und gutes Leben in Bad Nauheim sammelten. Die Maßnahmen wurden anhand von sechs Themenbereichen strukturiert: Klimaschutz, Klimaanpassung, Luftqualität, Naturschutz, Flächennutzung und Wassermanagement; ein Fokus, der sich vor allem aus den Vorgaben einer entsprechenden Fördermaßnahme ergeben hat, der jedoch aufgrund der damit einhergehenden Komplexitätsreduktion dankbar aufgegriffen wurde. Aus dieser ersten Phase gingen rund 600 Maßnahmen hervor, die in einem zweiten Schritt durch Expert:innen unter Berücksichtigung des Donut-Modells bewertet wurden. Pro Themenbereich wurden zehn Maßnahmen ausgewählt, die soziale und ökologische Dimensionen besonders berücksichtigten und zeitgleich die Kriterien der Finanzierbarkeit und der städtischen Steuerungsmöglichkeit erfüllten.

Abbildung 3.2: Der Bad-Nauheim-Donut – entwickelt anhand des Ansatzes der Donut-Ökonomie nach Raworth (2017).



Quelle: Bad Nauheim o.J.

Die Maßnahmen wurden zur Weiterentwicklung in die Arbeitsgruppen zurückgegeben, wo sie weiter ausgearbeitet und priorisiert wurden, sodass insgesamt 21 bevorzugte Maßnahmen (drei bis vier Maßnahmen für jeden der sechs Themenbereiche) ausgewählt werden konnten. Darunter befinden sich Vorhaben wie das Anpachten von Flächen für die Gewinnung erneuerbarer Energien, ganzheitliche Strategien zur Sensibilisierung für Klimaschutz, die temporäre Sperrung einer zentralen Verkehrsachse für den motorisierten Individualverkehr, um alternative Nutzungsformen zu ermöglichen, die Unterbindung von Schottergärten sowie die Schaffung von Anreizen für deren Rückbau. Über die Arbeitsgruppen hinaus wurden hierbei Schulen und

anderweitige zivilgesellschaftliche Akteure involviert, wie beispielsweise Naturschutzvereine. Diese Gruppen konnten Partnerschaften für die Umsetzung der Maßnahmen übernehmen.

Im Rahmen einer Online-Beteiligung wurde in einem nächsten Schritt die lokale Zivilgesellschaft eingebunden, die die 21 vorgelegten Maßnahmen bewerten und kommentieren konnte. Basierend auf den Ergebnissen dieses Schrittes wurden die Maßnahmen erneut weiterentwickelt sowie mithilfe einer Fördermittelberatung auf Förderfähigkeit geprüft. Alle 21 Maßnahmen wurden 2023 im Rahmen einer öffentlichen Abschlussveranstaltung an die Stadtverordnetenversammlung übergeben, wobei jeweils eine Maßnahme aus jedem Themenbereich hervorgehoben und detailliert vorgestellt wurde. Der formale Beschluss zur Umsetzung der Maßnahmen – ein zentrales Ziel des Entwicklungsprozesses – durch den Gemeinderat wurde jedoch mehrfach vertagt und steht bislang aus.

Donut-Ökonomie

Gründungszeitpunkt: Das Konzept der Donut-Ökonomie wurde 2012 zum ersten Mal vorgestellt und durch das gleichnamige Buch vertieft (Raworth 2017).

Mitwirkende: Doughnut Economy Action Lab (DEAL), verschiedene kommunale Verwaltungen

Ausgangsproblem: Das Konzept der Donut-Ökonomie wendet sich gegen verkürzte, allein auf marktwirtschaftliches Wachstum angelegte Entwicklungsperspektiven. Es kritisiert, dass negative soziale und ökologische »Externalitäten« der derzeitigen Wirtschaftsweise ausgeklammert und heruntergespielt werden, da diese mit orthodoxen ökonomischen Perspektiven nicht adäquat gefasst werden können. Der Ansatz bietet eine Alternative zu vorherrschenden neoklassischen Wirtschaftstheorien und rückt die soziale und die ökologische Dimension ins Zentrum (siehe Abbildung 3.3).

Lösungsansätze: Mit dem namensgebenden Modell des Donuts bietet die Initiative eine Denkweise an, durch die alternative Verständnisse von den Zielen, Zwecken und Mechanismen des Wirtschaftens geschaffen werden. Anstelle von marktwirtschaftlichem Wachstum rückt die Vision einer gerechten und gedeihenden Gesellschaft, die innerhalb der planetaren Grenzen wirt-

schaftet. Der Donut visualisiert dies anschaulich durch die Darstellung von zwei Grenzen: dem sozialen Fundament und der ökologischen Decke.

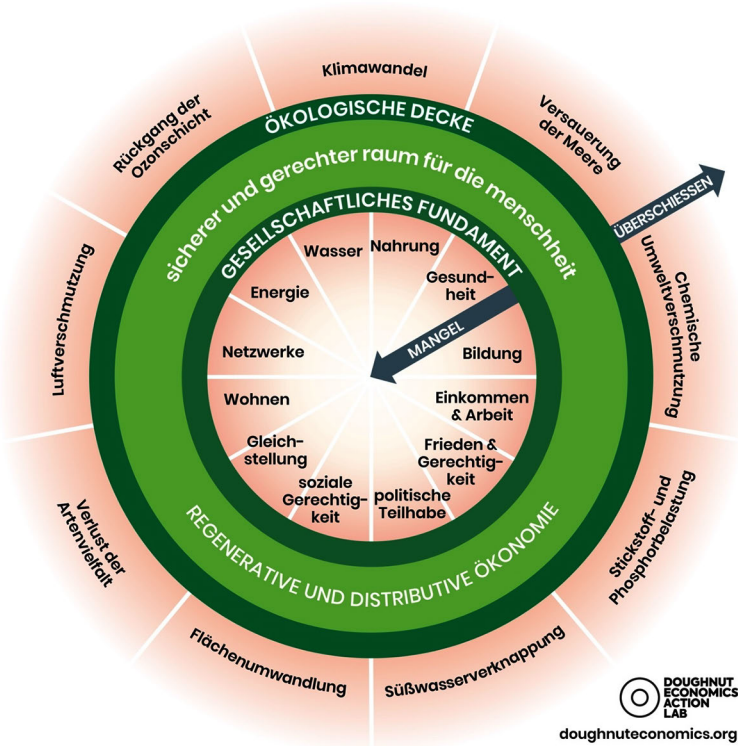
Während das Modell selbst vor allem zum Neudenken von Wirtschaft anregen möchte, geht es den Protagonist:innen des Ansatzes ebenso um die Umsetzung. 2019 wurde dazu eine gemeinnützige Gesellschaft – das Doughnut Economics Action Lab (DEAL) – gegründet. Diese arbeitet weltweit mit unterschiedlichsten Akteuren zusammen – Gemeinden, Bildungseinrichtungen, Städten und Regionen, Unternehmen und Regierungen –, um die Ideen der Donut-Ökonomie umzusetzen und systemische Transformationen anzuregen. Dazu hat DEAL eine Reihe praxisorientierter Tools entwickelt, wie beispielsweise die City-Portrait-Methode, durch die Städte sich selbst mithilfe des Donut-Modells in Bezug auf soziale und ökologische Zielsetzungen situieren und prüfen können.

Relevanz: Ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit werden oft gegeneinander ausgespielt, etwa wenn die Erhöhung von CO₂-Abgaben sozioökonomisch schwächere Bevölkerungsteile besonders belastet. Das Modell leistet einen Beitrag dazu, beiden Dimensionen – sozial und ökologisch – gleichermaßen Beachtung zu schenken: Gesellschaftlicher Wohlstand ist nur dann auf Dauer gestellt, wenn dieser innerhalb der planetaren Grenzen geschaffen wird und die Grundbedürfnisse aller erfüllt.

Sozialökologische Regionalentwicklung

Der Donut dient der Visualisierung neuer Leitplanken einer an ökologischen Grenzen und sozialem Mehrwert orientierten regionalen Entwicklung. Durch die Verbindung einer planetaren Orientierung und lokaler Maßnahmen löst der Ansatz eine Schwierigkeit in bisherigen Suffizienzpolitiken: Er macht eine sozialökologische Umorientierung sichtbar, ohne Aspekte des Verlusts oder Verzichts in den Vordergrund zu stellen. Der ›sichere Handlungsraum‹ gibt dabei keine Maßnahmen der notwendigen Anpassungen vor, sondern lässt sowohl eine Neuaushandlung als auch einen Fortbestand aktuellerer Wohlstandorientierungen (gegebenenfalls in reduziertem Ausmaß) zu.

Abbildung 3.3: Das Donut-Modell



Quelle: DEAL (Doughnut Economics Action Lab 2024).

Der Ansatz ermöglicht damit eine Diskussion über lokale oder regionale Prioritäten und Entscheidungen für konkrete oder bestehende Projekte. Trotz der Gefahr, dass diese dann die *low hanging fruits* einer Anpassung an planetare Grenzen voranstellen, besteht eine weitere Stärke des Donut-Ansatzes darin, Zielkonflikte abzubilden und damit auch verhandelbar zu machen. Daran schließen Fragen nach den Grundlagen, nach einer gerechten Verteilung und nach unverzichtbaren Dienstleistungen für das Funktionieren einer Gesellschaft an.

3.3 Fundamente schaffen

Eine Ökonomie des Alltagslebens

Das Erfordernis einer allgemein zugänglichen und elementaren sozialen Infrastruktur lässt sich nicht nur aus den Konzepten des Wohlfahrtsstaates und der Daseinsvorsorge ableiten, sondern ist auch ein Kernargument des Ansatzes der »Foundational Economy«. Dieser Ansatz – wörtlich als »Fundamental-Ökonomie« übersetzt, sinngemäß als »Ökonomie des Alltagslebens« – wurde in den vergangenen zehn Jahren von einer europaweiten Gruppe, dem Foundational Economy Collective, als innovative Kombination verschiedener heterodoxer Theorieangebote entwickelt.

Wesentliches Anliegen dieses Ansatzes ist es, mit der Vorstellung zu brechen, dass es nur *die* eine Wirtschaft gibt, die ausschließlich aufgrund eines abstrakten Marktmechanismus operieren würde. Stattdessen entwirft der Ansatz eine plurale Perspektive auf die Sphäre der Ökonomie und identifiziert in ihr eine Reihe verschiedener »Zonen«, mit je unterschiedlichen Akteurlogiken und Organisationsformen (siehe Tabelle 3.1). Dabei will der Zugang insbesondere auf die oftmals übersehene grundlegende »foundational« Rolle bestimmter wirtschaftlicher Maßnahmen hinweisen, die für alle Bürger:innen elementar sind, um im Alltag gut leben zu können (Plank 2019; Zademach/Dudek 2022).

Konkret umfasst die Fundamentalökonomie die großen Netze der physischen und sozialen Infrastruktur, die für das Alltagsleben erforderlich sind und von allen Bürger:innen unabhängig von ihrem Status in Anspruch genommen werden und letzteren produktives Handeln ermöglichen. Dabei werden grundsätzlich zwei Formen unterschieden: einerseits die materielle Fundamentalökonomie, die neben der Nahversorgung mit Lebensmitteln und für den alltäglichen Bedarf auch eine Versorgung mit Wasser, Strom und Heizung gewährleistet, sowie weitere Transportleistungen wie den Personennah- und Fernverkehr, der über festinstallierte Leitungs- und Schienennetze erbracht wird.

Tabelle 3.1: Darstellung der Zonen-Ökonomie (Quelle: eigene Darstellung nach Froud/Haslam/Johal et al. 2018; Plank 2019).

| | Konsumform | Beispiele | Geschäftsmodell des Anbieters | Einnahmequelle | Organisatorischer Wandel | Entwicklungen ab den 1980ern |
|---------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------|
| Kernwirtschaft | Nicht-ökonomisch | Familie, Ehrenamt | Keine Erhebung von Kosten | Guter Wille | z.B. durch Scheidung | Rückzug des Staates, vermehrt Freiwillige |
| Fundamental-ökonomie | Alltägliche Notwendigkeiten | Versorgungseinrichtungen, Fürsorge, Gesundheit und Pflege | Geringes Risiko, geringe Rendite, lange Zeithorizonte für öffentliche und private Anbieter | Steuereinnahmen, Subventionen oder reduzierte private Kosten | Hohe Persistenz, stabile Nachfrage | Privatisierungen, Ausgliederungen und neue Geschäftsmodelle |
| Übersehene (overlooked) Wirtschaft | Gelegentliche Notwendigkeiten (z.B. kulturelle Güter) | Musikindustrie, Fitnesscenter, Reisebüros, Möbel | Klein- und mittelständische Unternehmen | Markteinnahmen nach eigenem Ermessen | Hohe Vulnerabilität kleiner Firmen, mehrheitlich bei technologischen Veränderungen (z.B. Streaming) | Vielfach unterhalb des politischen Radars (geringe Lobby) |
| Handelsorientierte, wettbewerbsfähige Wirtschaft | Ambitionierte Privatkäufe | Auto, Eigenheim | Hohes Risiko, hohe Rendite, kurzer Zeithorizont | Markteinnahmen und staatliche Subventionen für Forschung & Entwicklung | Hohe Mobilität von sog. »footloose«-Unternehmen | zunehmende Unternehmensorientierung |

Zum anderen die sogenannte providenzielle (von Englisch »to provide«, bereitstellen) Fundamentalökonomie, die durch öffentliche Wohlfahrtsaktivitäten alle Bürger:innen mit Leistungen wie medizinischer Versorgung, Bildung und Einkommenstransfers versorgt (Foundational Economy Collective 2019). In den Worten von Wolfgang Streek schafft die Fundamentalökonomie damit Wohlstand »durch Anschluss, durch Mitgliedschaft, durch Inklusion – also Wohlstand für alle« (Streek 2019: 93).

Bemerkenswert und zur Einordnung des Konzepts hilfreich ist, dass der Entstehungskontext des Ansatzes vor allem in Großbritannien und den Niederlanden liegt, also zwei Ländern, in denen die Wirtschaftspolitik über Jahrzehnte sehr stark auf marktliberalen Positionen basierte, mit entsprechend umfassenden Privatisierungen in vielen fundamentalen Bereichen unseres Alltagslebens, die zuvor staatlich organisiert waren.

Die Bedeutung der Fundamentalökonomie aus regionaler Perspektive

Die enorme gesellschaftliche Bedeutung der Fundamentalökonomien erschließt sich sehr rasch mit einem Blick auf die Arbeitsmarktstatistik. Der Erwerbstätigenanteil in den entsprechenden Wirtschaftsbereichen liegt in der Bundesrepublik Deutschland bei etwa 42 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Foundational Economy Collective 2019; für Bayern siehe Dudek/Zademach/Miosga 2023). Dabei sind Versorgungs- wie Beschäftigungsdimensionen der Ökonomien des Alltagslebens räumlich ungleich verteilt: Während die Versorgung in Ballungsräumen gesichert ist, muss die Bevölkerung in ländlichen Räumen oft weite Wege auf sich nehmen, um die entsprechenden Einrichtungen zu erreichen. Zugleich kommt den Ökonomien des Alltagslebens in ländlich-peripheren und strukturschwachen Räumen eine weitaus größere Bedeutung auf dem Arbeitsmarkt zu.

So ist der Anteil fundamentalökonomischer Arbeitsplätze an der Gesamtbeschäftigung in diesen Regionen deutlich höher und stellt zuweilen den letzten Stützpfeiler des Arbeitsmarktes dar (Froud/Haslam/Johal et al. 2018). Strukturschwache, wie z.B. deindustrialisierte oder stark landwirtschaftlich geprägte Regionen leiden somit nicht nur unter einer wegbrechenden Versorgung. Auch das sichere Einkommen großer Bevölkerungsteile hängt in diesen Regionen von den Systemen der Fundamentalökonomie ab (Zademach/Dudek 2022). In genau diesem Sinne stellt Hansen (Hansen) für Dänemark fest fest, dass eine regionale Entwicklungspolitik, die sich auf beschäftigungsintensive

Sektoren konzentriert, der sozialen Polarisierung in der Region entgegenwirkt.

Somit ist der Ansatz für das Forschungsfeld der nachhaltigen Raumentwicklung fruchtbar. So zeigen Bärnthaler, Novy, Plank (2021), dass die Fundamentalökonomie unter anderem mit der Betonung von Lebensqualität und der Bedeutung öffentlicher Leistungserbringung eine Reihe von Anschlusspunkten für transformative Prozesse hin zur Dekarbonisierung bietet. Ähnlich erarbeiten Engelen, Froud, Johal et al. (2017) unter Rückbezug auf das Modell der *grounded city*, die durch die Schaffung tragfähiger Infrastrukturen für alle Bürger:innen dafür sorgt, dass die wirtschaftliche Entwicklung auch tatsächlich zu einem gesteigerten Wohlergehen in der Stadt beiträgt.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Die Forderung nach einer stärkeren Ausgestaltung der Fundamentalökonomie ist hierbei nicht als ein Plädoyer für eine rein staatliche Organisation dieser Leistungen zu interpretieren. Wesentlich ist jedoch, dass auch private Anbieter im Segment der Alltagsökonomie (z.B. Netzbetreiber, Grundversorger, Transportbetriebe) ihre Strategien auf langfristige Zeithorizonte und eine nachhaltige Entwicklung ausrichten. Insbesondere gilt es, erzielte Gewinne nicht privat abzuschöpfen, sondern basierend auf einer soliden Unterstützung und Zustimmung der Gemeinschaft (*social license to operate*; Betriebslizenz) gemeinwohlorientiert zu reinvestieren.

Relevanz

Der Ansatz der Ökonomien des Alltagslebens rückt Wirtschaftsbereiche in den Vordergrund, die im wirtschaftspolitischen Diskurs oft weniger beachtet werden, für das Alltagsleben der Bevölkerung aber von hoher Bedeutung sind. Gerade diese Wirtschaftsbereiche erfüllen eine elementare Rolle für die Herstellung räumlicher Gerechtigkeit, die sich primär über den Zugang zu materiellen sowie providenziellen Systemen der Fundamentalökonomie verwirklichen lässt. Damit erlaubt der Ansatz eine neue Sichtweise auf regionale Wirtschaftsstrukturen. Nachdrücklich stellt er sich gegen die einseitige Betonung von ökonomischen Innovationen, Effizienzsteigerungen und Wettbewerbsfähigkeit, sowohl in der Wirtschaftspolitik als auch in der Forschungslandschaft.

Vielmehr werden die gegenwärtigen Krisen und die Auswirkungen der Kürzungen öffentlicher Leistungen in den vergangenen Jahrzehnten betont. Arbeiten im Kontext des Ansatzes thematisieren entsprechend wiederkehrend bestehende und sich verschärfende Disparitäten und heben die Bedeutung gestärkter Ökonomien des Alltagslebens zur Herstellung räumlicher Gerech-

tigkeit hervor (siehe Interview, 3.7). Insofern ist der Ansatz auch normativ zu verstehen: Er rückt das menschliche Wohlergehen in den Mittelpunkt regionaler Entwicklungsforschung.

Zweifellos ist der Ansatz weder widerspruchs- noch kritikfrei. So ist bereits die Abgrenzung der fundamentalen Ökonomie(n) selbst unscharf – schon allein aus historischen Gründen: Gesellschaftliche Entwicklungen führen dazu, dass ehemalige Luxusgüter Teil der Ökonomien des Alltagslebens werden (das Beispiel der Altenpflege lässt sich hier anführen). Letztlich geht es im Konzept der Foundational Economy jedoch weniger darum, scharfe Ein- und Ausgrenzungen vorzunehmen, als vielmehr regelmäßig übersehene – weil selbstverständlich gewordene – Teile unseres Alltagslebens wieder in ein angemessenes Licht zu rücken.

3.4 Infrastrukturen gestalten

Aushandlungen um Infrastrukturen

Aus den vorangegangenen Betrachtungen ist bereits ersichtlich, dass Wohlstand eng mit der Schaffung und dem Erhalt von Infrastrukturen verknüpft ist. Dies trifft auf eine große Bandbreite unterschiedlicher Wohlstandsverständnisse zu: solche, die sich am Vorhandensein diverser Luxusgüter orientieren, ebenso wie Wohlstandsbegriffe, die die Erfüllung materieller und immaterieller Grundbedürfnisse in den Mittelpunkt rücken. Wohnraum- und Energieversorgung, Ernährung, Mobilität, Bildung und gesellschaftliche Teilhabe sind alle vom Vorhandensein und Funktionieren ermöglichender sozialmaterieller Arrangements abhängig.

Mit dem Begriff Infrastruktur, der in diesem Abschnitt ins Zentrum gerückt werden soll, wird zunächst die bauliche Umwelt assoziiert, also *materielle* Infrastrukturen wie Häuser, Straßen, Bildungseinrichtungen, Glasfaserkabel und Energienetze, die eine entsprechende Versorgung gewährleisten (sollen). Gleichermassen haben Infrastrukturen jedoch immer auch eine soziale Dimension. Damit sind an dieser Stelle nicht ›soziale Infrastrukturen‹ wie Kindergärten und Schulen gemeint – ein Begriff, der oft in Abgrenzung zu technischen Infrastrukturen verwendet wird –, sondern die Tatsache, dass Infrastrukturen soziale Sachverhalte repräsentieren: Infrastrukturen sind mit bestimmten Bedeutungen aufgeladen, in Routinen eingebunden, von gesetzlichen Rahmenbedingungen reguliert, mit sozialen Differenzierungs-

prozessen verknüpft und nicht zuletzt Gegenstand und Arena politischer Aushandlungsprozesse. Fragen nach intendierten Nutzungsformen, nach Zugang und Ausschluss, nach Identität und nach Macht gehen folglich über die reine Materialität von Infrastrukturen hinaus und bleiben dennoch eng mit dieser verbunden.

Trotz ihrer grundlegenden Bedeutung stehen Infrastrukturen per Definition im Hintergrund. Es sind »unterliegende« Strukturen, die soziale, institutionelle und materielle Prozesse (für unterschiedliche Menschen) möglich oder unmöglich machen. Dementsprechend bleiben sie in der Regel »unsichtbar« und selbstverständlich – zumindest so lange, wie sie ihren angedachten Zweck erfüllen (Star 1999). Insbesondere wenn Infrastrukturen kaputt gehen oder nur noch teilweise funktionsfähig sind – beispielsweise, wenn Brücken nicht mehr oder nur noch eingeschränkt befahren werden können/dürfen –, drängen sie sich ins Licht der Aufmerksamkeit. Ähnliches gilt, wenn Infrastrukturen verändert, umgenutzt oder zeitweise angeeignet werden, wie beispielsweise durch Pop-up-Radwege während der Corona-Pandemie.

Aus einer solchen Perspektive können mit Boyer (2018) zwei Aspekte abgeleitet werden. Erstens konzipiert er Infrastrukturen als Speicher gesellschaftlich verausgabter Energie. Es braucht Energie in Form von unterschiedlichen materiellen und immateriellen Ressourcen, um Infrastrukturen zu errichten und sie instand zu halten. Infrastrukturen ermöglichen Prozesse, die ohne ihr Vorhandensein nicht möglich oder mit einem erheblich höheren Energieaufwand verbunden gewesen wären. Wasserleitungen werden aufwendig angelegt, um Wohnungen mit Trinkwasser zu versorgen und erübrigen so den Gang zum Brunnen. Eine Straße muss gebaut und gewartet werden, vereinfacht jedoch das Vorankommen im Vergleich zu einem Gelände ohne Straße.

Zweitens ist die Errichtung, Instandhaltung und Nutzung von Infrastrukturen eine inhärent politische Angelegenheit: Welche und wessen Prozesse und Praktiken werden (nicht) ermöglicht? Infrastrukturen sind somit Gegenstand gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse. Am deutlichsten lässt sich dies aus der Begrenzung der nutzbaren Energie und Ressourcen ableiten: Die Energie und Materialien, die in die Errichtung und Instandhaltung einer für den Autoverkehr ausgelegten Straße investiert werden, stehen nicht für den Ausbau von ÖPNV- oder Fahrradinfrastruktur zur Verfügung. Ebenso wenig die Flächen und Ressourcen auf und mit denen die Straße errichtet wurde. Gleichzeitig schaffen der Bau und die Nutzung einer Straßeninfrastruktur andere Voraussetzungen für Handeln und soziale Praktiken als der Bau von Schienen, Rad- oder Gehwegen. Abgesichert durch bestehende Regeln und

verbunden mit etablierten Nutzungsformen werden bestimmte Formen der Mobilität materiell ermöglicht und andere erschwert – und somit auch Ein- und Ausschlüsse verschiedener Nutzungen und Nutzender produziert.

Der Nutzung von Infrastrukturen ist zudem durch ihre – ungleiche – räumliche Verteilung und verschiedene soziale Ressourcen beschränkt. Zu letzteren zählen Aspekte wie finanzielle Ressourcen, Alter, Geschlecht, Nationalität, Fähigkeiten, Befugnisse und vieles mehr. Erkennbar wird dies insbesondere am Beispiel von Nutzungsgebühren. So hängt die Versorgung mit Wasser, Energie, Öffentlichem Nahverkehr, Gesundheits- oder Bildungseinrichtungen – ebenso wie deren Qualität – maßgeblich davon ab, was Menschen sich leisten können. Die räumliche Differenzierung in der Versorgung mit Infrastrukturen bezieht sich nicht nur auf die oben bereits angesprochene Unterscheidung zwischen städtisch und ländlich geprägten Räumen. Auch innerhalb von Städten oder Stadtregionen können kleinräumige Unterschiede in der infrastrukturellen Versorgung auftreten. Graham und Marvin (2001) sprechen in ihrem Ansatz des *splintering urbanism* von »kalten Flecken« *»cold spots«* und »Räumen mit Premiumversorgung (*premium networked spaces*)«, die vornehmlich unter Bedingungen privatwirtschaftlicher Infrastrukturversorgung entstehen.

Durch ihre Materialisierung im Raum stellen Infrastrukturen wichtige Verbindungen zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft dar. Vergangene Werte, Investitionsentscheidungen und Kräfteverhältnisse wirken in bestehenden Infrastrukturen fort und wirken auf gegenwärtige Gestaltungsmöglichkeiten ein – beispielsweise durch auf motorisierten Individualverkehr ausgerichtete Verkehrswege. Ebenso wirken heutige Entscheidungen weit in die Zukunft – etwa wenn trotz der notwendigen Abkehr von fossilen Energieträgern neue Gasheizungen verbaut werden. Auf dieser Basis drängen sich von Bau über Nutzung bis zur Abwicklung von Infrastrukturen vielfältige gesellschaftspolitische Fragen auf: Welche Infrastrukturen werden wo errichtet? Für welche Zwecke sind Infrastrukturen ausgelegt? Wer kann diese wie nutzen? Und wie lange?

Während die Materialität von Infrastrukturen einer gewissen Stabilität unterliegt, ist sie gleichzeitig eng mit sozialen Praktiken der Instandhaltung verbunden: Ohne Kontrollen und Reparaturen würden materielle Infrastrukturen zerfallen. Zudem sind Infrastrukturen immer nur in ihrem sozialen Kontext zu verstehen – und dieser ist mitunter höchst dynamisch. Technische Innovationen führten dazu, dass die Telegraphen- oder Faxinfrastrukturen innerhalb kurzer Zeit in die Bedeutungslosigkeit rutschten, veränderte Pro-

duktionsweisen lassen Industriestädte von Machtzentren zu Geisterstädten werden, der Wandel der Geschlechterverhältnisse erfordert einen Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur und die ökologische Krise des Klimawandels macht die Nutzung fossiler Energieträger zu einem ideologisch hart umkämpften Feld. Infrastrukturen sind veränderlich, auch wenn deren Wandel politischen Dynamiken und einer eigenen Zeitlichkeit unterliegt.

Infrastrukturen schaffen

Das Spannungsfeld zwischen raumzeitlichem Energieaufwand und soziomaterieller Stabilität einerseits und hoch dynamischen bis hin zu bruchhaften Transformationsprozessen andererseits macht Infrastrukturen zu einem komplexen Terrain politischer Aushandlungen. Neben politischen Rahmenseetzungen unterscheiden wir vier aktive Praxisformen, durch die Infrastrukturen auf verschiedene Weise in die Realisierung von Wohlstandsalternativen eingebunden sind: Aufbauen, Öffnen, Rückbauen, Stören. »Aufbauen« verweist auf die Errichtung neuer Infrastrukturen, die veränderte Bedürfnisse oder Notwendigkeiten adressieren, wie beispielsweise beim Umstieg auf erneuerbare Energieträger.

Unter »Öffnen« fassen wir Praktiken, durch die Infrastrukturen für Akteure oder Nutzungsformen zugänglich werden, die diese zuvor nicht oder nur bedingt nutzen konnten – so die Bespielung neuer Kommunikationskanälen zur Teilhabe an öffentlichen Debatten oder die temporäre Verwendung von Straßenräumen für Nachbarschaftsfeste. Mit »Rückbauen« verweisen wir auf Prozesse der Reduktion oder Demontage von Infrastrukturen wie die Entsiegelung von Flächen und die Demontage von Industrieanlagen und Atomkraftwerken. »Stören«, schlussendlich, verwenden wir, um Dynamiken zu fassen, durch die Infrastrukturen (temporär) beeinträchtigt werden, etwa durch Blockaden oder visuelle Beschädigung im Kontext von Klimaprotesten. Im Folgenden werden wir zwei dieser Praxisformen – Aufbauen und Öffnen – anhand von Beispielen vertiefen.

Aufbauen: Das virtuelle Kraftwerk der sonnenCommunity – die weltweit größte Plattform für Strom-Sharing

Mit dem sozioökologischen Wandel gehen auch veränderte Anforderungen an Infrastrukturen einher. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn bestehende Infrastrukturen ökologische Grenzen und/oder geteilte Anforderungen an

soziale Gerechtigkeit nicht berücksichtigen. So werden vielerorts dezentrale, in einigen Fällen maßgeblich durch zivilgesellschaftliche Gruppen getragene Infrastrukturen zur Energieversorgung aufgebaut. Neben der Energieerzeugung durch erneuerbare Energieträger können damit auch veränderte Eigentumsverhältnisse (z.B. Genossenschaften) einhergehen. Dieser Aufbau kann sich auf materielle Elemente, z.B. einzelne Kraftwerke, oder auf die dahinter liegende Koordinationsinfrastruktur beziehen. Der Ansatz der sonnenCommunity vereint beide Aspekte.

Ein virtuelles Kraftwerk (virtual power plant, kurz VPP) ist ein Zusammenschluss mehrerer einzelner Stromerzeuger (z.B. Windräder, PV-Anlagen, Blockheizkraftwerke) mit Batteriespeichern und Verbrauchern zu einem virtuellen Verbund, gesteuert über eine zentrale Software. Diese Kraftwerke sind in der Lage, aktiv am Strommarkt teilzunehmen, also etwa den erzeugten Strom ihrer Einzelanlagen gemeinsam zu vermarkten. Zudem können sie gemeinsam das Stromnetz stabilisieren. Sie erfüllen damit Funktionen, die bisher konventionellen Kraftwerken vorbehalten waren und können diese – als Schwarmlösung – auch langfristig ersetzen.

Die einzelnen Einheiten des virtuellen Kraftwerks müssen dabei nicht zwingend an einem Ort gebündelt sein, wie im Fall eines konventionellen Kraftwerks, sondern können räumlich voneinander getrennt, das heißt dezentral, liegen. So verbindet z.B. das VPP der Sonnen eServices GmbH (Eigen- und Kurzschreibweise: sonnen), einem Branchenpionier mit Sitz in Wildpoldsried im Oberallgäu, eine große Zahl von Heimstromspeichern, die in Privathäusern über ganz Deutschland verteilt stehen, zu einer virtuellen Großbatterie. Die Mitglieder dieses neuen Energiesystems, der sonnenCommunity, stellen sich die Energie – zumindest bilanziell – gegenseitig zur Verfügung und können auf diese Weise Unterschiede zwischen Verbrauch und Produktion selbst ausgleichen.

Virtuelle Kraftwerke aus Batteriespeichern sind in der Lage, ein Stromnetz mit einem großen Anteil an Strom aus erneuerbaren Quellen zu stabilisieren. Das macht sie zu einem wichtigen Stützpfeiler der Energiewende (Sonnen 2021; Zademach/Käsbohrer 2022; Sonnen 2023). Zudem entspricht das Prinzip eines virtuellen Kraftwerks dem Gedanken der »Sharing Economy« als einem stark am Gedanken der nachhaltigen Entwicklung orientierten Wirtschaftsmodell. In diesem Modell werden Gegenstände oder Ressourcen auch anderen zur Verfügung gestellt, wovon die Gemeinschaft profitiert. Ein geläufiges Beispiel ist Carsharing. Ein virtuelles Kraftwerk, wie das sonnenVPP, funktioniert nach dem gleichen Prinzip.

Im Gegensatz zum Carsharing befinden sich die sonnenBatterien zwar im Besitz der einzelnen Endkunden, doch diese stellen ihre Batteriespeicher beziehungsweise einen kleinen Teil ihrer Speicherkapazität dem virtuellen Kraftwerk von sonnen zur Verfügung. Das sonnenVPP kann damit Netzdienstleistungen erbringen, die der Gemeinschaft der Beteiligten nützen. In diesem Fall profitieren zum einen alle teilnehmenden Mitglieder der sonnenCommunity mit einer Gewinnbeteiligung. Dieser Vorteil ergibt sich erst durch die gemeinsame Vernetzung. Indirekt profitieren aber auch alle anderen Menschen, indem das Stromnetz ein neues Werkzeug für die Energiewende erhält. So werden bestehende Batteriespeicher effizienter genutzt – zum Vorteil aller und ohne weiteren Ressourcenverbrauch durch z. B. andere Systeme, die sonst diese Aufgabe übernehmen müssten.

Wie von Zademach und Käsbohrer (2022) dargestellt, bleibt ein großer Teil dieses Potenzials zumindest in Deutschland aktuell jedoch ungenutzt, vor allem aufgrund institutioneller Rahmenbedingungen und politischer Interessen(konflikte). So enthalten z. B. die beiden für die Förderung und Regulierung der erneuerbaren Energien in Deutschland zentralen Gesetzeswerke, das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), eine Reihe von Regelungen, die die Wirtschaftlichkeit von Community-Lösungen empfindlich schmälern, etwa aufgrund mehrfach anfallender Netzentgelte oder besonders hoher administrativer Vorgaben.

Öffnen: Ein freies Radio für Erfurt – Lokalradios als Infrastruktur für freie Meinungsäußerung

Eine besonders spannende Kombination der technischen und sozialen Dimensionen von Infrastrukturen tritt bei Freien und Bürger:innen-Radios auf. Bereits in den 1920er-Jahren entwarf Bertolt Brecht in seiner »Radiotheorie« die Vorstellung des Radios als »Kommunikationsapparat«, der nicht nur senden, sondern die Hörenden auch zu Sprechenden machen sollte (Brecht 1992[1927]). In Verbindung mit der Alternativ- und Hippiebewegung der 1960/70er-Jahren entstanden vielerorts selbst organisierte Radiostationen, die oft als nicht lizenzierte »Piratensender« (in Europa z. B. Radio Luxemburg oder Radio Veronica) starteten. In Deutschland nahm 1977 das mit der Anti-AKW-Bewegung verbundene Radio Dreyeckland (damals noch »Verte Fessenheim«; <https://rdl.de/>) in Freiburg i.Br. als erste Station ihren Betrieb auf. Heute gibt es Freie Radios in vielen Bundesländern und Kantonen im deutschsprachigen Raum.

Zentrales Ziel der oft in Vereinsform organisierten Radios ist es, »alternative«, selbst organisierte Medieninhalte zu erarbeiten und auszustrahlen. Hierfür werden eigene Radiostudios mit Sendetechnik unterhalten. In der Regel ehrenamtliche Redaktionen erarbeiten Sendeinhalte, die auf terrestrischen UKW-Frequenzen und in das Internet ausgestrahlt werden können. Rechtlich und finanziell abgesichert ist der Betrieb in Deutschland in den jeweiligen Landesmediengesetzen, die die Vergabe von Lizenzen und Zuschüssen an die Freien Radios definieren. Dort werden Freie Radios meist als »nicht-kommerzielle Lokalradios« geführt, die weder zum privaten noch zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk gehören, sich aber auch von sogenannten Offenen Kanälen ohne feststehende Redaktionsstrukturen abgrenzen.

Neben den Inhalten der einzelnen Sendungsformate spielt die Wahrnehmung des Radioprojekts als soziale Infrastruktur eine wichtige Rolle. Wir besuchten im Mai 2023 das Projekt Radio F.R.E.I. in Erfurt (<https://www.radio-frei.de/>), das bereits in der Zeit der politischen Wende von 1990 den Sendebetrieb aufnahm. Heute sind im Erfurter Radio verschiedene Gruppen aktiv, die unterschiedliche Interessen und Communities, z. B. Geflüchtete, feministische Gruppen oder verschiedene Musikstile, repräsentieren. Für den dort angestellten Medienpädagogen Roman Pastuschka war in unserem Gespräch einerseits die freie Meinungsäußerung – »die Lizenz zum Frechsein« – bestimmend. Andererseits betonte er den Aspekt der Selbstermächtigung, durch ausgestrahlte Inhalte eine Stimme und damit auch »Macht« im lokalen Diskurs zu haben. In seinen Prinzipien hebt das Radio zudem seine »transparente« und »gleichberechtigte« Funktionsweise und die »von allen getragene« Entscheidungsfindung hervor.

Auf der Homepage wird formuliert, das Projekt ermögliche »einen offenen, gleichberechtigten und barrierearmen Zugang zum Medium Radio« mit dem Ziel, die »Öffentlichkeit im Sinne der Meinungsvielfalt und Emanzipation eigenverantwortlich und selbstständig mitzugestalten«. Das Radio entwickelt sich damit zu einer Infrastruktur, welche eine offene Artikulation von Positionen im lokalen öffentlichen Diskurs ermöglicht (Rassismus, Sexismus und andere Diskriminierungen sind ausgeschlossen). Geöffnet werden dabei insbesondere die vorhandenen UKW-Frequenzen. Damit kann das Radio als alternatives Medium und als Plattform für die Zusammenarbeit verschiedener subkultureller Communities gelten. Dafür investieren ehren- und hauptamtliche Mitglieder Zeit und verzichten auf ein Stück des eigenen materiellen Wohlstands. Das resultierende Zusammenspiel selbstverwalteter, technischer und sozialer Infrastruktur ermöglicht dagegen gesellschaftliche Teilhabe.

Teilhabe an und durch Infrastrukturen

Infrastrukturen bilden den grundlegenden soziomateriellen Unterbau moderner Gesellschaften. Durch die Art und Weise, wie und welche Infrastrukturen geschaffen und aufrechterhalten werden, welche vernachlässigt oder zurückgebaut werden, und Regelungen darüber, wer welche Form des Zugangs zu ihnen hat, drücken sich soziale Machtverhältnisse und Prioritäten aus. Während bestimmte Praktiken bestimmter Träger ermöglicht und bevorzugt werden, erfahren andere Personen und Praktiken Ausschlüsse und Benachteiligungen – seien es »alternative« Stimmen in der Medienlandschaft, Kleinstherzeuger im Energiebereich, Fußgänger- und Radfahrer:innen im Straßenverkehr oder zahlungsschwache Haushalte bei der Wohnraumversorgung.

Die Gestaltung, Aneignung oder Veränderung von Infrastrukturen stellt folglich ein zentrales Moment von gesellschaftlicher Teilhabe dar. Teilhabe an der Entscheidung, welche Infrastrukturen in welcher Form und unter welchen Bedingungen bereitgestellt werden und damit auch, welche und wessen Praxisformen wertgeschätzt und ermöglicht oder marginalisiert und erschwert werden. Möglichkeiten zur Teilhabe sind mit der technischen Funktionsweise und der Organisationsstruktur von Infrastrukturen verbunden. Gerade diejenigen Ansätze, in denen auch dezentralere Lösungen für die Versorgung möglich sind, zeigen ein großes Potenzial für lokale und teilhabebasierte Entscheidungsstrukturen. Gleichzeitig können jedoch auch neue Ausschlüsse entstehen: nicht jede:r hat die zeitlichen, materiellen und wissensbasierten Ressourcen, um an einer dezentraleren (Mit-)Gestaltung von Infrastrukturen teilzunehmen.

Wie Infrastrukturen selbst bleiben entsprechend auch die Ein- und Ausschlüsse unterschiedlicher Nutzergruppen meist im Hintergrund, bis es zu Auf- und Umbrüchen kommt. Besonders deutlich wird dies am Beispiel kommunikativer Infrastrukturen wie der Freien Radios. Solange alternative Stimmen aus öffentlichen Debatten weitgehend ausgeschlossen sind, bleiben auch deren Belange und Interessen sowie die Tatsache ihrer Marginalisierung wenig beachtet. Die Aneignung und Öffnung kommunikativer Infrastrukturen hingegen ermöglicht es einer größeren Bandbreite an Individuen und Gruppen, an lokalen Diskursen teilzuhaben und so hör- und sichtbar zu werden.

Vergleichbare Dynamiken finden sich auch in anderen Infrastrukturbereichen. Während beispielsweise die routinisierte Benachteiligung von Fuß- und Radverkehr – Mobilitätspraktiken, die disproportional häufig von sozial

benachteiligten Gruppen ausgeführt werden – von vielen Verkehrsteilnehmenden nur wenig Aufmerksamkeit erfährt, vermögen es infrastrukturelle Maßnahmen hin zu einer gerechteren und sichereren Mobilität, tiefgreifende Auseinandersetzungen auszulösen. Dies geht häufig mit Ängsten einher: gerät zum Beispiel die zum Selbstverständnis gewordene Ungleichverteilung von Flächen zugunsten des motorisierten Individualverkehrs unter Druck, wie durch die Umwidmung einer Fahrbahn für den Fahrradverkehr, wird dies von vielen als Bedrohung oder gar Diskriminierung wahrgenommen.

Entsprechend herausfordernd sind Transformationen technischer und sozialer Infrastrukturen im Kontext des sozioökologischen Wandels. Während bei ökologisch notwendigen Veränderungen – beispielsweise dem Umstieg auf erneuerbare Energieträger – die Bereitstellung der Grundversorgung sichergestellt werden muss, öffnen die aktuellen politischen wie technischen Umbrüche neue Räume für die direkte Teilhabe von Bürger:innen. Am Beispiel der *sonnenCommunity* wurde gezeigt, wie eine aktive Bereitstellung von Infrastrukturen durch den virtuellen Zusammenschluss die Energiewende stützen und Vorteile für die involvierten Bürger:innen ermöglichen kann. Im Mittelpunkt steht dabei die Gemeinschaft aus Kleinproduzenten und Konsument:innen, während staatliche Versorgungsstrukturen und die klassischen, großen Versorgungsunternehmen in den Hintergrund treten.

Umbrüche bieten eine große Chance, Infrastrukturen nicht nur neu auszurichten, sondern auch kritisch auf mit ihnen verbundene Ein- und Ausschlüsse zu überprüfen: Welche und vor allem *wessen* Praktiken werden unterstützt und welche/wessen nicht? Durch die Gestaltung von Infrastrukturen werden stets auch zukünftige (Un-)Möglichkeiten angelegt. Speziell im Hinblick auf zukunftsfähige Wohlstandsmodelle gilt es daher, langfristig funktionsfähige Infrastrukturen zu schaffen, die eine nachhaltige Bereitstellung und gerechte Teilhabe ermöglichen. Dafür braucht es neben veränderten Rahmenbedingungen und Förderungen auch angepasste Indikatoren (siehe Kapitel 6), um entsprechende Prozesse anzustoßen und zu begleiten.

3.5 Synthese

Forderungen nach einer angemessenen Ausgestaltung öffentlicher Leistungen sind aktuell mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert. Mit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise, der anschließenden Austeritätspolitik, dem Klimawandel sowie weiteren ökologischen Krisenerscheinungen, der

Covid-19-Pandemie und der Energiekrise infolge des Krieges in der Ukraine, treten die Wahrnehmung von Knappheit, die Begrenztheit von Ressourcen und Dringlichkeit der Anpassung hinzu. Die in diesem Kapitel vorgestellten Zugänge der Daseinsvorsorge, der Fundamentalökonomie und eines sozio-materiellen Zugangs zu Infrastrukturen, betonen dabei aus jeweils unterschiedlicher Blickrichtung, wie Aspekte einer notwendigen Grundversorgung diskutiert und angepasst werden können. Dies bestärkt eine Tendenz, die insbesondere in der Covid-19-Pandemie auffällig wurde: die Renaissance der Daseinsvorsorge und ein verstärktes Bedürfnis nach resilienten Infrastrukturen. Gerade auch angesichts der Warnungen vor Wohlstandsverlusten darf eine krisenfeste Ausgestaltung öffentlicher Leistungen nicht zu kurz kommen.

Vor dem Hintergrund von Fragen der Teilhabe wird jedoch deutlich, dass die Bereitstellung von Versorgungsleistungen allein nicht ausreicht. Eingangs haben wir im Zusammenspiel von Bereitstellung und Teilhabe ein doppeltes Spannungsfeld ausgemacht: zwischen traditionellen markt- oder staatsbezogenen Vorstellungen auf der einen Seite und zwischen top-down gesteuerten Ansätzen der Versorgung und einer aktiven Beteiligung von Bürger:innen und Bürgern auf der anderen. In der Diskussion der verschiedenen Zugänge und Beobachtungen ist klar geworden, dass die einzelnen Positionen jeweils eigene Ein- und Ausschlüsse hervorbringen.

Angefangen bei der Frage nach den Bedürfnissen einer Grundversorgung über die Zugänglichkeit fundamentaler Leistungen – Wohnen, Verkehr, Kommunikation, Bildung und vieles mehr – bis hin zur Mitgestaltung und dem Mitmachen kann eine große Bandbreite von Akteuren einbezogen werden. Dass Defizite klassischer Formen von Wohlfahrtsstaat und staatlicher Grundversorgung identifiziert und adressiert werden, heißt nicht, dass ein infrastrukturell »starker« Staat ausgedient hat. Im Gegenteil: Beispiele von Bürger:innenbeteiligung, wie beim Modell der Donut-Ökonomie oder in entstehenden Klimaräten, zeigen mögliche erste Schritte auf dem Weg demokratischer sozioökologischer Transformationen auf.

Ähnlich verhält es sich mit der Rolle von Unternehmen. Während Kritiken an der Vermarktlichung von Versorgungsinfrastrukturen – wie analog im Bereich Energie – berechtigt und wichtig sind, bedeutet dies im Umkehrschluss nicht, dass privatwirtschaftlichen Organisationen keine Rolle bei deren Bereitstellung zukommen kann. Jedoch müssen die Rahmenbedingungen hierfür unmissverständlich definiert werden: eine gerechte und nachhaltige Versorgung muss über unternehmerischen Gewinninteressen

stehen – wie im Ansatz der Foundational Economy durch *social license to operate* (Betriebslizenz) festgelegt.

Der gedanklich größte Schritt ist die Überwindung des Duopols aus Markt und Staat in der Bereitstellung von Versorgungsleistungen und -infrastrukturen. Bürger:innen nehmen nicht nur mittels Wahl-, Beteiligungs- und Konsumententscheidungen eine tragende Rolle ein, sondern auch als aktive und gleichberechtigte Mitgestalter bei der Erfüllung von gesellschaftlichen und individuellen (Grund-)Bedürfnissen. Zivilgesellschaftlichen Gruppen und gemeinnützigen Organisationen kommt eine zentrale Funktion in unterschiedlichen Bereichen zu: von dezentraler Energieversorgung (z.B. sonnen-Community) über Alltagsunterstützung und Altersvorsorge (siehe Zeitpolster in Kapitel 4.5) bis hin zur Wohnraumversorgung (siehe Netzwerk Immobilien in Kapitel 6).

Trotz Beispielen aus unterschiedlichsten Bereichen, wie eine gemeinschaftliche und inklusive Gestaltung der Grundversorgung gelingen kann, zeigen sich an vielen Stellen Herausforderungen und Einschränkungen. Nach wie vor sind die Rahmenbedingungen vorrangig auf »klassische« staats- und marktgetragene Formen der Bedürfnisbefriedigung (oder deren Verbindung in *public-private partnerships*) ausgerichtet. Der Weg hin zu einer festeren Verankerung gemeinschaftsgetragener, koproduktiver Versorgungspraktiken bedingt daher auch tiefe strukturelle Anpassungen – wie sie im Ansatz der Foundational Economy diskutiert und im folgenden Kapitel 4 weiter vertieft werden.

Wichtige Schritte hierzu – insbesondere in Bezug auf Bereitstellung und Teilhabe – lassen sich anhand von Maßnahmen zur Rekommunalisierung von Versorgungsinfrastrukturen beobachten (Cumbers/Becker 2018). Viele dieser Maßnahmen führen nicht einfach zu einem klassischen Versorgungs- oder Wohlfahrtsstaat zurück, sondern ermöglichen neue Formen der Teilhabe. In einer besonders ausgeprägten Form lassen sich entsprechende Tendenzen unter dem Begriff der *commonification* fassen, der Erweiterung gemeinschaftlich gestalteter und genutzter Ressourcen nach den Prinzipien von Selbstverwaltung und Nichtaneignung (Bianchi 2023).

Auch wenn Beispiele solch tieferegreifender struktureller Veränderungen rar sind, lassen sich Maßnahmen beobachten – vor allem auf Stadtebene –, die Elemente zur engen Verschränkung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Prozesse in sich tragen (Schmid 2023). In Neapel, beispielsweise, wurden 2013 Wasserinfrastruktur und -management wieder in die öffentliche Hand überführt und – nach einigen fehlgeschlagenen Versuchen – eine Struk-

tur zur öffentlichen Beteiligung am Wassermanagement etabliert (Bianchi 2023). Auch diese Struktur wird vielfach kritisiert, zeigt jedoch neben den Spannungen zwischen top-down und bottom-up auch Möglichkeiten auf, wie vorherrschende Strukturen aufgebrochen und Grundversorgung neu organisiert werden kann.

In diesem Sinne ist es für die Suche und Diskussion von Wohlstandsalternativen besonders relevant, die Adressierung von Grundbedürfnissen sowie deren gemeinschaftliche Ausgestaltung in den Fokus zu rücken. Jedoch: Während einseitig staatlich verwaltete oder unternehmerisch organisierte Leistungen und Infrastrukturen oft sozioökonomische und -kulturelle Ausschlüsse generieren, sind auch zivilgesellschaftliche Projekte kein Garant für Inklusivität und Teilhabe (Grossmann/Creamer 2016). Anhand von verschiedenen Ansätzen, die jeweils unterschiedliche Akteure ins Zentrum stellen – staatliches Versorgungsmanagement der Daseinsvorsorge, staatliche und privatwirtschaftliche, aber regulierte Unternehmen der Foundational Economy und zivilgesellschaftliche Aneignung von Infrastrukturen – wurde die Bedeutung von gruppenübergreifenden Sichtweisen deutlich.

3.6 Thesen zur Positionierung

Resiliente Ausgestaltung öffentlicher Leistungen ist eine Voraussetzung für Wohlstandsalternativen

In den westlich geprägten Ländern nahmen staatliche Institutionen und soziale Infrastrukturen eine zentrale Rolle in Bezug auf die Schaffung gesellschaftlichen Wohlstands ein. Infrastrukturen stellen dabei den grundlegenden Unterbau moderner Gesellschaften dar, sowohl materiell als auch soziokulturell. Gerade auch im Kontext von drohenden Wohlstandsverlusten darf eine angemessene und resiliente Ausgestaltung öffentlicher Leistungen nicht aus dem Fokus der Aufmerksamkeit rücken, sie ist ein gesamtgesellschaftliches Interesse.

Analytische Zugänge müssen erweiterte Perspektiven jenseits von Markt und Staat einnehmen

In den Raumwissenschaften gibt es eine Reihe von wertvollen analytischen Zugängen zu diesen Grundlagen. So eröffnen insbesondere die Ansätze der

Donut- und Fundamentalökonomie als jüngere Konzepte in Ergänzung zum etablierten Konzept der Daseinsvorsorge neue Perspektiven auf die Gestaltung von Infrastrukturen. Allem voran räumen diese Ansätze Themen wie gesellschaftlicher Teilhabe und Gerechtigkeit eine zentrale Rolle ein. Wesentlich ist dabei ein erweitertes, das heißt über reine Marktlogiken hinausgehendes Verständnis von Wirtschaft und eine Überwindung dualistischer Ansätze von Markt und Staat.

Um Wohlstandsalternativen zu schaffen, ist eine umfassende gesellschaftliche Beteiligung erforderlich

Bereitstellung und Teilhabe erfolgen durch unterschiedliche Akteursgruppen mit jeweils verschiedenen Eigenlogiken und Herausforderungen. Vor dem Hintergrund unserer Betrachtungen zu Ein- und Ausschlüssen einzelner Gesellschaftsbereiche gilt es, die Bereitstellung und das Öffnen sowie Veränderungen (einschließlich Rückbau) von Infrastrukturen so zu organisieren, dass es nicht zu pauschalen Ausschlüssen einzelner Teile der Gesellschaft kommt, unabhängig davon, ob dies durch staatliche, private oder hybride Arrangements erfolgt.

Infrastrukturen formen zukünftige Möglichkeiten

Durch die Gestaltung von Infrastrukturen werden stets auch zukünftige (Un-)Möglichkeiten angelegt. Insbesondere im Hinblick auf zukunftsfähige Wohlstandsmodelle sind langfristig funktionsfähige Infrastrukturen zu schaffen, die eine nachhaltige Bereitstellung und gerechte Teilhabe sicherstellen.

Lokale und regionale Fallstudien ermöglichen ein besseres Verständnis von Wohlstandsalternativen

Es bedarf weiterer Forschung, um die Spannungsfelder zwischen Markt, Staat und Gesellschaft sowie Top-down- und Bottom-up-Ansätzen für die Bereitstellung von und Teilhabe an Wohlstandsalternativen zu durchdringen. Wir sehen ein wichtiges Moment in der detaillierten Betrachtung von lokalen und regionalen Fallstudien, um ein solch vertieftes Verständnis von den Funktionsweisen und Gelingensbedingungen dieser Projekte zu schaffen.

3.7 Wohlstandsalternativen in der Regionalentwicklung: Ein Interview mit Rainer Danielzyk

Die Ziele und Leitlinien der Regionalentwicklung sind mit etablierten Vorstellungen von Daseinsvorsorge und Wohlstand verknüpft. Die Praxis der Regionalentwicklung zielt auf eine sozial und ökonomisch positive Entwicklung von Regionen. Wir sprachen im März 2024 mit Prof. Dr. Rainer Danielzyk, ehemaliger Generalsekretär der ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gesellschaft und Professor für Raumordnung und Regionalentwicklung an der Leibniz-Universität Hannover über Wohlstandsvorstellungen in der Regionalentwicklung und den Spielraum für Alternativen.

Was bedeutet Wohlstand für Sie als Raumwissenschaftler?

Es ist bekannt, dass es sehr verschiedene Wohlstandskonzepte gibt. Zunächst das klassische ökonomische Wohlstandsverständnis, dass alles durch die Maßeinheit Bruttoinlandsprodukt festzustellen ist. Dass man einen weiteren Wohlstandsbegriff braucht, ist mittlerweile klar. Trotzdem verläuft die Diskussion über Wohlstand – und mögliche alternative Konzepte – häufig sehr konfrontativ. Ich finde in diesem Zusammenhang den Ansatz der räumlichen Gerechtigkeit spannend.

Inwieweit ist das Konzept räumlicher Gerechtigkeit relevant für Diskussionen über Wohlstand?

Nach einem Konzept, das eine Enquete-Kommission des Bayerischen Landtags unter Leitung des Geographen Manfred Miosga vorgelegt hat (s.a. Miosga 2020), gibt es vier verschiedene Dimensionen der räumlichen Gerechtigkeit. Da wird auf die Verfahrensgerechtigkeit hingewiesen, also dass Teilhabe ein wichtiger Aspekt von Gerechtigkeit ist. Aber auch Chancengerechtigkeit ist aus raumplanerischer Sicht sehr wichtig, gerade in Bezug auf die Zugangsmöglichkeiten zu Infrastrukturen und Einrichtungen. Dabei ist es trivial, dass nicht überall – in der Uckermark wie in München – das gleiche Versorgungsniveau sichergestellt werden kann. Trotzdem haben Staat und Gesellschaft die Verantwortung, Zugangsmöglichkeiten herzustellen, sei es physisch, sei es über Telekommunikation. Drittens gilt es, die Generationengerechtigkeit im Blick zu behalten. Diese ist ein originäres Anliegen der Raumordnung: Schon lange vor den aktuellen Nachhaltigkeitsdebatten dachten Raumplaner intragenerationell. Die vierte Dimension ist Verteilungsgerechtigkeit, um trotzdem Fragen der Gleichwertigkeit nicht aus den Augen zu verlieren.

Dabei möchte ich betonen, dass in Deutschland die materielle Infrastruktur meines Erachtens überbewertet wird: Man misst, wie viele Krankenhäuser oder Haltestellen diverser Verkehrsmittel vorhanden sind. Hier könnte man im Zeitalter der Digitalisierung Gerechtigkeit, und gerade auch Verteilungsgerechtigkeit, etwas offener und flexibler interpretieren.

Sollte der Begriff der Daseinsvorsorge neu interpretiert werden – auch vor dem Hintergrund der aktuellen sozialen Herausforderungen und ökologischen Krisen?

Leider haben sich diese Debatten in der »amtlichen« Raumordnung bislang noch viel zu wenig niedergeschlagen. Am ehesten noch in der anwendungsorientierten raumwissenschaftlichen Forschung, aber deutlich weniger in der formellen Raumordnung. Entsprechend habe ich auch mein persönliches Engagement verstärkt in Richtung Raumentwicklung verlegt, allerdings ist dieses Handlungsfeld je nach Land stärker den Wirtschaftsministerien oder den Ministerien für Regionalentwicklung zugeordnet. Da ist es einfacher, etwa über Modellvorhaben und Förderansätze, modernere Konzepte zu realisieren als in der stark verrechtlichten, klassischen Raumordnung.

Was kann getan werden, um solche konzeptionellen Debatten stärker in die Praxis einfließen zu lassen?

Ich finde in diesem Zusammenhang, erstens, die Modellvorhaben der Raumordnung, die MOROs, richtig spannend. Dort werden viele gute Ideen entwickelt, auch wenn es leider überschaubar ist, wie viele in die praktische Raumplanung eingeflossen sind beziehungsweise einfließen. Zweitens existieren wirklich spannende Förderansätze, wie jetzt auch aktuell ein Ansatz des BMWBS im Feld der strategischen Regionalentwicklung. Die Absicht des Ansatzes ist es, ausdrücklich Regionalplanung und Regionalentwicklung stärker zu vernetzen und die beiden Denkweisen besser in Kontakt zu bringen – und entsprechende Initiativen dann mit Fördermitteln zu unterlegen. Ich bin gespannt, was dabei herauskommen wird, auch dahingehend, die klassischen Planungsstellen stärker in solche neuen Ansätze einzubinden und mit solchem Denken vertraut zu machen. Denn ihr regionales Wissen und ihre integrative Sicht könnten das sehr bereichern.

Oft wird Regionalentwicklung als Ansiedlung von Investitionen verstanden. Wie reflektieren Sie das?

Das sehe ich anders, als Sie es gerade darstellen. Klar, in den letzten Jahren hat

das Thema wieder etwas zugenommen, etwa durch die Ansiedlungen von Tesla und Intel. Aber über viele Jahre sind viele Praktiker:innen berechtigt davon ausgegangen, dass es kaum noch Großansiedlungen geben wird.

Die Debatte hat zwar wieder Konjunktur, aber im Kern weiß man zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen, dass man durch große Ansiedlungen den Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen nicht allein gestalten kann. Man weiß gerade im Bereich der Regionalentwicklung, dass es weniger um Ansiedlungen geht, sondern um »Bestandspflege« sowie Netzwerkbildung und die Verknüpfung von Wissenschaft und Wirtschaft, aber auch Verwaltung und Zivilgesellschaft also die Schaffung von Akteursnetzwerken.

Ein wiederkehrendes Thema in unserem Arbeitskreis ist die Einbindung von zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie Akteuren der Alternativökonomie, Genossenschaften, Nachbarschaftsprojekten etc. Wo sehen Sie die Spielräume, dass diese Akteure in Prozessen der Raumentwicklung wirksam werden können?

Diese Akteure tauchen in den Strategien der Raumentwicklung leider weniger auf, weil sie auf dem Radar etwa der Wirtschaftsministerien keine große Rolle spielen. Da gibt es aber andere Möglichkeiten, das zu unterstützen, etwa im Bereich der ländlichen Regionalentwicklung, zum Beispiel durch LEADER. In Nordrhein-Westfalen gibt es das Programm »Initiative ergreifen«,¹ im Bereich des Bauministeriums, ein außergewöhnliches Programm, das ausdrücklich auf die kleineren und unkonventionellen Initiativen ausgerichtet ist, um diese zu unterstützen oder überhaupt erst sichtbar zu machen.

Da geht es zunächst weniger um große Geldmittel. Durch Entscheidungen einer auch zivilgesellschaftlich besetzten Jury sollen kleine Vorhaben unterstützt werden. Da geht es insbesondere darum, entsprechende Gedanken und Initiativen in die Stadt- und Ortsentwicklung einzubringen. Das Gleiche gilt auch für weitere Ansätze wie die REGIONALEN in Nordrhein-Westfalen oder die IBA in Thüringen.

Welche Herausforderungen sehen Sie für Praktiker:innen – einerseits in der Raumentwicklung, aber auch andererseits in der formellen Planung – in der Kooperation mit solchen Projekten?

Also sicher passen die Alltagsdenkweisen nicht immer gut zusammen, aber da ist die Offenheit im Bereich der Stadt- und Ortsentwicklung meines Erachtens

1 <https://www.initiative-ergreifen.eu/> (24.10.2023).

etwas größer als im Bereich der »amtlichen« Raumordnung, auf unkonventionelle Initiativen einzugehen. Natürlich sind Stadtentwicklung und Bauleitplanung auch verrechtlicht. Trotzdem erscheint, wenn man etwa Stadtteilerneuerung oder Dorfentwicklung betreibt, die konkrete Zusammenarbeit mit verschiedenen Initiativen einfacher und üblicher.

Wenn man skeptisch darauf schaut, wirken viele zivilgesellschaftliche Projekte und auch Kooperationsprojekte sehr kleinteilig. Wie würden Sie den Beitrag von solchen Initiativen einschätzen?

Sehr wichtig, insbesondere, was soziale Integration angeht. Das finde ich hier fast wichtiger als die ökologische oder die klimapolitische Dimension. Diese werden ja oft, miteinander verbunden, als Begründung für eine Neuausrichtung der Regionalentwicklung herangezogen. In Bezug auf gesellschaftlichen Zusammenhalt leistet Deutschland wirklich viel über Städtebauförderung, Dorfentwicklung und ähnliche Programme. Es geht dann darum, kleine Projekte zu ermöglichen, wodurch eben konkret vor Ort im Quartier oder im Dorf Leute zusammenkommen können.

Gleichzeitig steckt hier auch ein Hindernis für die Übertragung in die formelle Planung: Wenn ich eben Ortsentwicklung betreibe, dann muss das nur in dem Quartier machbar sein. Bei der Raumordnung stellt sich dagegen oft die Frage, wenn ich etw. in der Gemeinde A mache, dann muss das im Planungsraum auch grundsätzlich mit der Gemeinde B möglich sein. Das deutet der interkommunalen Perspektive, und reduziert aber das Ortsspezifische.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Gespräch führte Sören Becker für den Arbeitskreis Wohlstandsalternativen und Regionalentwicklung in der ARL.

4. Herstellen und Organisieren

Ökonomien von Wohlstandsalternativen

Hubert Eichmann, Christian Schulz, Hans-Martin Zademach

Abstract Das Kapitel beschäftigt sich mit der Frage, wie sich alternative Ziel- und Wertvorstellungen in Wirtschaftspraktiken innerhalb und außerhalb klassischer Marktlogiken auf der Ebene einzelner Unternehmen bzw. Betriebe niederschlagen. Um diese Frage zu beantworten, betrachten wir sowohl die Herstellung von Gütern als auch die Erbringung von Dienstleistungen. Wir illustrieren die Ergebnisse anhand von Beispielen aus der Nahrungsmittelproduktion, aus der gewerblichen Fertigung von Konsum- und Gebrauchsgütern (Handwerk, Manufakturen) sowie dem Modell der Zeitbanken. Ein zweiter Schwerpunkt liegt auf verschiedenen Organisationsformen und damit verbundenen Fragen von Eigentum und Ertragsverteilung. Auch Aspekte der Entscheidungsfindung und Spielarten partizipativer Unternehmensdemokratie werden beleuchtet. Schließlich erörtern wir zugrunde liegende Finanzierungsmodelle und das sich differenzierende Angebot gemeinwohlorientierter Finanzprodukte. Das Kapitel schließt mit einer übergeordneten Einordnung der vorgestellten Praktiken und schlägt Brücken zur Evaluierungsmethodik in Kapitel 6.

4.1 Produkte schaffen

Wie im vorliegenden Band schon wiederholt angesprochen, stellt das Konzept der Suffizienz einen zentralen Ausgangspunkt für alternative Wohlstandverständnisse und -praktiken dar. Allgemein gesprochen zielt Suffizienz darauf ab, den Verbrauch von Material, Energie und Ressourcen in unseren Wirtschaftsweisen und Lebensstilen zu verringern, um damit ökologische Obergrenzen und soziale Mindeststandards einzuhalten. Gemeinsam mit Effizienzstrategien, also neuen, sparsameren Technologien (z.B. LED-Lampen) und Konsistenz (Wechsel zu anderen Energieformen, vor allem Sonne und

Wind, geschlossene Materialkreisläufe) ist Suffizienz eines von drei zentralen Bestandteilen in jeder Nachhaltigkeitsstrategie.

Zunächst zeigen wir, inwiefern das Konzept der Suffizienz nicht nur auf der Konsum-, sondern auch auf der Produktionsseite einen wichtigen Ansatz für neue Geschäftsmodelle und alternative Wirtschaftspraktiken darstellt. Die große Mehrheit dieser Praktiken steht dabei nicht im Widerspruch zur Logik der liberalen Marktwirtschaft, wie man dies auch von einer Reihe anderer in der allgemeinen Ökonomie mittlerweile gut etablierter Konzepte (z.B. Sozialunternehmertum, ökologische Modernisierung) kennt. Der zweite Teil des Kapitels geht einen guten Schritt weiter und verbreitert diese Perspektive, indem Praktiken und Modelle zur Herstellung und dem Austausch von Gütern und Dienstleistungen vorgestellt werden, die teilweise deutlich jenseits kapitalistischer Marktlogiken liegen.

Suffizienz als Geschäftsmodell

In aller Regel wird der Suffizienzbegriff ausschließlich auf Konsumpraktiken bezogen, etwa im Kontext von Energiespartipps oder Hinweisen, das persönliche Verhalten zu ändern (z.B. Fahrgemeinschaften bilden, Raumtemperatur absenken). Während der (Energie-)Effizienzgedanke allgemein viel Zuspruch erfährt, bleibt der Begriff der Suffizienz für viele etwas suspekt; zu sehr wird das Konzept mit persönlichem Verzicht gleichgesetzt, mit Vorschriften und Eingriffen in persönliche Lebensstile. Wie in den nachfolgenden Ausführungen gezeigt, stellt Suffizienz jedoch auch auf der Produktions- bzw. Unternehmensseite einen wichtigen, bislang allerdings erst selten thematisierten Ansatz sowohl für neue Geschäftsmodelle als auch alternative Wirtschafts- und Wohlstandspraktiken dar.

Aus unternehmerischer Sicht bedeutet Suffizienz einen Bruch mit der üblichen Logik auf ein Mehr an Absatz. Bis vor Kurzem fehlten die konzeptionellen Grundlagen, die so einen Wandel der unternehmerischen Logik erklären und deuten helfen können. Einen wertvollen Beitrag, diese Lücke zu schließen, liefern Kropfeld und Reichel (2021) unter Rückgriff auf die Theorie sozialer Praxis nach Reckwitz (2002). Kerngedanke dieses »Geschäftsmodells des Genug« ist, dass Unternehmen ihre Innovationskraft und Reichweite dazu nutzen können, Produkte und Dienstleistungen zu schaffen, die den Konsumentinnen und Konsumenten dieser Produkte und Dienstleistungen dabei helfen, nachhaltiger und mit weniger Konsum bei einer höheren Lebenszufriedenheit zu leben: »Suffiziente Geschäftsmodelle haben das Potenzial, nicht nur

den ökologischen Fußabdruck ihrer Konsument:innen positiv zu beeinflussen, sondern gleichzeitig für mehr Wohlstand ohne zusätzliches wirtschaftliches Wachstum zu sorgen« (Kropfeld/Reichel 2021: 30).

Anders formuliert kommt Unternehmen also eine besondere Verantwortung beim Wandel hin zu einer nachhaltigen Ökonomie zu. Dabei können sie an unterschiedlichen Hebeln ansetzen. So bedeutet Suffizienz als Unternehmensstrategie nicht nur die Reduktion des Ressourcenverbrauchs innerhalb des Unternehmens und der Lieferketten sowie die Einführung von suffizienten Geschäftspraktiken im Unternehmen selbst. Vor allem bedeutet es, auf suffizienzorientierten Konsum hinzuwirken und damit ressourcenintensive Praktiken bei den Konsumenten zu verändern.

Die Ebenen, auf denen sich solche Suffizienzpraktiken vollziehen können, sind dabei nicht nur die absolute Reduktion des Konsums, also der komplette Verzicht, sondern auch (1) alternativer Konsum, das heißt die Wahl einer ressourcenschonenden Alternative, (2) die Langlebigkeit der Produkte (z.B. durch Möglichkeiten zur Reparatur) und (3) das Teilen von Produkten, etwa im Fall von MietserVICES oder Sharing-Angeboten. Indem sie passende Produkte und Dienstleistungen entwickeln und anbieten, können Unternehmen diese Suffizienzpraktiken maßgeblich unterstützen.

Wie von Kropfeld und Reichel (2021) plausibel dargelegt, ist die Theorie sozialer Praktiken sehr hilfreich, um entsprechende Produkte und Angebote zu identifizieren. Eine soziale Praktik lässt sich dabei unter Rückgriff auf Reckwitz (2002) und Shove, Pantzar, Watson (2012) als routiniertes Verhalten definieren, welches aus drei miteinander verbundenen Elementen besteht (siehe auch Tabelle 4.1):

- Materialien (inklusive Körper, Objekte, Werkzeuge) wie z. B. Fahrrad- und ÖPNV-freundliche Infrastrukturen für emissionsarme Mobilität oder Gemeinschaftsräume und Plattformen zum Austausch und gemeinschaftlichen Schaffen oder auch wiederverwendbare Haushaltsgegenstände wie Lunchboxen und Werkzeuge,
- Kompetenzen, das heißt Wissen, praktisches Know-how und Fähigkeiten; besonders herausgestellt werden hierbei Kreativität, ein gutes Organisations- und Planungsvermögen sowie Anpassungsfähigkeit und
- Bedeutungszuweisungen, Bilder, Emotionen und Motivationen (z. B. Umweltbewusstsein, finanzielle und gesundheitliche Aspekte).

Tabelle 4.1: Das Geschäftsmodell des Genug.

| | Wertversprechen | Wertschöpfungsprozess | Werterfassung |
|-----------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Suffizienzorientiertes Geschäftsmodell | <ul style="list-style-type: none"> – Konsumreduktion – Langlebigkeit – Modulare Erweiterbarkeit – Konsumentenbildung – Gemeinschaft | <ul style="list-style-type: none"> – Enge Beziehung mit Kunden und Lieferanten – Ausrichtung von Marketing und Verkauf auf bewussten Konsum und Aufklärung | <ul style="list-style-type: none"> – Ökonomischer Wert – Soziale und ökologische Werte durch Konsumentenbildung, faire Arbeitsbedingungen und reduzierte Umwelteinflüsse |
| | <i>Multilaterale Verhandlung des Wertversprechens neuer Praktiken</i> | <i>Reziproker Lern- und Veränderungsprozess geteilter Praktiken</i> | <i>Neue Bezahlmodelle, Gewinnsuffizienz und non-monetäre Werterfassung</i> |
| Materialien | <ul style="list-style-type: none"> – Langlebige, hochwertige Produkte – Bereitstellung der Infrastruktur und Werkzeuge | <ul style="list-style-type: none"> – Umweltfreundliche Materialien und Produktdesign – Dematerialisierung – Plattformen und Kommunikationswege | <ul style="list-style-type: none"> – Monetarisierung von Ressourceneinsparungen (Contracting) – Produkt-Service-Systeme – Pay-per-Use-Modelle |
| Kompetenzen | Vermittlung benötigten Wissens und Fähigkeiten der neuen Praktik | Konsumentenbildung durch begleitende Serviceangebote oder Teilen von »User Stories« | Gewinnsuffizienz bzw. Senkung der internen Kosten durch Weiterentwicklung der Kundenkompetenzen |
| Bedeutungszuweisungen | Soziale und ökologische Werte, Zeiterparnis, finanzielle Ersparnis, gesundheitliche Fürsorge, Zugehörigkeit zur Gemeinschaft | | <ul style="list-style-type: none"> – Ökonomische Werterfassung – Sozialkapitalproduktion – Reduktion der Umweltbelastung |

Quelle: Kropfeld/Reichelt 2021: 33, verändert.

Entlang jeder dieser drei Kategorien ergeben sich Ansatzpunkte zur Unterstützung suffizienter Verhaltensstrategien. Dabei ist mittlerweile gut belegt, dass es in der Regel nicht genügt, Konsument:innen lediglich Informationen anzubieten, denn auch bei entsprechenden Einstellungen und Werten (z.B. zum Umweltschutz) werden diese oft nicht in die Praxis umgesetzt. Vielmehr gilt es, Faktoren wie Infrastruktur und soziale Einbettung zu berücksichtigen und Konsum als Teil alltäglicher, sozial verankerter Praktiken zu sehen, für deren Weiterentwicklung oder Veränderung Unternehmen attraktive Angebote machen müssen. In den Worten von Kropfeld und Reichel (2021: 31): »Unternehmerisches suffizientes Handeln bedeutet vor allem, Produkte und Dienstleistungen anzubieten, welche die Endverbraucher dazu befähigen und ermutigen, mit weniger mehr zu tun beziehungsweise gemeinsam mit den Konsument:innen ein umweltverträgliches Genug zu definieren.«

Bei der Umsetzung in die Praxis konzentrieren sich bereits existierende Beispiele von suffizienzorientierten Geschäftsmodellen auf Entschleunigung, Entkommerzialisierung, Regionalisierung, Gemeinwohlorientierung, Gemeingüter (*commons*) oder Tertiärisierung; letzteres steht für das Ersetzen von Produkten durch Dienstleistungen. Nochmals detaillierter ausgeführt können sich suffizienzorientierte Geschäftsmodelle auf den folgenden drei Ebenen entfalten (siehe nochmals Tabelle 4.1).

- **Wertversprechen suffizienzorientierter Unternehmen:** Im Wertversprechen eines Unternehmens verspricht dieses Unternehmen, seinen Kund:innen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die zu deren täglichen Praktiken passen und diese sogar verbessern, das heißt, leichter, kostengünstiger oder angenehmer zu machen. Die Wertversprechen suffizienzorientierter Unternehmen basieren entsprechend auf einer Konsumreduktion, die durch Langlebigkeit, Reparaturfähigkeit und modulare Erweiterbarkeit der Produkte erreicht wird. Zudem dreht sich das Wertversprechen um Beziehungen zwischen Unternehmen und Konsument:innen und die suffizienzorientierten Praktiken der Kund:innen selbst, also um die Bereitstellung angemessener Materialien, Infrastrukturen oder Werkzeuge und die Vermittlung entsprechenden Wissens und/oder Fähigkeiten. Die Bedeutungszuweisung wiederum wird nicht nur vom Unternehmen selbst vorgegeben, sondern innerhalb der entsprechenden Praktiken und Kontexte von den Kundinnen und Kunden selbst mitgeformt. Dies bedeutet, dass suffizienzorientierte Wertschöpfung auch die Schaffung sozialer und ökologischer Angebote

für Konsument:innen beinhaltet, die über rein ökonomische hinausgehen – von Umweltbewusstsein über gesundheitliche Fürsorge bis hin zur Suche nach und Schaffung von Gemeinschaft.

Diese zusätzlichen Wertversprechen – ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal zwischen den Geschäftsmodellen der Suffizienz und klassischen Unternehmensmodellen – stellen für Unternehmen, die nicht nur die Bedürfnisse ihrer Kunden im Blick haben, sondern die sozialen und ökologischen Konsequenzen ihres eigenen Tuns und Nicht-Tuns, sowohl eine Chance als auch eine Herausforderung dar.

- **Wertschöpfung suffizienzorientierter Unternehmen:** Aus der Sicht der Praxistheorie wird Wert nicht von einem Unternehmen allein geschöpft, sondern entsteht grundsätzlich dadurch, dass verschiedene Akteure gemeinsam in bestimmten Praktiken aktiv werden und diese Praktiken gemeinsam verändern und verbessern. Ein zentrales Charakteristikum von suffizienzorientierten Unternehmen liegt entsprechend darin, im gesamten Wertschöpfungsprozess sicherzustellen, dass jegliche Aktivität der eigenen Unternehmung, aber auch seiner Partnerunternehmen und Kunden, zu einer Konsumreduktion sowie einem reduzierten Energieverbrauch und Müllaufkommen beiträgt.

Dies erfordert ebenso enge Beziehungen zu Lieferanten entlang der gesamten Wertschöpfungskette wie zu den Endverbraucher:innen als auch eine klare Fokussierung in Marketing und Verkaufsaktivität auf Verbraucheraufklärung und bewussten Verkauf. Diese integrative und kollaborative Sichtweise auf Wertschöpfungsprozesse führt entlang der drei oben eingeführten Kategorien zu einer ganzen Reihe von veränderten unternehmerischen Praktiken. Auf der materiellen Ebene sind dies allem voran die Verwendung umweltfreundlicher und recycelbarer Materialien, langlebige Produktdesigns und/oder die Reduktion von Verpackung. Zudem können auf einer grundsätzlicheren Ebene Möglichkeiten der Dematerialisierung geprüft werden, also etwa den Verkauf von fertigen Produkten durch entsprechende Dienstleistungsangebote zu ersetzen (z. B. Verleih von Werkzeugen). Insbesondere geht es hierbei um Lösungen (Sharing-Plattformen, Kommunikationswege, Co-Housing-Einrichtungen; siehe dazu auch die nachfolgenden Ausführungen in diesem Kapitel), die es den Nutzer:innen dieser Angebote erlauben, suffizienzbezogene, solidarische oder Praktiken (des Reparierens) auszuüben.

Auf der Kompetenz-Ebene können und müssen suffizienzorientierte Unternehmen einen Fokus auf den Themenkreis Bildung von Konsument:in-

nen legen (z.B. in den Bereichen Anpassungsfähigkeit und Kreativität oder auch zu handwerklichen Fähigkeiten bei Reparaturen). Das Anbieten von begleitenden Serviceangeboten zum Kompetenzerwerb oder das Teilen erfolgreicher Anwendungsberichte (*user stories*) sind typische Beispiele solcher Praktiken. Auch hierin kommt der ausdrücklich kollaborative Charakter der Wertschöpfungs- und Innovationsprozesse suffizienzorientierter Unternehmen zum Ausdruck.

Auf der Ebene der Bedeutungszuweisungen schließlich kann es darum gehen, gemeinsame Deutungen – im Original: »eine gemeinsame Interpretation von Konsument:innen und Unternehmen, was ›Genug‹ ist, sowohl im Sinne eines ökologischen Maximums als auch eines ökonomisch-sozialen Minimums« (Kropfeld/Reichel 2021: 32) – zu entwickeln, was wiederum Einfluss auf das Wertversprechen eines Unternehmens bzw. einer bestimmten Praktik hat. Wiederkehrende Motive sind hier neben einer hohen Ressourceneffizienz Umweltbewusstsein und der Wunsch nach Gemeinschaft.

- **Werterfassung suffizienzorientierter Unternehmen:** Während sich die Erfassung des Werts eines Unternehmens in einem traditionellen Verständnis auf klassische ökonomische Werte bezieht (allem voran steigende Absatz- oder Umsatzzahlen), regt eine Suffizienzorientierung zu neuen Bezahl- bzw. Belohnungsmodellen wie Contracting oder Pay-per-Use-Modellen an, die ein Weniger an Materialien, Ressourcen oder Energieverbrauch oder individueller Nutzung monetarisieren.

Ein alternativer Ansatz liegt im Konzept der »Gewinnsuffizienz«, demzufolge Unternehmen bewusst auf zusätzliche Gewinne durch höhere Verkaufsvolumina oder weitere Preisaufschläge verzichten und stattdessen interne Kosten senken (z.B. durch Veränderung der Materialseite der Praktiken oder die Weiterentwicklung der Kompetenzen der Kunden). Zudem muss das Verständnis des Wertbegriffs in suffizienzorientierten und nachhaltigen Unternehmen erweitert werden um auch nicht rein ökonomisch messbare Werte.

So tragen Produkte, die länger in Gebrauch sind und öfter wiederverwertet werden, zu einer ökologischen Wertschaffung bei, die sich in einer geringeren Umweltbelastung und dem Erhalt unserer Ökosysteme niederschlägt. Hierbei sind Anpassungen auf allen drei Ebenen des Praktikenbegriffs nötig: von der Anpassung und Reduktion der verwendeten Materialien über die Vermittlung des Know-how zur Pflege und korrek-

ten Entsorgung der angebotenen Produkte bis hin zur Ermutigung zu nachhaltigen Praktiken und Dematerialisierungen durch entsprechende Bedeutungszuschreibungen.

Insgesamt betrachtet machen die Ausführungen deutlich, dass Unternehmen sowohl eine besondere Verantwortung als auch ein besonderes Potenzial haben, auf eine nachhaltige Ökonomie und damit veränderte und erweiterte Wohlstandspraktiken und -verständnisse hinzuwirken. Wie im Anschluss mithilfe von mehreren Beobachtungen aus der Praxis veranschaulicht, konkret an der SoLaWi Biotop Oberland sowie dem offenen Technologielabor Otelu und an der Zeitbank Zeitpolster, liefert die Theorie sozialer Praktiken und ihr Transfer auf die Ebenen Wertversprechen, gemeinschaftliche Wertschöpfung und Werterfassung wertvolle Anschlusspunkte für die Umsetzung und Weiterentwicklung dieses Vermögens. Zudem ist es hilfreich, unseren Blick auf die Herstellung und den Austausch von Gütern und Dienstleistungen allgemein zu erweitern und dazu den Fokus auch auf Praktiken zu richten, die jenseits reiner Marktlogiken eingeordnet werden können.

Alternative Formen des Austauschs von Gütern und Dienstleistungen zwischen Selbstversorgung und Erwerbsarbeit

Der anschließende Überblick über kollaboratives Wirtschaften nähert sich dem Themenkomplex Herstellung und Austausch von Gütern und Dienstleistungen zunächst über Praktiken und Netzwerke des Tauschens und Teilens an, um daran anschließend die gemeinsame Nutzung von Infrastrukturen zu erörtern, wo in vielen Projekten der physische Raum als Kristallisations- bzw. Treffpunkt eine wichtige Rolle spielt oder ohnehin konstitutiv ist (z.B. Makerszene, Foodcoops, Gardening u.a.m.). Das zu beobachtende Revival von Varianten der Subsistenzversorgung dürfte nicht zuletzt auf den einfacheren Netzwerkaufbau infolge der Internet-Diffusion zurückzuführen sein, was vielen Bottom-up-Initiativen mit Imperativen wie »selber machen« im Rahmen der Kritik an Konsum und Umweltzerstörung neuen Schub gegeben hat. Dazu kommen gravierende Wirtschaftseinbrüche wie die Finanzkrise 2008 mit anschließender Austeritätspolitik vor allem in Südeuropa oder auch die

Corona-Pandemie, die dem Rückgriff auf Formen der Subsistenzproduktion eher unfreiwillig Auftrieb gegeben haben.¹

Peer-to-Peer-Sharing

Gegenüber Akteuren mit vorrangig kommerziellen Interessen, die ihre Kunden über Plattformen im Business-to-Business- oder Business-to-Consumer-Segment ansprechen, umfasst Peer-to-Peer-Sharing ein weites Spektrum an Austauschmöglichkeiten von privat zu privat (siehe Tabelle 4.2). Das schließt daran gekoppelte ökonomische Interessen nicht aus.

Die Soziologen Hertwig und Papsdorf (2018) lieferten auf der Basis einer Analyse von circa 800 Internetplattformen eine Typologie von Sharing-Praktiken, die entlang von zwei Dimensionen gegliedert ist (profitgetrieben vs. gemeinschaftsorientiert; professionell-erwerbsförmig vs. ausschließlich nichterwerbsförmig) und in drei einigermaßen voneinander abgrenzbare Sharing-Modelle mündet: Plattform-Ökonomie (profitorientiert-erwerbsförmig), Schenk- und Tauschwirtschaft (nichtprofitorientiert, nichterwerbsförmig) sowie eine dazwischen angesiedelte Nischenwirtschaft, die tendenziell profitorientiert-erwerbsförmig, aber zumeist als Nebeneinkommen angelegt ist (z.B. Zimmer- oder Wohnungsvermietung).

Dabei sind Zuordnungen zu einem der drei Felder nicht statisch zu verstehen, sondern verändern sich dynamisch: weil z.B. aus der Faszination für Technologien im FabLab ein Start-up entsteht, sich die Notwendigkeit zur Zimmervermietung in der Wohngemeinschaft zu einem dauerhaften Airbnb-Angebot auswächst, die über Crowdwork erworbene Reputation in der Ausbildungszeit zu einer Berufstätigkeit in der Grafikagentur führt – oder weil z.B. professionelle Handwerker:innen ihre Kompetenzen ehrenamtlich im Rahmen eines Repair Cafés einbringen und anderes mehr.

1 In Ländern wie den USA mit schwach ausgebauten Wohlfahrtsstaatssystemen wurde während der Corona-Pandemie ein Revival des Barter-Tauschs diagnostiziert. In Zeiten abrupt steigender Arbeitslosigkeit und fehlender Ersparnisse gewinnt Naturalien-tausch an Bedeutung (siehe <https://www.eater.com/21408710/how-mutual-aid-group-s-plan-to-fight-food-insecurity-post-pandemic> [17.12.2023]).

Tabelle 4.2: Austauschformen in Varianten des Teilens (»varieties of sharing«).

| | Schenk- und Tausch- wirtschaft | Nischen- und Nebenerwerbs- wirtschaft | Plattform- ökonomie |
|----------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------|
| Tätigkeiten/ Arbeitsinhalte | Verschenken, tau- schen, (unentgeltlich) verleihen, gemeinsa- me Aktivitäten | (Gegen Entgelt) verleihen, verkaufen, Dienstleistungen erbringen | (Gegen Entgelt) verleihen, verkauf- en, produzieren, Dienstleistungen erbringen |
| Monetäre Gratifikation | Zumeist nicht gege- ben/nicht beabsichtigt | Gering | Gering bis hoch |
| Rolle sozialer Normen | Hoch | Mittel bis hoch | Gering |

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf der Grundlage von Hertwig und Papsdorf (2018).

Internet und Social-Media-Plattformen sind insofern Geburtshelfer, als sie vielfältige Optionen des Austauschs und der Vernetzung erst ermöglicht haben, die davor schlicht nicht vorhanden waren. Das erfolgt in einem Spektrum von »Do-it-yourself« bis »Do-it-together« (Baier/Hansing/Müller et al. 2016; Jaeger-Erben/Rückert-John/Schäfer 2017), letzteres zumeist in kollaborativen Modellen, beginnend von offenen Werkstätten wie Makerspaces, FabLabs oder Reparaturcafés bis hin zur Selbstversorgung mit Lebensmitteln über Foodcoops (Grewe 2017).

Inwiefern dabei der praktische Nutzen (inklusive »Nutzen statt Besitzen«), Kontakt- oder Statusbedürfnisse, Altruismus oder Bedürfnisse nach Vergemeinschaftung in spezifischen Communities im Vordergrund stehen, lässt sich jeweils nur Fall für Fall ermitteln. Jenseits einer eher Lifestyle-orientierten mittelschichtzentrierten Selbstversorgung im Gemeinschaftsgarten (*community garden*) ist die anteilige Subsistenzproduktion über Varianten des Tauschens und Teilens (*varieties of sharing*) zumindest für einkommensschwache Gruppen durchaus relevant, vergleichbar der Selbstversorgung über den eigenen Obst- oder Gemüsegarten am Land (Neu/Nikolic 2015).

Das wahrgenommene *Peer-to-Peer-Revival* auch in Ländern wie Österreich oder Deutschland ist ein jüngerer Phänomen. So begann der Boom von klein-regionalen Tauschkreisen erst in den 1990er-Jahren (Höllhumer/Trukeschitz

2016); selbiges gilt zum Beispiel für die in Deutschland geläufigen »Senioren-genossenschaften«, deren Anzahl von 2004 bis 2015 von 50 auf etwa 200 gestiegen sein soll (Beyer/Görtler/Rosenkranz 2015; Rudel/Görtler/Abraham 2016). Betrachtet man nur die österreichische Szene der Mitte der 2010er-Jahre etwa 40 regionalen Tauschkreise mit insgesamt circa 10.000 registrierten Mitgliedern (Tausch vorrangig über Alternativwährungen) bzw. Zeitbanken (Tausch von Zeitguthaben), so zeigt sich, dass ein Gutteil dieser Aktivität von (jüngeren) Senior:innen bestritten wird, insbesondere in Zeitbank-Projekten (Höllhumer/Trukeschitz 2016). Eine Befragung zu den Nutzungspraktiken in Sharing-Economy-Projekten in Amsterdam zeigt diesbezüglich auf, dass ältere Menschen vergleichsweise weniger am instrumentellen Nutzen als an sozialer Einbindung interessiert sind (Böcker/Meelen 2017).

Generell sind nichtkommerzielle Peer-to-Peer-Projekte dem beständigen Risiko ausgesetzt, ökonomisch bzw. gewerblich verwertet zu werden, weil marktwirtschaftliche Akteure fortwährend an einer »Landnahme« bislang nicht kommerzialisierter Sphären arbeiten. Datenspuren, die aus originären Kontaktbedürfnissen der Internet-User anfallen, gelten ohnehin als das »neue Gold« in der digitalen Ökonomie und haben Facebook oder Google in kurzer Zeit zu globalen Konzernen gemacht. Dessen ungeachtet nimmt zugleich die Anzahl an Initiativen zu, die sich einer Transformation von »Peer-to-Peer« in »Business-to-Consumer« widersetzen bzw. über Internettechnologien überhaupt erst breiteren Kreisen zugänglich werden. Dazu zählen Open-Source-Softwareprojekte ebenso wie Tauschkreise oder neue Varianten von Nachbarschaftshilfe, die über Internetplattformen entstanden sind (wie z.B. nebenan.de).

Folgt man Forscher:innen wie z.B. Juliet Schor (Frenken/Schor 2017) müssen mithilfe des Internets entstandene Sharing-Initiativen ihre Funktionen im ökonomischen Subsystem bzw. in der Gesellschaft erst finden. Allerdings könnten sie in einigen Jahrzehnten auch in westlichen Gesellschaften von Nischenphänomenen zu relevanten Alternativen gegenüber dem dominierenden Wirtschaftsmodell heranreifen. Dessen ungeachtet wird die entstehende Sharing-Economy auch in Zukunft in einer unauflösbaren Ambivalenz zwischen marktwirtschaftlicher Verwertung mit immer neuen Geschäftsmodellen und alternativ-ökonomischen Commons-Welten stehen (Kostakis/Roos/Bauwens 2016).

Spaces als kollaborativ genutzte Infrastrukturen

In vielen Projekten, in denen Infrastruktur kollaborativ genutzt und geteilt wird, sind »Spaces« als Kristallisations- und Treffpunkte geradezu konstitutiv: ohne geeignete Flächen und Räumlichkeiten kein alternatives Kultur- oder Stadtteilzentrum und auch kein Community Garden. Vor allem offene Werkstätten oder Makerspaces sind lokale Ankerpunkte von urbanen DIY-Szenen (z.B. Lange/Hülz/Schmid et al. 2020b; Lange 2017; Menichinelli/Bianchini/Carosi et al. 2017). Ein Makerspace ist eine offene (High-)Tech-Werkstatt mit dem Ziel, vor allem Privatpersonen Produktionsverfahren für die Herstellung von eigenen Werkstücken zur Verfügung zu stellen.

Basierend auf einer technischen Herangehensweise (»die Welt reparieren«) und/oder Prinzipien wie »peer production« finden sich unterschiedlichste Modelle – mit der Gemeinsamkeit, dass gerade angesichts von Virtualisierung und Digitalisierung das Bespielen von konkreten physischen Räumen von großer Bedeutung ist und bleibt. Zumeist sind solche Projekte in eine lose zusammenhängende DIY-Szene eingebettet, die sich austauscht und insgesamt ein weites thematisches Spektrum abdeckt: neben den offenen Werkstätten z.B. handwerklich ausgerichtete Repair Cafés oder Gemeinschaftsgärten und anderes mehr.

Im Gegensatz zu den Graswurzelbewegungen der Vergangenheit (»Autarkie«) geht es in urbanen Räumen selten um die völlige Loslösung vom dominierenden Wirtschaftssystem, sondern um das Ausdehnen von Freiräumen und Nischen in einer »Komplementärökonomie« parallel zur Marktwirtschaft, wobei z.B. ausgedehnte Kontaktnetzwerke zu »professionellen« Feldern wie zur Start-up-Szene, den Coworking-Spaces oder generell zu Kunst- und Kreativwirtschaftsszenen bestehen. Entlang dieser Perspektive sind gerade in Großstädten viele Aktivitäten erkennbar, in denen neue Formen des gemeinsamen Arbeitens, Produzierens, Wohnens und Lebens erprobt werden. Wenn insofern ein Revival von (anteilig) alternativen Formen des *urban manufacturing* absehbar ist, dann dürfte dieses irgendwo auf einem Spektrum zwischen dem erwerbsorientierten Kleinbetrieb und der DIY-Produktion zwecks Selbstversorgung liegen, mit vielen Überlappungen dazwischen. Das komplexe »mikrogeografische« Geflecht an Schauplätzen des Reparierens und Selbermachens haben z.B. Michael Jonas und Kolleg:innen in einer instruktiven Studie für die Wiener Bezirke Neubau und Ottakring im Detail analysiert (Jonas 2022).

»Reallabore« von Raumpionieren, die offen für vielfältige Nutzungen sind, wird es in Zukunft vermehrt brauchen. In solchen Experimentierträu-

men werden sowohl neue Arbeits- und Wirtschaftsformen als auch damit korrespondierende Lebensstile oder Wohnmodelle erprobt, ausgehandelt und gegebenenfalls wieder verworfen (Brokow-Loga/Eckardt 2020; Buttenberg/Overmeyer/Spars 2014). Darüber hinaus fungieren solche Projekte nicht nur als Labore der technischen oder sozialen Innovation, sondern auch als Akteure der gesellschaftlichen Transformation.

Vor dem Hintergrund der Krisenhaftigkeit des Wirtschaftssystems ist eine Vielzahl von einigermaßen erprobten Alternativen gefragt, die insbesondere im Fall eines gravierenden wirtschaftlichen Einbruchs wie z.B. in Griechenland als praktikable »Plan-B-Modelle« verstärkt Anwendung finden können. Beispielsweise dürfte die häufig geforderte Arbeitszeitverkürzung zur besseren Verteilung des Beschäftigungsvolumens erst dann faktisch Akzeptanz erhalten, wenn parallel dazu eine ausreichend erprobte und insofern funktionierende Infrastruktur mit einer Vielzahl an Alternativangeboten existiert, über die man sich abseits der konventionellen Gütermärkte zumindest anteilig selbst und möglichst kostengünstig versorgen kann: von der Secondhand-Bekleidung über die Werkzeugnutzung im Makerspace bis zur Beschaffung von Nahrungsmitteln über die Mitgliedschaft in der Foodcoop und anderes mehr.

Dabei geht es nicht nur um die materielle Selbstversorgung oder die Aneignung von neuen Kompetenzen. Denn darüber hinaus liefern eigene Fallstudien Belege für die Bedeutung bzw. Wiederherstellung von sozialer Einbindung (in hochgradig individualistischen Gesellschaften). In nicht wenigen Community-Projekten ist soziale Integration keine Nebensache, sondern vielmehr der Hauptzweck, wohingegen z.B. die Transaktion selbst im Tauschkreis nur der dafür notwendige Anlass ist. Mit der häufigen Selbstbezeichnung als »Wir sind ein kleines Dorf« (Eichmann/Adam/Fraundorfer et al. 2021) wird folgerichtig umschrieben, dass die anvisierte soziale Einbindung auch in urbanen Kontexten tatsächlich gelingt.

Die beiden nachfolgenden Fallbeispiele – die Genossenschaft Biotop Oberland sowie das Offene Technologielabor Otelo – veranschaulichen pionierhafte Vorhaben aus den Bereichen Solidarische Landwirtschaft (SoLaWi) sowie offene Werkstätten.

Biotop Oberland eG – Eine Gemeinschaft für regionale, nachhaltige und fair erzeugte Lebensmittel

Ort/Region: Lenggries/Deutschland

Initiator: Sebastian Girmann

Gründungszeitpunkt: 2018

Kontakt: <https://biotop-oberland.de/> (19.12.2023)

Die **Biotop Oberland eG** ist eine gemeinschaftsgetragene Gärtnerei. Das Prinzip ist denkbar einfach: Verbraucher kaufen sich in eine Genossenschaft ein und finanzieren mit ihren Beiträgen eine gemeinschaftsgetragene Landwirtschaft. Für diese Beiträge bekommen sie keine feste Warenmenge, sondern einen bestimmten Teil der Ernte. Verbraucher und Erzeuger teilen sich somit das Anbaurisiko. Dafür ist kein Händler zwischengeschaltet, was Kosten spart und von Marktnormen unabhängig macht.

Mitglieder erhalten 50 Ernteanteile pro Jahr, also bis auf die Zeit um Weihnachten und Neujahr jede Woche eine Lieferung. Ihren Anteil können sie in einer von zehn Lieferstationen in Bad Tölz, Lenggries, Reichersbeuern, Letten und Tutzing abholen. Wer Mitglied werden möchte, darf zunächst sechs Wochen testen. Danach erwirbt man einmalig für 150 Euro einen Genossenschaftsanteil, dazu kommen monatliche Beiträge zwischen 70 und 110 Euro (Stand Dezember 2023), die sich nach der Größe des Ernteanteils richten. Außerdem gibt es die Möglichkeit einer reinen Fördermitgliedschaft. Für die Verarbeitung der Ernte steht den »Biotoplern« ein großes Wirtschaftsgebäude zur Verfügung. Dazu gehört auch ein geräumiger Lagerkeller. All dies sowie die Kosten für Gewächshäuser, Maschinen und Werkzeuge konnte die Genossenschaft selbst stemmen, das heißt nur mit der Hilfe der Einlagen der Mitglieder und Fördermitglieder, ohne Kredite oder staatliche Förderungen.

Das Prinzip der Solidarischen Landwirtschaft (SoLaWi) erlaubt ein ökologisch und sozial sinnvolles Wirtschaften. Verbraucher und Erzeuger rücken dabei wieder näher zusammen, ohne Verantwortung an Zwischenhändler abzugeben. Zudem wird die Biotop Oberland eG vom Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen als eine Erfolgsgeschichte für den Klimaschutz im Landkreis ausgewiesen. So erfolgt der Gemüseanbau im Biotop Oberland ohne Kunstdünger und Unkrautvernichtungsmittel. Auch wird großer Wert auf den Permakultur-Gedanken gelegt, das heißt, die Zusammenhänge in unserem Öko-

system sollen so gut wie möglich verstanden und für den Gemüseanbau genutzt werden, etwa durch die systematische Integration von »Nützlingselementen« wie Vogelhäusern oder Sitzmöglichkeiten für Greifvögel, um sogenannte Schädlinge in Schach zu halten.

Quellen: LRA Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen (2023), www.solawi-genossenschaften.net (19.12.2023)

Otelo – Offenes Technologielabor

Ort/Region: Otelo eGen Vorchdorf/Österreich

Initiator: Martin Hollinetz

Gründungszeitpunkt: 2008

Kontakt: www.otelo.or.at (16.02.2024)

Als offene Werkstätten ausgerichtete Einrichtungen finden sich vermehrt auch in ländlichen Regionen, was angesichts der ausgeprägteren Handwerks-tradition am Land nicht überraschen sollte. **Otelo** steht für »offenes Technologielabor«. Ein Otelo ist ein frei zugänglicher Gemeinschaftsraum mit einer offenen Werkstatt mit technischer Basisinfrastruktur, einem Workshop-Raum für Treffen aller Art sowie einem Kommunikationsbereich und einer Küche für offene Begegnungen. Initiator der Otelo-Bewegung ist der Oberösterreichler Martin Hollinetz, der als Leiter des Regionalmanagements der Region Vöcklabruck/Gmunden vor circa 15 Jahren einen Impuls setzen wollte, um zu mehr Netzwerk-Infrastrukturen für Kreative in ländlichen Regionen anzuregen.

Inzwischen agieren circa 30 Otelo-Gruppen in unterschiedlichen Gemeinden, mit Schwerpunkten in Oberösterreich und Kärnten. Otelo-Räumlichkeiten werden in der Regel von den Gemeinden kostenlos zur Verfügung gestellt, um dort experimentelle Entwicklungen vorantreiben zu können, von der Arbeit mit 3D-Druckern über Elektrotechnik-Workshops für Kinder bis hin zum Filmmachen. Die Otelo-Labore spielen vor allem für die Zukunft der Regionalentwicklung eine wichtige Rolle. Die Abwanderung junger und talentierter Menschen führt zum bekannten Phänomen »Brain-Drain« in ländlichen Gemeinden. Die geschaffenen Gemeinschaftsräume, die außerdem mit Bildung, Forschung, Wirtschaft, Politik und Medien kooperieren, können für jun-

ge Menschen ansprechend sein und sie mit einem neuen Heimatgefühl in der Region halten.

Die einzelnen Otelos sind selbstorganisiert, unabhängig und werden ehrenamtlich betreut. Für das Gesamthosting eines Otelos ist der Vereinsvorstand, also das Standortteam, verantwortlich – sowohl organisatorisch als auch atmosphärisch. Otelos sind offen für jede:n, für Arbeiten von Kochen über Fahrrad-Reparaturen und Elektronikbasteln bis hin zu 3D-Drucken oder in Virtual Reality Labs. Auch soziale Randgruppen finden hier einen Ort, an dem sie sich einbringen können.

2014 hat sich daraus zudem die Otelos eGen entwickelt (<https://www.otelos.at/> (19.3.2024)), die »erste Beschäftigungsgenossenschaft in Österreich«. Die rund zehn über diese Genossenschaft kooperierenden Personen experimentieren seit 2014 mit neuen Formen von Arbeiten und Wirtschaften und versuchen, im Kollektiv durch den Austausch von Wissen und Ressourcen ihr Auskommen in den Bereichen Regionalentwicklung, Beratung, Medienarbeit, neue Technologien und Bildung zu finden. Alle Mitglieder sind angestellt, wodurch niemand das Risiko allein trägt und man dennoch selbstständig agieren kann. Jedes Mitglied bekommt ein Fixgehalt ausgezahlt, wer mehr verdient, erhält anstelle von Geld mehr Freizeit.

Quelle und weitere Informationen: <https://otelos.at/>, <https://www.otelos.at/> (19.03.2024)

Abbildung 4.1: Otelo Vöcklabruck, untergebracht im Offenen Kulturhaus der Hatschek-Stiftung.



Quelle: Foto zur Verfügung gestellt von <https://www.oteloeigen.at> (22.04.2024).

4.2 Organisationen formen

Alternative Eigentumsformen: Selbstverwaltete Organisationen im Eigentum der Mitglieder

Selbstverwaltete Betriebe auf der Basis genossenschaftlicher Maximen sind die am weitesten verbreitete Alternative zu »gewinnmaximierenden« kapitalistischen Organisationsformen; das schließt nicht aus, dass auch Genossenschaften Gewinne/Rücklagen anstreben (müssen), um den eigenen wirtschaftlichen Bestand abzusichern.

Weltweit sollen mehr als drei Millionen Genossenschaften existieren, die gemeinsam 12 % der Weltbevölkerung als Mitglied haben und jede zehnte Person der erwerbstätigen Bevölkerung beschäftigen (International Co-operative Alliance 2021). Genossenschaften sind insofern keine alternativwirtschaftlichen Nischen, wenngleich die Verbreitung in Ländern wie Deutschland oder Österreich geringer ist als anderswo (z.B. Italien: Emilia-Romagna oder Spanien: Baskenland mit dem berühmten Beispiel Mondragón) (Arnold 2023; Elsen/Walk 2016).²

2 Das Europäische Komitee der Produktiv- und Sozialgenossenschaften berichtete im Jahr 2017 europaweit von circa 50.000 Unternehmen, die 1,3 Millionen Mitarbeiter:in-

Genossenschaften existieren in vielen Varianten: als Agrar-, Beschaffungs-, Produktions-, Vermarktungs-, Kredit-, Konsum-, Kultur-, Wohnungs-, Energie-, Regional- oder als Sozialgenossenschaften und andere mehr. Wichtig ist die Unterscheidung zwischen einerseits Produktivgenossenschaft (ein Unternehmen, dessen Mitglieder ihre Erwerbseinkommen daraus beziehen) und andererseits Förderungsgenossenschaft (die Genossenschaft unterstützt ihre Mitglieder oder Mitgliedsunternehmen dabei, unabhängig voneinander zu wirtschaften). In der Literatur werden zumeist die folgenden genossenschaftlichen Prinzipien angeführt (z. B. Arnold 2023; Exner 2022):

- Förderungsprinzip: Förderung der Mitglieder bzw. Mitgliederorientierung;
- Demokratieprinzip: eine Stimme (bei Kopfstimmrecht) pro Mitglied ungeachtet der Anteile am Unternehmen (gegenüber: Stimmrecht nach Anteil der Kapitaleinlage);
- Identitätsprinzip: Personalunion aus Mitunternehmer:in/Arbeitnehmer:in, Kreditgeber:in/Kreditnehmer:in, Bauträger:n/Mieter:in;
- Solidaritätsprinzip: moralische Anforderung zu wechselseitiger Unterstützung und vertrauensvollem Umgang (siehe dazu Empirie bei Weber/Unterrainer/Höge 2020).

In formaler Hinsicht wären Genossenschaften oder in vergleichbaren Rechtskonstruktionen agierende Unternehmen durchwegs alternativen Organisationsprinzipien zuzurechnen, liegen doch in aller Regel Merkmale wie kollektiv zu verwaltendes Eigentum, Mitglieder-Selbstverwaltung sowie demokratisch zu gestaltende Entscheidungsprozesse vor. Weil allerdings auch Konzerne wie etwa die REWE-Gruppe oder Raiffeisen als Genossenschaften entstanden und weiterhin so organisiert sind und sich deren Geschäftsgebaren kaum von dem »normaler« Unternehmen unterscheidet, wird man das Kriterium der »alternativen Eigentumsform« enger fassen müssen:

nen beschäftigten (www.cecop.coop) (20.12.2023). In den USA schätzte man 2015 circa 10,8 Millionen Arbeitende, die an Kapitalbeteiligungsprogrammen (ESOPs) in mehr als 6.600 Unternehmen teilnahmen (www.nceo.org) (12.2.2024). Zudem ist die Anzahl an Sozialunternehmen, denen auch diskursive, demokratische Ideen zugrunde liegen, in den letzten Jahren stark angestiegen. Im Jahr 2017 zählte man in Großbritannien circa 471.000 Sozialunternehmen mit circa 1,4 Millionen Beschäftigten (Unterrainer 2019).

Während der Handlungsmodus »Mitglieder für Mitglieder« das eigentliche genossenschaftliche Kernprinzip darstellt, egal ob als Rechtsform eine Genossenschaft oder eine andere gesellschaftsrechtliche Konstruktion vorliegt – vom Verein über die Stiftung bis zur Aktiengesellschaft und anderes mehr –, darf vermutlich die Selbstverwaltung von kollektivem Eigentum seitens der Mitglieder (*member based* gegenüber *investor based*) und hier insbesondere der Modus *worker-owner based* als wichtiges alternativwirtschaftliches Bestimmungsprinzip herangezogen werden.

Die Organisation von kollektivem Eigentum im genossenschaftlichen Sinn, das heißt jenseits von individuellem bzw. von öffentlichem Eigentum, läuft in aller Regel darauf hinaus, dass der Kreis der Mitglieder begrenzt ist. Die darauf basierenden Erwartungen an Solidarität bzw. Reziprozität sind ebenso wenig für eine unspezifische Allgemeinheit gedacht wie die Verteilung etwaiger Erträge aus der wirtschaftlichen Tätigkeit. Freilich ist die Sachlage in der praktischen Wirklichkeit komplexer, als es die übersichtliche Vorstellung einer heimeligen Welt von Mitgliedern für Mitglieder suggeriert: Wenn schon nicht formal, so ist faktisch von ausdifferenzierten Rollen und einer Abstufung der Involvierung von Mitgliedern auszugehen, und das nicht nur in Bezug auf unterschiedliche Mitgliedschaftsrollen für Beschäftigte vs. Freiwillige.

Die Ertragsverteilung gestaltet sich abgesehen von der ohnehin oft schwierigen Bewertung der Input-Output-Relation seitens einzelner Mitglieder kompliziert (sofern der Output nicht über die Arbeitszeit bemessen wird), dies umso mehr, wenn z.B. unterschiedliche »Währungen« im Spiel sind: etwa Einkommen (und deren Aushandlung) für Beschäftigte, Naturalien oder Wertschätzung für sonstige Mitglieder in der Organisation (siehe z.B. Pohler 2019). Zudem ist die Mitgliedschaft keine Voraussetzung für eine Tätigkeit in einer Genossenschaft, weil wie in jeder anderen Organisation z.B. auch Nicht-Miteigentümer mit Rollen bis zur Geschäftsführung betraut werden können. Generell ist zumindest in größeren Organisationen von generisch gewachsenen und zum Teil hybriden Gebilden auszugehen, mit ausdifferenzierten Organisationszwecken und dementsprechenden Aufbau- und Ablauforganisationen und/oder einer Ausgestaltung mit diversen Tochter- und/oder Muttergesellschaften und anderes mehr, was zumeist mit abgestuften Mitgliedschaftsrollen einhergeht.

Zum wirtschaftlichen Erfolg von Genossenschaften existiert einerseits eine Fülle an wissenschaftlichen sowie journalistischen Fallstudien, in denen erfolgreiche Beispiele ebenso beschrieben werden wie schwierige oder gescheiterte Konstellationen (z.B. Fröhlich 2019; Hartz 2017; Jäger 2019; Pohler

2019; Pomper 2019; Schumacher 2019; Sommer/Pankoke 2020). Ebenso wie in anderen Unternehmen hängen Erfolg und Misserfolg auch in alternativwirtschaftlichen Betrieben vom konkreten Leistungsspektrum und dessen Rahmenbedingungen sowie von der Handlungsfähigkeit der beteiligten Akteure ab. Andererseits liegen diverse Evaluierungsstudien vor, in denen Genossenschaften mit anderen Unternehmensformen verglichen werden. Genossenschaften sind spätestens ab dem letzten Viertel des 20. Jahrhunderts, dem Beginn des Neoliberalismus, nicht unbedingt Teil des Zeitgeistes gewesen. Erst in den letzten 10 bis 20 Jahren zeigt sich ein Revival, etwa im Zuge der Finanzkrise 2008, wo oft auf Genossenschaftsmodelle zurückgegriffen wurde oder werden musste, etwa in Südeuropa. Nicht zuletzt dadurch wurden die Hoffnungen in die Leistungspotenziale von Genossenschaften erneuert, etwa in Bezug auf eine sozialökologische Transformation und Bottom-up-Selbstorganisation (Arnold 2023).

Vor diesem Hintergrund sind diverse Studien bemüht, das Vorurteil der geringeren Überlebensfähigkeit gegenüber »Mainstream-Unternehmen« zu widerlegen, das zudem vor allem auf kleine Betriebe in alternativwirtschaftlichen Szenen abzielt – und zumindest insoweit stimmt, als Kleinbetriebe generell schwierigeren Zugang zu Kapital erhalten als größere (z.B. Kubon-Gilke 2022). Vergleicht man dagegen größere Unternehmen, so ergeben Studien wie jene von Pérotin (2018), dass Verdachtsmomente, die auf Nachteile der Rechtsform Genossenschaft verweisen (schwierigerer Kapitalzugang, weniger Rücklagen, geringere Arbeitsproduktivität) empirisch wenig stichhaltig sind.

Demgegenüber wird die Überlebensrate von selbstverwalteten Produktivgenossenschaften (*worker co-operatives*) im Allgemeinen als mindestens so hoch wie in konventionellen Unternehmen eingestuft. Exner (2022) führt zusätzliche Vorteile von solidarökonomischen Betrieben wie Genossenschaften ins Feld: Weniger ausgeprägte Gewinnziele und auch deshalb geringere Einkommensunterschiede zwischen den Mitgliedern im Unternehmen erleichterten die Kooperationsbereitschaft und kreative Problemlösungen.

Weiters sei das Potenzial der Aushandlung von Maßnahmen in Krisensituationen nicht zu verachten: Wenn Mitarbeiter:innen zugleich Miteigentümer:innen sind, können Lösungen eher zeitnah und auf Augenhöhe ausgehandelt werden, etwa temporäre Einkommenseinbußen zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Außerdem: Organisationen, die ihre wirtschaftliche Entwicklung nicht nur an Gewinn- oder Wachstumszielen ausrichten, sind eher in der Lage, gesellschaftliche bzw. sozialökologische Transformationsprozesse

auch dann voranzutreiben, wenn Investitionen nur eine geringe oder keine Rendite abwerfen (Exner 2022: 98f.).

Alternative Entscheidungsformen

Mit Verweis auf alternatives Wirtschaften sowie mit Rechtsformen wie Genossenschaften und anderen sind höhere Erwartungen an demokratische Entscheidungsprozesse verbunden (die zum Teil weit über die in Deutschland und Österreich verbreitete Mitbestimmung mittels Betriebsräten hinausgehen): nichthierarchische bzw. egalitäre Praktiken der individuellen und kollektiven Partizipation auf unterschiedlichen betrieblichen Ebenen bis hin zur Basisdemokratie.

Überblicksarbeiten wie jene von Weber, Unterrainer, Höge (2020) zur Qualität der Beteiligung von Mitarbeiter:innen an Entscheidungen in Organisationen mit genossenschaftlichen Prinzipien liefern durchaus dahingehende Belege. Zugleich wird darauf hingewiesen, dass nicht von einem Automatismus auszugehen ist, sondern eine Vielzahl an Einflussfaktoren eine Rolle spielt, nicht zuletzt die Betriebsgröße. Internationale Befunde, wie Organisationen mit demokratischen Ansprüchen im jeweiligen Betriebsalltag wirklich umgehen, verweisen auf eine Bandbreite zwischen einerseits »eiserner Oligarchie«, wonach im Binnenverhältnis die relevanten Entscheidungen weiterhin (bzw. aus nachvollziehbaren Gründen) bei wenigen Entscheidungsträgern kumulieren; bis hin zu Konstellationen, in denen das aufwendige Austarieren von Entscheidungsmaterien zwecks Einlösen demokratisch-partizipativer Zielsetzungen tatsächlich langfristig praktiziert wird und wovon das abhängt (siehe z.B. Arnold 2023).

Vor allem junge oder kleinere Organisationen, die aufgrund von selbstgesetzten Maximen gefordert sind, Spielregeln einer möglichst egalitären Entscheidungsfindung im betrieblichen Alltag faktisch zu leben oder damit experimentieren, stoßen nicht selten auf Stolpersteine bzw. auf Grenzen von Demokratie im Betrieb. Zu nennen sind einerseits Ziele der Effizienz/Effektivität, die gefährdet sind, wenn zu viele personale Ressourcen für zu viele (unwichtige) Mit-Entscheidungen (ohne Arbeitsteilung, Delegation etc.) gebunden werden, andererseits die Risiken der Nebenfolgen von demokratischen Spielregeln, wenn diese 1:1 ungefiltert aus dem politischen Kontext in Organisationen übertragen werden (sollen).

Wenn beispielsweise entlang von unterkomplexen basisdemokratischen Vorstellungen ein »agonales Mehrheitsprinzip« gutgeheißen bzw. auch prak-

tiziert wird, kann die Anzahl der ›Verletzten‹ und miteinander in Konflikt geratenen Mitglieder steigen und mitsamt daraus erwachsener und zudem gruppendynamisch aufgeladener antagonistischer Lager rasch zum (auch wirtschaftlich existenziellen) Organisationsrisiko eskalieren, insbesondere nach Phasen mit ›Honeymoon‹ in der Anfangszeit: Etwa deshalb, weil schon bei kleinen, relativ unwichtigen Entscheidungen unnötig Sieger und Verlierer generiert werden, was die Aufrechterhaltung von Zusammenhalt erschwert.³

Das Nicht-Erreichen der Schwelle von wirtschaftlicher Professionalität (weil diesseits von Maximierungszielen) findet nicht selten in Konstellationen statt, in denen hohe Ambitionen, begrenzte Ressourcen und schwierige externe Rahmenbedingungen in Einklang zu bringen sind. Das ist aber eine durchaus typische Ausgangssituation entlang des Imperativs »anders arbeiten«. Dargestellt am Beispiel einer solidarischen Landwirtschaft (siehe auch Beispiel Biotop Oberland) und dem Statement eines Mitwirkenden: In einer circa fünf Jahre vor dem Interview gegründeten, (noch) eher experimentell ausgerichteten SoLaWi im Großraum Wien begnügen sich die Akteure nicht mit dem Bio-Anbau typischerweise nachgefragter Gemüsesorten, sondern verarbeiten darüber hinaus die Feldfrüchte mit viel Arbeitsaufwand (beispielsweise Obst zu Soßen, Saft, Marmeladen), was die ökonomische Nachhaltigkeit des Projekts unter Druck bringt.

Ein Rationalisierungsschub, der den etablierten SoLaWi-Betrieben in verschiedenen Studien durchaus attestiert wird (siehe z.B. Gruber 2020), steht hier noch aus: »Das Projekt ist so gesehen nicht sehr resilient. Es gibt sehr viele Möglichkeiten, wie es quasi von heute auf morgen vorbei sein könnte. [...] Ich würd' schon sagen, dass zum Beispiel so nichthierarchische Strukturen zu einem gewissen Grad ineffizienter sind als hierarchische. [...] Will man da Effizienzeinbußen akzeptieren, dafür, dass man halt nicht so hierarchisch lebt? Und selbstbestimmter, demokratischer leben und arbeiten kann? Die Effizienz muss nicht immer die Maxime sein. Gleichzeitig heißt das dann aber auch, dass man, wenn man ineffizienter arbeitet, da mit dem System um einen herum nicht mithalten kann« (Eichmann/Nowak/Posch 2022: 74)

Organisationsprinzipien wie »Soziokratie«, »Holokratie« oder »Kreisorganisation«, die mittlerweile in vielen Organisationskontexten sowie z.B. in alternativen Wohnprojekten geläufig sind, bieten Lösungsansätze für Risiken unterkomplexer Vorstellungen von Mitbestimmung und Demokratie –

3 Beispiele finden sich in »Contraste – Zeitschrift für Selbstorganisation«, Ausgabe 471, Dezember 2023: 10.

in Form der stärkeren Formalisierung von Aufbau- und Ablaufprozessen.⁴ Einerseits soll Mitsprache gleichsam »kleinteiliger« und enger an Rollen und Kompetenzen gebunden werden, wodurch eine gleichmäßigere Verteilung von Beteiligung entstehen und Hierarchie abgebaut werden kann. Andererseits geht es um die Einhegung der Nachteile von Mehrheitsentscheidungen, indem vor allem das »Konsentprinzip« umgesetzt wird, womit gemeint ist, dass eine Entscheidung darauf basieren soll, dass kein schwerwiegender Einwand gegen diesen Vorschlag erfolgt. Weitere Prinzipien sind unter anderen das »Kreisorganisationsprinzip«, das heißt, Kreise bilden die Orte der Entscheidungsfindung, in denen alle Mitglieder qua polyzentrischer Governance partizipieren. Über »doppelte Kopplung« werden Kreise miteinander verknüpft, indem Leiter:innen und Delegierte:r eines Kreises in anderen Kreisen teilnehmen (siehe z.B. Strauch 2022).

Inzwischen liegen Evaluierungen vor, die Organisationen mit soziokratischen Prinzipien eine grundsätzliche Eignung hinsichtlich der Steigerung von Partizipationsgraden und Konfliktkompetenz attestieren (z.B. Gerlach 2022; Kalff 2023; Meyer/Maier/Schneider 2021; Vletter 2023). Dabei kann gelten, dass Modelle der Kreisorganisation in der Praxis so gut wie immer an die spezifischen Gegebenheiten anzupassen sind (Meyer/Maier/Schneider 2021). Dessen ungeachtet sind Kritikpunkte nicht ausgeblieben: Der Organisationssoziologe Stefan Kühl (Kühl/Sua-Ngam-Iam 2023) sieht in Modellen der Kreisorganisation Risiken einer Über-Formalisierung von Ablaufprozessen. Der übertriebene Formalisierungsgrad könne letztendlich nicht eingehalten werden und verlagere insofern Machtkonflikte erst recht wieder auf informelle Ebenen.

Organisationsberater wie Ulrich Krainz (2023) wiederum warnen vor den Hoffnungen auf das technokratische Funktionieren einer bestimmten Methode. Soziokratie als Ansatz der rationaleren Konfliktregulation unterliege grundsätzlich Grenzen, weil (anspruchsvolle) Mitbestimmung nur so gut sein könne wie die Qualität der Diskurs- und Kompromisskompetenz der involvierten Beteiligten. In diesem Sinne resümiert in einer empirischen Untersuchung in vergleichsweise egalitär ausgerichteten Organisationen

4 Soziokratie bedeutet »Herrschaft der Gemeinschaft« (Strauch 2022: 16). Die »Soziokratische Kreisorganisationsmethode« (SKM) wurde in den 1970er-Jahren vom Holländer Gerard Endenburg entwickelt. Holokratie baut mit kleinen Abweichungen auf Soziokratie auf, betont jedoch stärker organisationale Rollen sowie funktionale Arbeitsteilung in Kreisen. »Holokratie« ist eine geschützte Wortmarke, während der Begriff »Soziokratie« frei nutzbar ist (siehe Kalff 2023: 289).

ein Mitarbeiter in einem Architekturbüro, das schon seit längerer Zeit mit Varianten der erweiterten Beteiligung experimentiert und damit ambivalente Erfahrungen gemacht hat: »Ja, natürlich gibt es gewisse Hierarchien. Darum meine ich auch, man kann nicht sagen: ›So, wir sind jetzt ein demokratisches Unternehmen. Das funktioniert nicht, das muss sich einleben« (Eichmann/Nowak/Posch 2022: 25).

Die beiden nachstehenden Beispiele illustrieren die Besonderheiten alternativer Organisationsformen – einmal hinsichtlich der Arbeitsbedingungen für Freischaffende (Smart) sowie hinsichtlich der aktiven Beteiligung von Mitgliedern an einem Mitmach-Supermarkt (MILA).

Smart – Soziale Absicherung für Freischaffende durch Anstellung in einer Genossenschaft

Ort/Region: Belgien und sieben weitere EU-Länder (darunter Österreich und Deutschland)

Gründungszeitpunkt: 1998 (Belgien), seit 2012 Österreich, seit 2016 Deutschland

Kontakt: www.smart.coop (international), <https://smartat.coop/> (Österreich), <https://smart-eg.de/> (Deutschland) (19.3.2024)

Die in acht europäischen Ländern aktive Genossenschaft **Smart** setzt sich auf innovative Weise für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen vor allem von Künstler:innen und selbstständigen Kreativen ein. Sie bietet die Möglichkeit, als Mitglied der Genossenschaft (temporär) angestellt zu arbeiten, indem eigene Projektaufträge darüber abgewickelt werden (Kosten: einstelliger Anteil des Auftragswerts). Smart ermöglicht Anstellungen insbesondere für Personen, die mit komplexen, kurzfristigen und wechselnden Aufträgen zu tun haben.

Ferner übernimmt Smart den Großteil des administrativen Aufwands. Damit wird Einbindung in die sozialen Sicherungssysteme, das Abfedern von Risiken und längerfristige Planungssicherheit ermöglicht (z.B. durch Übernahme von Zahlungsgarantien und Ausfallhaftungen). Insgesamt haben bereits circa 100.000 Freelancer – Künstler:innen, Kreative und Selbstständige – im Modell Smart gearbeitet, die mit Abstand meisten davon in Belgien (2021: ca. 19.000 Personen) und Frankreich. (Zum Vergleich: In Österreich waren 2020 ungefähr 100 Personen über Smart beschäftigt/abgesichert.)

Smart – société mutuelle pour les artistes – wurde 1998 in Brüssel gegründet mit dem Konzept, Anstellungsverhältnisse im Sektor der freien Künste zu ermöglichen, der geprägt ist von kurzfristig wechselnden, oft projektbezogenen Beschäftigungsverhältnissen, die zumeist auf Werkvertragsbasis abgehandelt werden. Ziel war und ist, selbstständige Tätigkeiten von Künstler:innen, Kreativen und anderen Personengruppen in Belgien mit sozialer Sicherheit zu verbinden – primär durch Anstellungen, aber auch durch Ressourcen (z.B. günstige Ateliers) und finanziellen Support (Leasingoptionen, Mikrokredite).

Smart Belgien baute verschiedene Strukturen auf, die teils gemeinnützig (Ateliermieten, Stipendien, Kunstsammlung, gemeinnützige Arbeitsstiftung), teils aus juristischen Gründen unternehmerisch geführt werden (Leasing von technischen Geräten, Mikrokredite). Über die Jahre hat Smart Belgien ein wachsendes Angebot an Services entwickelt: Aktivitäts-Management, juristische Beratung, Garantie-Fond – Übernahme von Haftungen, Versicherungspakete, Leasing von Arbeitsgeräten, Mikrokredite, Vermietung von kostengünstigen Ateliers, Publikation und Recherche. Ein Grund für den großen Erfolg des Projekts Smart ist auf ein in Belgien eingeführtes Gesetz aus 2003 zurückzuführen, das den Status von Künstler:innen betrifft.

Diese Regelung sieht für Kunstschaffende vor, dass nicht nur Arbeitnehmer:innen sozialversichert sein müssen, sondern auch Personen ohne Anstellungsvertrag, die gegen Entgelt für einen Auftraggeber künstlerische Dienstleistungen oder Werke erbringen – sprich: als »Freie« von einer Institution wie einem Theater etc. engagiert werden. Smart Belgien unterstützt strukturell den Aufbau von unabhängig agierenden Smart-Büros in Frankreich, Deutschland, Österreich, Spanien, Italien und Schweden. Auf EU-Ebene setzt sich das Smart-Netzwerk für eine bessere soziale Inklusion sogenannter atypischer Arbeitsverhältnisse ein.

Weitere Informationen zur Geschichte von Smart siehe <https://smartbe.be/fr/a-propos/historique/> (19.03.2024).

Mitmach-Supermarkt MILA Wien

Ort/Region: Wien/Österreich

Gründungszeitpunkt: 2020

Mitwirkende: Anfang 2024 ca. 500 Mitglieder

Kontakt: <https://www.mila.wien/de/> (19.3.2024)

Ökologisch nachhaltig und sozial gerecht einkaufen? Das ist jedenfalls der Anspruch des MILA Mitmach-Supermarkts in Wien. Der **MILA** Mitmach-Supermarkt wurde Anfang 2020 als Verein gestartet und wird seit Februar 2023 als Genossenschaft geführt. Als Pilotprojekt gibt es bereits einen MILA Minimarkt in Ottakring in Wien. Doch nicht jede:r kann einfach so einkaufen. Denn nur wer Mitglied ist, kommt in den Genuss regionaler, nachhaltig hergestellter Produkte. Eine Mitgliedschaft zeichnet sich durch drei Rollen aus: Erstens werden alle Mitglieder durch den Kauf von Genossenschaftsanteilen (ab 20 bzw. 180 Euro möglich) Mitbesitzer:innen von MILA. Sie haben dadurch ein Mitspracherecht bei der Mitgliederversammlung oder auch bei ganz praktischen Dingen wie etwa bei der Auswahl des Sortiments. Zweitens sind sie Kund:innen und kaufen die Produkte, die sie selbst mit ausgesucht haben. Zudem haben sie Einblick in die Preisbildung. Bei allen Produkten werden circa 30 % auf den Einkaufspreis aufgeschlagen, was diese teilweise günstiger macht als bei großen Supermarktketten. Drittens sind die Mitglieder auch Mitarbeiter:innen. Das heißt, sie müssen mindestens einmal alle vier Wochen im Supermarkt mithelfen (z.B. an der Kasse oder beim Regale einräumen), damit der Supermarkt am Laufen bleibt und die Mitglieder eine Bindung aufbauen können.

Mit dem MILA Mitmach-Supermarkt verfolgen Mitbegründer David Jelinek und seine Kolleg:innen einen alternativen, ganzheitlichen Ansatz der Lebensmittelbeschaffung. Die Verbindung der drei Rollen Eigentümer:in, Einkäufer:in und Mitarbeiter:in macht den Supermarkt zu einem demokratischen und partizipativen Ort, der Gemeinschaft und Zusammenhalt fördert. Zudem werden auch Lieferketten mitbedacht, die möglichst regional, ökologisch nachhaltig und fair organisiert werden.

Vorbilder für die MILA-Begründer:innen sind genossenschaftliche Supermärkte wie das Park Slope Foodcoop in New York und das La Louve in Paris, die im Laufe der Jahre Tausende an Mitgliedern gewinnen konnten und stabi-

le Einrichtungen alternativer Lebensmittelbeschaffung verkörpern. In Österreich ist ein solches Konzept noch nicht so bekannt und erhält wenig politische Unterstützung, sodass David Jelinek und sein Team viel kommunizieren müssen, um ihre Herangehensweisen und Visionen zu erklären; für Deutschland gilt ähnliches. Auch wenn sie bislang keine Konkurrenz für die »Big Player« der Lebensmittelindustrie darstellen, kann MILA im Kleinen bereits zeigen, wie ein alternativer Lebensmittelhandel funktionieren kann, der ökologisch nachhaltig und sozial gerecht nicht als Gegensatz versteht.

Quelle und weitere Informationen: Mitmach-Supermarkt MILA (JKU Linz 2023)

Abbildung 4.2: Mitmach-Supermarkt MILA in Wien.



Quelle: <https://www.mila.wien/> (23.04.2024).

4.3 Finanzierung arrangieren

Entkopplung von konventionellen Finanzierungen

Die wachstumskritische Literatur sowie die Forschungen zu alternativen Wohlstandskonzepten problematisieren zunehmend die Rolle der Finanzwirtschaft (Safri/Madra 2020; Dörry/Schulz 2018). Dies geschieht vor allem aus zwei Blickwinkeln. Zum einen hinsichtlich der wachstumstreibenden Rolle, die große Teile der Finanzbranche spielen. Hierzu zählen systemische Mechanismen des vorherrschenden Wirtschaftssystems (insbesondere Kreditvergabepraktiken, Zinslogik) ebenso wie fehlleitende Subventionen (etwa einer auf Größeneffekte setzenden Landwirtschaftspolitik) und Steueranreize, die risikoreiche, kreditfinanzierte Investitionen begünstigen. Hinzu kommt das von der Realwirtschaft weitgehend abgekoppelte Segment der Finanzwirtschaft, dessen Geschäftsmodelle spekulativ geprägt sind und Profitmaximierung auf der Grundlage von Arbitrage-Strategien praktizieren (s. Zademach 2014).

Zum anderen wird thematisiert, inwieweit nachhaltigkeitsorientierte Finanzprodukte und Investitionsstrategien realwirtschaftlichen Wandel befördern können, etwa im Bereich der erneuerbaren Energiewirtschaft oder der Finanzierung kleiner und mittelgroßer Unternehmen (KMU) (z.B. Flögel/Schepelmann/Zademach et al. 2023; Zademach/Dichtl 2016; Klagge 2021). Weiter gehen jene Arbeiten, die sich mit alternativen Praktiken und Organisationsformen innerhalb der Finanzbranche selbst auseinandersetzen. Diese basieren auf der Prämisse, dass der privatwirtschaftliche Finanzsektor nicht als eigenständiger Wirtschaftszweig im herkömmlichen Sinne gelten sollte, in dem das Wachstum der Unternehmen zum Selbstzweck wird.

Vielmehr wird der primäre Zweck der Finanzbranche als ermöglichend und unterstützend gesehen – sowohl für Privathaushalte (z.B. Spareinlagen, Immobilienfinanzierung und sonstige Verbraucherkredite) als auch Unternehmen (z.B. Finanzierung von Investitionsvorhaben) und öffentliche Vorhabenträger (z.B. Infrastrukturmaßnahmen). Diesem Ansatz liegt eine erkennbare Gemeinwohlorientierung zugrunde. Safri und Madra (2020) gehen noch weiter und definieren die Finanzwirtschaft selbst als Gemeingut »finance as a commons«, das heißt, finanzwirtschaftliche Transaktionen sollten als »ethisches Werkzeug« ausschließlich der Ermöglichung gemeinwohlorientierter Vorhaben dienen und keinerlei gewinnsteigernde oder spekulativen

Ziele verfolgen. Dementsprechend transparent und demokratisch müssten zugrunde liegende Entscheidungsprozesse sein.

Die Bandbreite von alternativen Finanzpraktiken reicht von etablierten Organisationsformen wie genossenschaftlich getragenen Bürger:innen- oder Sozialbanken über gemeinwohlorientierte Anlagemöglichkeiten (z.B. Regionalwert AGs) oder auf lokale Wirtschaftsimpulse ausgerichtete Regionalwährungen bis hin zu direkten Beteiligungsmöglichkeiten (z.B. in der Solidarischen Landwirtschaft). Letztere stellen häufig Hybride aus monetären und nichtmonetären Formaten dar, das heißt neben der finanziellen kann auch eine praktische Beteiligung (Einbringung eigener Arbeitskraft) erfolgen. Dies gilt auch für verschiedene Formen von Tauschsystemen wie etwa für Zeitbanken (siehe Beispiel am Ende dieses Kapitels).

Alternative Finanzpraktiken

Aus dem vorgenannten breiten Spektrum von kapitalismuskritischen Finanzpraktiken sollen im Weiteren drei Bereiche vertieft werden, die wir im Zusammenhang mit alternativen Wohlstandsmodellen für besonders relevant bzw. perspektivisch vielversprechend halten: die Funktion von Sozialbanken und vergleichbaren Institutionen, das Konzept der Regionalwert AGs und anderer solidarischer Beteiligungsmöglichkeiten sowie die Rolle von Crowdfunding und von philanthropischen Unterstützungsformaten. Dagegen werden wir das transformative Potenzial von Regionalwährungen bzw. Komplementärwährungen hier nicht weiter vertiefen. Es ist an anderer Stelle ausführlich beschrieben, inklusive seiner Grenzen (North 2007; Lietaer/Dunne 2013; Degen 2016; Dörry/Schulz 2020).

- **Sozialbanken:** Unter dem Oberbegriff der Sozialbanken lassen sich jene Banken zusammenfassen, die auf einem Solidaritätsprinzip beruhen sowie ethische und Gemeinwohlaspekte als oberstes Unternehmensziel haben. Hinzu kommt das Bemühen um größtmögliche Transparenz sowie um partizipative Wege der Entscheidungsfindung (Benedikter 2011; Remer 2014). Wenngleich diese Prinzipien auch auf das traditionelle genossenschaftliche Bankenwesen (z.B. Volks- und Raiffeisenbanken) sowie auf viele Spar- und Darlehenskassen zutreffen mögen, heben sich die Sozialbanken aus zwei Gründen von diesen ab. Zum einen ist zu beobachten, dass sich viele der etablierten genossenschaftlichen Banken oder kommunalen Sparkassen in Europa sich den

Geschäftspraktiken und Investitionsstrategien kommerzieller Banken angenähert haben. Sozialbanken sind dagegen als expliziter Versuch zu verstehen, Bankprodukte und Finanzdienstleistungen abseits der Verwertungslogiken der etablierten Finanzwirtschaft anzubieten (Remer 2014). Zum zweiten haben Sozialbanken den Anspruch, gesellschaftliche und/oder ökologische Transformationsprozesse zu unterstützen. Während die traditionellen Vorgänger von ihren Gründer:innen oft als Instrumente der Selbsthilfe initiiert wurden (z.B. Arbeitersparvereine), sind Sozialbanken weniger auf individuelle Risikoabsicherung ausgerichtet als auf die gezielte Förderung transformativer Wirtschafts- und Lebensweisen, etwa durch die Investition in gemeinwohlorientierte Unternehmen oder die Förderung alternativer Wohnprojekte (Giagnocavo/Gerez/Sforzi 2012).

Zu den bekannteren Beispielen für Sozialbanken – die häufig auch als ethische Banken oder Bürger:innenbanken bezeichnet werden – zählen etwa die niederländische Triodos-Bank, die GLS-Bank in Deutschland, La Nef in Frankreich, Ekobanken in Schweden, die Freie Gemeinschaftsbank in der Schweiz oder die österreichische Genossenschaft für Gemeinwohl. Ihnen ist gemein, dass sie sowohl ihre ethischen und ökologischen Werte und Unternehmensziele nachdrücklich verfolgen, als auch ihre Geschäftspraktiken transparent offenlegen. Die genannten Banken werben – neben ihren ökologischen und sozialen Zielen – vor allem mit der Möglichkeit, Kontrolle über die Wirkung des eigenen Geldes zu erlangen. So haben etwa Kund:innen der GLS-Bank detailliert Einblick sowohl in die Kreditvergabepaxis der Bank als auch in die Aufschlüsselung der Eigenkapitalanlagen. La Nef bietet zusätzlich den Erwerb von Genossenschaftsanteilen und damit eines Stimmrechts an.

Zivilgesellschaftliche Organisationen fordern zunehmend ein, dass sich auch öffentliche Banken derart dezidierten Werten und sozialökologischen Zielen verschreiben müssten. Infolge der Rettung des belgischen Zweigs der bankrotten Dexia-Bank im Jahr 2012 entstand die nunmehr öffentliche Belfius-Bank, in die der belgische Staat 4 Milliarden Euro Steuergelder investiert hat. Die Initiative »Belfius est à nous!« (Belfius gehört uns!) fordert seitdem, dass konsequenterweise auch alle belgischen Steuerzahler:innen Einfluss auf die Ausrichtung der Unternehmenspolitik haben sollten (<https://www.financite.be/fr/article/belfius-est-nous> (11.10.2023)).

Exkurs: Öffentliche Entwicklungsbanken

Die Debatte um Belfius weist gewisse Parallelen zu der Auseinandersetzung mit der Rolle staatlicher Entwicklungsbanken auf. Als Entwicklungsbanken – oder in der EU-Terminologie auch *Development Financial Institutions* (DFIs) oder auch *Promotional Banks* – gelten Banken, deren alleinige oder mehrheitliche Anteilseigner Nationalstaaten, subnationale Gebietskörperschaften (z. B. Bundesländer, Gemeinden) oder multilaterale Staatenbünde wie die EU sind (Deutsche Bank Research 2015). Wenngleich diese Banken in den meisten Demokratien in ihrer Geschäftspolitik autonom agieren, erfüllen sie in der Regel zugleich einen gesellschaftlichen Auftrag und können zur Umsetzung politischer Strategien beitragen, weshalb ihnen ein hohes transformatives Potenzial zugeschrieben wird (Marois 2021). Im europäischen Kontext etwa spielt die Europäische Investitionsbank (EIB) eine zentrale Rolle in der Umsetzung des Green Deal der EU und seiner Dekarbonisierungsziele, programmatisch gefasst in der *Climate Bank Roadmap 2021–2025* (EIB 2020).

Auf nationaler Ebene ist die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hinsichtlich ihrer Bilanzsumme die wichtigste öffentliche Entwicklungsbank in Europa. 80 % ihrer Anteile hält die Bundesrepublik, 20 % die föderalen Bundesländer. Die KfW gilt als wesentlicher Faktor in der Umsetzung der deutschen Energiewende (Naqvi/Henow/Chang 2018; Marois 2017) – dies nicht zuletzt durch die Lenkungswirkung der von ihr gesetzten Energiestandards für Wohnimmobilien und die daran gekoppelte Vergabe von Krediten an Hauseigentümer (indirekt über deren Hausbanken). Die französische *Banque Publique d'Investissement* (bpifrance) hat dagegen einen engeren Fokus auf der Förderung von Unternehmen. Sie ist beteiligt an der Umsetzung des *Plan d'investissement France 2030*, der eine Dekarbonisierung und ökologische Transformation der Wirtschaft anstrebt (bpifrance 2023).

Daneben spielen regionale Entwicklungsbanken sowohl in föderalen wie auch zentralistisch organisierten Staatsformen eine wichtige komplementäre Rolle. In Nordfrankreich ist beispielsweise die *Banque des Territoires Hauts-de-France* ein zentraler Akteur in der Umsetzung der regionalen Strategie zur Etablierung einer zirkulären Wirtschaft (*Circular Economy*), hier als *Third Industrial Revolution/Troisième Révolution Industrielle* (rev3) bezeichnet, ausgehend von der initialen Beratung durch Jeremy Rifkin. Auf der Ebene der deutschen Bundesländer trägt zum Beispiel die Sächsische Aufbaubank (SAB) nach Ein-

stellung der Braunkohleförderung wesentlich zum regionalen Strukturwandel hin zu einem erneuerbaren Energiemix bei. Für weitere Details zur Rolle öffentlicher Entwicklungsbanken siehe Dörry und Schulz (2024).

Neben Banken mit einem explizit sozialökologischen Anspruch sowie öffentlichen Entwicklungsbanken mit ihrem hohen transformativen Potenzial existieren andere Formate der Kofinanzierung von gemeinwohlorientierter wirtschaftlicher Aktivität. Als Beispiel, das in zahlreichen Regionen eine gewisse Wirkmächtigkeit erreicht hat, gelten die Regionalwert AGs.

- **Regionalwert AGs:** Ausgehend von der ersten Regionalwert AG, die 2006 in der Region Freiburg gegründet wurde, folgten zahlreiche vergleichbare Initiativen in anderen Teilen Deutschlands, aber auch in Niederösterreich/Wien sowie in Luxemburg (in Gründung). Die Idee dieser »Bürgeraktiengesellschaften« ist es, Kapital von privaten Anleger:innen einzusammeln, um damit regionale Betriebe und Initiativen zu fördern. Die Beteiligungen der bzw. Darlehen an die geförderten Betriebe schließen Finanzierungslücken oder machen ergänzende Bankenfinanzierungen erst möglich. Am Beispiel der Regionalwert AG Rheinland sollen die Funktionsprinzipien und ihre Aktivität erläutert werden.

Abbildung 4.3: Beteiligungsprinzip der Regionalwert AGs.

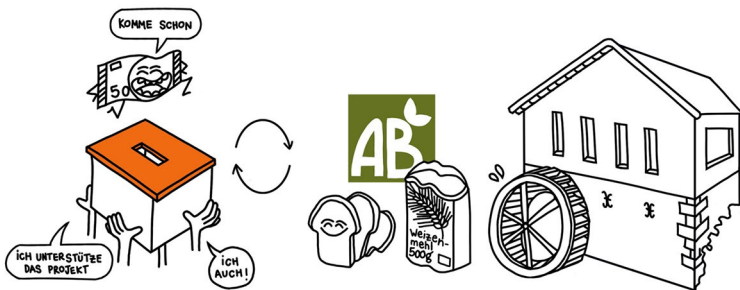


Illustration: Emma Tchung-Ming 2023 in Affolderbach/Schulz (2024: 347)

Regionalwert AG Rheinland

Ort/Region: Köln/Deutschland

Gründungszeitpunkt: 2016

Kontakt: info@regionalwert-rheinland.de (22.4.2024)

Mitwirkende: über 1.000 Aktionär:innen, vertreten durch einen Aufsichtsrat mit sieben ehrenamtlichen Mitgliedern, eine Geschäftsstelle mit einem angestellten Vorstand sowie das Partner-Netzwerk der geförderten Betriebe.

Ausgangspunkt: Die **Regionalwert AG Rheinland** hat sich der Agrarwende verschrieben und fördert biologisch wirtschaftende Betriebe in der Region. Dabei geht es nicht nur um landwirtschaftliche Betriebe, sondern um die gesamte Wertschöpfungskette inklusive der Verarbeitung und des Vertriebs der erzeugten Nahrungsmittel. Zu den Projekten zählen Anschubfinanzierungen für die Umstellung oder die Nachfolge von Bio-Höfen ebenso wie Anstalten zur Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte (z.B. Bio-Käseereien), die Anschaffung von Gerätschaften und Anlagen (z.B. eine mobile Metzgerei für die Hofschlachtung) oder der Aufbau von Vertriebsstrukturen zur Direktvermarktung (z.B. ein Marktstand, der Produkte der Partner vertreibt, oder ein innerstädtischer Hofladen).

Lösungsansätze: Bis Ende 2023 konnten von über 1.000 Aktionär:innen 3,45 Millionen Euro Grundkapital gesammelt werden. Die Regionalwert AG Rheinland ist über ihre Beteiligungsgesellschaft bisher 18 Beteiligungen eingegangen. Die AG ist nicht börsennotiert, ihre Aktien sind nicht handelbar und unterliegen keiner Wertsteigerung. Sollten Aktionär:innen ihre Anteile verkaufen wollen oder müssen, können die Aktien – mit Zustimmung des Vorstands und des Aufsichtsrats der AG – an Interessenten übertragen werden (Wartelisten liegen vor). Dividenden wurden bisher nicht ausgezahlt, könnten aber bei erwirtschaftetem Gewinn von der Hauptversammlung genehmigt werden. Die Aktionär:innen sehen ihre Einlagen in der Regel als langfristiges Engagement für die nachhaltige Landwirtschaft in der Region und verfolgen keine unmittelbaren Renditeerwartungen.

Relevanz: Seit der Gründung konnte das Grundkapital durch weitere Zeichnungsrunden stetig erhöht und damit das Aktivitätsspektrum erweitert werden. 2024 wurde die nunmehr siebte Runde zur Kapitalerhöhung lanciert. Neben den direkten Beteiligungen hat sich im Kontext der Regionalwert AG Rheinland zudem ein Netzwerk von fast 50 Unternehmen und Initiativen etabliert, die sich gegenseitig unterstützen bzw. kooperieren.

- Neben ihren jeweiligen regionalen Betätigungsfeldern engagieren sich die Regionalwert AGs als Netzwerk in der Regionalwertbewegung und haben mit der Regionalwert Impuls GmbH eine Koordinierungsstelle geschaffen. Diese verwaltet nicht nur die Marke und deren Vergabe an Initiativen, die die vom Netzwerk definierten Kriterien erfüllen, sondern berät neue Regionalwert AGs in der Gründungsphase. Sie versucht auch, die Mitglieder operationell zu unterstützen, zum Beispiel durch die methodische Weiterentwicklung des Instruments der Regionalwert-Leistungsrechnung. Dabei handelt es sich um Bewertungsverfahren, das die ökologischen, sozialen und regionalökonomischen Leistungen eines landwirtschaftlichen Betriebes differenziert und ganzheitlich bewertet und monetarisiert (zu Bewertungsinstrumenten siehe auch Kapitel 6).

Weitere Informationen zur Regionalwert-Idee inkl. eines anschaulichen Erklärvideos: <https://regionalwert-impuls.de/> (21.12.2023)

- **Crowdfunding und Spenden:** Weit weniger formalisiert als die vorgenannten Finanzierungsinstrumente sind andere Formen der direkten Unterstützung durch private oder institutionelle Kapitalgeber. Diese reichen von punktuellen Kleinspenden und individuellen Einzelbeteiligungen über Crowdfunding bis hin zu längerfristiger philanthropischer Unterstützung durch Mäzene oder Stiftungen. Ihnen kommt insbesondere in der Entstehungsphase alternativer Wirtschaftspraktiken eine besondere Bedeutung zu. So waren beispielsweise viele der in den letzten Jahren entstandenen Unverpacktläden in ihrer Gründungsphase auf derartige Unterstützungen angewiesen. Wie Existenzgründer:innen bzw. Start-ups in anderen Branchen auch standen diese vor der Herausforderung, wegen mangelnder eigener

Kreditwürdigkeit und einem gleichzeitig risikoreichen neuen Geschäftsmodell nicht auf klassische Bankenfinanzierung zurückgreifen zu können. Wenn nicht institutionelle Risikokapitalgeber (Venture Capital) oder private Beteiligungsgesellschaften (Private Equity) Anschub leisten, kann Crowdfunding eine vielversprechende Alternative sein (Brown/Mawson/Rowe 2019). Zu unterscheiden ist hier zwischen a) dem Crowdfunding im engeren Sinne eines Fundraisings, bei dem Geldgebende keine Rendite zu erwarten haben, b) dem Crowinvesting, bei dem spätere Unternehmensgewinne monetär oder in Naturalien als Rendite zurückfließen und c) dem Crowlending, bei dem Einlagen verzinst zurückgezahlt werden. Durch einschlägige elektronische Plattformen und die effiziente Werbung über soziale Medien sind für alle drei Formate Angebote entstanden, die über breite Streuung und Skaleneffekte auch Kleinsteinlagen relevant machen. Gleichzeitig bieten die Plattformen individuellen Geldgebern abseits professioneller Venture-Capital- und Private-Equity-Märkte nicht nur die Möglichkeit, sich niederschwellig zu beteiligen, sondern sich auch gezielt auf solche Vorhaben zu konzentrieren, die man gemäß den eigenen Wertmaßstäben für besonders unterstützenswert hält – sozusagen als direkte Form ethischer Geldanlage. Entsprechend ausgerichtet sind etwa die Plattformen <https://wiwin.de/> oder <https://www.ecocrowd.de/>. Auch manche der oben genannten Sozialbanken bieten inzwischen eigene Crowdfunding-Plattformen an, z.B. die GLS-Bank unter <https://www.gls-crowd.de/> (21.12.2023).

Relevanz alternativer Finanzpraktiken

Sowohl die hier ausgeführten Finanzpraktiken als auch andere, nur kurz angerissene Formate wie Regionalwährungen oder Projekte der Solidarischen Landwirtschaft folgen dezidiert ethischen bzw. gemeinwohlorientierten Zielen. Dabei distanzieren sie sich explizit von rein auf Profitmaximierung ausgerichteten Geschäftsmodellen der zunehmend spekulativen und sich von der Realwirtschaft abkoppelnden Finanzwirtschaft. Erkennbar ist das Bemühen um regionale Wohlstandsschaffung unter Berücksichtigung ökologischer und sozialer Aspekte.

Ihre transformative Wirkung wird auf zwei Ebenen erkennbar. Einmal durch die Förderung von (sozialen) Innovationen und Nischenentwicklungen durch die Finanzierung von alternativen Geschäftsmodellen etwa der ökologischen Landwirtschaft, der dezentralen und erneuerbaren Energie-

erzeugung, des Handwerks und des Handels. Zum zweiten tragen sie zum Wandel der Finanzbranche selbst bei, indem sie das Spektrum von Anlage- und Finanzierungsangeboten um wertebasierte Alternativen ergänzen. Auch wenn die Kapitalbestände z.B. der Sozialbanken gegenüber etablierten Geschäftsbanken weiterhin als marginal gelten, so schufen sie doch sichtbare und wirtschaftlich tragfähige Modelle. So haben Sozialbanken nachweislich die Turbulenzen der globalen Finanzkrise 2007–2010 nicht nur besser überstanden als ihre Konkurrenz, sondern sie hatten in dieser Zeit auch die weltweit größten Zuwächse (Benedikter 2011).

Viele der genannten Aktionen spielen sich im eher regionalen Maßstab ab oder haben – wie etwa die Investitionsstrategien der EIB oder nationaler Entwicklungsbanken – großen Einfluss auf regionalen Strukturwandel und Infrastrukturentwicklung. In vielen Fällen ist eine gewisse Anschlussfähigkeit an transformative Leitbilder (siehe Kapitel 6) gegeben, die zu einer stärkeren Auseinandersetzung mit der Schnittstelle Finanzierungspraktiken und einer an nachhaltigem und sozial gerechtem Wohlstand ausgerichteten Regionalentwicklung einlädt.

4.4 Thesen und Positionierung

Die wichtigsten Erkenntnisse dieses Kapitels lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Suffizienzorientierung als emergente Praxis

Nicht nur im Bereich Konsum, sondern auch in der Herstellung von Gütern und der Erbringung von Dienstleistungen können Suffizienzziele zum Leitmotiv werden. Letztere bedingen einen grundlegenden Wandel etablierter Praktiken und Routinen.

Organisationsform hat großen Einfluss

Neben Motivlagen, Unternehmenszielen und Produktionsweisen spielt auch die gewählte Organisationsform eine zentrale Rolle. Gemeinwohlorientierte Genossenschaften etwa ermöglichen das Unterbinden von spekulativen bzw. auf Gewinnmaximierung ausgerichtete Geschäftspraktiken. Dabei sind die

Prozeduren der Mitbestimmung und Entscheidungsfindung von besonderer Bedeutung (siehe auch die nachfolgende These).

Entscheidungsformen als soziale Innovation

Die bewusste Wahl alternativer Organisationsformen geht häufig einher mit der bewussten Etablierung transparenter und inkludierender Entscheidungsprozesse. Soziokratie, Konsentprinzip sowie das bewusste Empowerment bestimmter Akteursgruppen bringen soziale Innovationen der partizipativen Governance mit sich.

Gemeinwohlorientierte Finanzpraktiken

Der Zugang zu geeigneten Finanzierungsinstrumenten verstärkt transformative Kräfte innerhalb des Finanzsektors. Dazu zählen alternative Bankkredite und Anlagemöglichkeiten ebenso wie weitaus fluidere Instrumente der monetären und nichtmonetären Beteiligung an gemeinwohlorientierten Vorhaben.

4.5 Eine Zeitbank als Social Business wächst im Franchise-Verfahren: Ein Besuch bei Interview mit Zeitpolster

Das Beispiel Zeitpolster setzt am Sozialen als Kern einer diversen Ökonomie an. Zeitpolster wurde 2018 von Gernot Jochum-Müller gegründet und ist gegenwärtig vor allem in Österreich aktiv, mit Präsenz im teilweise ländlich geprägten Vorarlberg, aber auch in Wien.

Wir haben ihn im Sommer 2022 besucht und fassen das Gespräch im Folgenden zusammen.

Das Konzept des Social-Business-Projekts Zeitpolster liegt darin, für sich selbst einen Stunden-Vorrat an Unterstützungsleistungen für spätere Zeiten anzusparen, indem man heute selbst Leistungen für unterstützungsbedürftige Menschen in der eigenen Region erbringt. Insofern versteht sich Zeitpolster zugleich als Betreuungs- und Vorsorgemodell, bei dem die Mitglieder für die Unterstützung älterer Menschen zwar kein Geld bekommen, dafür aber eine Zeitgutschrift erhalten und diese zu einem späteren Zeitpunkt einlösen können, wenn sie selbst Hilfe benötigen.

Die Idee ist, dass »jüngere Ältere« tendenziell hochaltrigen Personen Fahrdienste und Begleitungen anbieten, bei der Hausarbeit und handwerklichen Tätigkeiten helfen, administrative Aufgaben erledigen, aber auch pflegende Angehörige entlasten. Zeitpolster ergänzt mit seinen Leistungen die bestehenden Betreuungseinrichtungen, da der Bedarf an Pflege und Betreuung in den letzten Jahrzehnten stark angestiegen ist. Davon angesprochen fühlen sich vor allem Menschen, die sich in ihrem Ruhestand sinnvoll engagieren wollen sowie auch junge Personen, die ein paar Stunden ihrer Freizeit gerne aufbringen, um anderen zu helfen. Für ältere Menschen, die keine Familie haben, deren Verwandte berufstätig sind oder weit entfernt leben, stellt Zeitpolster eine Möglichkeit dar, für sich selbst (selbstredend: ergänzende) Betreuung und Versorgung für die Zukunft zu gewährleisten.

Entstehungshintergrund: Die Tauschorganisation »Talente Vorarlberg« stand vor dem Problem, dass alternde Personen Hilfe benötigten, dafür aber keine Gegenleistung mehr erbringen konnten. Nach der Recherche alternativer Betreuungsformen inspirierte Gernot Jochum-Müller ein Bericht zum Thema Zeitgutschrift-Betreuungsleistung in Japan (Berger 2021). Damit starteten die ersten Umsetzungsversuche einer solchen Betreuung im Verein »Talente Vorarlberg«. Aus den ersten gescheiterten Anläufen versuchte das Team zu lernen und experimentierte weiter. Zunächst konnte Jochum-Müller im Auftrag der Stadt St. Gallen in der Schweiz ein Konzept für die Zeitvorsorge entwickeln. 2018 konnte Zeitpolster – mit ähnlichem Konzept – in Österreich, genauer gesagt in Vorarlberg und in Wien, ins Leben gerufen werden.

Wie funktioniert und finanziert sich das Projekt? Registrieren, Strafregisterbescheinigung (in Deutschland Führungszeugnis) zusenden, freischalten und schon kann man als neue helfende Hand bei Zeitpolster mitwirken. Als Mitglied wird man unfall- und haftpflichtversichert und bekommt jede geleistete Stunde im Zeitkonto gutgeschrieben (Stundengutschriften sind frei von Steuern und Sozialversicherungspflicht), man spart somit Stunden für die eigene Altersversorgung oder für sonstigen Unterstützungsbedarf an. Eine Online-Datenbank unterstützt den Vorgang, Hilfesuchende und Helfende zusammenzubringen. Die Klienten von Zeitpolster bezahlen die erhaltene Leistung nicht mit Zeit, sondern mit (kostengünstigen) 8 Euro pro Stunde. Das damit gesammelte Geld fließt in die Organisation, die Verwaltung, in die Versicherungen der helfenden Mitglieder – und wird anteilig angespart. Die Expansion erfolgte über eine Art Franchising, dann nämlich, wenn sich

drei bis sieben Personen für die Bildung einer neuen regionalen Zeitpolster-Gruppe finden. 2023 sind in sieben österreichischen Bundesländern circa 35 Zeitpolster-Gruppen aktiv.

Durch die Covid-19-Pandemie fehlte dem Unternehmen 2020 der lebensnotwendige Umsatz. Da man als »Social Business« von den Corona-Förderöpfen ausgeschlossen war, kam es zu finanziellen Unsicherheiten. Der Aufbau der Zeitpolster-Teams wurde eingebremst und die Kerngruppe fokussierte sich auf die digitale Entwicklung des Unternehmens. Mittlerweile ist Zeitpolster auch digital unter anderem auf YouTube aktiv, um visuell zu erklären, wie das Konzept funktioniert oder um im »Podcast fürs clevere Älterwerden« über Themen der Altersvorsorge zu sprechen. Eine Hemmschwelle, sich Zeitpolster zu verschließen, könnte die Sorge sein, dass sich das Unternehmen bis zum Zeitpunkt, an dem man selbst die Hilfe benötigen würde, nicht mehr hält und der Vorrat an Stunden keinen Wert mehr besitzt, weil es keine helfenden Kräfte mehr gibt, die die Unterstützung tragen würden.

Zeitpolster hat die Corona-Krise gut überstanden, wie die Daten zum Stand Juli 2023 belegen:⁵

- Zeitpolster ist mit Teams in Vorarlberg, Tirol, Salzburg, Niederösterreich, Oberösterreich, der Steiermark, in Wien und im benachbarten Liechtenstein vertreten.
- Über 1.000 Menschen engagieren sich bereits bei Zeitpolster.
- Die Zeitpolster Helfer:innen haben schon 50.000 Stunden für ihre eigenen Betreuung angespart.
- Insgesamt profitierten über 900 Personen durch die Betreuung durch Zeitpolster.
- Altersspannbreite der helfenden Personen: 38 – 75 Jahre mit Schwerpunkt 55+.
- Altersspannbreite der betreuten Personen: 5 – 98 Jahre mit großer Bandbreite durch Kinderbetreuung, Menschen mit Beeinträchtigungen – Schwerpunkt liegt in der Unterstützung von älteren Menschen.
- Einsatzfelder sind einfache alltägliche Hilfsdienste: Fahrdienste und Begleitungen, administrative Hilfe, Hilfe in Haushalt und Garten, Freizeitunternehmungen, einfache handwerkliche Hilfe, Freiräume für pflegende Angehörige schaffen, Kinderbetreuung.

5 https://www.zeitpolster.com/wp-content/uploads/2023/07/Presseaussendung-Zeitpolster-sucht-Helfende-und-neue-Teams_PA2023_07.pdf (10.12.2023).

- Alle Betreuer:innen bekommen für ihren Einsatz Stunden auf einem Zeitkonto gutgeschrieben und können diese später bei eigenem Bedarf jederzeit einlösen.

5. Sorgen und Caring

Prozesse der Sorgearbeit und Praktiken der Fürsorge

Julia Affolderbach, Martina Hülz, Bastian Lange

Abstract Das vorliegende Kapitel beschäftigt sich mit konzeptionellen Perspektiven des Erkennens, Sichtbarmachens und Neudenkens von Sorgearbeit sowie Fürsorge und illustriert Praktiken des Caring anhand ausgesuchter Beispiele. Zunächst werden verschiedene Begriffsverständnisse und wissenschaftliche Arbeiten aus der feministischen Ökonomie und zu den Diverse Economies vorgestellt. Anschließend werden räumliche Perspektiven fokussiert und gezeigt, welche Kontextfaktoren hinsichtlich Förderung die Umsetzung von alternativen Sorge- und Fürsorgemodellen ermöglichen. Außerdem werden Aspekte der Akzeptanz, Teilhabe und Partizipation im Kontext von Diversität betrachtet und im weiteren Fokus steht die sorgende Grundhaltung von Wohlstandsorientierungen mit dem Ziel des sich Sorgens.

Wie werden welche Motivationen, Praktiken der Fürsorge, des Sichkümmerns, der Pflegearbeit und das damit oft in Verbindung stehende Wohlbefinden zum Ausdruck gebracht? Da kollektive Gesundheit, Sicherheit und Zufriedenheit sozial bedeutende menschliche Attribute sind und für ein kollegiales, würdevolles Miteinander stehen, erfahren sie in jüngster Zeit als Gegenentwurf zum kapitalistischen System eine erhöhte Aufmerksamkeit. In den Mittelpunkt rücken dabei Fragen der Anerkennung und Wertschätzung von Pflege- und Sorgearbeit. Entsprechend behandelt das vorliegende Kapitel auch verschiedene Räume und Kontexte, die diese Formen des Sorgens und Kümmerns sowie deren Wertschätzung und Anerkennung ermöglichen und stärken.

5.1 Der Begriff »Care-« oder »Sorgearbeit« in der feministischen Diskussion

Generell und umgangssprachlich verweisen die Begriffe Sorge-, Care- oder Pflegearbeit, verstanden als Praxis der Fürsorge in verschiedenen Kontexten, auf die emotionale oder physische Fürsorge für jemanden (Heusinger/Hämel/Kümpers 2017). Wenn zum Beispiel jemand sagt, »I take care of you« (Ich kümmere mich um dich), bedeutet das, dass er oder sie sich um die Gefühle und das Wohl einer anderen Person sorgt (Lopes/Healy/Power et al. 2018).

Im Kontext der Pflegearbeit sowie dem medizinisch-therapeutischen Kontext kann sich der Begriff »care« auf die Pflege und Behandlung von Patienten beziehen, die von Ärzten, Krankenschwestern und anderen Gesundheitsdienstleistern erbracht werden. Das Wort »care« kann auch bedeuten, dass man sich Sorgen oder Gedanken über oder um jemanden oder etwas macht. Im Bereich der Technik oder Wartung kann »care« Instandhaltung bedeuten, dass etwas in gutem Zustand gehalten wird; zum Beispiel »proper care of your car« (richtige Pflege deines Autos) bezieht sich auf die Wartung und Pflege des Fahrzeugs. Zudem kann »care« in einigen Fällen auch Verantwortung bedeuten, dass man sich um etwas kümmert oder dafür verantwortlich ist: »It's my care« (Das ist meine Sorge bzw. das ist meine Sache).

Der Begriff »Care« entwickelte sich in den letzten Jahren vor allem aus emanzipatorisch-feministischen Debatten und erfuhr im weiteren Verlauf im Bereich der Postwachstumsdiskussion eine Neubewertung als (Sorge-)Arbeit (Krasny 2023b; Krasny 2022; Helfrich/Euler 2021; Steiner/Schwiter/Anahi 2019; Paulson/DAlisa/Demaria et al. 2020; Bauriedl/Wichterich 2014; Seidl/Zahrnt 2019). Er beschreibt bezahlte und unbezahlte Arbeit der Fürsorge für abhängige Personen. Hierzu gehören Kinderbetreuung und Altenpflege, auch Nachbarschaftshilfe oder Unterstützung bei der Hausarbeit. Aus einer machtkritischen Perspektive heraus haben Analysen zur ungleichen Verteilung von Arbeitsbelastungen, ungleicher Bezahlung sowie ungerechten Arbeitsverhältnissen Schlaglichter auf die vielschichtigen Ebenen von geschlechterspezifischen Erwerbs- und Nicht-Erwerbsarbeitsformen gerichtet (Fraser 2017).

Lange Zeit wurde Care- beziehungsweise Sorgearbeit vom Grundprinzip her als individuelle Aufgabe aufgefasst, ins Private und hier überwiegend an Frauen verwiesen. Indem die gesellschaftliche Relevanz, die Care besitzt, nicht genügend beachtet wird, wird Fürsorge als Ganzes in nicht ausreichendem Maße anerkannt (Beckmann, 2016). Hierbei kommt den Genderdimensionen

von Care eine besondere Bedeutung zu: zum einen dem Zusammenhang zwischen Geschlechterrollen und Care- und Sorgearbeit und zum anderen der sozioökonomischen Verankerung von Sorgearbeit, welche durch die asymmetrische Verteilung von bezahlter Erwerbs- und unbezahlter Sorgearbeit im Geschlechterverhältnis als Grundlage der sozioökonomischen Konfigurationen unserer Gesellschaftsformation zutage tritt (Hobler/Klenner/Pfahl et al. 2017; Bauhardt 2013).

Eine machtkritische Analyse (Lawson 2007) macht darauf aufmerksam, dass die Trennung von öffentlich und privat, die mit einer Verortung von Sorgearbeit im Privaten einhergeht, Frauen auch den Hauptanteil der Sorgearbeit im Privaten zuweist. Somit komme dem Ort der Care- und Sorgearbeit sowie den damit assoziierten Praktiken als Produktionsort eine wichtige Bedeutung zu, da er in der kapitalistischen sowie staatssozialistischen Kontexten den Erwerbsproduktionsort vom Ort des Alltagslebens trenne. In vorindustriellen Gesellschaften waren Tätigkeiten der Herstellung von Gütern und Waren sowie Tätigkeiten der Versorgung von Menschen räumlich nicht in dem Maße getrennt, wie es mit dem Aufkommen der Industriearbeit der Fall wurde. »Arbeit und Leben« fanden gleichermaßen auf dem Hof oder im Handwerksbetrieb statt. Erst mit der Entwicklung der industriellen Produktionsweise erfolgte die Trennung des Ortes der Produktions- und Erwerbsarbeit vom Ort des Haushaltes und der Familienarbeit. Der Begriff der »traditionellen Rollenverteilung« ist vor diesem historischen Hintergrund daher irreführend, bezieht er sich doch auf eine relativ kurze Zeitspanne.

Intensiviert wird die Diskussion weltweit durch die demographische Entwicklung, insbesondere im Globalen Norden, die auf die Notwendigkeit aufmerksam macht, dass Care-Politik für ältere Menschen gestaltet werden muss. Wie also sollen die politischen Rahmenbedingungen einer Fürsorge dieser Personengruppe in Ermangelung von fehlenden familiären Unterstützungsleistungen sowie professionalen Fachkräften für die Pflege- und Sorgearbeit aussehen? Der dynamische altersstrukturelle Wandel der Gesellschaft macht diese Diskussion erforderlich.

In den letzten Jahrzehnten zeigt sich zunehmend eine Verbindung zwischen Care- und Sorgearbeit sowie Migration (Ohliger/Schweiger 2019; Rajan/Neetha 2018). In einigen Ländern Mitteleuropas – wie Österreich oder Deutschland – werden im familiären Kontext immer mehr Migrantinnen im Rahmen einer 24-Stunden-Pflege beschäftigt, womit Familien die Pflege ihrer (meist) älteren Angehörigen in der eigenen gewohnten Umgebung gewährleisten wollen. Nur unter Zuhilfenahme migrantischer Care-Arbeiterinnen

ist es vielen Familien möglich, die intensive Versorgung ihrer Angehörigen zu bewältigen. Denn die Versorgung der Pflegebedürftigen in deren eigenem Wohnraum oder dem Wohnraum der verantwortlichen Familie beansprucht häufig einen hohen zeitlichen Aufwand, der oftmals nicht mit den zeitlichen Ressourcen der Familienangehörigen zu vereinbaren ist. Die Familien müssen daher auf externe Dienstleistungen zurückgreifen, die jedoch kostspielig sind. Migrantische Care-Arbeiterinnen zu beschäftigen, ist häufig die einzige Option, eine Versorgung in und gemeinsam mit der Familie zu ermöglichen.

Insbesondere soziale Praktiken des *Caring*, der Fürsorge also, erstrecken sich auf den Umgang mit gesellschaftlichen Geschlechterordnungen. Es gilt, die jeweiligen gesellschaftlichen Konfigurationen und ihre Verbindung zum Gegenstandsbereich Care zu verstehen, um die Folgen der geschlechtsspezifischen Organisation, Verteilung und Verortung von Sorgearbeit umfassend zu durchdringen.

Diese Auffassung von Care erkennt, dass sie eine gesellschaftliche und nicht ausschließlich private Aufgabe ist, weil die Erhaltung des Lebens, der Generationen, der Fürsorge, Erziehung und Bildung für die Entwicklung, den Zustand und den Fortbestand der Gesellschaft wichtig sind. Diese Zuschreibung geht weit über die Eigenverantwortung des Einzelnen für sich und seine Familienmitglieder hinaus, sie positioniert Care also als einerseits soziale Frage, andererseits als mehr-als-menschliche Beziehungsfrage zu vielfältigen Umgangsweisen mit stofflichen Ressourcen im Anthropozän (Krasny 2023b; Krasny 2023c; Gabauer/Knierbein/Cohen et al. 2022; Aulenbacher/Lutz/Schwiter 2021; Davis/Moulton/Sant et al. 2019). Denn letztlich wirkt sich die Art und Weise, in der Aufgaben der Sorge von den Individuen, Familien und Gemeinschaften geleistet werden können, auf die Qualität des gesellschaftlichen Zusammenlebens sowie die Reproduktions- und Wirtschaftsbedingungen aus.

Neben der emanzipatorischen Perspektive auf ungerechte Arbeitsverhältnisse haben sich in den vergangenen Jahren durch Beiträge von zum Beispiel Julian, Tony, Lindsay et al. (2013) und Paulson, D'Alisa, Demaria et al. (2020) die Begriffe Care sowie *Caring* konzeptionell erweitert. Dabei wurden Care und *Caring* neben der sorgedefinierten Mensch-Mensch-Beziehung als soziale Praxis zu mehr-als-menschlichen Artefakten (also Mensch-Umwelt-Beziehungen) aufgefasst (Paulson/D'Alisa/Demaria et al. 2020; Schwiter/Steiner 2020; Julian/Tony/Lindsay et al. 2013; Lawson 2007; Schmid/Smith 2021). Soziale Praktiken sind demzufolge eine Erkenntnismöglichkeit, Mehr-als-menschliche-Beziehungen zu erfassen. Aus der Sicht des Extrakтивismus –

also der globalen Praxis der menschlichen Ausbeutung im Bereich der Ressourcen Boden sowie der Tier- und Pflanzenwelt, dem Wasser und der Luft – bieten die Perspektiven Care und Caring auch eine sorgende Haltung mit entsprechenden handlungsleitenden Praktiken an, um die planetaren Vulnerabilitäten im Anthropozän entsprechend neu – im Sinne einer sorgenden Beziehungspraxis – auszurichten.

5.2 Care- und Sorgearbeit und die Suche nach der (Neu-)Kuration der Care-Verhältnisse

Vor dem Hintergrund des skizzierten engeren und erweiterten Verständnisses von Sorge- und Care-Arbeit sowie Caring hat Elke Krasny in den vergangenen Jahren Vorschläge gemacht, mit welchen Denkfiguren mögliche Neuordnungen von sorgenden Mensch-Mensch- sowie Mehr-als-Mensch-Beziehungen zu diskutieren sein könnten. Mit dem Begriff des Kuratierens entwirft sie eine Perspektive, den Blick auf die spezifischen und situativen Formen der Care-Verhältnisse zu richten und die jeweiligen Anordnungsformen und Konfigurationen als menschengemachte Relationen zu beleuchten.

Indem sie Kuration als eine Form der Herstellung, der Auswahl, der Beimessung von Qualität (oder nicht) von sozialen (Für-)Sorge-Beziehungen darstellt, zeigt sie, wie Caring eine Praxis des Erschließens, Hebens und Sichtbarmachens sozialer Positionen (in einem räumlichen Kontext) ist, die bis dato marginalisiert, randständig oder strukturell unterdrückt sind. Konkret könnten das neue Arbeitsbedingungen, andere Raumkonfigurationen und andere Vorstellungen davon sein, was es bedeuten könnte, Räume und Praktiken zu teilen und, bestehende Räume gewaltfrei zu nutzen (Krasny 2023b; Krasny 2023c). Etymologisch zeigen das Lateinische »curare« (pflegen, sorgen – »care«) und die englischen Begriffe »cure« sowie »curating« (als eine Form der Herstellung von relevanten Sozialbeziehungen) eine Verbindungslinie auf.

Den Leitbegriff des »Kuratierens« entlehnt Krasny der künstlerischen Praxis des Sichtbarmachens von »unsichtbaren« Gender-, Macht-, Ausbeutungs- und Raumverhältnissen. Methodisch wendet sie dabei Formen des *Mapping*, des situativen Bereitstellens von dialogischen Gesprächs- und Kollaborationsangeboten, sowie weitere »Formate« der Repräsentation an, um mithilfe derartiger visueller oder erzählerischer Interventionen alternative Formen der Wissensproduktion sowie der gesellschaftlichen Fürsorgepraxis sichtbar zu machen. Sie schreibt:

»Urban curating is an involved practice, working across and between differences amidst unresolved contradictions. Urban curating, as I understand it, is co-implicated in the work of social reproduction by way of alignments and collaborations. Analogous to social reproduction work, urban curating also has a non-hidden part that becomes public in the form of exhibitions in art and architecture contexts« (Krasny 2016: 118–119).

Die Praxis des »urbanen« Kuratierens ist hier – im Sinne Krasnys – als eine machtkritische Form der Sichtbarmachung von versteckten, unsichtbaren, marginalisierten sozialen Positionen im städtischen sowie gesellschaftlichen Raum zu verstehen. Kuratieren als koproduktive und koabhängige Praxis schafft sodann – im künstlerischen, akademischen und gesellschaftspolitischen Raum – einen Ort, an dem derartige Verhältnisse gezeigt sowie besprechbar und damit verhandlungsfähig werden. »Urban« ist hier weniger als eine geographische Verortung zu interpretieren, eher als eine gesellschaftliche Rezentrierung marginalisierter Verhältnisse zurück in den (Debatten-)Raum der Verhandlung – gleichsam der Polis. »Urban curating« kann demzufolge als eine emanzipatorisch-aktivistische Kulturtechnik verstanden werden. Sie weist sich als Herstellung von ›heilenden‹ – da verhandlungs- und gestaltungsfähigen – Beziehungsgefügen eines neu zu entwickelnden relationalen Mehr-als-Mensch-Verhältnisses aus. Gerade der letzte Punkt hebt die feministische Debatte um Care- und Sorgearbeit auf die Ebene, wie durch ausbeuterische Wirtschaftspraktiken ein globales Anthropozän entstanden ist.

Care- und Sorgearbeit als wachstumskritische Perspektive auf mehr-als-Mensch

Die Besonderheit der Debatte um Care- und Sorgearbeit besteht darin, dass sie neben den makroökonomischen, technologischen, regulatorischen und multilateralen Alternativen zur Bekämpfung der desaströsen kapitalistischen Ausbeutungspraxis des Planeten ein menschenzentriertes Alternativangebot bereitstellt. Dieses zielt auf die Behebung des dieser Bedrohungslage innewohnenden grundsätzlicheren Entfremdungsmoments zwischen Menschen und einem wirtschaftlichen Extraktivismus: Die grundsätzlichere Debatte der Care- und Sorgearbeit in der Postwachstumsfrage lenkt daher den Blick auf sorgetragende Mensch-Umwelt-Beziehungen (Seidl/Zahrnt 2019).

Diese wachstumskritischen Perspektiven diskutieren im Kontext von Care- und Sorgearbeit verschiedene Dimensionen von Gerechtigkeit und Anerkennung sowie kollektive Emanzipationshaltungen der alltäglichen selbstbe-

stimmten Alltagsführung. In Hinblick auf diese alltäglichen Praktiken des Sorgens, Teilhabens und Verbindens sind zunächst feministische Perspektiven zu betonen, welche sich mit der Marginalisierung und Ausgrenzung von unbezahlter Care- und Reproduktionsarbeit in wachstumsorientierten Marktwirtschaften auseinandersetzen. Wichtige Vertreterinnen dieser Perspektive sind Marilyn Waring (1988), im deutschsprachigen Raum Adelheid Biesecker und Uta von Winterfeld (2015), welche die Missachtung und fehlende Wertschätzung der größtenteils von Frauen, aber auch anderen marginalen Gruppen geleisteten Sorgearbeit und Selbstversorgung kritisieren.

So postuliert auch der Ansatz der *Diverse Economies*, vorangetrieben durch die Wissenschaftlerinnen Katherine Gibson und Julie Graham, eine Sichtbarmachung dieser in marktwirtschaftlichen Systemen weitestgehend unsichtbaren Leistungen (Gibson-Graham 2008). Eines der Hauptanliegen der *Diverse Economies* ist es, auf die Vielfalt und Relevanz marktlicher und nichtmarktlicher Aktivität hinzuweisen. Care- und Sorgearbeit sind hierbei nur ein Bereich aus vielen verschiedenen unsichtbaren Tätigkeiten. Konventionelle Indikatoren zur Erfassung der Wirtschaftsleistung und damit auch des Wohlergehens einer Gesellschaft berücksichtigen in der Regel nur die durch bezahlte Arbeit generierte monetäre Wertschöpfung in einem System. Der große Umfang der unbezahlten Arbeit – ob für Pflege oder in anderen Bereichen – findet keine Berücksichtigung.

Eine Möglichkeit, diese unsichtbare Arbeit sichtbar zu machen, besteht darin, den Wert der unbezahlten Arbeit monetär zu berechnen. Dies geschieht in der Regel durch sogenannte Ersatz- bzw. Wiederbeschaffungskosten, welche durch die Multiplikation der erbrachten ›Arbeitszeit‹ mit Standardlöhnen berechnet werden. In Deutschland beläuft sich die so aus unbezahlter Haus- und Sorgearbeit entstehende gesellschaftliche Wertschöpfung laut Statistischem Bundesamt (2017) auf 987 Milliarden Euro jährlich. Dies entspricht 39 Prozent der im Bruttoinlandsprodukt (BIP) enthaltenen deutschen Bruttowertschöpfung (Statistisches Bundesamt 2017) – ein durchaus beeindruckender Betrag, der jedoch in nationalen Bilanzen der Wirtschaftlichkeit unsichtbar bleibt und entsprechend als »legale Schattenwirtschaft« deklariert wird (Praetorius 2015: 10).

Ausdrucksformen von Care- und Sorgearbeit als Bestandteil von »Diverse Economies«

Ein anderer Ansatz, Care- und Sorgearbeit zu berücksichtigen, besteht in einem veränderten grundlegenden Verständnis von Arbeit, Wirtschaft und Wertschöpfung. Statt einer monetären Bewertung propagieren Gibson-Graham (2008: 1996) in ihren Arbeiten ein erweitertes Verständnis und damit verbunden auch eine veränderte Wahrnehmung von wirtschaftlichen Prozessen. Gängige Definitionen der Wirtschaft beziehen sich auf kapitalistische Unternehmensformen, Erwerbsarbeit sowie marktliche Transaktionen. Dieses Verständnis wird von den Verfechter:innen der *Diverse Economies* als zu eng kritisiert, da es wichtige Maßnahmen zum Erhalt beziehungsweise der Reproduktion der Gesellschaft ausschließt. Diese umfassen nichtkapitalistische und nichtmarktliche Formen, die nicht monetär entlohnt werden (Tabelle 5.1; siehe auch Zademach 2014).

Hierzu zählen beispielsweise gemeinwohlorientierte Unternehmen, aber auch nachbarschaftliche Hilfe oder die Betreuung und Pflege von Angehörigen ebenso wie sogenannte mehr-als-kapitalistische Unternehmensformen, welche nicht durch Profitmaximierung, sondern von gemeinschaftlichen beziehungsweise sozialen Zielen geleitet sind (z.B. Genossenschaften). Dazu gehören auch Transaktionsformen, die nicht nur marktliche, sondern auch Tausch-, Teil- und vertrauensbasierte Kooperationen umfassen. Ein Verständnis »diverser« Ökonomien impliziert entsprechend vielfältige und sehr unterschiedliche Wertschöpfungsprozesse, die vor allem auch nichtmonetär zu messende Beiträge einschließen. Gibson und Graham verwenden bewusst den Begriff »divers« statt »alternativ«, um Hierarchisierungen beziehungsweise gegensätzliche Kategorien zu vermeiden (Zademach/Hillebrand 2013).

Die Auseinandersetzung mit solch diversen Formen wirtschaftlicher Tätigkeiten rückt die zugrunde liegenden gesellschaftlichen Werte und Normen, die unser Verständnis von Wirtschaft prägen, ins Blickfeld (Lee 2006). Gesellschaftliche Werte und Normen bestimmen, welchen Tätigkeiten zu konkreten Zeitpunkten und in bestimmten Kontexten mehr ökonomischer Wert beigemessen wird als anderen, wie es unter anderem durch unterschiedliche Lohnniveaus in unterschiedlichen Sektoren zum Ausdruck kommt, aber auch zu systematischer Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen führt.

Tabelle 5.1: Spektrum der Diverse Economies

| Transaktionen | Arbeit | Unternehmen | Eigentum | Finanzierung |
|------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------|
| <i>Markt</i> | <i>Erwerbsarbeit</i> | <i>Kapitalistisch</i> | <i>Privat</i> | <i>Markt</i> |
| (z.B. Warenhandel, bezahlte Dienstleistungen) | (z.B. monetär entlohnte Angestellte oder Freiberufler:innen) | (z.B. profitorientierte Aktiengesellschaft, GmbH) | (z.B. exklusives Immobilieneigentum) | (z.B. Bankkredit) |
| <i>mehr-als-marktlich</i> | <i>alternativ entlohnt</i> | <i>mehr-als-kapitalistisch</i> | <i>mehr-als-privat</i> | <i>mehr-als-marktlich</i> |
| (z.B. Sharing Economy) | (z.B. Naturalien) | (z.B. Genossenschaften, öffentliche Unternehmen) | (z.B. Erbbaurecht, Genossenschaft) | (z.B. Crowdfunding) |
| <i>nichtmarktlich</i> | <i>unbezahlt</i> | <i>nichtkapitalistisch</i> | <i>Open Access</i> | <i>nichtmarktlich</i> |
| (z.B. vertrauensbasierte Kooperation über Gegenleistungen) | (z.B. Betreuung von Kindern, Pflege von Nachbarn und Verwandten) | (z.B. gemeinwohlorientierte Unternehmen der Solidarwirtschaft) | (z.B. freier Zugang zu Wissen, öffentlichem Raum, Produkter-essbaren Stadt) | (z.B. Tausch von Produkten oder immaterielle Leistung wie unentgeltliche Mitarbeit) |

Quelle: Affolderbach und Schulz (2024: 206), basierend auf (Gibson-Graham, 2008).

Wie können wir Sorge- und Care-Arbeit erfassen, bemessen und bewerten?

Zahlreiche wissenschaftliche Studien zeigen die strukturelle Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen, vor allem von Frauen, als Teil kapitalistischer Wirtschaftsweisen. Die als **Gender-Pay-Gap** bezeichnete, nachgewiesene Einkommenslücke zwischen Frauen und Männern betrifft quantitativ vor allem Berufe, in denen schlechtere Löhne gezahlt werden – wie beispielsweise in der Pflege-, der Gesundheits- und Bildungsbranche – und die häufig von Frauen ausgeführt werden. Zudem arbeiten Frauen häufig(er) in Teilzeit, was sich wiederum in ihrem Einkommen niederschlägt. Ein weiterer Faktor be-

steht darin, dass Frauen recht selten in Führungspositionen sind (der Anteil von Frauen in Vorständen von großen Unternehmen beträgt in Deutschland immer noch nur 18 Prozent [Kirsch/Sondergeld/Wrohlich 2023]).

Am Beispiel der sogenannten Reproduktionsarbeit lassen sich derartige Ungleichheiten und Nachteile von Frauen gegenüber Männern nachvollziehen (Biesecker/Hofmeister 2013). Zur Reproduktionsarbeit zählen die Arbeiten des Gebärens, des Aufziehens, alle Sorge- und Erziehungsarbeit mit der zukünftigen Bevölkerung, die durch ihre Nachfrage und ihren Konsum die Funktionsweise des kapitalistischen Wirtschaftssystems sicherstellen sollen (Affolterbach/Schulz 2024). Diese Reproduktionsarbeit wird in wesentlich höherem Maße von Frauen geleistet und beeinflusst damit auch deren Möglichkeiten, Erwerbstätigkeiten in gleichem Umfang wie Männer nachzugehen.

Der als **Gender Care Gap** bezeichnete Indikator misst den Anteil unbezahlter Sorgearbeit und belegt, dass Frauen in Deutschland pro Tag durchschnittlich 52 Prozent mehr Zeit hierfür aufbringen als Männer (BMFSFJ 2022). Ein zentrales Element von Sorge ist die Fürsorge um das Wohlergehen anderer, häufig innerhalb der Familie, des Bekanntenkreises oder einer anderen Gemeinschaft. Neben der fehlenden monetären Entlohnung erfährt Sorgearbeit oft wenig gesellschaftliche Anerkennung, obwohl sie unter anderem durch Erziehung, Betreuung und Bildung von Kindern und anderen Bedürftigen zentraler Bestandteil einer Gesellschaft ist. Dabei ist längst belegt, dass Sorgearbeit für die Gesellschaft und deren Zusammenhalt von großem Wert ist und ohne sie unser Wirtschafts- und Sozialsystem nicht funktionieren würde.

Schätzungen zufolge werden 40 Prozent aller täglichen Arbeitszeiten in westlichen Industrienationen durch unbezahlte Tätigkeiten erbracht (Coe/Kelly/Yeung 2019). Neben der tragenden Rolle von Haus- und Sorgearbeit für die Gesellschaft (und Wirtschaft) belegen vielzählige Studien (z.B. die DAK-Studie 2021), dass gängige Arbeitsformen, -zeiten und -praktiken und deren Verhältnis zu Freizeit und sozialem Für- und Miteinander aus dem Gleichgewicht geraten sind und Menschen zunehmend krank machen, was an steigenden Zahlen von arbeitsbedingten Burnouts abzulesen ist (u.a. DAK 2021; Knieps/Pfaff 2021). Laut einer Studie des Future Forum (2023) fühlen sich gegenwärtig 37 Prozent aller Deutschen von der Arbeit ausgebrannt, was wiederum einen höheren Bedarf an Sorgearbeit beziehungsweise Fürsorge mit sich bringt.

Ähnliche Daten liefert auch die Initiative CloseEconDataGap¹. Sie wurde von Wissenschaftler:innen und Aktivist:innen im deutschsprachigen Raum mit der Zielsetzung gegründet, nicht nur die nach wie vor bestehenden ökonomischen Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern aufzuzeigen, sondern auch zu beziffern, und die **ökonomische Datenlücke** zu schließen, damit die großen finanziellen Zusammenhänge für Deutschland beleuchtet werden können. Drei Zahlen verdeutlichen die anhaltenden Ungerechtigkeiten: Jährlich verfügen Frauen in Deutschland über 380 Milliarden Euro weniger Einkommen als Männer trotz der geleisteten zusätzlichen (Care-)Arbeitsstunden pro Woche. Frauen leisten jährlich circa 60 Milliarden Stunden unbezahlter Arbeit allein für die Versorgung des Haushaltes. Der Arbeitsumfang übersteigt die von Männern geleistete Arbeitszeit im produzierenden Gewerbe und den wirtschaftsnahen Dienstleistungen um ein Vielfaches. Schätzungen zufolge entspricht diese unbezahlte Arbeit der Frauen in Deutschland einem monetären Wert von 825 Milliarden Euro, was immerhin 20 Prozent des BIP entspricht. Auf individueller Ebene kann über die App »WhoCares: Care-Arbeit erfassen«² der Wert unbezahlter Arbeit zu Hause sichtbar gemacht werden, indem sie Nutzenden erlaubt, ihre erbrachte Sorge- und Pflegearbeit zeitlich zu erfassen und in ein Gehalt umrechnen zu lassen.

Pflegearbeit macht nicht nur einen großen Anteil aller erbrachten Arbeit aus, sie wird auch überwiegend von bestimmten Bevölkerungsgruppen (u. a. Frauen, Migrant:innen, ethnische Gruppen) erbracht. Nach Schätzungen einer Studie der OECD leisten Frauen weltweit täglich durchschnittlich vier bis fünf Stunden unbezahlte Pflegearbeit gegenüber den von Männern beigetragenen 0,5 bis zwei Stunden (Ferrant/Pesando/Nowacka 2014). Zwar sind die Unterschiede zu Ländern im Globalen Süden wesentlich frappanter, doch auch in Europa existiert die sogenannte Gender Care Gap. In Europa verbringen Frauen durchschnittlich doppelt so viel Zeit mit unbezahlter Pflegearbeit als Männer, in Deutschland sind es im Schnitt 52 Prozent (BMFSFJ 2022). Die fehlende Entlohnung dieser wichtigen Arbeit veranschaulicht die fehlende gesellschaftliche und ökonomische Wertschätzung der erbrachten Arbeit.

Die Sichtbarmachung, nicht zuletzt durch Quantifizierung, der hier skizzierten Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten ist ein wichtiger Schritt im Zuge der Aushandlung neuer und gerechterer Lebens- und Arbeitspraktiken in

1 Siehe <https://www.closeecondatagap.de/> (13.04.2024).

2 Siehe <https://whocares-app.de> (13.04.2024).

einer Gesellschaft mit alternativen Wohlstandsverständnissen. Die fehlende gesellschaftliche Wertschätzung und Anerkennung von Sorgearbeit überträgt sich von der Nicht-Erwerbsarbeit auf die Erwerbsarbeit. Dies spiegelt der professionelle Care- oder Pflegesektor unter anderem in relativ geringen Lohnniveaus sowie einer staatlichen Unterversorgung wider. Überdurchschnittlich vertreten sind in diesen Tätigkeitsbereichen Frauen, aber auch Personen mit Migrationshintergrund. Entsprechend ist Care- beziehungsweise Sorgearbeit vor allem auch durch Intersektionalität geprägt, welche das Zusammenkommen von Klasse, Rasse, Gender, Körper und/oder Sexualität Sorgeleistender beschreibt. Durch zunehmende Transnationalisierung und strukturelle Ausbeutung, Abwertung und Auslagerung des Pflegesektors kommt es somit zu einer geschlechterspezifischen Kodierung und Migrantisierung (z. B. Bargetz/ Günther 2022).

Neben diesen räumlichen Verflechtungen durch internationale Pflegekräfte entstehen zunehmend ungleiche räumliche Muster der Daseinsfürsorge. Im deutschen Kontext sind zum einen Disparitäten zwischen Ost- und Westdeutschland sowie zwischen ländlichen und urbanen Räumen erkennbar. In Ostdeutschland und überall in ländlichen Räumen kommt es zu einer spürbareren Erosion der Daseinsfürsorge («Reproduktionskrise«, Jürgens 2010) in vielen Bereichen der Pflege, Erziehung und Sozialarbeit. Auch sind ländliche Räume oft Herkunftsregionen von Pflegepersonal. Grundsätzlich werden vor allem aus feministischer Perspektive fehlende räumliche Strukturen und Infrastrukturen für Care-Arbeit sowie die fehlende Berücksichtigung dieser Dimension und Perspektive in der Raumplanung kritisiert (Zibell 2022).

5.3 Beispiele von Sorge- und Care-Arbeit

Die folgenden Initiativen – Büros für Freiwilliges Engagement (FEB), zamma leaba, Friends and more, Eifel Myzel und Neulandgewinner – sollen das Beschriebene veranschaulichen und Möglichkeiten im Umgang mit Sorgearbeit aufzeigen. Die Beispiele stehen zudem für die Vielfaltigkeit von Sorgearbeit, illustrieren ihre Rolle in verschiedenen Lebensbereichen und zeigen auf, wie man verantwortungsvoll damit umgehen kann (siehe hierzu auch das Beispiel von Zeitpolster in 4.5).

Büro für Freiwilliges Engagement und Beteiligung (FEB)

Ort/Region: Vorarlberg/Österreich

Initiator:in: Bundesland Vorarlberg

Gründungszeitpunkt: 1999

Kontakt: <https://vorarlberg.at/-/feb-aufgaben-und-leistungen> (03.04.2023)

Das **Büro für Freiwilliges Engagement und Beteiligung (FEB)** in Bregenz ist eine Einrichtung der Vorarlberger Landesregierung. Das Büro und seine vielfältigen Initiativen illustrieren, wie Aspekte von Gemeinschaft, Freundschaft und gegenseitiger Fürsorge gesellschaftlich neu bewertet und mehr Anerkennung erhalten können. Die übergeordnete Zielsetzung des Büros besteht in der Begleitung und Unterstützung von lokalen Transformationsprozessen im Kontext komplexer Herausforderungen durch Klimawandel und -politik sowie veränderter demographischer und ökonomischer Strukturen speziell in ländlichen Räumen. Ein besonderer Fokus liegt darauf, soziale Beziehungen als Basis für Lebensqualität sichtbar zu machen. Dies wird durch konkrete lokale Projekte, wie die Initiative »zämma leaba« zur Unterstützung des Ehrenamts in einem Mehrgenerationen-Haus in Götzis oder das Schulprojekt »Friends & more« in Riedenburg umgesetzt. Beide zielen konkret auf die Bewusstseinsbildung der Beteiligten ab, um eine Auseinandersetzung mit Wohlstandsfaktoren und Mehrwerten im eigenen Leben anzuregen. So adressiert »Friends and more« Jugendliche und stellt ihnen die Frage, was für jeden Einzelnen im alltäglichen Leben wichtig ist und was Lebensqualität überhaupt ausmacht.

Das Projekt arbeitet mit Schulklassen und konnte bisher zeigen, dass Freundschaften, Familie und das gegenseitige füreinander Dasein bei den Jugendlichen an erster Stelle stehen (Interview mit einer Vertreterin der Initiative am 05.09.2022). Entsprechend wird für die Beteiligten deutlich, dass die sozialen Beziehungen die Lebensqualität bestimmen und nicht das materielle Wachstum, welchem durch monetäre Wertschätzung größere Bedeutung zugesprochen wird. Diese Korrektur beziehungsweise Verdeutlichung der Werte dient dann als Basis, um lokales Sozialkapital durch das Engagement der Beteiligten aufzubauen.

Weitere Informationen: zämme leaba: <https://hdg-vorarlberg.at/beratungsstelle/ehrenamt/zaemma-leaba/> (09.04.2024); Friends & more: <https://is.gd/xErmA9> (05.04.2024)

Eifel Myzel

Ort/Region: Bitburg/Eifel

Initiator:innen: Nadine Stalpes und Dominik König

Gründungszeitpunkt: 2022

Kontakt: <https://eifel-myzel.de> (15.4.2023)

Das Myzel ist ein unterirdisches Pilzgeflecht, welches Pflanzen und Bäumen Kommunikation und den Austausch von Nährstoffen ermöglicht, es dient als Vorbild für das »Eifel Myzel«. Das Myzelium ist ein Nährboden zur Kooperation, ein Ökosystem. In diesem Sinne unterstützt und verbindet das »Eifel Myzel« sozialökologische, nachhaltige und solidarische Projekte und Akteure des Wandels – für eine lebens- und liebenswerte Welt von morgen.

Dabei stellt es auch Selbstverantwortung und alternative, nachhaltige Mensch-Umwelt-, Mensch-Tier-, aber auch Mensch-Mensch-Verhältnisse in den Mittelpunkt. Dahinter verbirgt sich der ganzheitliche Ansatz des »Guten Lebens«, bestehend aus Co-Living, Co-Working und solidarischer Landwirtschaft sowie der Umsetzung von Renaturierungs- und Outdoor-Projekten in der Eifel. Im Zentrum stehen hier Ansätze, die auf Gemeinwohl- und solidarischen Unternehmenskonzepten basieren und einem reinen profit- und wachstumsorientierten Streben entsagen. Die multifunktionalen und selbstgetragenen Daseinsangebote des Eifel Myzels machen im Kontext von Postwachstumspraktiken in ländlichen Räumen Mut und Hoffnung.

Die beiden Gründer:innen, Nadine Stalpes und Dominik König, wollen mit ihrer Arbeit ein neues Unternehmertum in der Eifel etablieren, das den sozialen und ökologischen Wandel mitdenkt und den Mitmacher:innen zu einem resilienteren Leben in Gemeinschaft verhilft, in der sich Menschen gegenseitig auch in Krisen auffangen.

Neulandgewinner

Ort/Region: Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt

Initiator:innen: Thünen-Institut/Robert Bosch Stiftung

Gründungszeitpunkt: 2011

Kontakt: <https://neulandgewinner.de/> (15.04.2023)

Das Förderprogramm der »Neulandgewinner« des Thünen-Instituts für Regionalentwicklung e.V. und der »Neuland gewinnen e.V.«, zielt darauf ab, Praktiken für eine sozialökologische Transformation im ländlichen Raum zu stärken. Der regionale Schwerpunkt des durch die Robert Bosch Stiftung geförderten Programms liegt auf den ostdeutschen Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Neulandgewinner bietet Menschen, die sich in ihren lokalen Gemeinschaften für solidarische Praktiken einsetzen, Fördermittel im Umfang von 50.000 Euro über einen Zeitraum von zwei Jahren. Auch eine erste Förderung im Umfang von 5.000 Euro ist für die Entwicklung von Ideen möglich. Das 2011 ins Leben gerufene Projekt besteht inzwischen aus 120 sogenannten Neulandgewinner:innen, die unkonventionelle Wege gehen, um die Lebensqualität in Dörfern und Kleinstädten in Ostdeutschland zu verbessern. Die geförderten Projekte eint alle eine regionale Verbundenheit (Haese, 2023). Die Projekte umfassen verschiedene Aspekte einer sozialökologischen Transformation von kulturellen Initiativen und Räumen über Gartenbau und Bildungsangebote bis hin zur Ökostromversorgung. Viele stellen die Förderung des gemeinschaftlichen Miteinanders in den Mittelpunkt. So setzt das Projekt »Von 7 bis 87« in der ehemaligen Mädchenschule in Triebsees in Mecklenburg-Vorpommern auf generationsübergreifende Zusammenarbeit und fördert das Voneinander-Lernen und sich umeinander kümmern zwischen Senior:innen und Kindern.

Sorgearbeit und Selbstversorgung durch Gemüse- und Obstanbau: Ein Besuch mit Interview bei den Vereinigten Hospitien in Trier

Die Vereinigten Hospitien in Trier³ sind eine 1804 gegründete gemeinnützige Stiftung öffentlichen Rechts, die sich zum Ziel gesetzt hat, alten, kranken, behinderten und pflegebedürftigen Menschen zu helfen. Die Stiftung ist religiös ungebunden und für alle Konfessionen offen sowie für Menschen ohne Konfession oder religiösem Bekenntnis. Die Angebote inkludieren neben Wohnangeboten unter anderem Alten- und Behindertenhilfe, Kinder- und Jugendhilfe, psychosoziale Beratung und Rehabilitation.

Durch den Fokus auf die Hilfe für alte, kranke, behinderte und pflegebedürftige Menschen und einem entsprechend hohen Anteil an Pflegepersonal ist die Einrichtung stark auf Betreuung und Pflege ausgerichtet. Zum Stiftungsvermögen gehören ein Weingut, ein Forstbetrieb mit Flächen in und um Trier sowie zahlreiche Liegenschaften von insgesamt 1.175 Hektar. In zentraler Lage am Moselufer liegen die Sozialeinrichtungen in einer 6,5 Hektar großen Parkanlage. Zu den Sozialeinrichtungen zählen zwei Altenwohn- und Pflegeheime, Häuser für Betreutes Wohnen, eine Geriatriische Rehabilitationsklinik, eine Einrichtung für Multiple-Sklerose-Kranke, Service-Wohnen für Geistliche im Ruhestand, eine KiTa mit integrierter Krippe sowie eine Wohngruppe für Kinder- und Jugendliche und eine Gerontologische Beratungsstelle. Von den rund 570 Angestellten sind circa 280 Pflegekräfte, deren Motivation zum Beruf nach eigenen Angaben teilweise durch ›helfen wollen‹ beziehungsweise ›sich kümmern‹ geprägt ist.

Außer den Pflegekräften arbeiten hier Ärzte, Therapeuten und Betreuungskräfte, Erziehende sowie Angestellte in Verwaltung, IT, Küche und dem Weingut. Durch die Zielsetzungen der Stiftung kommt es zu einem Selektionseffekt beim Personal, bei dem die persönliche Erfüllung und der Wunsch, etwas Gutes zu tun, und damit die Sinnhaftigkeit der Arbeit an erster Stelle stehen. Dies wird auch von der Stiftungsdirektorin hervorgehoben: »Hier arbeiten keine Homo Oeconomicusse, sondern Menschen, die in ihrem Beruf nach Sinn und Werten suchen.«

Wir haben mit Florian Probst, dem gärtnerischen Leiter⁴ der Vereinigten Hospitien, gesprochen, der 2023 zum ersten Mal ein Projekt zum Gemüse- und

3 Siehe <https://www.vereinigtehospitien.de/> (03.04.2023).

4 Florian Probst ist seit 2020 als Leiter der Gärtnerei für die Vereinigten Hospitien in Trier tätig.

Obstanbau für Mitarbeitende der Vereinigten Hospitien ins Leben gerufen hat. Neben ihm sind gegenwärtig vier weitere Personen in der Gärtnerei tätig. Wir haben uns mit Florian Probst über den Ursprung, die Umsetzung, Mehrwerte und Zukunftspläne seiner Initiative unterhalten.

Abbildung 5.1: Florian Probst (rechts) am Gemüse-Stand für Mitarbeitende mit Produkten aus dem Eigenanbau, hier mit Kürbissen.



Foto: Vereinigte Hospitien.

Wie kam es zu dem Projekt? Was waren die Auslöser?

Angefangen hat es damit, dass ein Mitarbeiter der Gärtnerei vor zwei Jahren, also 2021, mit der Anzucht von ein paar Tomatensamen so erfolgreich war, dass

das Team die Idee entwickelte, die im Frühjahr nach der Außenbepflanzung leer werdenden Gewächshäuser zum Gemüse- und Obstanbau zwischen zu nutzen. Sowohl die Infrastruktur als auch das gärtnerische Know-how durch das Personal standen dem gärtnerischen Team zur Verfügung.

Zusätzliches Wissen zum Gemüseanbau eignete das Team sich unter anderem durch Videos im Internet an. Ausschlaggebend für die Umsetzung der Idee waren dabei auch die steigenden Lebensmittelpreise und zunehmenden Lebenshaltungskosten. Kostenfreies Gemüse und Obst aus dem Eigenanbau sollte, so zunächst die Idee, in den Betrieb der Vereinigten Hospitien rückgeführt oder den Bewohnerinnen und Bewohnern der Pflegeeinrichtungen zur Verfügung gestellt werden.

Wie wurde das Projekt umgesetzt?

2022 wurde zunächst mit wenigen Tomatenpflanzen getestet, um verschiedene Anbautechniken und Ertragssteigerungen auszuprobieren. Die Leitung der Vereinigten Hospitien unterstützte die Umsetzung und ließ dem gärtnerischen Team große Entscheidungsfreiheit. Anfang 2023 startete das Projekt dann in den Gewächshäusern mit der Anzucht von Chilipflanzen. Hinzu kamen neben Tomaten eine große Breite an Gemüse- und Obstsorten, unter anderem Zwiebeln, Knoblauch, Möhren, Sellerie, Gurken, Zucchini, Kohlrabi, Grünkohl, Kürbisse, Wassermelonen, aber auch exotischere Pflanzen wie Tomatillos, Physalis und Ananas.

Die Auswahl der Sorten lag dabei bei der gärtnerischen Leitung, die aber auch für Vorschläge und Wünsche von Kolleginnen und Kollegen anderer Arbeitsbereiche offen war. Alle Pflanzen wurden aus Samen selbst gezogen. Die Samen wurden ausschließlich von ökologischen Abnehmern bezogen. Neben den circa 100 Euro hohen Kosten für das Saatgut wurde noch eine Bewässerungsanlage für das Gewächshaus in Höhe von circa 200 Euro angeschafft.

Damit ließ sich der Arbeitsaufwand des Gartenteams für die Aufzucht und die Umsetzung des Projektes nach eigenen Angaben minimieren. Die Umsetzung kann als freies Experimentieren verstanden werden. Erfahrungen und Anleitungen aus YouTube-Videos zur Aufzucht von Tomaten wurden beispielsweise in verschiedenen Testbereichen umgesetzt, um Aufzucht und Ernteerträge zu evaluieren. Hierzu zählten Bindetechniken, hohe Kübel für Hängetomaten und Freilandarten. Auch der Test mit drei Ananaspflanzen verlief erfolgreich. Ein befreundeter Bauer stellte Mangold für einen Testlauf zur Verfügung, der vor allem bei älteren Abnehmenden auf großes Interesse stieß.

Die Bilanz aus dem ersten Anbaujahr fiel entsprechend positiv aus. Aufgrund des Wetters und sehr geringem Befall durch Schädlinge konnten alle Saatlinge ausgesetzt und zur Ernte gebracht werden. Auch wurde der Ertrag vom gärtnerischen Team als sehr hoch eingeschätzt. Die Kohlrabis waren mit durchschnittlichen 7 kg pro Stück, wie auch die Kürbisse überaus ertragreich (siehe Abbildung 5.1).

An wen und wie wurde das Gemüse und Obst verteilt?

Ursprünglich bestanden Überlegungen, die Produkte aus dem Eigenanbau innerhalb der Stiftung entweder in der Küche zu verarbeiten oder an die Bewohner in den verschiedenen sozialen Einrichtungen zu verteilen.

Eine Verarbeitung in der Großküche war jedoch aus verschiedenen Gründen nicht umsetzbar. Vor allem auch unter dem Ziel der Personalfürsorge und in Abstimmung mit dem Personalrat entschied sich die Einrichtung schließlich, das Gemüse als Beitrag zur Betrieblichen Gesundheitsförderung allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im gleichen Maße erntefrisch zur Verfügung zu stellen. Entsprechend wurden die Produkte zweimal pro Woche jeweils dienstags und donnerstags am frühen Nachmittag für zwei Stunden über einen Stand auf dem Gelände der Vereinigten Hospitien angeboten.

Der Zeitraum der Ausgabe erlaubte sowohl dem Früh- als auch Spätschichtpersonal gleichwertigen Zugang zu den Produkten. Der Stand wurde durch bereits engagierte Ehrenamtliche unterstützt. Die Kommunikation zur Ausgabe der erntefrischen ökologischen Produkte lief über interne Kanäle mit Rundmails. Als Ausgabestation diente ein Weihnachtsmarktstand der Vereinigten Hospitien (Abbildung 5.1).

Wie wurde das Projekt aufgenommen?

Das erntefrische Gemüse und Obst wurde immer und auch schnell verteilt. Die Abnahmemengen waren aufgrund des Wetters zum Teil so hoch, dass die Ernte mit einem Anhänger zum Stand gegenüber der Gärtnerei gebracht werden musste. Der Stand bot neben frischen Produkten auch eine Begegnungsstätte, welche weit über die alltäglichen beruflichen Kontakte hinausging (Abbildung 5.2).

So kam es zu einem zunehmenden Austausch auch zwischen Personal, welches sonst wenig Berührungspunkte hatte. So schätzte das philippinische Pflegepersonal vor allem die Breite an Chilivariationen und es kam zum Austausch von Rezept- und Zubereitungsempfehlungen. Das Projekt wurde entsprechend positiv aufgenommen, nicht nur durch die Mitarbeitenden,

sondern auch durch das Gartenteam selbst. Neben der Freude am Experimentieren und an der Umsetzung des Projektes wurde auch die Stärkung von Beziehungen zu anderen Personen betont.

Bestand zuvor die Kommunikation überwiegend aus Beschwerden hinsichtlich Geräuschbelästigung durch Rasenmäher oder Laubblasgeräte, so erhielt die Gärtnerei nun Besuch von vielen Menschen, die sich bedanken und auch den Anbau bewundern wollten. Positive Rückmeldungen kamen auch per E-Mail und das Gartenteam erfuhr eine ganz andere Wertschätzung der eigenen Arbeit.

Schließlich entwickelte das Projekt auch den Charme der Bedürfnisgerechtigkeit, da natürlich nur jene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Gemüse-Angebot nutzten, die selbst keinen eigenen Garten haben.

Die Idee einer Zwischennutzung bestehender Gartenbauinfrastruktur zur Gemüseanzucht hat sich auch schon punktuell über die Vereinigten Hospitien hinaus verbreitet. So plant inzwischen eine weitere Einrichtung mit Kindertagesstätte für das kommende Jahr ein solches Projekt, nachdem sie über persönliche Kontakte von der Initiative erfahren hatte.

Abbildung 5.2: Der Gemüse-Stand als Begegnungsstätte.



Foto: Vereinigte Hospitien.

Gab es auch Schwierigkeiten oder Herausforderungen?

Die einzigen angesprochenen Herausforderungen bestanden hinsichtlich der Befürchtung des gärtnerischen Teams, dass Diebstahl beziehungsweise Mundraub innerhalb der öffentlich zugänglichen Anlagen vorkommen könnte. Entsprechend war das Team bemüht, die Information über das Anbauprojekt so gering wie möglich zu halten, um unerlaubte Nutzungen zu reduzieren. Unerlaubtem Ernten beziehungsweise Pflanzendiebstahl wurde durch das Anbringen von Warnhinweisen im vorderen Bereich der Anlage entgegengewirkt.

Bestehen Pläne für die Zukunft?

Nach einem sehr erfolgreichen ersten Jahr soll das Projekt in den nächsten Jahren weitergeführt werden. Dabei soll die Anbaufläche erweitert werden. Auch das Experimentieren wird fortgesetzt und um noch nicht getestete Arten, wie z. B. Auberginen, erweitert. Neben der Erweiterung des Angebots besteht die Überlegung, in der Zukunft regionale Schwerpunkte durch ausgewählte Anbaukombinationen zu setzen (beispielsweise im Format eines »italienischen Jahrs« mit Zutaten für italienische Gerichte).

Denkbar wären auch gemeinsame Projekte im Bereich Gemüseanbau mit dem benachbarten Kinderheim und -hort, aber auch Schulen oder anderen Institutionen, um das Verständnis und Kompetenzen zur Selbstversorgung, aber auch zur gesunden Ernährung anzuregen.

Der Besuch in der Gärtnerei fand am 6. September 2023 statt, das Interview mit der Stiftungsdirektorin am 18. Oktober 2023.

5.4 »Sorgende Initiativen« fördern

Ein zentrales Anliegen dieses Kapitels ist die Frage, wie die informelle Sorgearbeit, also diejenige, die innerhalb der Familie und des Freundeskreises erbracht wird, so gefördert werden kann, um einen angemesseneren Stellenwert in der Gesellschaft zu erfahren. Im Kontext der neoliberal produzierten Sorgelücke, die zu staatlichen und privaten Engpässen in der Daseinsfürsorge geführt hat, rücken dabei neue Formen der Daseinsfürsorge in den Mittelpunkt, wie sie aus der Perspektive der *Diverse Economies* vorgestellt wurden.

Tätigkeiten und Initiativen, die einem diversen Wirtschaftsverständnis entsprechen, haben in den letzten Jahren zunehmend Interesse auf sich ge-

zogen, da sie in lokalen und regionalen Transformationsprozessen im Sinne einer nachhaltigkeitsorientierten Regionalentwicklung eine Rolle spielen (Affolderbach/Schulz 2024). Im Gegensatz zu vielen wachstumsorientierten Nachhaltigkeitsansätzen, die technologische Innovationen als Lösungsansatz propagieren, stehen hier soziale Innovationen im Mittelpunkt. Soziale Innovationen umfassen soziale Interaktionen, Praktiken und Organisationsformen, die Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen hinsichtlich des gemeinschaftlichen Zusammenlebens, Arbeitens und Miteinanders bieten. Hierzu zählen beispielsweise neue Prozesse, Verhaltensweisen oder Arbeitsformen, die Angebote durch Mehrgenerationen-Häuser, solidarisch-basierte Unternehmenskonzepte, gemeinschaftliche Mobilitätskonzepte oder Tauschbörsen schaffen, wie sie auch in den vorgestellten Beispielen skizziert wurden.

Aufgrund ihrer Rolle in Transformationsprozessen besteht zunehmendes Interesse, soziale Innovationen zu fördern (BMBF 2023). Von besonderer Relevanz ist es dabei, die Kontextbedingungen beziehungsweise die Faktoren besser zu verstehen, die soziale Innovationen entstehen lassen und fördern. Verschiedene Regionen beziehungsweise Standorte bieten unterschiedliche Kontexte, welche durch institutionelle Rahmenbedingungen, Akteurkonstellationen und Pfadabhängigkeiten geprägt werden. So verweist das Büro für Freiwilligenengagements und Beteiligung (FEB) der Vorarlberger Landesregierung in Bregenz (siehe oben) auf den lokalen Kontext, der soziale Innovationen und gemeinwohlorientierte Initiativen fördert. Hierzu zählen die relativ kleine Größe der Region, welche soziale Beziehungen durch räumliche Nähe stärkt (siehe unten), ausreichende finanzielle Ressourcen der Gemeinden zur Förderung des Sozialkapitals sowie eine historisch bedingte Unabhängigkeit der Region im Vergleich zu anderen Regionen Österreichs, die schon seit Längerem die Innovationsfreudigkeit der Region begründen.

Welche Räume benötigen sorgende Initiativen und welche Räume reproduzieren sie?

Was sind – genereller gesprochen – entscheidende Faktoren, die Initiativen des Sorgens und Pflegens fördern? Welche Räume brauchen wir, um für uns beziehungsweise für andere zu sorgen? Wie und warum entstehen Initiativen an bestimmten Orten, aber nicht an anderen? Und wie lassen sich erfolgreiche Modelle replizieren oder auch hochskalieren?

Noel Longhurst (2013) spricht, basierend auf dem Beispiel der in England entstandenen Transition-Town-Bewegung, in diesem Zusammenhang von alternativen Milieus. Diese entwickeln sich meist über längere Zeiträume, wie das Beispiel von Bregenz illustriert, und sind orts- beziehungsweise regionspezifisch. Häufig spielen bestimmte Akteure beziehungsweise Akteursgruppen, Praktiken und Identitäten eine wichtige Rolle für die Entstehung alternativer Milieus. Wichtig sind Individuen und Gruppen, die als Agenten des Wandels oder als »Kümmerer« Wandel initiieren und umsetzen. Kümmerer sind engagierte Personen, die Veränderungen in der Gesellschaft vorantreiben wollen, sich verantwortlich fühlen, Verantwortung übernehmen und andere zum Mitmachen motivieren (Ebert/Leseberg/Pautzke et al. 2016). Diese Kümmerer agieren jedoch nicht in einem kontextfreien Raum und bedürfen gewisser institutioneller und räumlicher Strukturen, ob beispielsweise durch Fördermittel, Flächenverfügbarkeit oder gesellschaftliche/institutionelle Unterstützung und Wertschätzung. Förderlich wirkt sich auch die Präsenz beziehungsweise geographische Nähe bestimmter Institutionen und Organisationen aus, so beispielsweise ThinkTanks, NGOs und Vereine, welche durch Überschneidung politischer, thematischer oder gesellschaftlicher Zielsetzungen Know-how, Wissen, Zugang zu Netzwerken und gesteigerte Sichtbarkeit bieten können.

In anderem Kontext belegt Patrick Devine-Wright (2013: 2009), dass lokales beziehungsweise regionales Engagement stark durch das Gefühl von Verbundenheit (ein sogenanntes »place attachment«) bestimmt wird. Dies ist nicht zwangsläufig durch die Aufenthaltslänge der Personen und Gruppen in der Region gegeben, sondern dadurch, wie stark sich eine Person sozial, aber auch mit der baulichen und physischen Umwelt verbunden fühlt. Das Konzept der Nähe beschreibt diese verschiedenen sozialen, emotionalen, kulturellen und auch räumlichen Verhältnisse. Die Verhältnisse können sich gegenseitig bedingen. Räumliche Nähe fördert soziale, emotionale und kulturelle Nähe und wird in vielzähligen Modellen entsprechend eingesetzt (z.B. Schaffung von Räumen für soziale Begegnungen, gemeinschaftlich genutzte Räume und Flächen durch Baugruppen). Aber auch virtuelle Räume können Nähe und Gemeinschaft fördern und Netzwerke beziehungsweise Verknüpfungen stärken. Auch im Bereich des Wissenstransfers und Lernens wird räumliche Nähe als wichtiger Faktor angesehen (Bathelt/Malmberg/Maskell 2004). Nähe basiert auf Vertrauen, Akzeptanz, Zugehörigkeit und gemeinsamen Werte(verständnisse)n und/oder deren Aushandlung, aber auch Selbstwirksamkeit und Verantwortung werden in diesem Zusammenhang mitgedacht.

Soziale Nähe wiederum beeinflusst, wie wir Räume denken und erleben. Aber auch physische, bauliche und raumplanerische Aspekte spielen hierbei eine Rolle.

Was kann die Rolle der räumlichen Planung sein?

In Bezug auf die Raumplanung fordern kritische Stimmen seit Jahrzehnten aufeinander abgestimmte Strukturen und Infrastrukturen, welche vor allem Hauswirtschaft (und damit verbundene Pflegearbeit) und Erwerbswirtschaft besser miteinander vereinbar machen (Terlinden 1990; Zibell 2022; Biesecker/Hofmeister 2013). Doch die (deutsche) Raumplanung ist (noch) auf das Lebensmodell der Erwerbsarbeit ausgerichtet und berücksichtigt die Alltagsrealitäten von Sorgearbeitleistenden nicht. Dieser Alltag ist durch komplexe und zerteilte Wege zu verschiedenen Standorten charakterisiert, welche durch eine Funktionstrennung in der Raumordnung erschwert wird. Das Planungsideal einer funktionellen Stadt erschwert darüber hinaus die Erbringung von Sorgearbeit durch fehlende Nahversorgungsinfrastruktur (Geschäfte, Dienstleistungen, Schulen, Kindertagesstätten). Kritisiert wird hier auch häufig, dass die Raumplanung durch Interessen geprägt wird, welche selbst nicht Teil der sorgearbeiterbringenden Bevölkerung ist (Zibell 2022).

Diese hier skizzierten Konzepte scheinen ähnlichen Logiken und Mechanismen zu folgen, die sich auch auf die Idee der sorgenden Grundhaltung von Wohlstandalternativen übertragen lassen. Vor diesem Hintergrund sollen die folgenden, teils schon bekannten, Beispiele die Rolle von Agenten des Wandels beziehungsweise Akteuren, institutionellen Kontexten und sich daraus ergebenden räumlichen Bezügen und Konzepten erläutern.

5.5 Erkenntnisse und weitere Überlegungen

Das im Interview vorgestellte Beispiel der Initiative der »Vereinigten Hospiten« zum Anbau von Obst und Gemüse zur Versorgung der Angestellten innerhalb der gemeinnützigen Einrichtung verdeutlicht verschiedene Faktoren des räumlichen Kontextes (siehe oben). Die Initiative erscheint aufgrund der dort verfügbaren Ressourcen naheliegend, ist jedoch nicht selbstverständlich. Viele gemeinnützige Institutionen bieten einen fürsorgenden Kontext und verfügen über entsprechende Flächen und Ressourcen, aber aus ähnlichen Kontextbe-

dingungen ergibt sich nicht automatisch die Nutzung dieser und somit keine Kontingenz.

Die Initiator:innen des »Eifel Myzels« wollen einen Raum schaffen, um gemeinsam mit anderen neue umwelt- und materialitätsbewusste Erfahrungen zu sammeln und damit einen Wandel des marktwirtschaftlich orientierten Menschenbildes zu ermöglichen. Dabei differenzieren sie einen äußeren und einen inneren Wandel: Ersterer beinhaltet das Konzept und die Struktur des gemeinschaftsbasierten Wirtschaftens, weg von Individualismus, Egoismus und Gewinnstreben hin zu mehr Verantwortungsübernahme, mehr Gemeinschaft und mehr Bedürfnisorientierung. Dabei ist ein bewusster Umgang mit der Natur gemeint und ein bewusstes Agieren innerhalb der planetaren Grenzen. Hinter dem inneren Wandel steckt auch das Konzept des gemeinwohlbasierten Wirtschaftens und die Notwendigkeit zu mehr Achtsamkeit und zu einem besseren Verständnis der eigenen Bedürfnisse, zu echter, bedarfsgerechter Kooperations- und Beziehungsfähigkeit.

Als Kernelement im Sinne eines Wohlstandsverständnisses wird hier das »gute Leben« genannt, was als inneres Wohlbefinden, Freiheit, Gesundheit, ein maßvoller Umgang mit Konsum, der weder Mensch, Tier und Natur schadet, gutes Essen in Einklang mit der Natur, Bildung, Kultur, Beziehungsfähigkeit, soziales Miteinander definiert wird. Während der äußere Wandel aufgrund physischer und materieller Ausprägungen im Raum klar verortet werden und zu einem lokalen beziehungsweise regionalen Netzwerk gemeinwohlorientierter Initiativen führen kann, kann ein innerer Wandel individuelle Verbundenheit im lokalen oder regionalen Kontext und damit die Bildung beziehungsweise Festigung eines alternativen Milieus stärken.

Vor allem der ländliche Raum steht hinsichtlich der Daseinsfürsorge vor großen Herausforderungen. Neben den spürbar werdenden Auswirkungen des Klimawandels ist es hier besonders zu einer Erosion der Sorgearbeitsinfrastruktur gekommen. Das Programm »Neulandgewinner« illustriert die zentrale Rolle von Individuen als Kümmerer in der Umsetzung von Gemeinwohlinitiativen und Care-Praktiken, betont aber auch die Raumbezogenheit der lokal verankerten Projekte. Engagierte verstehen es, dem ländlichen Raum transformative und neue Bedeutungskontexte zuzuschreiben und lassen peripherisierte Regionen als Experimentierräume erscheinen, die für Lösungen jenseits des Stadt-Land-Gegensatzes stehen (Haese/Althaus 2023). Haese und Althaus (2023) interpretieren die Suche nach Vergemeinschaftungsformen selbst als Care-Praktik und Aushandlungsprozess in der Gemeinschaft.

Das bereits in Kapitel 4 vorgestellte Beispiel »Zeitpolster« ist zunächst räumlich lokalisiert. Leistungen der Sorgearbeit basieren auf geographischer Nähe, ohne die benötigte Hilfe nicht erbracht werden kann. Sorgearbeit-nachfrage und Sorgearbeitsangebot bedürfen räumlicher Nähe. Entsprechend veranschaulicht das Beispiel ebenfalls die Zentralität des ermöglichenden geographischen Raums. Andere Zeitbankinitiativen sind nicht auf einen Standort oder eine Kommune beschränkt, sondern fördern räumliche Vernetzung. Das japanische »Fureai Kippu«-System bietet eine solche regionsübergreifende Fürsorge. Kann Sorgearbeit beispielsweise aufgrund räumlicher Distanz nicht selbst im Familien- oder Freundeskreis erbracht werden, so kann die eigene Sorgearbeit für andere – gemessen in erbrachter Arbeitszeit – gegen Sorgearbeit in größerer Entfernung angerechnet werden.

Die Schaffung von Räumen zur Förderung und Sicherstellung von Sorgearbeit, Fürsorge und Gemeinschaft haben hohe politische und planerische Relevanz. Auch wenn Daseinsvorsorge und eine gleichwertige räumliche Versorgung der Bevölkerung ein zentrales planerisches Leitbild beschreiben, so ist die Förderung alternativer Milieus aufgrund der fehlenden Kontingenz schwer vorhersehbar und planbar und somit nur schwer steuerbar. Die räumliche Nähe ist dabei entscheidend für das Gelingen der beschriebenen Aktivität. Zu wichtigen ermöglichenden Faktoren zählen aber auch, wie das Beispiel Neulandgewinner illustriert, die Verfügbarkeit von Fördermöglichkeiten. Wichtig ist ebenfalls die Identifizierung und das Zusammenbringen von verschiedenen Akteuren (und Prozessen) aus Planung, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

5.6 Thesen und Positionierung

Das Kapitel hat den Handlungsbedarf hinsichtlich Sorgearbeit und Care als zentralen Pfeiler unserer Gesellschaft aufgezeigt und seine Relevanz im Kontext von Wohlstandsalternativen deutlich gemacht. Darauf basierend wurden die folgenden Thesen abgeleitet, sie verlangen besondere Aufmerksamkeit, um die Bedingungen für Sorgearbeit und Pflege zu verbessern.

Sorgearbeit besser sichtbar machen

Care- und Sorgearbeit muss sichtbarer gemacht werden und so eine höhere gesellschaftliche Wertschätzung erhalten. Es geht um gesellschaftliche Werte und Normen, welche durch Initiativen wie die der Voralberger Landesinitiati-

ve im Büro für Freiwilliges Engagement und Beteiligung (FEB) oder der Who-Cares-App hinterfragt werden und eine öffentliche Sensibilisierung für den enormen Stellenwert von Sorge(arbeit) innerhalb der Zivilgesellschaft fördern können. Großes Gewicht kommt hierbei auch (Aus-)Bildungsinstitutionen zu, denn sie beeinflussen schon früh unser Verständnis von Sorge und Pflege sowie der zentralen Rolle der Reproduktionsarbeit für die Gesellschaft.

Die Fülle von Projekten und Initiativen, die sich singular, institutionell und im öffentlichen Raum widerspiegelt, so wie sie hier exemplarisch illustriert wurden, gilt es, ins Rampenlicht zu stellen. Dies muss durch Vernetzung wie zum Beispiel über das Netzwerk Care-Revolution⁵ sowie eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit in alle gesellschaftlichen und politischen Sphären erfolgen.

Auch Geschlechtergerechtigkeit und Intersektionalität sind im Zusammenhang des Ringens um Sichtbarkeit und Gerechtigkeit zu nennen; sie erweitert die Fülle existierender und relevanter Maßnahmen, die gesellschaftlicher und politischer Aufmerksamkeit bedürfen, wie zum Beispiel Care.Macht.Mehr⁶, das Bundesforum Männer⁷ oder die Schweizer GrossmütterRevolution⁸. Bislang sind es einzelne, oftmals voneinander isolierte Projekte, die sich jedoch weiterentwickeln und sich vernetzen müssen, um zu festen Bestandteilen zu werden, die auch institutionell dauerhaft etabliert sind.

Strukturen und Möglichkeitsräume schaffen

Strukturen und Räume müssen für und zur Umsetzung, Unterstützung und Förderung von Pflege und Sorgearbeit geschaffen werden. Zusätzlich zu Fördergeldern zur Entwicklung und Weiterführung von Initiativen (siehe das Beispiel Neulandgewinner) sind auch neue Formate gefragt. Neben zentralisierter Sorgearbeit und Pflege in öffentlichen und privaten Institutionen ermöglichen verschiedene Konzepte die Einbindung in die gemeinschaftliche Lebensorganisation.

5 Siehe <https://care-revolution.org/> (03.04.2024).

6 Siehe <https://care-macht-mehr.com/> (03.04.2024).

7 Siehe <https://bundesforum-maenner.de> (03.04.2024).

8 Siehe <https://www.grossmuetter.ch/ueber-uns/grossmuetterrevolution/> (03.04.2024).

So bieten Mehrgenerationen-Häuser oder Konzepte der Studierendenwerke auf der Basis des »Wohnens für Hilfe«⁹ Integration in den Alltag. Wichtig ist auch die Vernetzung und Stärkung von Sorgearbeitleistenden. Initiativen wie das internationale The Care Lab¹⁰ in Barcelona oder das D-Care Lab¹¹ der Diakonie Baden unterstützen den Wissenstransfer und den Austausch zwischen Akteuren. Für Kommunen und Regionen heißt dies, dass sie neben der Unterstützung neuer Formate auch konkrete Angebote und Anlaufstellen schaffen müssen, welche das im Kontext des Kuratierens angesprochene Bereitstellen von dialogischen Kollaborationsangeboten und Formaten sicherstellen.

Räume können aber auch per se durch Planung und Architektur zu sorgetragenden Umwelten entwickelt werden. Gemeint ist, dass durch eine sorgende Planung gewaltfreie, sichere und zugängliche Räume zur Verfügung gestellt werden können. Planung sollte dies als relevante Aufgabe anerkennen und so zu einem sorgetragenden Instrument werden (Krasny 2023a).

Breite(re) Anerkennung herstellen

Sorgearbeit muss dringend anerkannt werden. Zum einen ist die monetäre Anerkennung und Wertschätzung von Pflegearbeit wichtig, nicht zuletzt auch als Ausgleich zu nicht leistbarer Erwerbsarbeit. Aber auch andere Möglichkeiten wie Steuervergünstigungen, kostenfreier oder reduzierter Zugang zu ÖPNV, Zugang zu ausgleichschaffenden Angeboten wie Sport-, Therapeutische oder Wellnessangebote sind hier vorstellbar. Auch reduzierte Arbeitszeiten bei gleicher Lohnfortzahlung wären eine Möglichkeit, die den Pflege- und Carearbeitleistenden Personen zustehen sollte.

In Corona-Zeiten wurde diese Möglichkeit bereits angeboten und hat sich als umsetzbar und hilfreich gezeigt. Diese und weitere Optionen sollten vom Arbeit- oder Gesetzgeber zum Regelfall erklärt werden und zusätzlich zu bereits bestehenden Rechten, Vergünstigungen und Anerkennungen gewährt werden.

9 Siehe <https://www.studierendenwerke.de/themen/wohnen/tipps-zur-wohnungssuche/wohnen-fuer-hilfe> (05.04.2024).

10 Siehe <https://www.thecarelab.org/> (03.04.2024).

11 Siehe <https://www.diakonie-baden.de/verband/innovation-digitalisierung/d-care-lab-bw> (03.04.2024).

Verantwortliche und Beauftragte für regionale Care- und Sorgearbeit benennen

Durch konkrete Zuständigkeiten in Form von Kümmerern, Ansprechpersonen oder der Einrichtung entsprechender institutionellen Settings sollte es in Behörden, öffentlichen Einrichtungen und im Zusammenhang von Arbeitgeber-Verhältnissen Verantwortliche beziehungsweise Beauftragte für regionale Care- und Sorgearbeit geben. Ähnlich wie Betriebs- oder Personalräte, Gleichstellungs- oder Nachhaltigkeitsbeauftragte sollten auch Verantwortliche eingesetzt werden, die in den Bereichen der Care- und Sorgearbeit Gerechtigkeit und Unterstützung sicherstellen beziehungsweise bieten.

Diesen Verantwortlichen sollten konkrete Zuständigkeiten zugewiesen werden. In der Raumplanung könnte dies auf lokaler, aber auch regionaler Ebene etwa durch Beauftragte für Care-sensitive Stadt- und Regionalentwicklung umgesetzt werden.

6. Steuern und Gestalten

Neue Leitbilder und Wohlstandsindikatoriken als Gegenstand regionaler Governance-Arrangements

Bastian Lange, Christian Schulz, Sabine Weck

Abstract *Damit alternative Wohlstandsverständnisse sich in regionalpolitischen Entwicklungsstrategien sowie in der räumlichen Planung niederschlagen, bedarf es einerseits einer Verständigung auf veränderte Ziele und Leitbilder sowie andererseits geeigneter Methoden der Wohlstandsbewertung. In diesem Kapitel wird zunächst betont, dass es zur Entwicklung von Leitbildern und deren Umsetzung starke Allianzen politischer, administrativer, wirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure braucht. Anschließend diskutieren wir, wie in solchen Governance-Arrangements neue Narrative entwickelt und in transformative Leitbilder überführt werden können.*

Um ambitionierte Ziele von Dekarbonisierung und Klimaneutralität zu erreichen, sind Leitbilder notwendig, die idealerweise auch klare Zielvorstellungen benennen und diese mit Zeithorizonten verknüpfen. Das Erreichen dieser Ziele kann sodann über geeignete Monitoring-Systeme mit aussagekräftigen Indikatoren begleitet werden. Neue Methoden der Wohlstandsbewertung gehen – wie die Beispiele Gemeinwohlbilanzierung und Donut-Ökonomie zeigen – weit über bisher etablierte Indikatoren der Wohlstandsmessung hinaus und können vor Ort eine eigene Performativität hinsichtlich Problemsensibilisierung und Mobilisierung von Akteuren entfalten. Dies verdeutlichen wir am Beispiel des Brüssel-Donut-Projekts.

6.1 Partizipation und Steuerung

Klimaanpassungsziele und die damit verbundene Transformation zu einer postfossilen Energieversorgung sind durch zahlreiche global abgestimmte multilaterale Abkommen seit Jahren auf nationaler Ebene ratifiziert. So eindeutig und unmissverständlich die Zielsetzung ist, so offen und multiper-

spektivisch sind die entsprechenden Wege, sich auf lokaler und regionaler Ebene auf akzeptierte und legitimierte Absenkpfade zur CO₂-Minimierung bis hin zur Klimaneutralität zu verständigen.

Diesen Umstand greifen wir in diesem Beitrag auf, in dem wir alternative Handlungspraktiken, wie stoffstromliche CO₂-Absenk- und Bilanzierungspraktiken oder gemeinwohlorientierte Wirtschaftsentwicklung um die Frage ihrer regionalen Steuerung sowie ihrer partizipatorischen Mitentscheidung erweitern. Wir gehen dabei davon aus, dass es zur Durchsetzung alternativer Wohlstandsverständnisse in regionalpolitischen Entwicklungsstrategien sowie in der räumlichen Planung einerseits eine Verständigung auf veränderte Ziele und Leitbilder sowie andererseits geeignete Methoden der Wohlstandsbewertung (Indikatorik) braucht.

Aktuell fehlt für die Anerkennung zukunftsfähiger Wohlstandsmodelle und -indikatoren oftmals die breite Akzeptanz bei Bevölkerung und Politik. Der enorme politische Widerstreit um angemessene Absenkpfade für CO₂-neutrale Energieproduktionen bestärkt uns, die Rolle von Leitbildern und Narrativen als kommunikative Ressourcen zum Verhandeln, Aushandeln und Festlegen von Transformationspfaden auf regionaler Ebene in Augenschein zu nehmen. Derartige lokal und regional vermittelte alternative Leitbilder benötigen verstärkt – so unsere Beobachtung – fundierte Akzeptanz durch Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Rein top-down formulierte Leitabsichten, wie sie in den vergangenen Dekaden auch die Raumplanung vorlegte, basierten lange Zeit nur auf einem Konsens von prioritären Stellvertreter- und Interessengruppen. Partizipative Formate der Leitbildentwicklung sowie Instrumente der direkten Demokratie (z.B. Bürger:innenentscheide) finden vermehrt An- und Verwendung, wenn eine Gemeinde oder Region ambitioniertere Ziele etwa zum Erreichen von Dekarbonisierung sowie ›Klimaneutralität‹ beschließt. Das Verfolgen solcher Ziele muss sodann durch ein geeignetes Monitoring aussagekräftiger Indikatoren begleitet werden.

Vor diesem Hintergrund stellt der Beitrag alternative Indikatoriken zur Bemessung und Erfassung von Wohlstand vor, die in den vergangenen Jahren einen regen Zulauf erfahren haben. Parallel wird der Beitrag politische sowie gemeinschaftliche Bestrebungen wachstumskritischer alternativer Lebensformen sowie Politikansätze beleuchten. Neben stoffstromlichen Bilanzierungen verschiedener Ressourcen sowie entsprechenden Modellierungen auf unterschiedlichen Maßstabsebenen haben in jüngster Zeit verschiedene Indexe das subjektive oder kollektive Wohlbefinden zu erfassen versucht.

Während Stoffstrombilanzierungen den Fokus auf Güter und Ressourcen richten, haben sie Menschen tendenziell als Konsument mit bestimmten Verhaltensweisen ins Bemessungskalkül und die Modelle integriert. Fügt man dagegen menschliche Bedürfnisse als Indikatorik in die Bemessung ein, wird schnell klar, dass ebenso hohe Kontextunterschiede maßgeblich die Betrachtungslogik bestimmen. Wir analysieren daher an wenigen ausgewählten Fällen von Regionen in Europa die Prozesse und Governance-Arrangements, mit denen aktuell daran gearbeitet wird, derartige Bemessungsindexe in die Welt zu bringen.

Der Beitrag ist wie folgt gegliedert: In Kapitel 6.2 werden zunächst konzeptionelle soziale Innovationen und Bündnisse, aus denen Absichten für die Reformulierung regionaler Wohlstandsbemessungen in jüngster Zeit erwachsen, eingeführt. Daran schließt sich eine Betrachtung der Rolle von Leitbildern und Narrativen in Kapitel 6.3 an. Kapitel 6.4 stellt ergänzende oder neue Indikatoriken als Antworten auf globale Erkenntnisse der planetaren und anthropozänen Grenzen vor. In Kapitel 6.5 werden Thesen formuliert und anschließend in 6.6 mit dem Konzept der Donut-Ökonomie ein aktuell intensiv diskutierter Ansatz beleuchtet.

6.2 Bündnisse bauen

Die Verpflichtung zum Gemeinwohl lässt sich aus dem Grundgesetz ableiten und ist im kommunalen Planungshandeln ebenso verankert wie im gesetzlich verankerten Anspruch an gleichwertige Lebensverhältnisse im Bundesgebiet. Eine gemeinwohlorientierte regionale Entwicklung ist somit normativer Anspruch, aber sie realisiert sich in einem (teils konflikthaften) Prozess der Aushandlung unterschiedlicher Interessen und Positionen. Alternative Wohlstandsverständnisse in regionalpolitischen Entwicklungsstrategien realisieren sich in einem gesellschaftlichen Aushandlungsprozess, der auf unterschiedlichen Ebenen (von lokal bis überörtlich) und in unterschiedlichen Bereichen (Wohnen, Daseinsvorsorge etc.) stattfindet.

Breite Bündnisse und regionale Zusammenschlüsse von Akteuren helfen und unterstützen dabei, alternative Wohlstandsverständnisse in regionalpolitischen Entwicklungsstrategien durchzusetzen. Um über verdienstvolle Einzelprojekte hinaus eine transformative Kraft in der Regionalentwicklung zu entfalten, brauchen gemeinwohlorientierte Ansätze begünstigende institutionelle Settings, Anreizstrukturen und Förderung. Dies gelingt nur über die

Bildung von sektorübergreifenden Bündnissen und inter- wie intraregionalen Koalitionen vor Ort und das Wissen der handelnden Akteure um kritische Faktoren im Durchsetzungsprozess.

Forschungen zur Transformationstheorie oder zur Ausbreitung von sozialen Innovationen verweisen auf solche kritischen Faktoren, um neue soziale Praktiken und Organisationsmodelle durchzusetzen. So unterscheidet Christmann (2022) vier Phasen: In der Latenz- und Problematisierungsphase werden die Herausforderungen vor Ort immer deutlicher und Handlungsdruck entsteht. In der Entstehungsphase werden Lösungen gesucht; es bilden sich teils neue Bündnisse von Akteuren, Handlungsansätze werden diskutiert und es können Freiräume für auch experimentelle Lösungsansätze entstehen. In der Justierungsphase reagieren Akteure auf die auftretenden Umsetzungsschwierigkeiten. In der Stabilisierungs- und Ausbreitungsphase haben sich neue Ansätze bewährt, werden in ihrem Wert anerkannt und stabilisieren sich in institutionellen Settings.

Für jede dieser Phasen lassen sich nach Christmann (2022) kritische Momente und Faktoren identifizieren, die dazu führen, dass neue innovative Ansätze auch scheitern können. Savini und Bertolini (2019) verweisen darauf, wie neue, experimentelle Ansätze durch Beharrungskräfte in den bestehenden politisch-institutionellen Settings vor Ort marginalisiert oder assimiliert werden können. Neue Ansätze und Innovationen sind somit immer in Gefahr, sich an institutionellen Beharrungskräften oder in politischen Aushandlungsprozessen aufzureiben und wieder zu verschwinden.

Aus der Perspektive der Transformationsforschung wird die Bedeutung »radikaler Innovationen« (Geels, 2019: 1) unterstrichen. Wie Geels und Schot argumentieren (2007: 402) ist für die Durchsetzung einer Nischeninnovation (einer neuen sozialen Praktik, einer neuen Organisationsform) eine Angleichung der Visionen und Handlungen verschiedener Gruppen und ein sektorübergreifendes, gemeinsames Verständnis über den weiteren Weg notwendig. Daraus wird deutlich, dass sich alternative Wohlstandsverständnisse in einem Prozess durchsetzen, der mehrere Handlungsfelder, Handlungsebenen (lokal, translokal, global) und Perspektiven von verschiedenen Ansprechpartnern (*stakeholder*) einbezieht, damit sich Institutionen und Praktiken vor Ort ändern (Avelino/Wittmayer/Pel et al. 2019).

Die Impulse für solche Bündnisse, über die sich innovative neue Praktiken und gemeinschaftlich getragene alternative Verständnisse durchsetzen, können aus unterschiedlicher Richtung kommen, von sozialen Unternehmer:innen und Bottom-up-Netzwerken wie auch über Politiken oder Förder-

programme von überlokalen Handlungsebenen. Im Folgenden werden einige Bündnisse vorgestellt und darauf aufbauend ihr Beitrag zur Durchsetzung alternativer Wohlfahrtsverständnisse diskutiert.

Bottom-up-Initiativen zur Beratung und Unterstützung

In vielen Städten und Regionen entwickeln sich durch das Engagement einzelner Personen Projekte und Initiativen aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich: »von unten« etablierte und getragene Netzwerke, die in Kooperation mit weiteren Unterstützern (z. B. Wirtschaft, Kommunen) Ziele einer gemeinwohlorientierten und nachhaltigen Raumentwicklung verfolgen. Solche Initiativen aus der Zivilgesellschaft entstehen aus dem Wunsch heraus, die eigene Wohn- und Lebenswelt mitzugestalten, alternative Praktiken in die Realität umzusetzen und sich in gesellschaftliche Diskurse oder politische Entscheidungsprozesse einzubringen. Eine auf lokaler oder regionaler Ebene langfristig angelegte, partizipative Politik von Kommunen und Ländern im Rahmen eines kooperativen Planungsverständnisses kann zur Entstehung solcher zivilgesellschaftlicher Initiativen beitragen.

Zumeist erkämpfen sich bottom-up etablierte Initiativen aber erst Wirksamkeit und schaffen sich so den Freiraum, um unter den Bedingungen einer globalen kapitalistischen Marktwirtschaft alternative Realitäten materiell durchzusetzen, Unterstützung zu mobilisieren und sich im politischen Raum Gehör zu verschaffen. Um mit dem Thema Wohnen ein beispielhaftes Themenfeld herauszugreifen: In vielen Städten und Regionen gibt es mittlerweile Netzwerke von Aktiven, um genossenschaftliche und nichtrenditeorientierte Wohnformen zu fördern. In Dachvereinen oder -genossenschaften lernen Projektgruppen und Initiativen voneinander, unterstützen sich gegenseitig und geben ihr Wissen an interessierte Initiativen weiter (siehe das Prinzip der lokalen oder regionalen Dachgenossenschaften für Wohnprojekte oder auch das Beispiel des Mietshäuser-Syndikat-Modells [Mietshäuser Syndikat 2021]). Die Gründung neuer Projekte wird so erleichtert, weil auf bewährte Lösungen und eingeübte Verfahren zurückgegriffen werden kann, Expertise geteilt und somit auch das Risiko des Scheiterns neuer Initiativen vermindert werden kann. Ein Vorteil der Netzwerkbildung ist auch die gemeinsame Interessenvertretung, um politischen Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Wenn sich Aktivisten auf lokaler oder regionaler Ebene zusammenschließen, können sie ihre Interessen besser in kommunale Politik oder Landespolitik einbringen und dadurch leichter Zugang zu Flächen erhalten

oder beim Verkauf von kommunalen oder Landesimmobilien berücksichtigt werden. Einige Kommunen erkennen die Vorteile solcher Netzwerke für bezahlbares Wohnen und städtisches Gemeinwohl und unterstützen die Aktiven, so beispielsweise in Leipzig das Netzwerk Leipziger Freiheit¹ oder auch die Mitbauzentrale München².

Für den Bereich Energieversorgung zeigen weitere Beispiele, wie über bewohnergetragene lokale Energiegemeinschaften oder -genossenschaften die Bereitstellung von erneuerbarer Energie mit lokaler Wertschöpfung für die Kommune verbunden wird (siehe Kapitel 3). Solche kooperativen Bündnisse funktionieren besonders gut im lokalen oder regionalen Maßstab, wo die Wege kurz sind, können aber auch auf der nationalen Ebene organisiert werden. So setzt sich das Netzwerk Immobilien e. V. seit vielen Jahren für bessere Rahmenbedingungen für eine gemeinwohlorientierte Stadt- und Immobilienentwicklung in Deutschland ein.

Netzwerk Immobilien e. V.

Ort/Region: Deutschland

Initiator:innen: Akteure aus Zivilgesellschaft, öffentlichem Sektor, Wirtschaft, Stiftungen etc.; unterstützt von der Montag Stiftung Urbane Räume

Gründungszeitpunkt: 2018 als Verein gegründet, seit 2016 aktiv

Mitwirkende: über 250 Akteure aus Zivilgesellschaft, öffentlichem Sektor, Wirtschaft, Stiftungen und Wohlfahrtseinrichtungen, Wissenschaft. Ein ehrenamtlicher Vereinsvorstand wird unterstützt von einer Koordinierungsstelle.

Ausgangspunkt: Stadt- und Immobilienentwicklung sind heutzutage überwiegend von privatwirtschaftlichen Projekten mit wirtschaftlicher Renditeerwartung geprägt. Die Auswirkungen einer solchen Praxis der Stadt- und Immobilienentwicklung sind in den Städten und Gemeinden sichtbar. Sie zeigen sich in steigenden Boden- und Immobilienpreisen, wenn Wohnen zunehmend zur Marktware wird, aber auch in Exklusionsprozessen und sozialräumlicher Fragmentierung. Nur: Wem gehört der städtische Raum und was hält lokale Gemeinschaften zusammen?

1 Siehe <https://www.netzwerk-leipziger-freiheit.de/> (05.04.2024).

2 Siehe <https://www.mitbauzentrale-muenchen.de/startseite.html> (05.04.2024).

Lösungsansätze: Einer gemeinwohlorientierten Stadt- und Immobilienentwicklung geht es darum, der ‚Rendite‘ für das lokale Gemeinwesen einen Wert beizumessen. Damit ist eine nachhaltigere Wirtschaftsweise und eine höhere lokale bzw. regionale Wertschöpfung angesprochen. Stadt- und Immobilienentwicklung soll sich stärker an den örtlichen Bedürfnissen ausrichten und den Bewohner:innen vor Ort zugute kommen. Das Netzwerk Immovielien e. V. setzt sich dafür ein, dass eine gemeinwohlorientierte Boden- und Immobilienentwicklung zum neuen Standard in Planung, Verwaltung und Finanzierung von Immobilien wird. Dazu formuliert das Netzwerk fünf Forderungen und konkretisiert die Schritte, die zu einer gemeinwohlorientierten Boden- und Immobilienentwicklung beitragen. Dazu zählen (Netzwerk Immovielien 2023):

1. Boden sichern!
2. Mehr Kooperation!
3. Gutes Geld!
4. Passendes Recht!
5. Andere Förderung!

Das Netzwerk Immovielien e. V. erstellt Arbeitshilfen, organisiert den Austausch von Informationen zwischen Akteuren und trägt konkrete Forderungen für die Weiterentwicklung von rechtlichen Grundlagen, finanziellen Rahmenbedingungen usw. in Politik und Öffentlichkeit.

Relevanz: Gemeinwohlorientierte Projekte der Stadt- und Immobilienentwicklung haben es, trotz überzeugender Einzelprojekte, nach wie vor in vielfacher Weise schwer, sich politische und breite gesellschaftliche Unterstützung zu sichern, in der Öffentlichkeit sichtbar zu werden und sich als Entwicklungsalternative zur privatwirtschaftlichen Renditeorientierung stärker durchzusetzen. Das Netzwerk bündelt das Erfahrungswissen, die Fachexpertise und das soziale Kapital einer Vielzahl von Akteuren aus Zivilgesellschaft, Kommunen, öffentlichem Sektor, Wirtschaft, Stiftungen und Wohlfahrtseinrichtungen sowie Wissenschaft, um die Rahmenbedingungen für die gemeinwohlorientierte Entwicklung zu verbessern.

Kommunen als Initiatoren eines anderen Wirtschaftens

Nachhaltige, kommunale Entwicklungsprozesse können auch von Kommunen ausgehen. Oftmals sind es lokale Schlüsselpersonen, die solche Prozesse initiieren und entsprechende lokale Bündnisse anstoßen. Ein Beispiel dafür sind Gemeinden, die sich nach der Methode der Gemeinwohlökonomie (GWÖ) bilanzieren lassen (siehe auch Kapitel 6.3) und in diesem Prozess umfassende und partizipativ entwickelte Strategien für eine nachhaltige Entwicklung erarbeiten. Die Bewegung der Gemeinwohlökonomie hat ihren Ursprung in Österreich, wo einige Unternehmen ab 2010 eine Gemeinwohlökonomie-Zertifizierung anstrebten. Die ersten Gemeinden folgten 2014 in Italien und Spanien und 2017 bilanzierten sich die Gemeinden Mäder und Nenzing in Vorarlberg. Mittlerweile finden sich in der Region Vorarlberg und rund um den Bodensee in Österreich, Deutschland und der Schweiz bereits viele Unternehmen, Organisationen und Kommunen, die gemeinwohlorientiert wirtschaften oder sich aktiv für die Gemeinwohlökonomie einsetzen. Voraussetzung für die Bilanzierung einer Gebietskörperschaft ist ein entsprechender Ratsbeschluss, der für Verbindlichkeit im Prozess sorgt.

Eine Gemeinwohlmatrix ist das zentrale Werkzeug der Gemeinwohlbilanzierung, um Aktivität und Handlungsziele auf wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Ebene systematisch abzubilden (siehe Abbildung 6.1). Die Erarbeitung einer Gemeinwohlbilanz setzt Bewusstseinsbildung, Bürgerbeteiligung und offene, partizipative Prozesse voraus. In der Gemeinde Kirchanschöring, die 2018 als erste deutsche Gemeinde dem Beispiel der Vorreiter-Gemeinden folgte, waren den beteiligten Akteuren vor Ort beispielsweise eine nachhaltige Energieerzeugung, die Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten und Alternativen zum Einfamilienhaus in Form von neuen Wohnformen für ältere Menschen und für gemeinschaftliches Wohnen wichtig (Gemeinde Kirchanschöring 2018).

Mittlerweile folgen Kommunen weltweit – Kreise wie Gemeinden – dem Beispiel einer Gemeinwohlbilanzierung. Daneben gibt es aber auch weitere vielfältige international verbreitete Konzepte oder Leitbilder, über die lokale Akteure sozioökologische oder sozioräumliche Nachhaltigkeitstransformationen in Kommunen initiieren – etwa im Rahmen von Konzepten einer Essbaren Stadt (siehe das Beispiel der Stadt Andernach³) im Rahmen der internationa-

3 Stadt Andernach: <https://www.andernach.de/stadt/essbare-stadt/> (05.04.2024).

len Transition-Town-Bewegung⁴, die für einen gemeinschaftlich organisierten Übergang in eine postfossile Gesellschaft steht, oder der Cittàslow-Bewegung⁵, die sich für lebenswerte Städte, ein gutes Leben und die Bewahrung regionaler Identitäten und Besonderheiten einsetzt.

Nachhaltige Gemeinde- und Regionalentwicklung als Aufgabe der Landespolitik

Nachhaltige Gemeindeentwicklung kann auch von übergeordneter Ebene, der Landesebene, gezielt unterstützt und gefördert werden. Ein Beispiel dafür gibt es in der Region Vorarlberg. Das von der Vorarlberger Landesregierung finanzierte »Büro für Freiwilliges Engagement und Beteiligung«⁶ hat die Aufgabe, Selbstorganisation und Eigenverantwortung für eine nachhaltige Gemeinde- und Regionalentwicklung in Vorarlberg zu stärken. Dazu gehen die Mitarbeiter:innen des Büros in die Gemeinden und unterstützen dort lokale Veränderungsprozesse. Die Gemeinden melden entsprechenden Bedarf an Begleitung beim Büro an. Die Initiative dazu kommt manchmal aus der Politik, manchmal aus der Zivilgesellschaft. Die Gemeinden zahlen für die Prozessunterstützung einen kleinen Beitrag, der aber keine Zugangsbeschränkung zu dem Angebot des Büros darstellt.

Die Begleitung der Gemeinde durch das Büro ist auf ein bis eineinhalb Jahre begrenzt. Als Einstieg in den Prozess ist ein Gemeinderatsbeschluss als Zeichen der Verbindlichkeit wichtig. Darauf aufbauend folgt ein partizipativer und sektorübergreifender Prozess der Bestandsaufnahme und der Konzeptentwicklung. Die Aufgabe des Büros liegt darin, Menschen vor Ort zu ermutigen, »ins Handeln zu kommen«, vom Zuschauen ins Gestalten, auch wenn die Herausforderungen immer komplexer und unübersichtlicher scheinen, so Dr. Kriemhild Büchel-Kapeller vom Büro für Freiwilliges Engagement und Beteiligung beim Amt der Vorarlberger Landesregierung in Bregenz im Gespräch am 05.09.2022.

Es gibt viele Einzelprojekte, in denen sich heute ein alternatives Wirtschaften oder ein anderes Verständnis von Wohlfahrt – jenseits rein ökonomischer

4 Siehe <https://www.transition-initiativen.org/https://www.transition-initiativen.org/> (05.04.2024).

5 Siehe <https://www.cittaslow.de/> (05.04.2024).

6 Siehe <https://vorarlberg.at/-/feb-aufgaben-und-leistungen> (20.03.2024) und die Darstellung in Kapitel 5.2.

Indikatoren – zeigt. Beispiele dafür sind die weiter oben erwähnten gemeinwohlorientierten Wohnprojekte, in denen alternative Wohnformen realisiert werden und sich Wohlfahrtsgewinne in Form von Nachbarschaftsentwicklung, Gemeinschaftsgefühl und gemeinschaftlich genutzten Ressourcen zeigen. Solche Projekte gründen sich oftmals trotz der institutionellen Rahmenbedingungen – und in einigen Fällen, weil es eine unterstützende und fördernde Politik gibt. Damit über Einzelprojekte hinaus eine gesellschaftliche Transformation hin zu einer nachhaltigen Regionalentwicklung gelingen kann, so die hier vertretene These, braucht es breite und sektorübergreifende Bündnisse, um die bestehenden institutionellen Strukturen und Institutionen, die einer ökonomischen Wachstumslogik folgen, zu ändern oder zu ersetzen.

Die Durchsetzung neuer Praktiken als ein politischer Prozess

Neue und innovative Praktiken, die an einem Ort entstehen, können wahrgenommen, ignoriert oder marginalisiert werden. Savini und Bertolini (2019) zeichnen anhand von drei Beispielen nach, wie sich neu entstehende, experimentelle Ansätze in einem institutionellen Setting durchsetzen und sich langfristig etablieren können – oder sich aufreihen und wieder verschwinden.

Die Durchsetzung neuer, innovativer Praktiken ist kein technischer, sondern ein politischer Prozess, weil neu entstehende Praktiken immer mit den bestehenden institutionalisierten Verhältnissen kollidieren und damit, wie etwas »schon immer gemacht« wurde. Letztendlich geht es um Machtverhältnisse und Verteilungsfragen, die konkret vor Ort ausgehandelt und entschieden werden:

Wer erhält Zugang zu freien Flächen?

Welche Konzepte werden mit Bebauungsplänen realisiert?

Wird ein Gebäude im kommunalen Besitz an den Höchstbietenden verkauft oder über Konzeptvergabe vergeben?

In dem Durchsetzungsprozess alternativer Praktiken geht es somit auch darum, welche Interpretationen oder Zukunftsbeschreibungen im politischen Prozess die Oberhand gewinnen, ob sich ein gemeinsames Problemverständnis vor Ort etabliert und die alternativen Wohlstandspraktiken als ein möglicher Lösungsansatz gesehen werden.

Hier unterscheiden sich die politischen Prozesse in den Regionen deutlich. Was sich in der einen Region bereits als Problemverständnis auf einer breiteren, einvernehmlichen Basis herausgebildet hat (im Rahmen der Exkursionen

des Arbeitskreises am stärksten in der Region Vorarlberg sichtbar), gestaltet sich als Politikfeld in anderen Regionen wesentlich konfliktorientierter im spezifischen Zusammenspiel von Problemverständnis, institutionellen Regelungen und Akteurshandeln.

Partizipative und sektorübergreifende Governance-Ansätze

Damit sich ein gemeinsames Problemverständnis von Schlüsselakteuren herausbildet und Handlungsraum für neue, innovative Praktiken entstehen kann, braucht es Formate einer Verständigung über Sektoren und einzelne Akteure hinweg. Partizipative und sektorübergreifende Beteiligungsformate und gemeinsam entwickelte Projekte in einer Region sind dafür wichtig. Die genannten Beispiele aus Vorarlberg und aus dem Rahmen von GWÖ-Zertifizierungen basieren auf solchen partizipativen Formaten, mit denen die Ressourcen und das Kapital vieler unterschiedlicher Akteure (Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik) eingebunden werden, um zu mehrheitsfähigen Projekten zu kommen, die in der Tat dann auch wiederum zu Veränderungen in den bestehenden Institutionen vor Ort führen.

Ein solches Zusammenspiel aus Problemverständnis, Akteurshandeln und veränderten institutionellen Regelungen ergibt sich nicht im luftleeren Raum, sondern ist abhängig von Faktoren, die sich oft erst aus einer längeren, geschichtlichen Betrachtung der Region erklären lassen. Dazu zählen auch (pfadabhängige) kulturelle und soziale Entwicklungen, die sozusagen den Humus bilden, auf dem sich soziale Beziehungen, Zugehörigkeitsgefühle und Vertrauen entwickeln, was hier als soziales Kapital einer Region bezeichnet werden soll.

Förderung des sozialen Kapitals vor Ort

Sich aktiv an der Entwicklung der eigenen Gemeinde oder Region zu beteiligen und die Transformation hin zu einer nachhaltigen Entwicklung mitzugestalten, stärkt das Gefühl von Selbstwirksamkeit und lokaler oder regionaler Zugehörigkeit. Diese aktive Beteiligung von Menschen entsteht aber auch wiederum aus einem Gefühl der Zugehörigkeit und einer Bereitschaft, die Lebensverhältnisse vor Ort zu gestalten.

Diese Bereitschaft, Initiative zu ergreifen, kann aus verschiedenen Sektoren, von verschiedenen Akteursgruppen kommen, aus der Zivilgesellschaft,

der Unternehmerschaft wie auch von politischen Entscheidungsgremien, z. B. über Förderprogramme oder regionale Strukturpolitik.

Wichtig ist bei solchen regionalen Förderprogrammen ein breit gefasstes Innovationsverständnis, das soziale Innovationen vor Ort, nachhaltige Entwicklungsimpulse und einen Wandel etablierter Institutionen umfasst. Damit sind prozedurale Innovationen und inklusive Prozesse angesprochen, über die lokale Akteure befähigt und alltägliche Formen lokaler Demokratie gefördert werden, um soziales Kapital und Kapazität vor Ort für einen transformativen Wandel aufzubauen.

»Es braucht immer beides – Reallabor und das mutige Ausprobieren einerseits, und politische Anstrengungen bzw. förderliche Rahmenbedingungen andererseits«, so Dr. Kriemhild Büchel-Kapeller im Gespräch am 05.09.2022.

6.3 Narrative entwickeln – Leitbilder formulieren

Leitbilder, im klassischen Verständnis der Raumplanung, dienen der Koordination der Ziele und Handlungsstrategien der Raumordnung von Bund, Ländern und raumwirksamen Fachplanungen. Sie bilden dabei einen Rahmen sowohl für raumbezogene politische Ziele, Festlegungen im Raumordnungsgesetz (ROG) und in Raumordnungsplänen als auch für konkrete Umsetzungsmaßnahmen (Müller/Brinks/Ibert et al. 2017; Manderscheid 2004).

Dieses eher enge funktionale Verständnis lässt aber Aspekte wie die Entstehung sowie die Akzeptanz und Legitimation von Leitbildern außer Acht, ebenso wie wenig randständige, noch nicht vollumfängliche Handlungsabsichten in eher losen Interessengruppen. Für die hier vorliegende Fragestellung nach der Rolle von Leitbildern und Narrativen für die Durchsetzung von wohlstandssichernden alternativen Indikatoren eröffnet sich ein spannendes Feld (Grünwald/Glockner/Schaich et al. 2021; Willinger 2019; Feola 2014).

Anders als homogene klassische Bottom-up-Bewegungen vergemeinschaften sich um die Frage von als zukunftstauglich bewerteten postfossilen Bemessungsparametern stark heterogene Allianzen. Mit erweiterten Bemessungsabsichten lösen sich neben den alten und überkommenen Indikatoren auch etablierte Verfechter:innen von ›alten‹ Indikatoriken ab: Insbesondere Aktivist:innen, Vertretende von sozialen Bewegungen und Wissenschaftler:innen sowie lokal-regionale in der Politik tätige Personen formen mehrheitlich eine vielschichtige Absichtsgemeinschaft um neue Indikatoriken. Sie ›er-

zählen« dabei, mit ihren je eigenen Motiven und Kompetenzen, wiederum verschiedene Geschichten und motivationale Beweggründe um ihr Mitwirken.

Hinsichtlich ihrer Motivation und ihrer Beweggründe zeigt sich, dass dabei nicht nur von etwas erzählt wird, »was Sache ist«, sondern vielmehr darüber berichtet wird, wie sie ihre Welt sowie Stadt und Region erleben, sie deuten und somit in die Vergangenheit und in die – zum Beispiel erwartete – postwachstumsbasierte Zukunft einbetten wollen. Derartige Narrative sind insofern sprachlich geronnene Deutungsmuster zu einem Sachverhalt (Knoblauch 2005). Sie sind aber a priori nicht festgelegt: Jedes Individuum hat eigene subjektive Deutungen der Wirklichkeit und tauscht sich kommunikativ darüber mit anderen Individuen, aber auch mit Organisationen, Institutionen etc. aus. Hierdurch entstehen Diskurse. Diese bauen auf verschiedenen, im gesellschaftlichen Wissensvorrat bereits vorhandenen beziehungsweise in diesen immer wieder neu eingespeisten Deutungsmustern und ihren sprachlichen Äußerungen auf (Keller/Truschkat 2013).

Auf der Suche nach neuen Bemessungsparametern zeigt sich, dass sich einzelne Diskursbeiträge und Erzählungen jedoch nicht (allein) auf objektiv gegebene Problemstellungen beziehen. Folgt man Espinosa (2015: 610), dann weisen Narrative auf Machtbeziehungen und »linguistic sequences, which enable plausible accounts of dynamic relationships, processes, stability, and change«. Narrative geben dadurch widerstreitende Perspektiven zu erkennen, die, folgt man Espinosa (ebd.), hochgradig kontextabhängig sind.

In diesem Zusammenhang wirkt beispielsweise das Bild der Donut-Ökonomie (siehe Kapitel 3 und 6.6) als Leitbild wie als Narrativ: Als Leitbild vereint es Handlungspraktiken, die es als visualisierte Vorstellung von positiv gemeinten Rahmungen um die Handlungsvollzüge des Menschen als ein praktisches und griffiges allgemeingültiges Bild einführt. Als Narrativ wirkt es mit einer ergebnisorientierten Governance darauf hin, dass komplexe Situationen und Prozesse verständlich werden und in einem gegebenen Bereich eine soziale und moralische Ordnung herstellen schaffen.

Narrative vermitteln demzufolge, anders als dies funktionale Leitbilder erwirken, Leitprinzipien und Werte. Hieraus wiederum resultiert die Bedeutung von Narrativen für – beispielsweise städtebauliche – Entwicklungs- und Planungsprozesse. »Sie stellen den städtischen Akteuren ein Repertoire an Weltanschauungen, Deutungsmustern, Motiven und Mythen zur Verfügung, die diese als sozialen Rahmen für ihre Wahrnehmungen und Handlungen benutzen. Dies ist umso notwendiger, je mehr sich Identitäten durch gesellschaftli-

che Entwicklungen wie Globalisierung und Digitalisierung dezentrieren und fragmentieren« (Willinger 2019: 100).

Neue Narrative

Narrative können es durch anschauliche (emotionalisierende, vermittelnde), bildhafte und selektive Darstellung von Komplexitäten schaffen, für die Zielsetzungen der Erzählenden bzw. eines Projekts dienliche Realitäten und zugleich Visionen zu kreieren, welche die Rezipienten zur Reflexion und Interaktion anregen. Politische und investorengetriebene Stadtentwicklungsvorhaben nutzten frühzeitig derartige Wirkungszusammenhänge und ihre Agenda, Propaganda oder auch Wertversprechen als »gebaute Motivwelt« im Sinne neuer »urban imagineers« (Hospers 2006), wie beispielsweise durch »New Waterfronts« oder »Hafencity« in Hafenstädten umgesetzt.

Populistische, technologische und machtdominierende Stadtbauvorhaben tragen immer das Signum einer komplexen Erzählkette des Gebauten in sich, die mit Gesellschaft performativ in Kontakt tritt und diese definiert – mitunter zum Statisten oder zum Akteur. Im Gegenzug weist dieses relationale und wechselseitige Verhältnis gleichzeitig auch auf verschiedene, gegebenenfalls auch kontrastierende Narrative. Derart gewendet haben Narrative ein erhebliches Potenzial für die partizipative, kooperative und demokratische Ausgestaltung von Veränderungsvorhaben. Der Begriff Narrativ hat dabei gerade für offene Prozesse in der Zivilgesellschaft hohe Ähnlichkeiten mit dem Begriff »Diskurs« (z.B. Espinosa 2015). Er hebt sich gegenüber dem Diskursbegriff aber aufgrund des sprachlich-performativen Teils des erlebten Diskurses in der Praxis von diesem ab.

Ein überzeugend eingesetztes Narrativ, wie dies beispielhaft mit der sogenannten Donut-Ökonomie und neuen zukunftstauglichen Bemessungsparametern der Fall ist, kann ein wirksames Instrument sein, um die Stabilität eines Prozesses oder Projektes sowie eine regionale Anpassung an Fragen der Klimagerechtigkeit sowie des »guten Lebens« längerfristig zu unterstützen. Insbesondere bei langjährigen Transformationsprozessen und -projekten haben Narrative das Potenzial, Offenheit, Verständnis, Vertrauen und Akzeptanz für komplexe und zugleich grundsätzliche postfossile Transformationsprozesse einer Region, einer Stadt oder eines Quartiers bei beteiligten Akteuren und Anwohnenden zu schaffen. Emotionen wie Angst, Skepsis oder mindestens Respekt gegenüber Veränderungen einer persönlich vertrauten, identitätsstiftenden Umgebung, wirtschaftlichen Praxis oder gegenüber den ge-

waltigen Herausforderungen, welche die anstehenden Zukunftsaufgaben der Stadtentwicklung und Veränderungen der persönlichen Lebenswelt bedeuten, sind dabei ernst zu nehmen.

Die Funktion und Wirkung von Narrativen

Narrative können ebenso helfen, eine beteiligte Akteursgruppe, eine betroffene Nachbarschaft oder zu beteiligende Stadtgesellschaft oder Landgemeinde näher, emotionalisierender, greifbarer und »einleuchtender« zu erreichen. Damit können Narrative helfen, einen langjährigen, oftmals am Anfang ergebnisoffenen und wenig konkreten Stadtentwicklungsprozess langfristig tragfähig zu begleiten und zu gestalten. Indem sie unterschiedliche Sichtweisen und Deutungen sprachlich zum Ausdruck bringen, werden die Beteiligten erst wirklich »sprechfähig« und können in einen Dialog auf Augenhöhe treten.

Damit liegt jedem Narrativ eine Steuerungspraxis zugrunde, die unterschiedlich explizit eine gewisse Richtungssicherheit vorgibt, was geschehen soll, und ebenso darauf hinweist, wie dieses Ziel praktisch erreicht werden kann. Dabei geht es – wie auch im Fall der Donut-Ökonomie – darum, Veränderungen »kleinteilig und auf konkrete Probleme des alltäglichen Lebens bezogen« (Gadinger/Jarzebski/Yildiz 2015: 7) und »lokal erfahrbare, pragmatische Verbesserungen« (ebd. 28) wie ebenso in planetaren Bezugsräumen zu thematisieren.

In erfolgreichen Narrationen werden zudem »ideologische und pädagogische Töne vermieden«, vielmehr geht es »um Fairness und Rücksicht in gemeinwohlorientierter Perspektive« (Gadinger/Jarzebski/Yildiz 2015: 7). Narrative sind dadurch nicht nur kommunikative Vehikel, vielmehr bemisst sich ihre Akzeptanz und Glaubwürdigkeit an den angemessenen eigenen, zu den Leitbildern und den angestrebten Zielerreichungen eingesetzten kommunikativen Mittel. Aus raumsensibler Perspektive könnte eine Betrachtung von multiskalaren Entwicklungsdynamiken raumtypologisch wie folgt aussehen:

Typen von Governance-Narrativen

- »Bottom-up-Narrative« oder »gewachsene Narrative« (Viehöver 2001), im Sinne von »gesellschaftlich legitimierten Deutungsmustern«, die aus Interessenkonstellationen entstehen und sich verfestigen, dabei auch über lange Zeit stabil sein können, zum einen in einem stetigen Wandel begriffen sind, zum anderen aber auch deutungsstabil eher sozial schließende

Wirkungen aufweisen. Ein Beispiel ist das Narrativ des als notwendig erachteten Atomausstiegs in Deutschland.

- »Top-down«- oder »gesetzte Narrative«, auch »programmatische Narrative«, die einen Rahmen für planerisches Handeln liefern. Diese zeigen sich bei Großprojekten, internationalen Projekten und »Großen Erzählungen«. Ein Beispiel ist das Narrativ der »Smart City« oder auch das Narrativ der »Großen Transformation für die Städte«, wie es der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung (WBGU 2016) proklamierte.
- »Intermediäre Narrative«, z.B. auf der Ebene der lokalen oder regionalen Planungspraxis. Derartige Narrativprozesse zeigen sich bei stadt- und regionalbezogenen Projektvorhaben. Ein Beispiel ist das Narrativ der »Regionale« in Nordrhein-Westfalen, ein regionales Strukturförderprogramm.
- »Leitbilder«, die den narrativen Kern bilden, der durch »Storytelling« ausgeführt und illustriert wird. Ein Beispiel ist das Leitbild der »kompakten Stadt« oder auch das der sogenannten »15-Minuten-Stadt«.
- »Normative Szenarien«, die ihrerseits Grundlage für Leitbilder sein können, indem sie den Raum der Möglichkeiten umreißen – und gleichzeitig eine gemeinsame Sprache bereitstellen, um alternative Zukunftsvorstellungen explizit und diskutierbar zu machen. Ein Beispiel ist das Verbundvorhaben »New European Bauhaus«.

Die erwähnten Beispiele lassen erkennen, dass neue Problemsituationen im Verbund mit neuen Interessenkonstellationen – hier als Governance-Typen gerahmt – neue Narrative bilden und diese weitertragen. Aufgrund veränderter gesellschaftlicher Situationen, Relevanzen und Wertvorstellungen formieren sich derartige Absichten und Perspektiven in griffigen Narrativen. Sie können auch in einem Wettstreit zueinanderstehen. Konkret zeigt sich dies beispielhaft an konkurrierenden Zielvorgaben wie der Verbundinstitution »German-Zero«, die sich darauf ausrichtet und bis 2035 den Anspruch erhebt, »Deutschland klimaneutral zu machen«. Andere Klimaneutralitätsnarrative richten den Fokus auf Städte oder andere Gebietseinheiten oder auch andere Strategien. Im Kern steht die Frage, wie die in den Narrativen und Leitbildern proklamierten Absichten zu evidenzbasierten Wirkungen kommen.

6.4 Indikatoren entwickeln

Die Umsetzung von Leitbildern bedarf nicht nur möglichst konkreter Zielvorgaben und breiter Allianzen, sondern auch eines kontinuierlichen Monitorings. Dieses verfolgt den Zweck, das Erreichen bzw. Abweichen von (Zwischen-)Zielen sichtbar zu machen und Grundlagen für gegebenenfalls notwendiges Nachjustieren zu liefern. Auch können transparente Bewertungsmaßstäbe einen psychologisch-motivierenden Effekt haben, sowohl auf individueller Ebene (Privatpersonen, Haushalte) als auch auf organisationaler Ebene (Unternehmen, Gebietskörperschaften), wenn etwa (fast) erreichte Energiesparziele zu weiteren Anstrengungen animieren.

Die Kritik an der vorherrschenden Wohlstandsmessung (vor allem über das BIP) wurde an anderer Stelle in diesem Buch (siehe Kapitel 2 und 6) bereits ausgeführt und soll hier nicht wiederholt werden. Auch wollen wir den Blick hier nicht auf das BIP und die mit ihm verbundene Kritik verengen. Stattdessen werden wir zunächst eine Auswahl alternativer Indikatorsysteme vorstellen, bevor wir auf zwei besonders vielversprechende und aktuell intensiv diskutierte Ansätze fokussieren. Dabei ist uns bewusst, dass die Raumplanung und Regionalentwicklung schon lange mit erweiterten, zum Teil kontextangepassten Indikatorensystemen arbeiten (etwa zu soziodemographischen Dynamiken, Arbeitsmärkten oder Landschafts- und Naturraumentwicklung). Dabei bleiben allgemeinere Wohlstandsaspekte jedoch eher implizit.

Indexe und ihre Erfassungsbereiche

Die Zweifel an der Aussagekraft bzw. Zweckdienlichkeit des BIP sind nicht neu und haben schon früh zur Entwicklung stärker differenzierender und inklusiverer Ansätze geführt. Als prominentestes und weltweit anerkanntes Beispiel ist hier der 1990 von den Vereinten Nationen (United Nations Development Programme – UNDP) eingeführte **Human Development Index (HDI)** zu nennen. Zusätzlich zum BIP pro Kopf misst der HDI die durchschnittliche Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt (als Näherungswert für Gesundheitsversorgung und Ernährungssicherheit) sowie die Anzahl der Jahre, die eine Person in Schule und Berufsausbildung verbringt. Obwohl der HDI ergänzende Verfeinerungen erfährt (z.B. Inequality-adjusted HDI, Gender Inequality Index, zuletzt experimentell auch ein Planetary Pressures-Adjusted HDI), wird er oft als zu simplifizierend für die Erfassung gesellschaftlichen Wohlergehens kritisiert.

Der **Index of Sustainable Economics Welfare (ISEW)** bezieht, anders als das BIP oder der HDI, auch Aspekte der Verteilung von Wohlstand innerhalb einer Gesellschaft ein (Daly/Cobb 1989). Zudem berücksichtigt er Fragen der Umweltbelastung (Luft, Gewässer, Lärm), Ressourcenverbrauch und Flächen-nutzung. Des Weiteren wird gesellschaftliches Wohlergehen mittels Pendlerstatistiken, Unfallzahlen, Stadtentwicklungsprozessen, Kosten der Umweltverschmutzung sowie dem (geschätzten) Wert unbezahlter Sorgearbeit bewertet (Constanza/Cumberland/Daly et al. 1997). Der ISEW wurde erstmals für die USA berechnet, bevor er auch in anderen, vornehmlich westeuropäischen Ländern Einsatz fand. Aufgrund seiner Komplexität ist er bis heute eher Gegenstand wissenschaftlicher Auseinandersetzungen und konnte sich nicht als alternativer, politikrelevanter Indikator etablieren.

Als Weiterentwicklung des ISEW versucht auch der **Genuine Progress Indicator (GPI)**, ein differenzierteres und verlässlicheres Bild sozioökonomischer Entwicklungstrends zu zeichnen. Dies geschieht unter ausdrücklicher Berücksichtigung sogenannter »Regrettables«, die hier – anders als beim BIP – nicht als positiv für die Wirtschaft verbucht werden, sondern als negative Kosten. Beispielsweise werden Ausgaben für die Sanierung von Umweltschäden oder Gesundheitskosten infolge von schlechter Luftqualität vom BIP abgezogen, um den tatsächlichen sozialen Wohlstand besser zu erfassen (Kubiszewski/Constanza/Franco et al. 2013).

Der **Better Life Index** der OECD kombiniert 22 Hauptindikatoren, etwa hälftig zu sozialem Wohlstand bzw. Ungleichheiten und zu Ressourcenaspekten. Seit 2010 sind fünf »How's life?«-Berichte erschienen. Die letzte Ausgabe stellte vergleichbare Informationen aus 37 OECD-Mitgliedsstaaten sowie 4 Partnerländern bereit (OECD 2020). Der seit 2006 existierende und heute für über 150 Länder berechnete **Happy Planet Index (HPI)** ist ein Meta-Indikator, der sich auf existierende Indikatorensysteme stützt und dabei soziale Messgrößen mit Nachhaltigkeitsindikatoren kombiniert (WEAll 2021). Konkret verknüpfte er Daten zur Lebenserwartung aus dem UN-HDI (siehe oben) mit länderspezifischen Informationen zur Lebenszufriedenheit, erfasst in der Gallup World Poll und mit ressourcenbezogenen Aussagen des jeweiligen nationalen Ökologischen Fußabdrucks.

Von den vorgenannten Indikatoren kann der HDI der UN als am etabliertesten gelten und hat eine gewisse Relevanz entwickelt, z.B. in Vergleichsstudien. Der ISEW und der GPI spielen eher im wissenschaftlichen als im politisch-angewandten Bereich eine Rolle, womöglich nicht zuletzt aufgrund ihrer Komplexität. Durch das Gewicht der OECD hat der Better Life Index eine

gewisse Sichtbarkeit erlangt, ist aber weit davon entfernt, in der Breite als Vergleichsindikator anerkannt zu werden. Letzteres gilt auch für den HPI.

Neben diesen international verbreiteten und in vielen nationalen Kontexten angewandten Ansätzen gibt es eine wachsende Zahl von Ländern, die eigene Verfahren zur alternativen Wohlstandsmessung etablieren. Genannt sei hier etwa der »Wohlstandsbericht der Arbeiterkammer Österreich« (AK 2021) oder der »Luxembourg Index of Well-Being« (auch: PIBien-être, s. STATEC 2022). Auch der »Lagebericht zur Schweizer Volkswirtschaft« geht deutlich über rein ökonomische Kennzahlen hinaus (Bundesrat 2019). 2022 hat die deutsche Bundesregierung eine entsprechende Anpassung der Systematik ihres jährlichen Jahreswirtschaftsberichts angekündigt.

Indexe in der Diskussion

Auch wenn die vorgenannten Indikatoren differenzierter und komplexer angelegt sind als etwa das BIP, so drücken sie dennoch nur aus, was erfasst und gemessen werden kann. Quantitative Messgrößen haben eine gewisse performative Wirkung, da sie aufgrund ihrer vordergründigen Klarheit in politischen und medialen Diskursen tendenziell überbewertet werden. Fragen der Eignung und Aussagekraft der zugrunde liegenden Indikatoren und Datengrundlagen treten dabei in den Hintergrund bzw. werden kaum kritisch hinterfragt. Zudem werfen sie unmittelbar auch die Frage der **Datenverfügbarkeit** beziehungsweise -zugänglichkeit auf. Die Komplexität mancher Sammel-Indikatoren (*Composite Indicators*) erschwert nicht nur deren Lesbarkeit und Kommunizierbarkeit, sondern setzt auch die Zugänglichkeit und langfristige Nachführung aller zugrunde liegenden Einzelindikatoren voraus.

Schwierig gestaltet sich meist auch die Anwendung auf räumliche Bezugsgrößen unterhalb der nationalstaatlichen Ebene. Dies gilt insbesondere für Meta-Indikatoren (z. B. HPI) und andere, international vergleichend angelegte Bewertungssysteme, die auf national erhobenen Daten fußen.

Wir werden deshalb im Weiteren auf zwei Bewertungssysteme fokussieren, die über die Kombination statistisch verfügbarer Kennzahlen hinausgehen, indem sie z. B. auch qualitative Merkmale einbeziehen und gleichzeitig Adaptionsspielraum für regionale und lokale Kontextspezifika lassen. Beide Ansätze haben in den vergangenen Jahren vielseitiges Interesse vor allem in Gemeinden und Regionen ausgelöst und sind in den vorangehenden Abschnitten bereits angesprochen worden: die Gemeinwohlökonomie-Zertifizierung (GWÖ) und der Referenzrahmen der Donut-Ökonomie (DÖ).

Beiden Ansätzen ist gemein, dass sie über eine eingängige Heuristik verfügen, in der Regel stark von lokalen Gruppen getragen werden und explizite Bezüge zu übergeordneten Politikzielen (UN-SDG, Paris-Abkommen, EU-De-karbonisierung) herstellen. Zudem haben sie das Potenzial zur maßstabsva-riablen ›Verräumlichung‹, also den konkreten Bezug zu territorialen Gebiets-einheiten, aber auch das Bewusstsein um globale Wirkungszusammenhänge. Sie scheinen daher prädestiniert für eine vertiefende Auseinandersetzung in Planungspraxis und Raumwissenschaft.

Die GWÖ werden wir im nachfolgenden Abschnitt ausführlicher vorstel-len. Die Methodik der DÖ wurde bereits in Kapitel 3 ausführlich beschrieben. Ergänzend legt das Beispiel Brüssel-Donut am Ende dieses Kapitels einen Schwerpunkt auf dessen partizipative Methodik.

Das Konzept der Gemeinwohlökonomie (GWÖ)

Das von dem österreichischen Publizisten und Aktivisten Christian Felber pro-pagierte Konzept der **Gemeinwohlökonomie** (Felber 2018) sieht vor, werteba-sierte Wirtschaftsweisen zu etablieren, die sich menschlicher Würde, Solida-rität, sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit sowie Transparenz und Fragen der Demokratisierung verschreiben. Das internationale und ra-pide wachsende Netzwerk Gemeinwohlökonomie (GWÖ) zählt weltweit über 200 Regionalgruppen. Als zentrales Instrument wurde in dem Netzwerk die GWÖ-Matrix entwickelt (Abbildung 6.1). Sie liefert ein umfangliches Analy-seraster zur Bilanzierung der gemeinwohlrelevanten Leistungen eines Unter-nehmens, einer Gebietskörperschaft (z. B. Gemeinde) oder einer Bildungsein-richtung (z. B. Universität).

Jedes der Felder in der Matrix wird einer Selbsteinschätzung unterzogen. Diese erfolgt auf einer zehnstufigen Skala, die zwar das Bewertungsergebnis numerisch skaliert, aber nicht auf quantitativen Merkmalen basiert. Die Ein-stufung basiert auf qualitativen Kriterien und einer Verortung zwischen einer Basislinie bzw. Mindestanforderung (0 Punkte) und einem momentan erreich-baren Optimum (10 Punkte). Gemeinden, die sich im jeweiligen Themenfeld nur an die gesetzlichen Mindeststandards halten (sofern vorhanden) bzw. sich bisher keine Gedanken über zusätzliche Anstrengungen machen, erhalten 0 Punkte.

Abbildung 6.1: Gemeinwohlökonomie-Bewertungsmatrix für Gemeinden.

MATRIX V 2.0 – GEMEINDEN



| WERTE DES GEMEINWOHLS BERÜHRUNGS-GRUPPEN | MENSCHENWÜRDIGKEIT | SOLIDARITÄT | ÖKOLOGISCHE NACHHALTIGKEIT | SOZIALE GERECHTIGKEIT | TRANSPARENZ & DEMOKRATISCHE MITBESTIMMUNG |
|----------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------|----------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------|
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |
| Ausgelagerte / selbständige Betriebe Lieferant*innen Dienstleister*innen A | Grundrechtsschutz und Menschenwürde in der Lieferkette A1 | Nutzen für die Gemeinde A2 | Ökologische Verantwortung für die Lieferkette A3 | Soziale Verantwortung für die Lieferkette A4 | Öffentliche Rechenschaft und Mitsprache A5 |
| Finanzpartner*innen Geldgeber*innen Steuerzahler*innen B | Ethisches Finanzgebahren / Geld und Mensch B1 | Gemeinnutz im Finanzgebahren B2 | Ökologische Verantwortung der Finanzpolitik B3 | Soziale Verantwortung der Finanzpolitik B4 | Rechenschaft und Partizipation in der Finanzpolitik B5 |
| Politische Führung Verwaltung und koordinierte Ehrenamtliche C | Individuelle Rechts- und Gleichstellung C1 | Gemeinsame Zielvereinbarung für das Gemeinwohl C2 | Förderung ökologischen Verhaltens C3 | Gerechte Verteilung von Arbeit C4 | Transparente Kommunikation und demokratische Prozesse C5 |
| Bürger*innen und Wirtschaft D | Schutz des Individuums, Rechtsgleichheit D1 | Gesamtwohl in der Gemeinde D2 | Ökologische Gestaltung der öffentlichen Leistung D3 | Soziale Gestaltung der öffentlichen Leistung D4 | Transparente Kommunikation und demokratische Einbindung D5 |
| Staat Gesellschaft und Natur E | Gestaltung der Bedingungen für ein menschenwürdiges Leben – zukünftige Generationen E1 | Beitrag zum Gesamtwohl E2 | Verantwortung für ökologische Auswirkungen E3 | Beitrag zum sozialen Ausgleich E4 | Transparente und demokratische Mitbestimmung E5 |
| STAATSPRINZIPIEN DES GEMEINWOHLS | RECHTSSTAATSPRINZIP | GEMEINNUTZ | UMWELT-VERANTWORTUNG | SOZIALSTAATSPRINZIP | DEMOKRATIE |

Quelle: GWÖ 2020: 12.

Für die weiteren Abstufungen sind die Gemeinden aufgefordert, selbst überprüfbare Bewertungskriterien zu entwickeln und plausibel darzulegen, warum sie von einem bestimmten Erfüllungsgrad ausgehen (z.B. spezifische Vergabekriterien bei öffentlichen Aufträgen). Die Mehrzahl der Felder ist in weitere Unterkategorien gegliedert, Feld »A1 – Grundrechtsschutz und Menschenwürde in Lieferketten« z.B. in die Felder »Grundrechtsschutz in der Lieferkette« (A1.1) und »Verfahrensrechte aller Betroffenen in der Lieferkette« (A1.2). Unter A1.1 fällt etwa die Einhaltung von Arbeitnehmenden-Grundrechten bei allen Zulieferern.

Die Gesamtschau der Werte für alle Teilaspekte liefert die **Gemeinwohlbilanz** einer Gemeinde oder sonstigen Organisation. Die Bilanz ist sowohl Grundlage für die Erteilung eines Gemeinwohlzertifikats als auch Instrument (Dashboard) für die weitere Strategieentwicklung und Erfolgsmessung. Sie

kann z.B. mit einer Zielmatrix verknüpft werden, die mittel- bis langfristige Ziele für die einzelnen Kategorien definiert.⁷

Ein wichtiger Zweck der GWÖ ist sowohl die Bewusstmachung als auch die konkrete Orientierungshilfe, bereitgestellt durch die Bewertungskriterien. Dies macht das Instrument nicht nur für den Einsatz in Unternehmen und anderen Organisationen (z.B. Hochschulen) interessant, sondern auch für die Reorientierung zum Beispiel von lokal- und regionalpolitischen Leitbildern und Referenzrahmen. Eine wachsende Zahl von Gemeinden und Landkreisen nutzt die Gemeinwohlzertifizierung sowohl zur Positionsbestimmung als auch als strategisches Instrument zur Ausrichtung der lokalen Entwicklungspolitik (siehe das Beispiel Kirchanschöring in Kapitel 6.2).

Auch gemeindeeigene Unternehmen machen von ihr Gebrauch. So hat die Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Bornheim im Rheinland 2020 ihre Wirtschaftsförderung und Gewerbeflächenpolitik einer Gemeinwohlbilanzierung unterzogen, um eine Grundlage für ihre nachhaltigkeitsorientierte Unternehmens- und Flächenpolitik zu generieren (Kopatz 2021).

6.5 Thesen und Positionierung

Vor dem Hintergrund des in diesem Kapitel dargelegten Zusammenspiels von spezifischen Allianzen, Leitbildprozessen und Monitoring-Verfahren halten wir folgende Aspekte für die Gestaltung regionaler Transformationsprozesse für elementar:

Neue Leitbilder und Wohlstandsindikatoriken brauchen das Zusammenspiel mit einer Regionalplanung, die stärker auf Gegenstromprinzipien, Lernprozessen und Partizipation aufbaut.

Starke Themenallianzen vor Ort und in der Region werden alleine nicht ausreichen. Wichtig ist eine übergeordnete Politik – im Sinne von Leitlinien und Vorgaben –, die die lokalen/regionalen Allianzen vor Ort langfristig und stringent

7 Weitere Informationen zu den Zielen und Instrumenten der Gemeinwohlökonomie unter <https://germany.ecogood.org/> (Deutschland); <https://gwoe.ch/> (Schweiz); <https://austria.ecogood.org/> (Österreich) (05.04.2024).

in der Umsetzung von Bilanzzielen unterstützt. Es braucht beides: Eine stärkere Eigenverantwortung für die Entwicklung vor Ort (Relokalisierung von ökonomischen Kreisläufen, dezentrale Energieversorgung etc.) und eine Strukturpolitik, die regionale Transformationsprozesse in den Räumen begleitet. Regionalplanung sollte eine partizipativ gestaltete Verantwortungsübernahme (*Leadership*) für Wohnumfeld, Lebensraum und Gemeinwohl auf regionaler Ebene ermöglichen.

Wie dieses Gegenstromprinzip ausgestaltet ist, wird je nach vorhandenem Kapital in den Regionen (*Leadership*, sozial innovative Akteure, Kooperationen und Kooperationsdichte, soziales Kapital) sehr unterschiedlich sein. Das Beispiel Vorarlberg steht hier für existierende Praktiken und Prozesse, die eine solche regional und partizipativ gestaltete Verantwortungsübernahme bereits punktuell sichtbar machen. Das Beispiel der Donut-Ökonomie illustriert, wie die *Leadership* einzelner Personen in politischer Verantwortung alternative Praktiken in die Welt bringt.

Beharrungskräfte können durch experimentelle Praktiken und tragfähige Narrative überwunden werden.

Die Durchsetzung von alternativen Wohlstandspraktiken ist ein konflikthafter politischer Prozess, der mit Verteilungskonflikten um Privilegien und Macht verbunden ist. Soziale Innovationen und experimentelle alternative Praktiken treffen auf die Beharrungs- und Widerstandskräfte etablierter Akteure und Institutionen. Sich darauf einzustellen und tragfähige Narrative zu entwickeln, ist für die langfristige Orientierung der Akteure alternativer Wohlfahrtsverständnisse in diesen Veränderungsprozessen wichtig.

Regionale Rahmenbedingungen für Transformation variieren kontextabhängig und können historisch kontingent bzw. pfadabhängig sein.

Die Regionen sind im Sinne ihres Kapitals und ihrer Voraussetzungen (innovative Transformationsakteure, soziales Kapital in einer Region etc.) sehr unterschiedlich. Förderliche Faktoren sind somit auch aus einer längeren, geschichtlichen Entwicklung der Region und ihren Erfahrungen mit Strukturumbrüchen und der Resilienz in Transformationsprozessen zu erklären. Hier sind einige Regionen stärker begünstigt als andere und es stellt sich die alte Frage, wie (soziale) Innovation in nichtinnovativen Regionen organisiert

werden kann. In nichtinnovativen Regionen könnten stärkere Top-down-Impulse (Förderprogramme, Anreizstrukturen etc.) wichtig sein.

Experimentelle Ansätze ermöglichen, neue Indikatoriken der Wohlstandsbewertung zu entwickeln (»von Real-Labor zu Regional-Labor«).

Um neue Indikatoriken nicht nur methodisch konsistent und handhabbar zu machen, sondern auch ihre Akzeptanz und gegebenenfalls psychologische Lenkungswirkung zu befördern, können experimentelle Prozesse auf regionaler Ebene (siehe Kapitel 6.5 Brussels Donut) einen wichtigen Beitrag leisten. Nicht nur bedarf es der Erprobung eingängiger Visualisierungs- und zugänglicher Tracking-Methoden, die idealerweise interaktive Schnittstellen zum individuellen Ausprobieren anbieten (wie z.B. Plattformen zur Berechnung des persönlichen ökologischen Fußabdrucks); auch sollten Privatpersonen die Möglichkeit haben, selbst zur Entwicklung beizutragen, etwa über partizipative Methoden der »Citizen Science«. Letztere sollte dabei nicht bei dem verbreiteten (und verkürzten) Verständnis im Sinne des »Crowdsourcings«, das heißt der Datenbeschaffung durch Bürger:innen, stehenbleiben. Stattdessen sollte sie im Sinne eines emanzipatorischen und demokratischen Forschens auch die Erwartungen, Präferenzen und Anregungen von Nicht-Fachleuten fortlaufend einbeziehen.

Translokale bzw. internationale Netzwerke befördern die innovative Weiterentwicklung von Konzepten und Methoden.

In Ergänzung zu einem Gegenstromprinzip auf regionaler/überregionaler Ebene (siehe These 1) sind translokale und transnationale Netzwerkstrukturen zwischen Allianzen und Bündnissen wichtig für Impulse (z.B. Nachahmung von Pioniervorhaben), multilaterale Lernprozesse und die Weiterentwicklung des methodischen Instrumentariums. Dies können Bündnisse zwischen Städten, Gemeinden und Regionen sein, die sich unter einem Leitbild (Cittàslow, Gemeinwohlökonomie etc.) zusammenfinden, oder auch Netzwerke von experimentellen Projekten und Initiativen, die über Allianzen mehr Sichtbarkeit und größeren politischen Einfluss gewinnen.

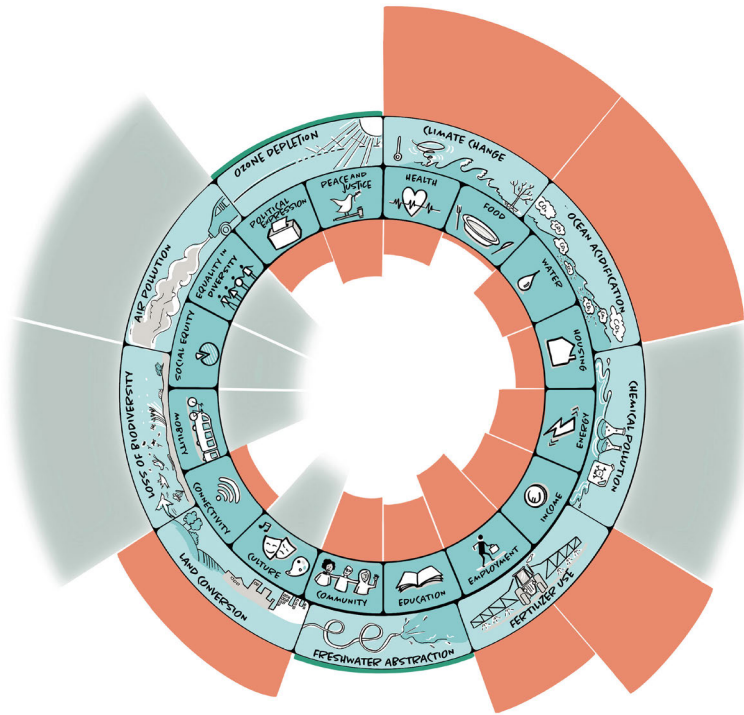
6.6 Brussels Donut

In der Hauptstadtregion Brüssel – neben der Wallonie und Flandern eine der drei föderalen Regionen Belgiens – haben im Jahr 2020 lokale Initiativen mit starker Unterstützung durch das Wirtschaftsressort der Regionalregierung einen bemerkenswerten Prozess in Gang gesetzt. Basierend auf dem beschriebenen Donut-Modell wurden hier in einem partizipativen Vorgehen Indikatoren und Ziele formuliert, die es ermöglichen, die Donut-Methode für das Monitoring der Stadt- und Wirtschaftsentwicklung zu nutzen. Neben der Erfassung des Ist-Zustandes für die einzelnen Indikatoren zählt dazu auch die Formulierung von Zielvorgaben für die Jahre 2030 und 2050 (siehe unten).

Träger des Vorhabens sind die gemeinnützige Organisation Confluences (ein Zusammenschluss lokaler NGOs) und die Wirtschaftshochschule ICHEC in Zusammenarbeit mit dem bereits erwähnten DEAL (siehe Kapitel 3 in diesem Buch). Sowohl finanzielle als auch politische Unterstützung erfährt das Projekt durch die regionale Staatssekretärin für Wirtschaft und Beschäftigung und deren Behörde (vergleichbar einem deutschen Landesministerium).

Kernelement ist das »Donut-Portrait« für die Hauptstadtregion, das seit Juni 2023 in seiner zweiten Fassung vorliegt (Brussels Donut 2023). Es stellt die Makro-Ebene des »Brussels Donut« dar und erfasst 20 soziale sowie 16 umweltbezogene Dimensionen (siehe Abbildung 6.2). Sie werden weiter unterschieden in lokale und globale Dimensionen. Lokale Dimensionen sind bezogen auf das Territorium der Hauptstadtregion mit ihren 19 Gemeinden und circa 1,2 Millionen Einwohner:innen (z.B. Luftbelastung, Flächenverbrauch, Wohnungsmarkt).

Abbildung 6.2: Das Brüsseler »Donut-Portrait« 2023.



Quelle und Legende: <https://donut.brussels/en/brussels/en-macro-portrait/>; Lizenz: cc by-sa/4.0/ (05.04.2024).

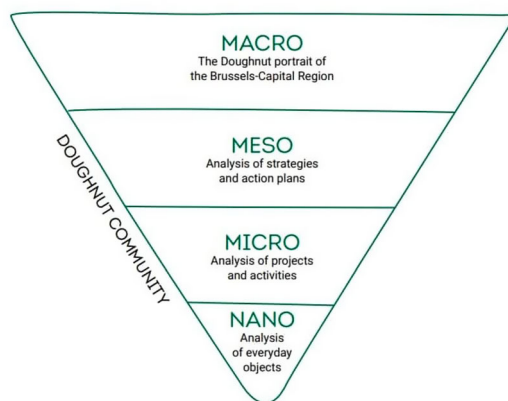
Die globalen Dimensionen sind Ausdruck wirtschaftlicher Verflechtungen, ökologischer Wechselwirkungen und gesellschaftlicher Verantwortung im internationalen Kontext, vor allem bezogen auf Nord-Süd-Zusammenhänge. Zu letzteren gehören globale Umwelteffekte (Klimawandel, Ozeanversauerung) ebenso wie Menschenrechtsfragen entlang von Lieferketten (Fairtrade). Daraus ergibt sich das für das Vorhaben zentrale Prinzip der »Vier Linsen« (*lunettes*) – lokal-sozial, lokal-ökologisch, global-sozial, global-ökologisch –, das auch auf den anderen Ebenen den Donut-Projekts Anwendung findet (siehe unten).

Jede der 36 Dimensionen wird auf der Grundlage mehrerer Indikatoren bewertet (insgesamt: 566), die von der Projektgruppe in einem mehrstufigen

Verfahren definiert wurden. Dieses bestand aus Stakeholder-Workshops mit verschiedenen Interessengruppen aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Verwaltung sowie aus einer standardisierten Umfrage. Die für Brüssel getroffene Auswahl weicht von der ursprünglichen Donut-Systematik ab und geht vor allem im sozialen Bereich deutlich darüber hinaus. Innovativ ist auch die global-relationale Perspektive über den Mandatsraum der Gebietskörperschaft, wenngleich diese eine besondere methodische Herausforderung darstellt.

Die angestrebten Werte für die Zieljahre 2030 und 2050 wurden durch eine Verknüpfung internationaler und nationaler Politikvorgaben (z.B. Klimaziele), wissenschaftlicher Empfehlungen und projektinterner Beratungen definiert (für weitere Details zur Methodik siehe Brussels Donut 2023).

Abbildung 6.3: Das Mehrebenensystem des »Brussels Donut«.



Quelle: <https://donut.brussels/en/brussels/>; Lizenz: cc by-sa/4.0/ (05.04.2024).

Eine weitere Besonderheit des »Brussels Donut« ist sein Mehrebenenansatz. Neben der bereits beschriebenen **Makro-Ebene** und dem Donut als Monitoring- und Planungsinstrument beinhaltet das Vorhaben drei weitere Ebenen (siehe Abbildung 6.3). Diese weichen zwar methodisch von der eigentlichen Donut-Systematik ab, beziehen sich aber auf deren Grundprinzipien hin-

sichtlich planetarer Grenzen und sozialer Fundamente. Dabei hat sich auf der **Meso-Ebene** die Regionalregierung selbst dazu verpflichtet, alle politischen Programme und Pläne einer Prüfung hinsichtlich ihrer Donut-Kompatibilität zu unterziehen. Dazu gehören nicht nur Gesetzesinitiativen oder Instrumente der Regionalplanung, sondern auch Teile der Wirtschaftsförderungspolitik inklusive ihrer finanziellen Unterstützung für einzelne Branchen oder Betriebe (siehe Mikro-Ebene).

Auf der **Mikro-Ebene** werden sowohl einzelne Vorhaben (z.B. ein Infrastrukturprojekt) auf den Prüfstand gestellt (etwa in Stakeholder-Foren) als auch die Lenkungswirkung finanzieller Anreizinstrumente, etwa die Vergabe von Zuschüssen an Existenzgründer:innen.

Schließlich beschäftigt sich die **Nano-Ebene** vor allem zum Zweck der Bewusstseins-schaffung mit der Analyse kleinteiliger Vorhaben (Umgestaltung eines Straßenabschnitts) oder einzelner Produkte. So wurden am Beispiel eines Smartphones in Workshops mit wissenschaftlicher Begleitung die sozialen und ökologischen Implikationen seiner Herstellung, seines Gebrauchs und seiner »Entsorgung« in Form von Infografiken dokumentiert – wiederum unter konsequenter Berücksichtigung aller vier oben genannten »Linsen«.

Trotz weitreichender Ambitionen mit starker institutioneller Unterstützung bleibt der »Brussels Donut« ein temporäres Projekt, das aktuell dem Ende seiner zweiten Phase (Frühjahr 2024) entgegenseht. Das heißt, eine längerfristige Finanzierung und organisatorische Konsolidierung bleibt ungewiss und droht zum Spielball sich ändernder politischer Rahmenbedingungen zu werden. Schon zwischen der ersten und zweiten Projektphase hatte es eine vorübergehende Finanzierungslücke gegeben. Die Projektkoordinator:innen streben deshalb an, aus der Logik der temporären Projektförderung auszuweichen und Zugang zu einer längerfristigen institutionellen Förderung zu erlangen.

Nur so könne der Widerspruch zwischen der Langfristigkeit des Donut-Vorhabens und der bisher nur kurzfristigen Planungssicherheit überwunden werden. Für Barbara Goffin, die Projektleiterin, handelt es sich derzeit um »a very long term process based on a short term financing« (Interview vom 22.9.2023). Dazu würde auch gehören, das Daten-Monitoring der Makro-Ebene als öffentliche Aufgabe in einer regionalen Behörde anzusiedeln, während sich Confluences stärker um die Meso- bis Nano-Ebene kümmern würde, unter Umständen finanziert durch Stiftungen.

Auch stößt die Umsetzung einzelner Vorhaben nicht bei allen Interessengruppen auf Gegenliebe. So wurde beispielsweise die selektive Vergabe von

Fördergeldern an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zu einem Streitthema und führte zu einer moderateren Definition sozialer und ökologischer Bewilligungskriterien. Gleichwohl ist es der Initiative gelungen, innerhalb kurzer Zeit ein starkes Leitbild zu entwickeln, das sektorenübergreifend verfängt und über ein hohes Mobilisierungspotenzial auf verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Ebenen verfügt.

Zugleich ist es gelungen, durch die partizipative Vorgehensweise neue, teils ungewöhnliche Allianzen zwischen verschiedenen Anspruchsgruppen zu schmieden (»Bündnisse bauen«). Und schließlich wurde eine differenzierte und kontextadaptierte Indikatorik entwickelt, inklusive mittel- und langfristiger Zielvorgaben. Zugleich bleibt das Konzept anschlussfähig an internationale Debatten und beteiligt sich an der weiteren Entwicklung des Donut-Ansatzes.

Die hohe Zahl von Anfragen für Informationsgespräche und Trainingsveranstaltungen, die das Brussels-Donut-Team von Gemeinden und Regionen aus allen Teilen Europas erhält, zeugen von einem gewissen Momentum. Dieses könnte genutzt werden, um in Brüssel und an anderen Orten eine Verstetigung des Donut-Monitorings zu ermöglichen und damit gleichzeitig eine größere Verbindlichkeit der Indikatorik zu gewährleisten.

7. »Wohlstand« durch Wandel

Erkenntnisse, Positionierungen und Denkanstöße

Bastian Lange, Martina Hülz, Benedikt Schmid, Christian Schulz

Abstract *Im abschließenden Kapitel fassen wir zunächst die zentralen Erkenntnisse unserer sektoralen Beobachtungen zu Wohlstandsalternativen (Kapitel 3 bis 6) zusammen, indem wir verbindende beziehungsweise wiederkehrende Merkmale synthetisieren (Kapitel 7.1). Darauf aufbauend rahmen wir die Suche nach Wohlstandsalternativen als »Transformationsbricolagen« (Kapitel 7.2), bevor wir abschließend weiterführende Denkrichtungen und mögliche »Transformationserzählungen« diskutieren (Kapitel 7.3). Wir schließen unsere Ergebnisse mit einigen pointierten Thesen.*

7.1 Wohlstandsalternativen: Erkenntnisse und Ergebnisse

Die durchgängigen Erkenntnisse aus den vorigen Kapiteln lassen sich in vier Schwerpunkte gruppieren: a) das Verhältnis von Gemeinwohlanliegen und Entscheidungsprozessen, b) die Bedeutung immaterieller Werte, c) die Rolle von Infrastrukturen und offenen Räumen und d) die Frage von Wohlstandsmessung und -bewertung.

Gemeinwohl wird durch mehrere Entscheidungsebenen gestärkt

In den notwendigen Reaktionen auf menschgemachte planetare Zerstörungsprozesse zeigt sich, dass Initiativbündnisse aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft die auffälligsten Impulsakteure für die Etablierung alternativer Wirtschafts- und Lebensformen sind. Allen ist gemein, dass sie für eine Stärkung des Gemeinwohls eintreten. Dabei zeigen sich Initiativbündnisse nicht als Antithese (»Alternative zu«) zum kapitalistischen Mainstream oder agieren als reine Protestformation. Vielmehr stellen sie souverän diverse Angebote als Op-

tion begründet ›in den Raum‹. Derartige selbstbestimmte Entwicklungen entfalten sodann ihre Akzeptanz, indem sie ihren Zuspruch für postkapitalistische Lösungswege konsensual in der Mitte der Gesellschaft entfalten.

Anders als rein appellative Äußerungen oder utopische Wünsche wirken derartige gemeinwohlbasierte Initiativbündnisse und Allianzen, wie beispielsweise Zeitwohlstandsalternativen und Donut-Bündnisse, schon lange im Verbund mit regional orientierten Wirtschaftsunternehmen. Mit ihrer Multiplikatorwirkung treten diese Bündnisse schon heute für die Minderung des Boden- und Ressourcenverbrauchs, die Dekarbonisierung und Gewährleistung von guten Lebensbedingungen ein. Wir leiten daraus ab, dass zukünftig derartige Initiativbündnisse verstärkt mit regional verankerten Unternehmen weitere relevante Transformationsallianzen schmieden sollten und somit eine entscheidende Rolle für regionale Transformation einnehmen können.

Des Weiteren erkennen wir, dass sich erst im Gefolge von zahlreichen Initiativbündnissen wiederum formelle Verwaltungs- und Politikvertreter:innen derartigen Bündnisallianzen öffnen und anschließen. Sie stärken diese dann finanziell, politisch und sachdienlich, rahmen und vernetzen gleichwohl diese Initiativbündnisse innerhalb und außerhalb der Region und sorgen dabei für ein Mindestmaß an zeitlicher Stabilität.

Denken wir diese Beobachtungen weiter, dann müsste der lokale und regionale Staat angesichts der vielfältigen Transformationserfordernisse auch als »aktivierender«, »aufsuchender« sowie auch »ermöglichender« Staat eine größere Rolle in derartigen Bündnisoptionen einnehmen und sein traditionelles, verwaltendes Selbstverständnis hin zu einem bündnistreibenden und -ermöglichenden »Partner in Crime«, zum Komplizen modifizieren.

Abkehr von materiell begründeten Wohlstandsversprechen? Die Wiederkehr immaterieller Werte und diverser Artefakte

Individuelle Konzepte von materiell definiertem Wohlbefinden wurden bereits in den letzten Dekaden, nicht erst seit der Zäsur der Pandemie, von denen, die es sich leisten können, stark hinterfragt: Die Folgen eines permanent laufenden, überhitzten Überbietungswettbewerbs im Hamsterrad der alltäglichen Selbstoptimierung von Beruf, Freizeitverhalten und materiellen Wohlstandsattributen (Haus, Auto, Pferd, Lastenfahrrad etc.) münden in stark ansteigende Belastungs- und Krankheitssymptome (mit auch wirtschaftlichen sowie ressourcenverbrauchenden Nachteilen). Die sich anschließenden

Suchbewegungen nach dem »guten Leben« finden ihren Niederschlag in Form von geringeren materiellen Ausstattungsdimensionen, aber mehr alltäglicher Zeitverfügbarkeit für persönliche, kollektive, soziale und demokratische Arbeit. Dadurch eröffnen sich wiederum selbstbestimmtere, vom konsumptorischen Rausch entsagte und sodann emanzipierte Lebensformen.

Die seit der Pandemie wieder intensiver geführte Diskussion um Care- und Sorgearbeit nimmt vielfältige unsichtbare, ungerechte und marginalisierte Lebensformen zum Anlass, um verbesserte Arbeits- und Daseinsbedingungen jenseits materieller Sicherheiten einzufordern. Als emanzipatorisches Projekt richten regionale Netzwerke und örtliche Ankerpunkte ihr Augenmerk – neben der materiellen Aufwertung prekärer Arbeitsverhältnisse – auf die Sicherung sozialräumlich eingebetteter Sorge- und Care-Beziehungen. Die Qualität und Verfügbarkeit alltäglicher Sozialbeziehungen – die berühmten gemeinschaftlich-kollektiven WIR-Ressourcen – verweisen neben ihrer sozialen Relationalität auf die Rolle alltäglicher Raum- und Infrastrukturen, die für Begegnung, Austausch und Interaktion so wichtig sind und zum »guten Wohlbefinden« in umbrechenden Zeiten den entscheidenden, demokratischen Kit liefern.

Sicherstellen von offenen Infrastrukturen, Räumen und Entscheidungsprozessen

In turbulenten Zeiten, in denen sich Teile der Gesellschaft befähigt sehen, die Transformation zu einer dekarbonisierten Welt mitgehen zu können, während ein großer anderer Teil dies für sich ablehnt, drohen Abschottungen, Verinselungen und gesellschaftliche Fragmentierungen bis hin zu Ablehnungen staatlicher und demokratischer Institutionen.

Wir haben erkannt, dass für ein Mindestmaß an sozialer sowie transformationsbezogener Kohäsion offene, modifizierbare, reparierbare und anpassungsfähige Infrastrukturen, Räume und Entscheidungsprozesse essenzielle Stellgrößen für Transformationsprozesse darstellen. Zudem haben sie den charmanten Nebeneffekt, dass sie nicht nur auf neue Herausforderungen gelingender reagieren können, sondern auch in ihrer Gestaltungspraxis in regionalen Kontexten verhandelt und ausgehandelt werden müssen. Strukturelle Offenheit verlangt somit Verhandlung und Kompromiss auf Zeit. Derart transparente »offen gehaltene Transformationswege«, wie wir sie aus der Debatte um Open Access, Open Data, Open Education oder Open Region kennen, demonstrieren Transparenz, Mitbestimmung und regional mögliche Mitspra-

cheoptionen. Sie sind per se teilhabebasiert und erwirken dabei Akzeptanz und Legitimation.

Die im Rahmen des ARL-Arbeitskreises »Regionale Wohlstandsalternativen« identifizierten Wohlstandsalternativen weisen sich daher durch eine strukturelle, verhandlungsbasierte sowie kollektiv-kommunikativ errichtete Offenheit aus. Sie bedürfen der Aushandlung über Neuausrichtung, Anpassung und Modifikation, da es keine vorgefertigten Blaupausen gibt, auf die wir uns als interessierte Gesellschaft im Übergang beziehen könn(t)en. Der Rückgriff auf erprobte, vorindustrielle Wirtschafts-, Infrastruktur- und Lebensformen ist zum einen naheliegend und mitunter verlockend, braucht aber zum anderen eine Rückbindung an die jetzigen digitalen und demokratischen Erfordernisse einer globalisierten Welt im Lokalen.

Wohlstandsmessung und -bewertung

Wie an mehreren Stellen ausgeführt (vor allem in Kapitel 6), spielt die Art der Erfassung und Gewichtung von Wohlstandsparametern eine zentrale Rolle in der Abwägung und Neubewertung von Wohlstandsverständnissen. Dies geht weit über technisch-methodologische Aspekte der Indikatorik hinaus und umfasst zugrunde liegende sozioökonomische Annahmen ebenso wie divergierende Leitbilder und Zielvorstellungen.

Die beschriebenen Konzepte der Donut-Ökonomie und der Gemeinwohlbilanzierung, beispielsweise, illustrieren nicht nur, wie ökologische und soziale Effekte menschlichen Wirtschaftens erfasst und verglichen werden können. Sie eignen sich auch als strategische Instrumente der Planung, Steuerung und kontinuierlichen Zielüberprüfung (Monitoring). Dabei ist die eingängige Visualisierung, wie der Donut (siehe Kapitel 3), sehr hilfreich in Bezug auf die Kommunizierbarkeit und Verständlichkeit. Der »Dashboard«-Charakter dieses und anderer Instrumente kann – neben seiner pädagogischen Funktion – zusätzlich motivierende Effekte haben (etwa den Antrieb, Vorjahresziele übertreffen zu wollen).

Zugleich bergen diese Instrumente – anders als die eher Facheliten vorbehaltenen statistisch-administrativen Methoden wie der BIP-Berechnung und -Prognostik – das Potenzial der Inklusion und Partizipation breiterer Bevölkerungsgruppen (siehe etwa das Beispiel der Indikatorenauswahl und Zielformulierung für den Brussels Donut in Kapitel 6.5).

7.2 Wohlstandsalternativen als regionalisierte Transformationsbricolagen

Wohlstandsalternativen, wie wir sie in den vorigen Kapiteln identifiziert haben, lassen sich als diverse, regional verfasste Bausteine innerhalb eines großen Transformationsprozesses ansprechen. Diese Bausteine sind in sich bedingt finalisiert und »fertig«, sie werden durch Menschen, Initiativen und Bündnisse »gebastelt« (»bricolage«) und weisen sich daher als »in the making«, also im Werden aus. Gerade durch ihren prozeduralen und prozesshaften Charakter gewinnen die Alternativen an Akzeptanz und Bedeutung, da sie keinem universellen vorgegebenen Bauplan folgen, sondern durch das Zutun der Menschen in ihrer jeweiligen Situation und in ihrem jeweiligen Vermögen auf regionale Bedingungen hin entwickelt und ausbuchstabiert werden.

Wohlstandsalternativen sind außerdem dadurch gekennzeichnet, dass sie mit einer geringen ideologischen Wertigkeit ausgestattet sind und, anders als aktuelle, politisch angeordnete oder empfohlene Alternativen und Verzichtsapelle (weniger Fleisch, weniger Wohnraum, Umbau!, weniger Konsum, weniger Besitz, weniger Verbrauch, weniger Mobilität, weniger »schlechte Emissionen«), durch Kollektive und Allianzen in lokal-regionalen Kontexten getragen werden. Durch diese Trägergruppen von diversen Optionen der Lebens- und Wirtschaftsformierung erwirken sie eine höhere Akzeptanz der Mitmacherschaft, als dies Top-down-Appelle zu leisten im Stande sind.

Wir erkennen zudem, dass neben den ideologischen Verzichts-Appellen nach wie vor eine große Hoffnung auf »Effizienz- und Optimierungs-Alternativen« liegt: Zum einen sind dies technologisch-regulierende Optimierungshaltungen und -entwicklungen (Green Tech, Smart Tech usw.) wie zum Beispiel innovative Baustoffe, um CO₂-neutralen Beton herzustellen, mit dem bis 2035 in der Bauwirtschaft die Klimaneutralität zu schaffen wäre. Gleiches gilt für verbesserte E-Antriebstechniken, mit denen doch der Status quo von Mobilität, »wie wir sie bisher kennen«, beibehalten werden könnte. Gleiches gilt für künstliche Fleischproduktion, Geoengineering, CO₂-neutrale Datenserver-Farmen, Recycling-Praktiken etc. pp. Zum anderen sind Postwachstums-Verzichts-Fetischist:innen auf ihre Art und Weise ebenso auf Effizienz und Optimierung getrimmt, wenn es um alltagsweltliche Anpassung (Mülltrennung) und der sehr engagiert verfolgten Idee geht, den Kohlenstoff-Fußabdruck zu verkleinern (*to lower your carbon footprint*).

Beide Richtungen stellen Endpunkte einer wenig konsensualen gemeinwohlorientierten »Erzählung« einer Zukunftsgestaltung für die Menschen dar.

Sie sind – in ihrer jeweiligen Eigenwilligkeit – extrem moralisch-ideologisch aufgeladen und reproduzieren in der Gesamtschau diametrale, auf Konflikt und Zwist getrimmte Zukunftsvisionen zwischen einerseits Modernisierungsapologeten und andererseits Verweigerern jeglicher Adaptionsperspektiven. Auch weil eine robuste Empirie im Sinne der Blühdorn'schen Präzisierung von Praktiken der »Nicht-Nachhaltigkeit« (Blühdorn/Butzlaff/Deflorian et al. 2018: 4) außerhalb eines speziellen kernakademischen Diskursraums eigentlich keine fachliche Anerkennung erfährt, jedoch im konservativen Feuilleton in Form einer immer aggressiveren Gegenagenda gegen das »linksgrün-versiffte« Milieu von rechtskonservativen Beharrungsapologeten ins Feld geführt wird.

Und: Ist die bloße Botschaft des Verzichts, der Reduktion und der individuellen Verantwortungsübernahme durch Einschränkung, der Zielerreichung eines immer kleineren Fußabdrucks ebenso wie der Glaube an Optimierung und Effizienzbemessung nicht auch Ausdruck eines zutiefst protestantisch-pietistisch aufgeladenes Weltbilds, was hier – in neuem Gewand und von welcher Seite auch immer – proklamiert wird?

7.3 Was könnten erweiterte Transformationserzählungen auf dem Weg zu regional differenzierten Wohlstandsalternativen sein?

Abschließend möchten wir den Blick auf erweiterte »Erzählungen« richten, wie glaubwürdig und lebensweltlich diverse Alternativen weiterzuentwickeln sein könnten. Natürlich liegt eine krisentheoretisch (individuell, räumlich oder ähnlich) informierte »Erzählung« offen auf der Hand, wenn »ich« als ausgebeutete:r, darniederliegende:r Lohnarbeiter:in oder als Kriegs-, Dürre-, Gewalt-, Hochwasser-Flüchtling das Weite suchen muss, um woanders auf ein besseres Leben zu hoffen. Oder wenn »ich« im Zuge einer genossenschaftlichen Wohnraum- und/oder Fabrikübernahme ungenutzten Raum selbstbestimmend mit anderen übernehme. Dann sind basisversichernde Infrastrukturen ein essenzieller Baustein für ein »gutes Leben«. Doch ist das für uns die einzig bestimmende Maßgabe, in Kategorien der Reduktion, der Effizienzbemessung und der Einschränkung eine Zukunft zu denken?

Vielleicht würde eine bewusst antagonistische Gegenerzählung, die von Wissenschaft und alltagstauglich »schlaue Leute« in die Welt gebracht wird, in der Lage sein, eine griffige, freudvolle, lustmachende Zusatzerzählung vorzulegen?

Wie kann diese Lesart aussehen, mit der wir *uns* – befreit aus den Zwängen des Überkonsums, des Überschusses, der Entfremdung, der Sinnentleerung, wie es die linken marxistischen Theoretiker:innen wohl sagen würden – aus diesem Dilemma lossagen und trotzdem frohen Mutes in die Zukunft blicken können?

Wo sind die konzeptionellen und gedanklichen Bausteine von offenkundig erfahrbaren, lust- und freudvollen Erzählungen (jenseits des Paradieses im Himmel oder anderen Epiphanien), mit denen wir uns wohlständigen und sich gut ergebenden postkapitalistischen (Wohlstands-)Alternativen freudvoll zuwenden können?

Wir schlagen vier Denkrichtungen vor, die Anlass geben könnten, unsere Debatte um finale ›Botschaften‹ für die Wohlstandsalternativen von einer anderen Seite her anzusprechen und sodann, bestenfalls überraschender, in ein neues und erweitertes Licht zu rücken.

Wohlstandsalternativen brauchen Großzügigkeit

Im Hinblick auf die Denkfigur der »Ökonomie der Großzügigkeit« (Luks 2023) erfolgt durch Fred Luks keine Abkehr von der notwendigen Idee der Reduktion. Er denkt diese aber in einem ausgeglicheneren Spannungsfeld jenseits des Zwangs der individuellen Verzichts- und Selbstoptimierung einerseits und der makroökonomistischen Technologie- und Effizienzkultur. Luks fragt, wie wir mit einer anderen Bemessung der betriebswirtschaftlichen Kollateralschäden von Krankheit (für mehr Freizeit?) umgehen, von verordneter digitaler »Unerreichbarkeit« und »Unverfügbarkeit« (Rosa 2020) in Betrieb, Ausbildung, Schule, Privatheit und sozialem Leben, von »Ferien im Funkloch«, von staatlich verordnetem »Erbe« an junge Erwachsene, von »Straferlassen an Schwarzfahrer« usw., um entlang dieser Transformationszwangsjacke den Wandel in freiheitlich-demokratischen Strukturen wirklich denken können (Luks 2023).

Seine Idee, nach Formen, Formaten und Praktiken der Großzügigkeit zu suchen, kehrt die Grundidee Effizienz – Optimierung – Normkontrolle radikal um. Er lotet eine Ideengeschichte (keine Handlungsempfehlungen!) der Großzügigkeit aus und eröffnet Perspektiven zwischen »Geiz und Verschwendung« (Luks 2023: 20). Großzügigkeit wird dabei von Luks nicht als »notwendig« angesprochen, sondern als eine Frage, wie und ob und wo sie möglich ist, um aus dem Dilemma »Nachhaltigkeit als gesellschaftliches und ökonomisches Wunschenken« herauszutreten (Luks 2023).

Unter Einbeziehung von Blühdorns Verständnis von Nachhaltigkeit als Nicht-Nachhaltigkeit (Blühdorn/Butzlaff 2019; Blühdorn/Butzlaff/Deflorian et al. 2018; Blühdorn 2017), eröffnet Luks den Weg vom »Systemimperativ« »Nachhaltigkeit« (Luks 2023) hin zur Frage, wo sich jenseits der machtvollen Kraft der »Beharrungsavantgarden« (Lange/Bürkner 2021) (am Status quo) und der Transformationsapologeten neue Spiel- und Denkräume eröffnen, die aktuell noch sehr eng und klein sind, aber gegebenenfalls zukünftig vergrößert werden müssten, um die allorts politisch zu erkennenden Lagerbildungen aufzuweichen. Ist daher »Normalität« neu zu denken, sodass sich Spielräume der Großzügigkeit zeigen können?

Wohlstandsalternativen brauchen einen positiven Begriff von Freiheit und öffentlichem Luxus

Etwas über Bande gedacht verkoppeln sich der Begriff und die Denkfigur der »Spielräume von Großzügigkeit« mit neuen Ideen und Verständnissen von »Freiheit«, mit »Utopien« und den vorhandenen Basisphilosophien (von Redecker 2023; Allen/Jaeggi/von Redecker 2016).

In ihren Arbeiten hat Eva von Redecker mit dem bewusst paradoxalen Begriff der »Bleibefreiheit« nicht nur über denkbare Freiheiten per se nachgedacht, sondern generell über die Frage, wie ein Begriff von Freiheit zeitlich (und nicht räumlich) zu denken ist. Im Gegensatz zu Zeitverständnissen, die auf Effektivität, Optimierung und Maximierung von Produktion (Just-in-Time-Produktion) ausgerichtet sind und sich daran bemessen, entwickelt sie einen radikal emanzipatorischen Freiheitsbegriff, bei dem Freiheit als zeitliche Freiheit gedacht wird. In ihrer ganzheitlichen Ansprache an Zeitlichkeit als Lebensressource bezieht sie sich auf das Natalitätsprinzip von Hannah Arendt (1981: 161) sowie ihr eigenes, das der Selbstwiedergeburt (von Redecker 2023: 83–87).

Diese Idee von »Geburt« spricht sie nicht nur als ein individuelles Phänomen an, sondern als einen Prozess neuer symbolischer Ordnung. Die Idee der Geburt als immer wiederkehrende symbolische Anordnung von Mensch-Werdung sowie von Kultur-Werdung versteht von Redecker als Ressource und Perspektive der freiheitlichen Neuerfindung abseits hegemonialer und patriarchaler Ausbeutungsprozesse. Von Redecker fügt dabei dieser Idee eine Formfigur der kollaborativen Freiheit zu, die generell in Verbindung mit den Elementen, dem Boden, dem Wasser und der Ökologie steht und in deren relationale

Positionierung wir wiederum zukünftig gelangen müssten, um Überlebenschancen zu haben (von Redecker 2023: 109–113).

Je üppiger, mit Luks (2023) könnte man sagen: je großzügiger, wir die Ökologie die Bodenregeneration sich selbst »machen lassen«, desto weniger menschlich-technologischer Optimierungseinsatz eingebracht wird, desto mehr Zeit haben wir im Gegenzug und zudem können sich essenzielle Lebenselemente wie Boden, Wasser und Luft selbst regenerieren. Das Credo »Weniger ist mehr« übersetzt sich dann so, dass die Eingriffe in die Basissysteme Boden – Luft – Wasser abnehmen, weshalb wir wiederum Zeitgewinne verbuchen könnten. Wenn wir, so von Redecker, also den erlebten Freiheitsverlust im Kapitalismus versuchen zurückzudrängen, wir also nicht permanent mit Technik an der Optimierung der Natur, der Ernährung oder des Bodens arbeiten, beziehungsweise je »üppiger«, wie sie schreibt, sich das ökologische Leben regeneriert, desto freier sind wir in unseren ko-schöpferischen Experimenten (von Redecker 2023: 135–137).

Während wir also dem System Ökologie eine »befreite« Zeit zuweisen, das zu tun, was es wohl schon sehr lange eigentlich kann, haben Menschen, wie von Redecker sagt, »Zeit zu lassen«, »Zeit mit anderen Lebendigen zu teilen«, ohne sie zu verlieren. Denn, so von Redecker, in einer Zeit der Fülle haben wir größere Freiheit. Nicht einfach, weil »mehr« da ist, sondern weil sich alles gegenseitig trägt (von Redecker 2023: 143). Sie schreibt: »Die Zeit der Fülle ist zudem der beste Ausgangspunkt für die anderen beiden Facetten der Bleibefreiheit, für endliche Freiheit und initiale Freiheit« (von Redecker 2023: 143). »Verzeitlichte Freiheit ist also Zeitfülle und erfüllte Zeit und Zeit der Fülle. Eine Fülle an erfüllter Zeit, eine Fülle an Gezeiten [...] Dieser Überfluss ist der Stoff unserer Freiheit. Er entbindet uns nicht von der Aufgabe, einander in allen Gezeiten zu befreien. Im Gegenteil: Er entbindet uns zu ihr. So dass wir bleiben können und auch das nicht allein (von Redecker 2023: 145).

Somit legt von Redecker nicht nur einen positiven Begriff von erfüllter Zeitfülle vor, der im Bleiben (in der Pandemie war Bleiben wohl für viele die Höchststrafe) nicht eine Einengung und einen Freiheitsverlust beschreibt, sondern im Bleiben die Chance denkt, sich dort neu zu erfinden (Natalitätsprinzip), neue Zeit zu erleben und mit anderen Systemen (Ökologie, Menschen etc. pp.) in eine erfüllte und sinnvolle Beziehungszeit zu kommen. Im Bleiben erwächst also Freiheit.

Wohlstandsalternativen benötigen aktivistische Wissenschaften

In den letzten Jahren sind Umweltethiker:innen und Klimaethiker:innen verstärkt mit ihren Erkenntnissen ›ins Feld‹ und in die Praxis gegangen und haben dabei zwar oft dem Druck zur Praktikabilität Tribut gezollt, sich aber auch konzeptionell neu erfunden und in Formen einer »rettenden Umweltphilosophie« neu positioniert (Manemann 2023). Im Fahrwasser zahlreicher »aktivistischer Berufsgruppen« (*Architects, Scientists, Doctors*) erwächst – besorgt über den Zustand der Welt und die fehlenden notwendigen Kurskorrekturen – eine Entgrenzung tradierter Berufsverständnisse.

Überblicksartig könnten wissenschafts- und entsprechende statusbezogene Praktiken einer »rettenden und aktivistischen Umweltphilosophie« (Manemann 2023) die folgenden Spannbreiten abdecken: Sie könnten von der Praxis des Dokumentierens, Offenlegens, Vermittelns und Lehrens weitergehen zu Formen des zivilen Ungehorsams. In der Kunstgeschichte zeigen sich deviante Lehrformate (Raunig/Ray/Wuggenig 2011; Zürich/Sachs 2018), im Designbereich explorative Interventionen (Krasny 2023b; Krasny 2023c), praxeologische Interventionen im Feld von *Digital Literacy und Social Design* (Herlo/Irrgang/Joost et al. 2021), die zwar allesamt nicht komplett radikal ungehorsam sind, aber in gezähmter Art etablierte Lehr- und Forschungsprotokollzonen systematisch erweitern.

Auf der Basis derartiger Keimzellen zumeist staatlich finanzierter Alternativen können sodann auch neue Formen von *Communities* entstehen, wie dies im Umfeld von Kunst- und Medienzentren oder auch Festivals sowie weiteren *Innovations Hubs* der Fall ist (Fremaux/Jordan 2022; Boie 2022; Joore/Björklund/Thong et al. 2022).

Wohlstandsalternativen benötigen unvollständige Räume

Synthetisiert man die drei Denkangebote und bezieht sie auf die Frage nach zukünftigen Raumkontexten und Raum, so könnten sich folgende Perspektiven eröffnen:

In Anlehnung an den Systemtheoretiker Birger Priddat, der in neuen, komplexer werdenden Ökonomien die Rolle »unvollständiger Akteure« (Priddat 2005) beschreibt, müssen Letztere komplettierungsoffen und adaptionssoffen gegenüber neuen unerkennbaren Zukunftssituationen sein. Nur so ist es möglich, Markt- und Raumkontexte wiederum neu zu ›steuern‹, auch wenn die Akteure, die derartige Alternativen vorantreiben, »riskant leben«

und deshalb ein Maß an Fragilität aushalten sollten. In nicht vollumfänglich kontrollierbaren Zwischenräumen vollzieht sich eine – wie Priddat sagt – »legalisierte Wildheit«, die im Gegenzug«, so Priddat, »fasziniert«, weil in ihr »Neues« entsteht (Priddat 2005).

Überträgt man diese Betonung der Umbrüche, der Fraktale, der Brüche, der Leerstellen von Märkten, Sozialitäten und ihren Akteuren sowie den damit einhergehenden situativen Handlungsressourcen auf Räume und Raumkontexte, dann rücken unvollständige Räume, Umbruchszenarien aufgegebener und nicht mehr zukunftstauglicher gebauter und sozialer Räume in den Mittelpunkt zukünftiger Raumgestaltung. Die aus der Logik der klassischen Verwertung und Nutzung gefallen Räume avancieren sodann zum zukünftigen »goldenen Staub« in Stadt und Region.

Diese Perspektive ist zweifelsohne hinlänglich erzählt – zum Beispiel als Raumtransformationen durch Wissens- und Kreativökonomien. Interessanterweise findet sie eine Wiederbelebung in Gestalt von architektonischen Zwischenraumnutzungen, der genaueren Betrachtung von zu reparierenden unvollständigen und suboptimal genutzten Innenstadt-, Park-, Mikro- und anderen Räumen. Derartige vorerst unökonomisch bewertete Raumkontexte wurden aus vielfältiger Sicht als Ressourcen für neue Kollektivierungsprozesse und aktivistische Vergemeinschaftungsprozesse positioniert. »Kollaborative Räume« avancieren so zu Mikrozellen zukünftiger Gesellschaftsmodelle (de Vaujany/Haefliger/Ungureanu 2022; Lange/Harding/Cahill-Jones 2020a; Hofmann/Euler/Zurmühlen et al. 2022; Boie 2022; De Tullio 2022; Chatterton/Pusey 2020).

Ausblick und finale Denkanstöße

- Unvollständigkeit ist die aktuell wirksamste Form, Großzügigkeit und erfüllte Zeit aktiv und offen an der Schnittstelle von Wissenschaft und Gesellschaft zukünftig neu zu denken und dabei gleichsam zu praktizieren.
- Unvollständigkeit als Haltung zeigt dem Effizienzstreben, dem Optimierungswahn, dem Abbau gewohnter (Konsum-)Routinen sowie dem Steuerungs- und Kontrollanspruch, die Katastrophe retten zu können, eine zugleich lässig-entspannte sowie souveräne und in sich ruhende, diverse Alternative auf.
- Aus gemeinschaftlichen, atmenden und selbstbestimmten Raumkontexten erwachsen Wohlstandsalternativen mit einem hohen Akzeptanz- und Legitimationspotenzial für den notwendigen Wandel hin zu postkapitalistischen Welten.

8. Literatur

- Acosta, A.; Brand, U. (2018): *Radikale Alternativen: Warum man den Kapitalismus nur mit vereinten Kräften überwinden kann*. München: oekom verlag.
- Adloff, F.; Caillé, A. (2022): *Convivial Futures: Views from a Post-Growth Tomorrow*. transcript.
- Adloff, F.; Leggewie, C. (Hg.) (2014): *Das konvivialistische Manifest. Für eine neue Kunst des Zusammenlebens*. Bielefeld: transcript.
- Affolderbach, J.; Schulz, C. (2024): *Wirtschaftsgeographien der Nachhaltigkeit*. Bielefeld: transcript.
- AK (2021): *AK-Wohlstandsbericht 2021. Analyse des gesellschaftlichen Fortschritts in Österreich 2017–2022*. Report, Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.
- Allen, A.; Jaeggi, R.; Von Redecker, E. (2016): Progress, Normativity, and the Dynamics of Social Change. *Graduate Faculty Philosophy Journal* 37 (2): 225–251.
- Arcidiacono, D.; Barbera, F.; Bowman, A. et al. (2018): *Foundational economy: the infrastructure of everyday life*. Manchester: Manchester University Press.
- Arendt, H. (1981): *Vita activa. Oder vom tätigen Leben*. München: Pieper.
- Arnold, N. (2023): Genossenschaften. In: Apelt, M.; Tacke, V. (Hg.): *Handbuch Organisationstypen*. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer Fachmedien: 53–68.
- Arnswald, U. (2010): Einführung: Zum Utopie-Begriff und seiner Bedeutung in der Politischen Philosophie. In: Thum, B.; Schütt, H.-P. (Hg.): *Thomas Morus' Utopia und das Genre der Utopie in der Politischen Philosophie*. Karlsruhe: KIT Scientific Publishing: 1–36.
- Aulenbacher, B.; Lutz, H.; Schwiter, K. (2021): *Gute Sorge ohne gute Arbeit? Live-in-Care in Deutschland, Österreich und der Schweiz*. Weinheim: Beltz Juventa.

- Avelino, F.; Wittmayer, J. M.; Pel, B. et al. (2019): Transformative social innovation and (dis)empowerment. *Technological Forecasting and Social Change* 145: 195–206.
- Bad Nauheim (o.J.): Die Zukunft Bad Nauheims mitgestalten. <https://www.bad-nauheim.de/de/lebenswert/nachhaltigkeit-klima/zukunftswerkstatt> (20.10.2023).
- Baier, A.; Hansing, T.; Müller, C. et al. (2016): Die Welt reparieren. Open Source und Selbermachen als postkapitalistische Praxis. Bielefeld: transcript.
- Bargetz, B.; Günther, J. (2022): Armut als Baustelle: Intersektional feministische Interventionen. *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 1: 9–33.
- Bärnthaler, R.; Novy, A.; Plank, L. (2021): The Foundational Economy as a Cornerstone for a Social–Ecological Transformation. *Sustainability* 13. <https://doi.org/10.3390/su131810460> (20.06.2024).
- Bathelt, H.; Malmberg, A.; Maskell, P. (2004): Clusters and knowledge: local buzz, global pipelines and the process of knowledge creation. *Progress in Human Geography* 28 (1): 31–56.
- Bauhardt, C. (2013): Wege aus der Krise? Green New Deal–Postwachstumsgeellschaft–Solidarische Ökonomie: Alternativen zur Wachstumsökonomie aus feministischer Sicht. *GENDER–Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* 5 (2): 9–26.
- Bauriedl, S.; Wichterich, C. (2014): Ökonomisierung von Natur, Raum, Körper. Feministische Perspektiven auf Sozial–Ökologische Transformationen. In: Stiftung, R.L. (Hg.). Berlin.
- Becker, S.; Naumann, M.; Moss, T. (2017): Between coproduction and commons: understanding initiatives to reclaim urban energy provision in Berlin and Hamburg. *Urban Research & Practice* 10 (1): 63–85.
- Beckmann, S. (2016): Sorgearbeit (Care) und Gender: Expertise zum Siebten Altenbericht der Bundesregierung. Report, Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen.
- Benedikter, R. (2011): *Social Banking and Social Finance*. New York: Springer.
- Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (2024): DWDS – Digitales Wörterbuch der deutschen Sprache. Das Wortauskunftssystem zur deutschen Sprache in Geschichte und Gegenwart. <https://www.dwds.de/> (10.04.2024).
- Best, B.; von Jorck, G. (2023): Postwachstum von rechts. *Ökologisches Wirtschaften* 38 (01): 3–3.

- Beyer, T.; Görtler, E.; Rosenkranz, D. (Hg., 2015): Seniorengenossenschaften: Organisierte Solidarität. Weinheim: Beltz.
- Bianchi, I. (2023): The commonification of the public under new municipalism: Commons–state institutions in Naples and Barcelona. *Urban Studies* 60 (11), 2116–2132.
- Biesecker, A.; Hofmeister, S. (2013): Zur Produktivität des« Reproduktiven ». Fürsorgliche Praxis als Element einer Ökonomie der Vorsorge. *Feministische Studien* 31 (2): 240–252.
- Biesecker, A.; von Winterfeld, U. (2015): Im Schatten des Geldwerts. Reproduktion, Geschlechtergerechtigkeit und andere blinde Flecken in der Postwachstumsdebatte. In: *Diplomatique*, M. (Hg.): Atlas der Globalisierung: Weniger wird mehr. Der Postwachstumsatlas. Berlin: TAZ: 122–123.
- Blühdorn, I. (2017): Post-capitalism, post growth, post-consumerism? Eco-political hopes beyond sustainability. *Global Discourse: An interdisciplinary journal of current affairs* 7 (1): 42–61.
- Blühdorn, I.; Butzlaff, F. (2019): Rethinking Populism: Peak democracy, liquid identity and the performance of sovereignty. *European Journal of Social Theory* 22 (2): 1–21.
- Blühdorn, I.; Butzlaff, F.; Deflorian, M. et al. (2018): Transformationsnarrativ und Verantwortlichkeit: Die gesellschaftstheoretische Lücke der Transformationsforschung. Report, Wien: WU Wien.
- BMBF (2023): Soziale Innovationen. https://www.bmbf.de/bmbf/de/forschung/soziale-innovationen/soziale-innovationen_node.html (26.04.2024).
- BMFSFJ (2022): Kinder, Haushalt, Pflege – wer kümmert sich? Ein Dossier zur gesellschaftlichen Dimension einer Frage. <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/160276/07bc7f5964d25456ac870fec86eb47a2/kinder-haushalt-pflege-wer-kuemmert-sich-dossier-sorgearbeit-deutsch-data.pdf> (26.04.2024).
- Böcker, L.; Meelen, T. (2017): Sharing for people, planet or profit? Analysing motivations for intended sharing economy participation. *Environmental Innovation and Societal Transitions* (23): 28–39.
- Bogumil, J.; Holtkamp, L. (2023): Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung: eine praxisorientierte Einführung. Bonn: bpb, Bundeszentrale für politische Bildung.
- Böhme, K.; Zillmer, S. (2015): Was haben gleichwertige Lebensverhältnisse mit territorialer Kohäsion zu tun? Informationen zur Raumentwicklung 2015 (1): 11–22.

- Boie, G. (2022): The activist commons and how it changes the city (cases from Brussels). *The Rise of the Common City*. ASP: 33–45.
- Boyer, D. (2018): Infrastructure, Potential Energy, Revolution. In: Anand, N.; Gupta, A.; Appel, H. (Hg.): *The promise of infrastructure*. Durham: Duke University Press: 223–244.
- bpifrance (2023): Nos priorités. <https://www.bpifrance.fr/nos-priorites> (02.10.2023).
- Brand, U.; Muraca, B.; Pineault, É., et al. (2021): From planetary to societal boundaries: an argument for collectively defined self-limitation. *Sustainability: Science, Practice and Policy* 17 (1): 265–292.
- Brand, U.; Wissen, M. (2017): *Imperiale Lebensweise: zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München: Oekom Verlag.
- Brand, U.; Wissen, M. (2022): Imperiale Lebensweisen. In: Gottschlich, D.; Hackfort, S.; Schmitt, T. et al. (Hg.): *Handbuch politische Ökologie: Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden*. Bielefeld: transcript: 393–398.
- Brecht, B. (1992[1927]): Der Rundfunk als Kommunikationsapparat. In: Brecht, B. (Hg.) *Gesammelte Werke in 20 Bänden*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp: 127–134.
- Bröckling, U. (2007): *Das unternehmerische Selbst: Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Brokow-Loga, A.; Eckardt, F. (Hg.) (2020): *Postwachstumsstadt. Konturen einer solidarischen Stadtpolitik*. München: oekom.
- Brown, R.; Mawson, S.; Rowe, A. (2019): Start-ups, entrepreneurial networks and equity crowdfunding: A processual perspective. *Industrial Marketing Management* 80: 115–125.
- Brown, W. (2015): *Undoing the Demos. Neoliberalism's Stealth Revolution*. Cambridge: MIT Press.
- Brussels Donut (2023): *Doughnut Portrait of the Brussels Capital Region*. Brüssel: ASBL Confluences and ICHEC Brussels Management School.
- Bundesrat (2019): *Lagebericht des Bundesrates zur Schweizer Volkswirtschaft*. Report, Bern: Schweizer Bundesrat.
- Buttenberg, L.; Overmeyer, K.; Spars, G. (Hg.) (2014): *Raumunternehmen – wie Nutzer selbst Räume entwickeln*. Berlin: Jovis.
- Carlsson, C.; Manning, F. (2010): Nowtopia: Strategic exodus? *Antipode* 42 (4): 924–953.
- Chancel, L. (2021): *Climate Change & the Global Inequality of Carbon Emissions (1990–2020)*. Report, Paris.

- Chancel, L.; Piketty, T.; Saez, E. (2022): World inequality report 2022. Harvard University Press.
- Chatterton, P.; Pusey, A. (2020): Beyond capitalist enclosure, commodification and alienation: Postcapitalist praxis as commons, social production and useful doing. *Progress in Human Geography* 44 (1): 27–48.
- Christmann, G. (2022): Soziale Innovationen und regionale Entwicklung. In: Howaldt, J.; Kreibich, M.; Streicher, J. et al. (Hg.): *Zukunft gestalten mit Sozialen Innovationen*. Frankfurt/New York: 189–204.
- Coe, N. M.; Kelly, P. F.; Yeung, H. W. C. (2019): *Economic geography: A contemporary introduction* (3rd edition) London: Wiley-Blackwell.
- Costanza, R.; Cumberland, J.; Daly, H. E. et al. (1997): *An introduction into Ecological Economics*. Boca Raton: St. Lucie Press.
- Cumbers, A.; Becker, S. (2018): Making sense of remunicipalisation: theoretical reflections on and political possibilities from Germany's Rekommunalisierung process. *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 11 (3): 503–517.
- Dahlbeck, E.; Flögel, F.; Milbert, A. et al. (2022): Gleichwertige Lebensverhältnisse – ein Messkonzept regionaler Lebensverhältnisse. IAT Discussion Paper 22/03.
- DAK (2021): *Psychreport 2021: Entwicklungen der psychischen Erkrankungen im Job 2010–2020*. <https://www.dak.de/dak/download/report-2429408.pdf> (26.04.2024).
- Daly, H. E.; Cobb, J. B. (1989): *For the Common Good. Redirecting the economy toward community, the environment, and a sustainable future*. Boston: Beacon Press.
- Daniel, A.; Exner, A. (2020): Kartographie gelebter Ökotoptien. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 33(4): 785–800.
- Daniel, A.; Klapeer, C. M. (2019): Einleitung. Wider dem Utopieverdruss. Queer*feministische Überlegungen zum Stand der Debatte. *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 1: 9–31.
- Danielzyk, R.; Priebs, A. (2021): Gleichwertige Lebensverhältnisse: Als Beitrag der Raumordnung zu gesellschaftlichem Zusammenhalt und räumlicher Gerechtigkeit aktueller denn je! *RaumPlanung* 212 (3–4): 15–20.
- Davies, W.; Gane, N. (2021): Post-Neoliberalism? An Introduction. *Theory, Culture & Society* 38 (6): 3–28.
- Davis, J.; Moulton, A. A.; Sant, L. V. et al. (2019): Anthropocene, Capitalocene, ...Plantationocene?: A Manifesto for Ecological Justice in an Age of Global Crises. *Geography Compass* 13 (5).

- De Tullio, M. F. (2022): Cultural spaces as drivers for Participation: Towards a European participatory Guarantee System for Commons. The Rise of the Common City. Academic & Scientific Publishers (ASP): 163–177.
- de Vaujany, F.-X.; Haefliger, S.; Ungureanu, P. (2022): From Collaborative Spaces to New Modes of Organizing: Society, Democracy and Commons on the Way to Novelty. *Journal of Openness, Commons & Organizing* 1 (1): 1–4.
- Degen, P. (2016): Anderes Geld – Anderes Wirtschaften? Unternehmen und Regiogeld. *Neue Soziale Bewegungen* 29 (3): 98–109.
- Demaria, F.; Kallis, G.; Bakker, K. (2019): Geographies of degrowth: Nowtopias, resurgences and the decolonization of imaginaries and places. *Environment and Planning E: Nature and Space* 2 (3): 431–450.
- Deutsche Bank Research (Hg., 2015): Promoting investment and growth: The role of development banks in Europe. Frankfurt a.M.
- Devine-Wright, P. (2009): Rethinking NIMBYism: The role of place attachment and place identity in explaining place-protective action. *Journal of Community & Applied Social Psychology* 19 (6): 426–441.
- Devine-Wright, P. (2013): Explaining »NIMBY« objections to a power line: The role of personal, place attachment and project-related factors. *Environment and Behavior* 45 (6): 761–781.
- Dörry, S.; Schulz, C. (2018): Green financing, interrupted. Potential directions for sustainable finance in Luxembourg. *Local Environment* 23 (7): 717–733.
- Dörry, S.; Schulz, C. (2020): Postwachstum finanzieren? Grüne Finanzprodukte für veränderte Produktionslogiken. In: Lange, B.; Hülz, M.; Schmid, B. et al. (Hg.): *Postwachstumsgeographien. Raumbezüge diverser und alternativer Ökonomien*. Bielefeld: transcript: 257–278.
- Dörry, S.; Schulz, C. (2024): Creating Low-Carbon Economies: Probing Transition Dynamics through the Lens of Field Theory. *Tijdschrift Voor Economische En Sociale Geografie*. <https://doi.org/10.1111/tesg.12627>.
- Doughnut Economics Action Lab (2024): About Doughnut Economics.
- Dudek, S.; Zademach, H.-M.; Miosga, M. (2023): Daseinsvorsorge und räumliche Gerechtigkeit in der bayerischen Raumordnungspolitik: Betrachtungen im Licht des Ansatzes der Fundamentalökonomie. *Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning*. <https://doi.org/10.14512/rur.1709> (26.04.2024).
- Ebert, O.; Leseberg, N.; Pautzke, A. et al. (2016): Kümmerer – Motoren der Bürgergesellschaft. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 26 (4): 88–92.

- Ehrnström-Fuentes, M.; Biese, I. (2022): The act of (de/re)growing: Prefiguring alternative organizational landscapes of socioecological transformations. *Human Relations* 76 (11): 1739–1766.
- EIB (2020): The EIB Group Climate Bank Roadmap 2021–2025. Report, Luxembourg.
- Eichmann, H.; Adam, G.; Fraundorfer, K. et al. (2021): »Im Endeffekt sind wir ein kleines Dorf.« Fallstudien zu kollaborativen Organisationsmodellen in Wien zwischen Erwerbsarbeit und Selbstversorgung. Studie im Auftrag der Stadt Wien Kultur; MA7 der Stadt Wien. Report.
- Eichmann, H.; Nowak, S.; Posch, M. (2022): »Man kann nicht sagen: ›So, wir sind jetzt ein demokratisches Unternehmen‹. Das funktioniert nicht, das muss sich einleben.« Fallstudien zu Modellen für kollaboratives Wirtschaften in Wien. Studie im Auftrag der Stadt Wien Kultur; MA7 der Stadt Wien. Report.
- Elsen, S.; Walk, H. (2016): Genossenschaften und Zivilgesellschaft: Historische Dynamiken und zukunftsfähige Potenziale einer ökosozialen Transformation. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 29 (3): 60–72.
- Engelen, E.; Froud, J.; Johal, S. et al. (2017): The grounded city: from competitiveness to the foundational economy. *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 10 (3): 407–423.
- Eskelinen, T.; Hirvilampi, T.; Venäläinen, J. (Hg.) (2020): Enacting Community Economies within a Welfare State. Mayfly Books.
- Espinosa, C. (2015): Interpretive Affinities: The Constitutionalization of Rights of Nature, Pacha Mama, in Ecuador. *Journal of Environmental Policy & Planning* 21 (5): 608–622.
- Exner, A. (2022): Solidarische Ökonomien in der Stadt- und Regionalentwicklung – Wirtschaftsdemokratie, Partizipation und sozial-ökologische Transformation. In: Franz, Y.; Heintel, M. (Hg.): *Kooperative Stadt- und Regionalentwicklung*. Wien: utb-Facultas.
- Feigenbaum, A.; Frenzel, F.; McCurdy, P. (2013): *Protest Camps: Imagining Alternative Worlds*. London: Zed Books.
- Felber, C. (2018): *Gemeinwohl-Ökonomie*. München: Piper.
- Feola, G. (2014): Narratives of grassroots innovations: A comparison of Voluntary Simplicity and the Transition in Movement in Italy. *International Journal of Innovation and Sustainable Development* 8 (3): 250–269.
- Ferrant, G.; Pesando, L. m.; Nowacka, K. (2014): *Unpaid Care Work: The missing link in the analysis of gender gaps in labour outcomes*. Report.

- Flögel, F.; Schepelmann, P.; Zademach, H.-M. et al. (2023): Injecting climate finance into SME lending in Germany: Opportunities for and limitations of regional savings and cooperative Banks. *ZFW – Advances in Economic Geography* 0 (0).
- Foucault, M. (2006 [1966]): *Die Heterotopien. Der utopische Körper*. Berlin: Suhrkamp.
- Foundational Economy Collective (2019): *Die Ökonomie des Alltagslebens: für eine neue Infrastrukturpolitik*. Berlin: Suhrkamp.
- Fraser, N. (2017): Who Cares? Die Ausbeutung der Sorgearbeit und ihre Krise. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 62 (4): 105–114.
- Fremaux, I.; Jordan, J. (2022): We are ›nature‹ Defending Itself: Entangling Art, Activism and Autonomous Zones.
- Frenken, K.; Schor, J. (2017): Putting the sharing economy into perspective. *Environmental Innovation and Societal Transitions*. <https://doi.org/10.1016/j.eist.2017.01.003> (26.04.2024).
- Frohlich, H. (2019): Stell dir vor, die Firma macht dicht, und keiner geht heim. *Unternehmensbesuch in Thessaloniki*. *brand eins* 2019 (1): 54–61.
- Froud, J.; Haslam, C.; Johal, S. et al. (2018): *Foundational Liveability: rethinking territorial inequalities*.
- Fukuyama, F. (1992): *The end of history and the last man*. New York: Free Press.
- Future Forum (2023): *Amid spiking burnout, workplace flexibility fuels company culture and productivity*. <https://futureforum.com/wp-content/uploads/2023/02/Future-Forum-Pulse-Report-Winter-2022-2023.pdf> (26.04.2024).
- Gabauer, A.; Knierbein, S.; Cohen, N. et al. (2022): *Care and the city: Encounters with urban studies*. Taylor & Francis.
- Gadiner, F.; Jarzebski, S.; Yildiz, T. (2015): *Progressive Politik in pragmatischen Zeiten: Politische Narrative gesellschaftlichen Wandels*. Berlin.
- Geels, F. W. (2019): Socio-technical transitions to sustainability: a review of criticisms and elaborations of the Multi-Level Perspective. *Current Opinion in Environmental Sustainability* 39: 187–201.
- Geels, F. W.; Schot, J. (2007): Typology of sociotechnical transition pathways. *Research Policy* 36 (3): 399–417.
- Gemeinde Kirchanschöring (2018): *Gemeinwohlbericht der Gemeinde Kirchanschöring*. <https://www.yumpu.com/de/document/read/63289268/2018-gemeinwohlbericht-der-gemeinde-kirchanschoring> (24.06.2024).
- Gerlach, F. (2022): *Konfliktkompetenz in kreisförmigen Organisationen*. WU Wien, Wien.

- Giagnocavo, C.; Gerez, S.; Sforzi, J. (2012): Cooperative bank strategies for social-economic problem solving: Supporting social enterprise and local development. *Annals of Public and Cooperative Economics* 83: 281–315.
- Gibson-Graham, J. K. (1996): *The End of Capitalism (as we knew it). A Feminist Critique of Political Economy*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Gibson-Graham, J. K. (2006): *A Postcapitalist Politics*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Gibson-Graham, J. K. (2008): Diverse economies: performative practices for ›other worlds‹. *Progress in Human Geography* 32 (5): 613–632.
- Glasze, G.; Odzuck, E.; Staples, R. (2022): Was heißt digitale Souveränität? Diskurse, Praktiken und Voraussetzungen »individueller« und »staatlicher Souveränität« im digitalen Zeitalter. Bielefeld: transcript.
- Goodwin, K.; Gross, P. L. (2022): Doughnut meets Degrowth. From valuing what we measure to measuring what we value. Report, Berlin.
- Graham, S.; Marvin, S. (2001): *Splintering Urbanism: Networked Infrastructures, Technological Mobilities, and the Urban Condition*. London: Routledge.
- Grewe, M. (2017): *Teilen, Reparieren, Mülltauchen. Kulturelle Strategien im Umgang mit Knappheit und Überfluss*. Bielefeld: transcript.
- Grossmann, M.; Creamer, E. (2016): Assessing diversity and inclusivity within the Transition movement: an urban case study. *Environmental Politics* 26 (1), 161–182. <https://doi.org/10.1080/09644016.2016.1232522> (26.04.2024).
- Gruber, S. (2020): *Bewältigungsstrategien alternativen Wirtschaftens: Wert-rationalität und soziale Einbettung am Beispiel Solidarischer Landwirtschaft*. Wiesbaden: Nomos.
- Grünwald, D. C.; Glockner, H.; Schaich, A. et al. (2021): *Narrative einer erfolgreichen Transformation zu einem ressourcenschonenden und treibhausgasneutralen Deutschland*. Report, Dessau-Roßlau.
- Gudynas, E. (2011): *Buen Vivir: Germinando Alternativas al Desarrollo*. *América Latina en Movimiento* 462: 1–20.
- GWÖ (2020): *Gemeinwohlbericht für Gemeinden – Version 2.0*. https://germany.ecogood.org/wp-content/uploads/sites/8/2022/05/Arbeitsbuch-Gemeinden_2.pdf (26.04.2024).
- Habermann, F. (2009): *Halbinseln gegen den Strom: Anders leben und wirtschaften im Alltag*. Sulzbach: Helmer.
- Haese, I. (2023): *Menschen und Mikroorganismen: Sozial-ökologisches Engagement im ländlichen Raum und Implikationen für die Soziale Arbeit*. *Blätter der Wohlfahrtspflege (BdW)* 170 (1): 28–30.

- Haese, I.; Althaus, J. (2023): Praktiken zur Vergemeinschaftung der Daseinsvorsorge: Eine empirische Studie über sozial-ökologisches Engagement im ländlichen Raum. In: Deutscher Kongress der Geographie, Frankfurt.
- Hansen, T. (2022): The foundational economy and regional development. *Regional Studies* 56 (6): 1033–1042.
- Hartz, R. (2017): Über die Kunst, sich anders zu organisieren. Organisation als »Gegen-Dispositiv« am Fallbeispiel einer Genossenschaftsbank. In: Diaz-Bone, R.; Hartz, R. (Hg.): Dispositiv und Ökonomie. Interdisziplinäre Diskursforschung. Wiesbaden: Springer VS: 203–232.
- Harvey, D. (1999): Social Movement and The City: A Theoretical Positioning. In: Ling (Hg.) *Model Cities*. 104–115.
- Heinrich Böll Stiftung (2020): *Infrastrukturatlas: Daten und Fakten über öffentliche Räume und Netze*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Heinze, R. G. (2009): *Rückkehr des Staates?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Helfrich, S.; Euler, J. (2021): Die Neufassung der Commons: commoning als gemeinwohlorientiertes Gemeinwirtschaften. *Z'GuG Zeitschrift für Gemeinwirtschaft und Gemeinwohl* 44 (1): 41–58.
- Helfrich, S.; Heinrich Böll Stiftung (Hg.) (2012): *Commons: Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld: transcript.
- Herlo, B.; Irrgang, D.; Joost, G. et al. (Hg.) (2021): *Practicing Sovereignty. Digital Involvement in Times of Crises*. Bielefeld: transcript.
- Hertwig, M.; Papsdorf, C. (2018): Varieties of Sharing. Handlungsorientierungen, Strukturen und Arbeitsbedingungen eines neuartigen Feldes. *Berliner Journal für Soziologie* 27: 521–547.
- Heusinger, J.; Hämel, K.; Kümpers, S. (2017): Hilfe, Pflege und Partizipation im Alter. Zukunft der häuslichen Versorgung bei Pflegebedürftigkeit. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie* 50 (5): 439–445.
- Hickel, J. (2018): *Die Tyrannei des Wachstums: wie globale Ungleichheit die Welt spaltet und was dagegen zu tun ist*. München: dtv.
- Hickel, J. (2022): *Weniger ist mehr. Warum der Kapitalismus den Planeten zerstört und wir ohne Wachstum glücklicher sind*. München: oekom.
- Hobler, D.; Klenner, C.; Pfahl, S. et al. (2017): *Wer leistet unbezahlte Arbeit? Hausarbeit, Kindererziehung und Pflege im Geschlechtervergleich. Aktuelle Auswertungen aus dem WSI GenderDatenPortal*. Report, Düsseldorf: WSI Report.
- Hofmann, V.; Euler, J.; Zurmühlen, L. et al. (2022): *Commoning Art. Die transformativen Potenziale von Commons in der Kunst*. Bielefeld: transcript.

- Höllhumer, M.; Trukeschitz, B. (2016): Zeitbanken und Tauschkreise in Österreich. Eine Bestandsaufnahme für 2015. Report, Wien: WU Wien.
- Hospers, G.-J. (2006): Borders, bridges and branding: The transformation of the Øresund region into an imagined space. *European Planning Studies* 14 (8): 1015–1034.
- Huang, S. (2016): Care Work. In: Richardson, D., Castree, N., Goodchild, M.F., Kobayashi, A., Liu, W. & Marston, R.A. (Hg.): *International Encyclopedia of Geography: People, the Earth, Environment and Technology*. Oxford, UK: John Wiley & Sons, Ltd: 1–4.
- I.L.A. Kollektiv (2017): *Auf Kosten anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert*. München: oekom.
- Illich, I. (1973): *Tools for Conviviality*. San Francisco: Harper & Row.
- International Co-operative Alliance (2021): *Facts and Figures*. <https://ica.coop/en/cooperatives/facts-and-figures> (15.04.2024).
- Jaeger-Erben, M.; Rückert-John, J.; Schäfer, M. (2017): Do-it-yourself oder do-it-together? Eine Typologie sozialer Innovationen für nachhaltigen Konsum. In: Jaeger-Erben, M.; Rückert-John, J.; Schäfer, M. (Hg.): *Soziale Innovationen für nachhaltigen Konsum*. Wiesbaden: Springer VS: 23–50.
- Jäger, F. (2019): Berlin Allesandersplatz. Fallstudie Haus der Statistik. *brand eins* 2019 (1): 90–93.
- Jarvis, H. (2017): Sharing, togetherness and intentional degrowth. *Progress in Human Geography* 43 (2): 256–275.
- JKU Linz – Johannes Kepler Universität (2023): Mitmach-Supermarkt MILA. <https://www.jku.at/linz-institute-of-technology/forschung/research-labs/sustainable-transformation-management-lab/news-events/detail/news/oekologisch-nachhaltig-und-sozial-gerecht-einkaufen-das-ist-der-anspruch-des-mila-mitmachsupermarkts-in-wien/> (19.03.2024).
- Jonas, M. (2022): *Schauplätze des Reparierens und Selbermachens*. Bielefeld: transcript.
- Joore, P.; Björklund, T.; Thong, C. et al. (2022): Co-creating the future through design-based education in innovation hubs. *Journal of Experimental Innovation* 6 (2): 1–3.
- Julian, A.; Tony, W.; Lindsay, B. C. et al. (2013): Circles of care: should community development redefine the practice of palliative care? *BMJ Supportive & Palliative Care* 3 (4): 383.
- Jürgens, K. (2010): Deutschland in der Reproduktionskrise. *Leviathan* 38 (4): 559–587.

- Kalff, Y. (2023): Die Real-Utopie soziokratischer und demokratischer Wirtschaftsorganisationen – Ergebnisse einer qualitativ-explorativen Untersuchung. *Zeitschrift für Gemeinwirtschaft und Gemeinwohl* 46 (3): 284–301.
- Kallert, A.; Belina, B.; Mießner, M. et al. (2020): Gleichwertige Lebensverhältnisse? Zur Entwicklung ländlicher Räume in Hessen. Report, 2020. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Kallis, G.; Demaria, F.; D'Alisa, G. (2015): Introduction: degrowth. In: D'Alisa, G.; Demaria, F.; Kallis, G. (Hg.): *Degrowth: A Vocabulary for a New Era*. New York & London: Routledge: 1–18.
- Keating, M. (2021): Beyond the nation-state: territory, solidarity and welfare in a multiscalar Europe. *Territory, Politics, Governance* 9 (3): 331–345.
- Keller, R.; Truschkat, I. (Hg.) (2013): *Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kenis, A.; Lievens, M. (2015): *The limits of the Green Economy: From re-inventing capitalism to re-politicising the present*. London: Routledge.
- Khmara, Y.; Kronenberg, J. (2022): Urban degrowth economics: making cities better places for living, working and playing. *Local Environment* 28 (3), 304–321. <https://doi.org/10.1080/13549839.2022.2136638> (26.04.2024).
- Khmara, Y.; Kronenberg, J. (2023): On the road to urban degrowth economics? Learning from the experience of C40 cities, doughnut cities, Transition Towns, and shrinking cities. *Cities* 136: 104259.
- Kinna, R. (2016): Utopianism and prefiguration. *Political Uses of Utopia: New Marxist, anarchist, and radical democratic perspectives*. <http://dx.doi.org/10.17613/ax65-vh96> (26.04.2024).
- Kirsch, A.; Sondergeld, V.; Wrohlich, K. (2023): Erneut mehr Frauen in Vorständen großer Unternehmen – durch Beteiligungsgebot angestoßene Dynamik lässt aber nach. *DIW Wochenbericht* 3+4.
- Klagge, B. (2021): Finanzgeographische Perspektiven auf die erneuerbare Stromerzeugung. In: Becker, S.; Klagge, B.; Naumann, M. (Hg.): *Energiegeographie*. Stuttgart: UTB-Ulmer: 83–94.
- Knieps, F.; Pfaff, H. (Hg.) (2021): *Krise, Wandel, Aufbruch*. Medizinisch Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft.
- Knoblauch, H. (2005): Die kommunikative Konstruktion kultureller Kontexte. In: Srubar, I.; Renn, J.; Wenzel, U. (Hg.): *Kulturen vergleichen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 172–194.

- Kopatz, M. (2021): *Wirtschaft ist mehr! : Wachstumsstrategien für nachhaltige Geschäftsmodelle in der Region; das Buch zur «Wirtschaftsförderung 4.0»*. München: oekom.
- Kostakis, V.; Roos, A.; Bauwens, M. (2016): *Towards a political ecology of the digital economy: Socio-environmental implications of two competing value models*. *Environmental Innovation and Societal Transitions* 18: 82–100.
- Kraftl, P. (2007): *Utopia, performativity, and the unhomely*. *Environment and Planning D: Society and Space* 25: 120–143.
- Krainz, U. (2023): *Entscheidungen brauchen diskursfähige Individuen*. *supervision* 2023 (1): 51–52.
- Krasny, E. (2016): *Neighbourhood claims for the future: feminist solidarity urbanism in vancouver's downtown eastside*. In: Petrescu, D.; Trogal, K. (Hg.): *The Social (Re)Production of Architecture in ›crisis-riddled‹ times*. London/New York: Routledge: 115–134.
- Krasny, E. (2022): *In-Sorge-Bleiben. Care Feminismus für einen infizierten Planeten*. In: Volkmer, M.; Werner, K. (Hg.): *Die Corona-Gesellschaft. Analyse zur Lage und Perspektiven für die Zukunft*. Bielefeld: transcript: 405–414.
- Krasny, E. (2023a): *Architektur und Sorgearbeit*. *DBZ Deutsche BauZeitschrift* 13.
- Krasny, E. (2023b): *Living with an Infected Planet: COVID-19 Feminism and the Global Frontline of Care*. Bielefeld: transcript.
- Krasny, E. (2023c): *Urban Curating Care, Repair, Refuse, Resist*. Bielefeld: transcript.
- Kropfeld, M. I.; Reichel, A. (2021): *Das Geschäftsmodell des Genug. Ökologisches Wirtschaften* 36 (3): 30–34.
- Kubiszewski, I.; Costanza, R.; Franco, C. et al. (2013): *Beyond GDP: Measuring and achieving global genuine progress*. *Ecological Economics* 93: 57–68.
- Kubon-Gilke, G. (2022): *Demokratisierung von Unternehmen und sozialen Organisationen. Polit- und institutionenökonomische Fallstricke*. In: Kubon-Gilke; Stein, A.-D. (Hg.): *Annäherungen an eine neue Aufklärung. Multidisziplinäre Perspektiven auf Demokratie, Partizipation und Inklusion*. Gießen: Psychosozial-Verlag: 57–74.
- Kühl, S.; Sua-Ngam-Iam, P. (2023): *Holacracy*. Wiesbaden: Springer.
- LaFond, M.; Id22: *Institut für Kreative Nachhaltigkeit*. (2012): *Co housing cultures : Handbuch für selbstorganisiertes, gemeinschaftliches und nach-*

- haltiges Wohnen ; handbook for self-organized, community-oriented and sustainable housing. Berlin: Jovis.
- Landau, F.; Pohl, L.; Roskamm, N. (Hg.) (2021): [Un]Grounding. Post-Foundational Geographies. Bielefeld: transcript.
- Lange, B. (2017): Offene Werkstätten und Postwachstumsökonomien: kollaborative Orte als Wegbereiter transformativer Wirtschaftsentwicklungen? *Zeitschrift Für Wirtschaftsgeographie* 61 (1): 38–55.
- Lange, B.; Bürkner, H.-J. (2021): Ambiguous Avant-gardes and Their Geographies: On Blank Spots of the Postgrowth Debate. *DIE ERDE* 152 (4): 273–287.
- Lange, B.; Harding, S.; Cahill-Jones, T. (2020a): Collaboration at New Places of Production: a European View on Procedural Policy Making for Makerspaces. *European Journal of Creative Practices in Cities and Landscapes* 2 (2): 67–85.
- Lange, B.; Hülz, M.; Schmid, B. et al. (Hg.) (2020b): Postwachstumsgeographien. Raumbezüge diverser und alternativer Ökonomien. Bielefeld: transcript.
- Lawson, V. (2007): Geographies of Care and Responsibility. *Annals of the Association of American Geographers* 97 (1): 1–11.
- Lee, J.; Koch, M.; Alkan-Olsson, J. (2023): Deliberating a Sustainable Welfare–Work Nexus. *Politische Vierteljahresschrift*. 1–20.
- Lee, R. (2006): The Ordinary Economy: Tangled up in Values and Geography. *Transactions of the Institute of British Geographers* 31 (4): 413–432.
- Lietaer, B.; Dunne, J. (2013): *Rethinking Money: How New Currencies Turn Scarcity into Prosperity*. San Francisco: Berret-Koehler Publishers.
- Loick, D. (2017): *Juridismus: Konturen einer kritischen Theorie des Rechts*. Berlin: Suhrkamp.
- Longhurst, N. (2013): The emergence of an alternative milieu: conceptualising the nature of alternative places. *Environment and Planning A* 45 (9): 2100–2119.
- Lopes, A. M.; Healy, S.; Power, E. et al. (2018): Infrastructures of care: Opening up« home« as commons in a hot city. *Human Ecology Review* 24 (2): 41–59.
- LRA Landratsamt Bad Tölz- Wolfratshausen (2023): *Erfolgsgeschichte. Die Bio-Top Oberland e.G. im Porträt II*. <https://www.lra-toelz.de/die-biotop-oberland-e.g.-im-portraet-ii> (19.12.2023).
- Luks, F. (2023): *Ökonomie der Großzügigkeit: Wie Gesellschaften zukunftsfähig werden*. Bielefeld: transcript.

- Maldini, I. (2021): The Amsterdam Doughnut: moving towards »strong sustainable consumption« policy? Report, 2021. Limerick, Ireland: University of Limerick.
- Manderscheid, K. (2004): Milieu, Urbanität und Raum: Soziale Prägung und Wirkung städtebaulicher Leitbilder und gebauter Räume. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaft.
- Manemann, J. (2023): Rettende Umweltphilosophie. Von der Notwendigkeit einer aktivistischen Philosophie. Bielefeld: transcript.
- Marois, T. (2017): How Public Banks Can Help Finance a Green and Just Energy Transformation. Report, Amsterdam: tni.
- Marois, T. (2021): A Dynamic Theory of Public Banks (and Why it Matters). *Review of Political Economy* 34 (2): 356–371.
- Massumi, B. (2018): 99 Theses on the Revaluation of Value. A Postcapitalist Manifesto. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Mayer, M. (2012): The »right to the city« in urban social movements. In: Brenner, N.; Marcuse, P.; Mayer, M. (Hg.): *Cities for People, Not for Profit. Critical Urban Theory and the Right to the City*. London: Routledge: 63–85.
- Meadows, D. H.; Meadows, D. L.; Randers, J. et al. (1972): *The Limits to growth: a report for the Club of Rome's project on the predicament of mankind*. New York: Universe Books.
- Menichinelli, M.; Bianchini, M.; Carosi, A. et al. (2017): Makers as a new work condition between selfemployment and community peer-production. *Insights from a survey on Makers in Italy. The Journal of Peer Production* 10: 1–16.
- Meyer, M.; Maier, F.; Schneider, H. (2021): Die agile Kreisorganisation. *Zeitschrift Führung + Organisation*. (3): 141–147.
- Mießner, M. (2017): Staat – Raum – Ordnung: zur raumordnungspolitischen Regulation regionaler Disparitäten. Westfälisches Dampfboot, Münster.
- Mietshäuser Syndikat (Hg.) (2021): *Das Mietshäuser Syndikat und seine Projekte: Keine Profite mit der Miete – sozialer und bezahlbarer Wohnraum für alle*. Freiburg.
- Miosga, M. (2020): Räumliche Gerechtigkeit – Neues Leitmotiv für die Raumentwicklung? In: *ARL-Nachrichten* 01–02/2020, 11–14.
- Morales-Bernardos, I. (2019): Urban Food Activism in Athens: Recovering More Autonomous Forms of Social Reproduction. In: Yip, N.; Martínez López, M.; Sun, X. (eds): *Contested Cities and Urban Activism. The Contemporary City*. Palgrave Macmillan, Singapore. 73–98. https://doi.org/10.1007/978-981-13-1730-9_4 (26.04.2024).

- Moretto, L.; Ranzato, M. (2018): Coproducing Water, Energy and Waste Services. London: Routledge.
- Müller, F.; Brinks, V.; Ibert, O. et al. (2017): Open Region. Leitbild für eine regionale Innovationspolitik der Schaffung und Nutzung von Gelegenheiten. Erkner bei Berlin: IRS Working Paper No. 53.
- Nagorny-Koring, N. (2018): Kommunen im Klimawandel. Best Practices als Chance zur grünen Transformation. Bielefeld: transcript.
- Naqvi, N.; Henow, A.; Chang, H.-J. (2018): Kicking away the financial ladder? German development banking under economic globalisation. *Review of International Political Economy* 25 (5): 672–698.
- Netzwerk Immovieliien (2023): Forderungen 2.0. https://www.netzwerk-immovieliien.de/wp-content/uploads/2023/07/Netzwerk-Immovieliien_Forderungen_2-0_2023_web.pdf (05.04.2024).
- Neu, C.; Nikolic, L. (2015): Versorgung im ländlichen Raum der Zukunft: Chancen und Herausforderungen. In: Fachinger, U. & Künemund, H. (Hg.): Gerontologie und ländlicher Raum. Wiesbaden: Springer VS: 185–206.
- North, P. (2007): Money and Liberation: The Micropolitics of Alternative Currency Movements. University of Minnesota Press.
- O'Neill, D. W.; Fanning, A. L.; Lamb, W. F. et al. (2018): A good life for all within planetary boundaries. *Nature Sustainability* 1 (2): 88–95.
- OECD (2020): How's Life? 2020. Measuring Well-being. Paris: OECD Publishing.
- Ohliger, R.; Schweiger, R. (2019): Gute Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen: Pflege sichern, Migration nutzen. Kurz-Expertise der Robert Bosch Stiftung, Stuttgart.
- Paul, F. C.; Cumbers, A. (2023): The return of the local state? Failing neoliberalism, remunicipalisation, and the role of the state in advanced capitalism. *Environment and Planning A: Economy and Space* 55 (1): 165–183.
- Paulson, S.; D'Alisa, G.; Demaria, F. et al. (2020): From pandemic toward carefull degrowth. 1–8.
- Pérotin, V. (2018): What do we really know about worker co-operatives? Report.
- Pestoff, V. (2018): Co-Production and Public Service Management: Citizenship, Governance and Public Service Management. Routledge.
- Plank, L. (2019): Ökonomie des Alltagslebens Ein sozioökonomischer Forschungsansatz. *Der Öffentliche Sektor* 45 (1): 3–11.
- Pohler, N. (2019): Commensuration, compromises and critical capacities: Wage determination in collective firms. *Social Science Information* 58 (2): 261–281.

- Pomper, C. (2019): Genossenschaft 2.0 am Beispiel der Genossenschaft für Gemeinwohl. *Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen* 69 (2): 133–147.
- Praetorius, I. (2015): *Wirtschaft ist Care oder: Die Wiederentdeckung des Selbstverständlichen*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Priddat, B. P. (2005): *Unvollständige Akteure: komplexer werdende Ökonomie*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rajan, S. I.; Neetha, N. (2018): *Migration, gender and care economy*. Taylor & Francis.
- Raunig, G.; Ray, G.; Wuggenig, U. (2011): *Critique of Creativity: Precarity, Subjectivity and Resistance in the <Creative Industries>*. London: MayFlyBooks.
- Raworth, K. (2017): *Doughnut economics: seven ways to think like a 21st-century economist*. London: Random House Business Books.
- Reckwitz, A. (2002): Toward a Theory of Social Practices. A Development in Culturalist Theorizing. *European Journal of Social Theory* 5 (2): 243–263.
- Remer, S. (2014): The social banking landscape in Europe. *Global Social Policy* 14 (2): 267–269.
- Richardson, K.; Will, S.; Wolfgang, L. (2023): Earth beyond six of nine planetary boundaries. 9 (37): eadh2458.
- Robin, E.; Broto, V. C. (2020): Towards a Postcolonial Perspective on Climate Urbanism. *International Journal of Urban and Regional Research*. <https://doi.org/10.1111/1468-2427.12981> (26.04.2024).
- Rockström, J.; Steffen, W.; Noone, K., et al. (2009): Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity. *Ecology and Society* 14 (2).
- Röpke, A.; Speit, A. (2019): *Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos*. Berlin: Ch.Links Verlag.
- Rosa, H. (2020): *Unverfügbarkeit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Rosa, H.; Dörre, K.; Lessenich, S. (2017): Appropriation, Activation and Acceleration: The Escalatory Logics of Capitalist Modernity and the Crises of Dynamic Stabilization. *Theory, Culture & Society* 34 (1): 53–73.
- Rosol, M. (2018): Politics of Urban Gardening. In: Ward, K.; Jonas, A. E. G.; Miller, B. et al. (Hg.): *The Routledge Handbook on Spaces of Urban Politics*. New York: Routledge: 134–145.
- Rudel, M.; Görtler, E.; Abraham, M. (2016): Seniorengenossenschaften. Eine komplementäre Unterstützungsform im Alter. *Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen* 66 (1): 25–46.

- Safri, M.; Madra, Y. M. (2020): Framing essay: the diversity of finance. In: Gibson-Graham, J. K.; Dombroski, K. (Hg.): *The Handbook of Diverse Economies*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing: 332–345.
- Savini, F.; Bertolini, L. (2019): Urban experimentation as a politics of niches. *Environment and Planning A: Economy and Space* 51 (4): 831–848.
- Schiller-Merkens, S. (2022): Social Transformation through Prefiguration? A Multi-Political Approach of Prefiguring Alternative Infrastructures. *Historical Social Research/Historische Sozialforschung* 47 (4): 66–90.
- Schmid, B. (2019): Degrowth and postcapitalism: Transformative geographies beyond accumulation and growth. *Geography Compass* 13 (11), 1–15.
- Schmid, B. (2023): Post-growth municipalism: exploring the scalar constitution, strategic relevance, and legal viability of the municipal scale for tackling growth dependencies. *Local Environment* 28 (8): 1008–1025.
- Schmid, B.; Smith, T. S. (2021): Social transformation and postcapitalist possibility: Emerging dialogues between practice theory and diverse economies. *Progress in Human Geography* 45 (2): 253–275.
- Schmid, B.; Smith, T. S. J. (2020): Social transformation and postcapitalist possibility: Emerging dialogues between practice theory and diverse economies. *Progress in Human Geography*. <https://doi.org/10.1177/0309132520905642> (26.04.2024).
- Schubert, K.; Hegelich, S.; Bazant, U. (Hg.) (2008): *Europäische Wohlfahrtsysteme: ein Handbuch*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schumacher, T. (2019): Einfach mal starten. Konsens bei Premium Cola. *Organisations Entwicklung* 2: 62–66.
- Schwiter, K.; Steiner, J. (2020): Geographies of care work: The commodification of care, digital care futures and alternative caring visions. *Geography Compass* 14 (12): e12546.
- Seidl, I.; Zahrnt, A. (2019): Erwerbsarbeit, Tätigsein und Postwachstum. In: Zahrnt, A. (Hg.): *Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft*. Marburg: Metropolis-Verlag: 9–24.
- Shove, E.; Pantzar, M.; Watson, M. (2012): *The Dynamics of Social Practice. Everyday Life and how it changes*. London: Sage.
- Smith, A.; Fressoli, M.; Abrol, D. et al. (2017): *Grassroots Innovation Movements*. London: Routledge.
- Sommer, S.; Pankoke, M. (2020): Prost, Genossen! Wirtshäuser, Bauernhöfe und eine Versicherung beteiligen Kunden am Unternehmen – und beleben so die alte Idee der Kooperative neu. *brand eins* 2020 (12): 90–93.
- Sonnen (2021): sonnen öffnet virtuelles Kraftwerk für weitere VPP-Aktivitäten.

- Sonnen (2023): Virtuelle Kraftwerke – ein unerlässlicher Baustein der Energiewende.
- Sörensen, P. (2019): Widerstand findet Stadt. Präfigurative Praxis als transnationale Politik, rebellischer Städte. *Budrich Journals. ZPTh – Zeitschrift für Politische Theorie* 1: 29–48.
- Star, S. L. (1999): The Ethnography of Infrastructure. *American Behavioral Scientist* 43 (3): 377–391.
- STATEC (2022): Rapport PIBien-être 2022. Report.
- Statistisches Bundesamt (2017): Wie die Zeit vergeht. Analysen zur Zeitverwendung in Deutschland. Report, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Stavrides, S. (2019): *Common spaces of urban emancipation*. Manchester University Press.
- Steffen, W.; Richardson, K.; Rockström, J. et al. (2015): Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet. *Science* 347(6223): 1259855.
- Steiner, J.; Schwiter, K.; Anahi, V. (2019): Unsichtbare Care-Arbeit. Transnationale Sorgenketten für Schweizer Senior* innen. *GeoAgenda* 1: 14–17.
- Steinführer, A. (2020): Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen. Zwischen Abbau, Umbau und Ausbau. In: Becker, S.; Naumann, M. (Hg.): *Regionalentwicklung in Ostdeutschland*. Berlin, Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg: 375–387.
- Strauch, B. (2022): *Soziokratie. Organisationsstrukturen zur Stärkung von Beteiligung und Mitverantwortung des Einzelnen in Unternehmen, Politik und Gesellschaft*. 2. Auflage. München: Vahlen.
- Streeck, W. (2019): Der alltägliche Kommunismus: Eine neue Ökonomie für eine neue Linke. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 64 (6): 93–105.
- Terlinden, U. (1990): *Gebrauchswirtschaft und Raumstruktur. Ein feministischer Ansatz in der soziologischen Stadtforschung*. Stuttgart: Sliberburg-Verlag.
- Thompson, M. (2021): What's so new about New Municipalism? *Progress in Human Geography* 45 (2): 317–342.
- Troeger-Weiß, G. (2022): *Gleichwertige Lebensverhältnisse*. Bundeszentrale für politische Bildung.
- Viehöver, W. (2001): Diskurse als Narrationen. 177–206.
- Vletter, M. (2023): *Selbstmanagement. Ein Erfahrungsbericht*. *people&work* 6: 11–15.

- Vogel, J.; Steinberger, J. K.; O'Neill, D. W. et al. (2021): Socio-economic conditions for satisfying human needs at low energy use: An international analysis of social provisioning. *Global Environmental Change* 69: 1–15.
- von Redecker, E. (2012): Feministische Strategie und Revolution. In: Landweer, H.; Newmark, C.; Kley, C. et al. (Hg.): *Philosophie und die Potenziale der Gender Studies*. Bielefeld: transcript: 17–36.
- von Redecker, E. (2023): *Bleibefreiheit*. Frankfurt a.M.: S. Fischer.
- Waring, M. (1988): *If Women Counted: A New Feminist Economics*. San Francisco: Harper & Row.
- WBGU (2016): *Humanity on the move: Unlocking the transformative power of cities*. Report, Berlin: German Advisory Council on Global Change.
- WEAll (2021): *How happy is the planet? Report: Wellbeing Economy Alliance*.
- Weber, W. G.; Unterrainer, C.; Höge, T. (2020): Psychological Research on Organisational Democracy: A Meta-Analysis of Individual, Organisational, and Societal Outcomes. *Applied psychology* 69 (3): 1009–1071.
- White, R. J.; Williams, C. C. (2016): Beyond capitalocentricism: Are non-capitalist work practices »alternatives«? *Area* 48 (3): 325–331.
- Wiedmann, T.; Lenzen, M.; Keyßer, L. T. et al. (2020): Scientists warning on affluence. *Nature Communications* 11 (1): 3107.
- Willinger, S. (2019): *Urbane Narrative. Geschichten für Städte im Wandel*. In: *Informationen zur Raumentwicklung* 2: 98–107.
- Wright, E. O. (2015): *Durch Realutopien den Kapitalismus transformieren*. In: Brie, M. (Hg.): *Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren? Beiträge zur kritischen Transformationsforschung*. Hamburg: VSA: 59–106.
- Zademach, H.-M. (2014): *Finanzgeographie*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Zademach, H.-M.; Dichtl, J. (2016): *Greening Finance and Financing the Green: Considerations and observations on the role of finance in energy transitions*. In: Jones, A.; Ström, P.; Hermelin, B. et al. (Hg.): *Services and the Green Economy*. London: Palgrave Macmillan: 153–174.
- Zademach, H.-M.; Dudek, S. (2022): *Soziale Infrastruktur und räumliche Gerechtigkeit: Zum Potenzial des Ansatzes der Fundamentalökonomie. Neue Perspektiven einer zukunftsfähigen Raumordnung in Bayern*. Hannover: ARL: 138–150.
- Zademach, H.-M.; Hillebrand, S. (2013): *Alternative Economies and Spaces. New Perspectives for a Sustainable Economy*. Bielefeld: transcript.

- Zademach, H.-M.; Käsbohrer, A. (2022): Institutionelle Dynamiken und (ungenutzte) Potenziale im Markt für Heimstromspeicher in Deutschland. Standort 46 (4): 279–285.
- Zibell, B. (2022): Care-Arbeit räumlich denken. Feministische Perspektiven auf Planung und Entwicklung. Wettingen: eFeF-Verlag.
- Zürich, Museum für Gestaltung/Sachs, Angeli (2018): Social Design. Partizipation und Empowerment. Zürich, Lars Müller Publishers.

Abkürzungen

| | |
|---------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| BBSR | Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung |
| BIP | Bruttoinlandsprodukt |
| DÖ | Donat-Ökonomie |
| EEG | Erneuerbare-Energien-Gesetz |
| EIB | European Investment Bank |
| EnWG | Energiewirtschaftsgesetz |
| ESOP | Employee Stock Ownership Plan |
| GG | Grundgesetz |
| GPI | Genuine Progress Indicator |
| GWÖ | Gemeinwohlökonomie |
| HDI | Human Development Index |
| ISEW | Index of Sustainable Economic Welfare |
| KMU | Kleine und mittlere Unternehmen |
| NGO | Non-Governmental Organisation (Nichtregierungsorganisation) |
| OECD | Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) |
| PV | Photovoltaik |
| ROG | Raumordnungsgesetz |
| ROG | Raumordnungsgesetz |
| SDG | Sustainable Development Goals |
| SoLaWi | Solidarische Landwirtschaft |
| UNDP | Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme) |
| VPP | Virtual Power Plant (Virtuelles Kraftwerk) |

Autorinnen und Autoren

Affolderbach, Julia, Prof. Dr., leitet die Arbeitsgruppe für Nachhaltige Regional- und Standortentwicklung an der Universität Trier mit Forschungsschwerpunkten im Bereich Nachhaltigkeitstransitionen, Klimapolitik, Konfliktforschung und Bildung für nachhaltige Entwicklung. Kontakt: affolderbach@uni-trier.de

Becker, Sören, Prof. Dr., leitet die Arbeitsgruppe Humangeographie mit Schwerpunkt Nachhaltige Transformationsforschung an der Philipps-Universität Marburg. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen Konzepte nachhaltiger Regionalentwicklung, Klimaschutz und Klimaanpassung sowie Infrastrukturen. Kontakt: soeren.becker@geo.uni-marburg.de

Eichmann, Hubert, Dr., ist Soziologe und Mitarbeiter bei FORBA Wien mit den Forschungsschwerpunkten Wandel der Arbeitswelt, Arbeits- und Lebensqualität, Stadt- und Regionalentwicklung sowie Transformationsforschung. Kontakt: eichmann@forba.at

Hülz, Martina, Dr., leitet das Referat »Wirtschaft und Mobilität« an der Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (ARL) Hannover. Zuvor forschte und lehrte sie an den Universitäten Dortmund, Duisburg-Essen und Luxemburg u.a. zu räumlichen Lernprozessen, Wissensökonomie sowie Wissens- und Technologietransfer. Sie studierte Geographie, Soziologie und Städtebau in Berlin, Bonn und Southampton und arbeitete nach ihrer Promotion an der Universität Luxemburg einige Jahre als Projektleiterin in einem Büro für Regionalberatung; huelz@arl-net.de

Lange, Bastian, Dr., Privat-Dozent an der Universität Leipzig. Forschung zu Kultur- und Kreativwirtschaft, Governance und Stadtplanung. Mit Multiplicities berät er Politik, Wirtschaft und kreative Szenen im europäischen Kontext auf Wegen zu zukunftstauglichen Stadtregionen. Kontakt: bastian.lange@uni-leipzig.de

Schmid, Benedikt, Dr., arbeitet am Lehrstuhl für Geographie des Globalen Wandels an der Universität Freiburg. In seiner Forschung untersucht er die Rolle lokaler Institutionen und sozialökologischer Organisationen in Transformationsprozessen hin zu nachhaltigen und wachstumsunabhängigen Wirtschaftsformen. Kontakt: benedikt.schmid@geographie.uni-freiburg.de

Schulz, Christian, Prof. Dr., ist Wirtschaftsgeograph mit besonderem Interesse an Nachhaltigkeitstransitionen, alternativen Ökonomien und Postwachstumsansätzen und arbeitet an der Universität Luxemburg im Fachbereich Geographie und Raumplanung. Kontakt: christian.schulz@uni.lu

Weck, Sabine, Dr., Raumplanerin, leitet die Forschungsgruppe »Sozialraum Stadt« am Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) in Dortmund und arbeitet zu den Themen soziale Kohäsion, räumliche Gerechtigkeit und lokale Entwicklungsstrategien. Kontakt: sabine.weck@ils-forschung.de

Zademach, Hans-Martin, Prof. Dr., ist Professor für Wirtschaftsgeographie an der Kath. Universität Eichstätt-Ingolstadt mit Arbeitsschwerpunkten in den Themenkreisen Nachhaltige Regionalentwicklung, Kapital und technologischer Wandel in regionalen Entwicklungsprozessen sowie unternehmerische Verantwortung und alternative Formen des Wirtschaftens. Kontakt: zademach@ku.de

Index

A

Allmende 20
Alternativlos 19
Ausschluss 50

B

Beteiligung 61, 90, 144f.
Beteiligungsgesellschaften Private
Equity 101
Betriebslizenz 48, 59
Better Life Index 154f.
Biotop Oberland eG 74, 79ff., 88
Brussels Donut 161- 165
Bruttonationalglück 24
Buen vivir 16, 22
Bürger:innen-Banken 96
Bürgeraktiengesellschaften 98
Business to Business/Business to
Consumer 75, 77

C

Care 107- 135
Care-Arbeit 109f., 111, 115, 117f.
Care-Praktiken 131
Chancengerechtigkeit 62
Circular economy 97
Citizen Science 160

Cittàslow-Bewegung 145, 160
City-Portrait-Methode 43
CO₂-Emissionen 14, 24, 138
Co-Housing 72
Commonification 59
Confluence 161, 164
Crowdfunding 97, 100f.
Crowdinvesting 101
Crowdlending 101

D

Daseinsfürsorge 118, 127, 131
Daseinsvorsorge 10, 24, 33-58, 132
Degrowth 24
Dekarbonisierung 18, 48, 97, 138, 168
Deprivation 26
Dienstleistungen 11, 32ff., 67ff., 110,
117
Diskriminierung 32, 55, 57
Distinktionsgewinn 18
Donut-Ökonomie 26, 39ff., 149ff.,
155ff., 170
Doughnut Economics Action Lab 42f.

E

Earth Overshoot Day 14

Effizienz/Effizienzstrategien 21, 48,
68, 88, 171
Eigentumsformen 83
E-Lastenräder 18
Emanzipationsbewegungen 21
Energieversorgung 37-59, 137, 142,
159
Entkommerzialisierung 71
Entschleunigung 71
Entwicklungsbanken 97f.
Erdüberlastungstag 14
Ermächtigung 21, 55
Essbare Stadt 115, 144

F

FabLab 75
Foundational Economy 23, 26, 45, 49,
59
Fridays for Future 22
Fureai Kippu System 132
Fürsorge 11, 35, 72, 107-135

G

Gallup World Poll 154
Gemeinschaft 11, 48, 70, 73, 129
Gemeinwohlbilanzierung 137, 144, 158
Gemeinwohlökonomie 23, 25, 144,
155ff., 160
Gemeinwohlorientierung 71 94
Genossenschaft für Gemeinwohl 96
Genuine Progress Indicator 24, 154
Graswurzelbewegung 78
Green Economy 18f.
Gross National Happiness 24
Grounded City 48
Grundversorgung 9, 26, 31, 34-39, 57-
60

H

Happy Planet Index 154
Heterotopien 26-29
Human Development Index 153
Hyperwohlstandsformen 10

I

Index of Sustainable Economics
Welfare 24, 154
Indikatoren 9, 24, 113, 137ff., 170

K

Keynesianischer Klassenkompromiss
32
Klimaanpassung 40
Klimaanpassungsziele 137
Klimaerwärmung 22
Kollektives Eigentum 84f.
Kompetenzen 69, 70, 73, 75, 89
Komplementärwährungen 95
Konsentprinzip 89
Konsistenz 68
Konsum 68ff., 116, 131, 171, 178
Konvivialismus 16
Kreisorganisation 89

L

Ländlicher Raum 47, 81, 118-121, 131
Langlebigkeit 69-72
Lebensstil 8, 14, 67f., 79
Lebensverhältnisse 35, 139
Leitbilder 9, 24, 102, 138-158, 170

M

MakerSpaces 76, 78f.
Makerszene 74
Marktwirtschaftliche Akteure 34, 77
Marktwirtschaftliche Steuerung 36
Mitgliedsunternehmen 84

Monitoring 24, 138, 158, 164, 170
 Motivation 122, 149
 Munizipalismus 25f.

N

Normativ 22, 32, 49, 139, 152
 Nowtopias 23

O

Occupy 22
 Offene Werkstätten 76, 78f., 81
 Ökonomie des Alltagslebens 33, 45, 47ff.
 Open-Source-Software 77
 Organisationsformen 11, 45f., 83-95, 102f.
 Organisationsprinzipien 88f.

P

Paris-Abkommen 156
 Partizipation 32, 87f., 138, 158, 170
 Peer-to-Peer 75f.
 Permakultur 80
 Pflege 46, 104f., 108-134
 Pflegearbeit 11, 108-134
 Planetare Grenzen 22ff., 38ff., 131, 139, 164
 Plattform-Ökonomie 75-77
 Post-development 16
 Präfiguration 23, 28

R

Raumentwicklung 10, 35, 48, 63ff., 141
 Raumplanung 24, 35, 63, 118, 130-153
 Realutopien 20, 22f.
 Regionalentwicklung 9, 43f., 62-65, 128, 139-153
 Regionalisierung 71, 171f.
 Regionalwährungen 95, 101

Regionalwert AGs 95, 98, 99f.
 Rekommunalisierung 59
 Repair Café 75, 78
 Reparatur 22, 51, 69ff.,
 Reparaturfähigkeit 71
 Ressourcen 8ff., 50ff., 67ff. 110, 154
 Risikokapitalgeber 101

S

Selbstermächtigung 55
 Selbstversorgung 74, 76, 79, 113, 122-127
 Selbstverwaltung 25, 59, 85
 Selbstwirksamkeit 147
 Sharing 52ff., 69, 75ff.
 Sharing Economy 23, 53, 77, 115
 Sharing Plattformen 52ff., 72
 Smart-City 21, 152
 Social license to operate 48, 59
 Solidarische Landwirtschaft 25, 79ff., 95, 101
siehe Sorge *siehe* Care
siehe Sorgearbeit *siehe* Care-Arbeit
 Sozialbanken 95f., 101f.
 Soziale Innovationen 79, 101ff., 139, 148, 159
 Soziale Risiken 34
 Soziales Kapital 147f., 159
 Soziokratie 88f., 103
 Sparvereine 96
 Spenden 100
 Staat 15, 31-62, 97, 109, 168ff.
 Staatliche Akteure 32, 34, 36
 Staatliche Steuerung 32f., 36
 Steuerungs-Praxis 151
 Stoffstrombilanzierung 139
 Subsistenzproduktion 75f.
 Subsistenzversorgung 74

Suffizienz 67-73, 102
Suffizienzorientierte
Geschäftsmodelle 71ff.
Sustainable Development Goals 39

T

Tauschkreise 76f., 79
Tauschringe 9
Tauschsysteme 18, 95
Technik-Utopien 21
Teilhabe 10, 31-65
Tertiärisierung 71
Transformation 21, 29, 58, 138ff., 167-
178
Transition-Town-Bewegung 129, 145

U

Ungleichheit 15ff., 35-38, 116f., 154
Unternehmensdemokratie 11
Unverpacktläden 100
Urban Gardening 18

V

Venture Capital 101

W

Wasser 17, 50, 59ff., 124, 174f.
Werkzeuge 69-72, 80, 94, 144
Werterfassung 70, 73f.
Wertschöpfung 70, 71ff., 113f., 142f.
Wertversprechen 70-74
Wissen 115, 129-143
Wohlfahrtsstaat 15, 31-39, 45, 58f.
Wohlstand 8-12, 13ff., 31ff., 138, 154
Wohlstandsalternativen 8-12, 167ff.
Wohlstandsmodell 9, 31f., 57ff., 95,
138
Wohnen 17f., 78, 122, 134, 141ff.

Z

Zapatista 23
Zeitbanken 9, 24, 74, 77, 103-106
Zivilgesellschaft 40, 133, 138-150, 167
Zivilgesellschaftliche Akteure 12, 33-
64, 137, 142f., 147
Zivilgesellschaftliche Organisationen
34, 59, 96
Zukunftsfähigkeit 8f., 22, 57, 138

